4/94 (Nr.51) 15.Jg. 7.-DM E9860F

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



"Innere Sicherheit" * Bevölkerungspolitik * Nationalismusdiskussion

Inhalt Nr. 51

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-52 (1/95): 21.1.95

Titelphoto:

Titelentwurf: Peter Reichelt, nach einem Foto von Pedro Citoler

Hinweis für Nr.52 (1/95)

Folgende bereits vorliegende Beiträge erscheinen im Februar 1995:
– Gregor Dill: Die Gleichheit von Gleichen in Glas und Beton. Eine Kritik an der "Massen"-Architektur, u.a. Bauhaus, El Lissitzky u.a.
– Interview mit Murray Bookchin zum Lifestyle-Anarchismus von Wolfgang Haug
– Peter-Paul Zahl: Rezension von Paul Parins "Karakul"-Erzählungen

Impressum:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
Einzelpreis: 7.-DM
ABO (4 Nrn.): 25.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto.F. Kamann,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 3200

Verlag/Herausgeber:
Wolfgang Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienstnr. E 9860 F
V.i.S.d.P.: Herbert Sachs, Leverkusen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht. Das Redaktionskollektiv besteht derzeit aus 7 Menschen aus Frankfurt, Karlsruhe, Köln, Stuttgart und Grafenau. Des weiteren finden jährlich Treffen einer erweiterten Redaktion statt. Bei Interesse Kontakt aufnehmen!

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!
Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.
Stand (1.7.94) der monatlich eingerichteten **(Dauer-)Spenden** zur Förderung unserer Arbeit: 14 UnterstützerInnen, insg. 215.-

sta at lic hk eit als ok kup at ion

Teil III
Innere Sicherheit und das Bedürfnis nach geordneten Verhältnissen

von Michael Wilk
Anarchistisches Forum Wiesbaden

"Was den (zweiten) Wunsch des Volks anbelangt, nämlich seine Freiheit wieder zu erlangen, so kann der Machthaber diesen nicht erfüllen; er muß daher untersuchen, aus welchen Gründen das Volk frei zu sein wünscht. Er wird dabei finden, daß nur ein kleiner Teil des Volks frei zu sein wünscht, um zu herrschen. Die überwiegende Mehrzahl wünscht die Freiheit nur um sicher leben zu können.... Alle (übrigen), denen es genügt, in Sicherheit zu leben, werden leicht zufriedengestellt, wenn man Einrichtungen schafft und Gesetze gibt, die zusammen mit der eigenen Macht die allgemeine Sicherheit erhalten. Wenn ein Machthaber so handelt (...), wird es (das Volk) in kurzer Zeit beginnen, sich sicher und zufrieden zu fühlen."

Niccolo Machiavelli
Discorsi

Der Abbau von Bürgerrechten und die damit verbundene Erweiterung der Machtbefugnisse staatlicher Organe ist die strukturelle Antwort auf die veränderte sozio-ökonomische Situation der BRD und ihrer internationalen Rolle. Die Festung (West)Europa und das angrenzende (Ost) Europa (für das es je nach Land differenzierte Erschliessungspläne umzusetzen gilt) erfordern für die Politstrategen, genauso wie die verschärfte ökonomische Situation auf dem Weltmarkt, stabile Vernutzungsmöglichkeiten im Inland, die eben nicht nur über die Reduzierung sozialer Maßnahmen, sondern eben auch über Aufwertung staatlich apparativer Möglichkeiten garantiert werden sollen. Wer jedoch glaubt, diese apparative Aufrüstung (die sich potentiell gegen alle richtet) würde künftig den Charakter dieses Staates in den eines, für jede/n wahrnehmbaren offenen repressiven Staates wandeln, der irrt; - denn in der Wahrnehmung der BürgerInnen richtet



sich die Überwachung und die Repression immer gegen die "Anderen"... und das zu Recht.

I.

"Kriminalität und Extremismus dürfen nicht als unabänderlicher Bestandteil unseres Alltags hingenommen werden, auch wenn es eine kriminalitätsfreie Gesellschaft nie geben wird. Eine Gesellschaft aber, in der die Angst vor Straftaten die Lebensplanung des Einzelnen mitbestimmt, ist keine wirklich freie Gesellschaft mehr." (I.M. Kanther Kolloq. Konrad Adenauer Stift.Mai 94)

Wenn Mann/Frau den Parolen der Sicherheitspolitiker glauben schenkt, könnte angenommen werden, Ruhe und Ordnung der Wohlstands-Insel BRD seien gefährdet, das kulturelle Erbe des christlichen Abendlandes sei bedroht. Deutsche Ängste werden heraufbeschworen :*"Deutschland ist unter die Räuber gefallen"* so Ullrich Maurer, innenpolitischer Sprecher der SPD. Gemeint sind nicht etwa Makler und Vermieter, die Vorstände der Banken und Konzerne, die den Menschen legal das Geld aus der Tasche ziehen oder Lohnkürzungen vornehmen, und auch nicht jene Wohlhabenden, die überhaupt nichts dabei finden, ihre Steuer zu frisieren. Gemeint ist ebensowenig die Kriminalität, die von Polizei und Justiz überhaupt erfaßt wird und in den Kriminalstatistiken auftaucht, sondern die Fiktion einer Kriminalität, die in den Köpfen der Menschen verankert werden soll.

"Es ist nicht allein die Quantität, die Besorgnis hervorruft. Es sind vor allem die qualitativen Aspekte einzelner Deliktsbereiche, die die Bürger stark verunsichern und somit das kollektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in erheblichem Maß beeinträchtigen."

(I.M. Kanther)

SPD und CDU stehen sich im Schüren von Angst in nichts nach, Kanther und Maurer bieten sich als Saubermänner der Nation an, beide fordern schnelleres und härteres Vorgehen der Polizei gegen Übeltäter. Die Begründungen für die materielle und mentale Aufrüstung basieren auf frisiertem Zahlenmaterial, die Kriminalitätsrate betreffend : So ist der propagandistisch ins Feld geführte *"Anstieg von 7,2% überwiegend auf ein statistisches Erfassungsproblem der neuen Bundesländer zurüchzuführen"*. (Spiegel 24/1994). Selbst das BKA warnte vor der Verwendung der Zahlen zu Vergleichszwecken : *"durch organisatorische Erfassungs- und programmtechnische Probleme sind die Werte für das Berichtsjahr '92 zu niedrig ausgefallen, so daß sie keine brauchbare Basis für einen Vergleich mit den Daten des Berichtsjahres 93 bilden"*. Besonders perfid ist auch die immer wieder besonders erwähnte hohe Quote der AusländerInnenkriminalität, die sich bei genauerer Analyse des vorliegenden Zahlenmaterials so gar nicht belegen läßt (empf.: Gabi Bauer "Der Trick mit der Kriminalitätsstatistik" *ak 368* Juli 94).

"Insgesamt läßt sich feststellen, daß der weitaus größte Teil der in Deutschland lebenden Ausländer die Gesetze achtet und sich rechtstreu verhält. Die Entwicklung im Bereich der Ausländerkriminalität gibt dennoch Anlaß zu großer Sorge." (I.M. Kanther in der Erklärung des BDI zur Polizeilichen Kriminalstatistik 30.5.94) In der Sorge, sich dem Vorwurf der pauschalen Ausländerinnenfeindlichkeit auszusetzen, unterscheidet Kanther in "gute" - hier lebende/angepaßte und "schlechte" AusländerInnen.Um es dann auf den Punkt zu bringen:*"Die Asylbewerber stellten auch 1993 die größte Gruppe unter den Tatverdächtigen (!)"*. Völlig außer acht gelassen werden dabei die per se rassistischen Lebensumstände, denen hier lebende "Nichtdeutsche", erster und zweiter Ordnung, ausgesetzt sind. Dies jedoch ficht niemanden an, im Gegenteil, in Kombination mit den Schreckensbegriffen der "Organisierten Kriminaliät", der "Ausländerkriminalität" und dem Phantom der "Mafia" wird ein Bedrohungsszenario konstruiert, das geeignet ist, auch Hartgesottene (Demokratinnen) den Schauder der Bedrohlichkeit spüren zu lassen.

Dies auch, wenn sich bei genauerer Betrachtung der Bemühungen von staatlichen Stellen, den Begriff "Organisierte Kriminalität" zu definieren, herausstellt, wie schwer es offensichtlich fällt, eben diese vom normalen Kapitalismus abzugrenzen und vieles unschwer den Eindruck erweckt, als ginge es darum, das Monopol auf die Sauereien zu bewaren (z.B. Waffenhandel).

Wie sehr die durch die Obrigkeit angeheizte Hysterie bereits selbst weite Teile der sogenannten Demokratischen Öffentlichkeit erfaßt haben muß, zeigt der gegen Null tendierende Widerstand (wo war der unsrige?) gegen die im Rahmen des "Gesetzespaketes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" beschlossenen Maßnahmen:

Beobachtende- und Rasterfahndung, Observation und der "Kleine Lauschangriff" (wie süß!), Polizeispitzel und Zeugenschutz. Doch damit nicht genug. Der große Lauschangriff steht ebenso wie die Legalisierung "milieutypischer Straftaten" durch Polizeispitzel auf dem Wunschzettel der Überwachungsbehörden.

II.

"Immer mehr Menschen haben Angst...- Es ist erschreckend... Organisiertes Verbrechen...das wird immer schlimmer anstatt besser ...Schluß damit ! Sicherheit statt Angst . Deshalb schon am 12 Juni SPD " (Fernsehspot der SPD)

Vier Millionen Menschen in der BRD erhalten Sozialhilfe, 150.000 Frauen und Männer müssen auf der Straße leben, 800.000 Menschen hausen in Notunterkünften, einer weiteren Million droht der Verlust der Wohnung. (Bundesarbeitsgruppen gegen Arbeitslosigkeit, Köln). Zweiter Arbeitsmarkt und die ebenso geplante verkürzte Zahlung der Arbeitslosenhilfe, verstärkte Rationalisierung der Betriebe (siehe Staatlichkeit als Okkupation Teil II, SF Nr.48) stehen als Stichworte beispielhaft für die gegewärtige, verschärfte, sozialökonomische Situation. Eine gesellschaftliche Situation, die durchaus mit Angst verbunden ist: Bei den Menschen, die vor dem gesellschaftlichen Absturz Angst haben müssen, mit all seinen Konsequenzen, welche sie bei denjenigen studieren können, die bereits abgestürzt sind, die sich Sozialschmarotzer schimpfen lassen müssen und sich ängstigen, immer weiter an den Rand der bürgerlich anständigen Gesellschaft gedrängt zu werden. Die als "Penner", wenn es dann soweit ist, fast vogelfrei und legitim aus den Fußgängerzonen und Einkaufsmeilen vertrieben werden können (sog. Pennersatzungen), ja auch schon mal zum Erfrieren von der Polizei in die Weinberge transportiert werden (so geschehen, schon vor Jahren, in Mainz)

Welche Strategie verfolgen Kanther und sein vordergründiger Gegenspieler Maurer? Wozu dient die übertriebene Kriminalitätsdarstellung und das Operieren mit falschen Zahlen? Die Methode ist uralt: Den Ängsten, die in der Bevölkerung aufgrund realer Probleme existieren, z.b. Arbeitsplatzverlust, extrem hohe Mieten,schwindende soziale Absicherung, werden besagte überzogene fiktive Bedrohlichkeiten zur Seite gestellt, das lenkt nicht nur von den eigentlichen Problemen ab und relativiert diese, sondern gleichzeitig findet durch die permanente wiederholte Betonung "anderer Bedrohungen" eine Entdifferenzierung in der Wahrnehmung der Dinge statt. Ein Mechanismus, der sich nach regelmäßigem "Konsum" der TV-Nachrichten fast bei jedem Menschen einzustellen pflegt: Der "was ist das alles so schrecklich, aber ich kann ja eh' nichts tun"-Effekt. Gleichzeitig bietet sich die staatliche Obrigkeit als einzige Instanz an, die dem Einzelnen, scheinbar hilflosen Menschen Schutz und Sicherheit zu bieten vermag.

Die SPD-Parole "Sicherheit statt Angst" steht beispielhaft, und um auch jeden Zweifel an der Absicht zu nehmen, auch bildlich mit einem paar gefesselter Hände untermauert, für die versprochene Erlösung von allen Übeln. Nicht "Sicherheit statt Angst", sondern "Staatssicherheit durch Angst" ist die für dieses Vorgehen richtige Bezeichnung. Diente früher die Bedrohung aus dem "Osten" in militärischer Hinsicht auch dazu, die BürgerInnen bei der Stange zu halten, so ist es heute nach dem Zerfall des Ostblocks die imaginäre Bedrohung durch kriminelle Elemente, die dazu herhalten muß, den Ruf nach dem starken Staat wachzuhalten. Ein weiterer altbewärter Faktor am Thema "geschürte Angst" darf nicht fehlen: die Angst vor allem Fremden. Was also paßt besser ins Bild der Bedrohlichkeiten als die "Kriminalität" von AusländerInnen; insbesondere von jenen, die schon beim Thema Asyl zu Sündenböcken (Arbeitsplätze,Wohnungen) erklärt wurden, - die Flüchtlinge. *"Auch bei der Ausländerkriminalität hat Kanther kräftig dramatisiert"*, schreibt selbst der Spiegel, nichts desto trotz sind in einem Land, welches sich weltoffen und tolerant schimpft, in dem aber vordergründige Betroffenheit genügt, wenn von AusländerInnen bewohnte Häuser brennen - Minderheiten und Fremde,- immer noch die geeignetsten Objekte mit denen sich Angst schüren läßt.

Als exemplarisches, massenpsychologisches Bindeglied zwischen der staatlich betriebenen Aufstachelung zum Fremdenhaß und der von SPD und CDU einhellig heraufbeschworenen Gefahr durch

Banden und "Organisierte Kriminalität" steht die stattgefundene Kriminalisierungskampagne gegen Kurdinnen und Kurden. Nicht nur die bei der sogenannten Asyldebatte durchgesetzten menschenfeindlichen Gesetze sollten legitimiert werden, sondern erneut wurde mit rassistischen und nationalistischen Gefühlen Politik betrieben. Bei kaum spürbarem Widerstand durch oppositionelle Gruppen gelang es, quasi in "einem Aufwasch", diejenigen, die zu Recht gegen die deutsche Unterstützung des türkischen Staats und seines Terrors protestierten, als Gefahr für die Innere Sicherheit zu diffamieren.

Erzeugung von Angst , sei es die Bedrohlichkeit einer über "uns" hereinbrechenden Kriminalität, oder die der drohenden "Flut von Fremden", sind als massenpsychologische Strategie so alt wie die Menschheitsgeschichte, aber deshalb nicht weniger gefährlich und potent. Es ist das, in den meisten Menschen tiefverwurzelte Bedürfnis nach Sicherheit und stabilen Verhältnissen, das angesprochen wird, wenn jene Ängste von PolitikerInnen und anderen Multiplikatoren hochgepuscht werden. Willfährig reagiert im allgemeinen die breite Masse und die sie bildenden Individuen auf das Angebot, die bestehenden Ängste (realer Ursache) auf fiktive Bedrohlichkeiten umlenken zu lassen, deren "Bekämpfung" sie sowieso den Mächtigen überlassen muß. Ein Moment, das umso besser funktioniert, je weiter die Identifizierung mit dem Machtsystem reicht. Im "Idealfall" wird die beschworene Gefährdung der Inneren Sicherheit des Staates zur Gefährdung des (inneren) Sicherheitgefühls der Menschen, und wird von diesen mit dem Reflex des Schutzsuchens beantwortet. Die Flucht in die fiktive Stabilität alter, bekannter Strukturen, stellt sich so als von außen angestossenes, regressives Verhaltensmuster dar.

Staatliches Disziplinierungsmanagement kann somit, analog zur "Nationalen Selbstüberhöhung" (siehe Teil II), auch beim Thema der "Inneren Sicherheit" weitgehend auf das Funktionieren der psychologischen Mechanismen zählen .

ParteienpolitikerInnen, deren Politik darauf abzielt, Menschen mittels verdummender Propaganda und Deutschtümelei zu diskriminieren und in nationale "gegensätzliche" Gruppen aufzuspalten, sind direkt verantwortlich an einem Klima rassistischer Gewalt, die zynischerweise wiederum als Begründung für die Tendenz herhalten muß, Parteipolitik nach"rechts" (eben mit Rücksicht auf die "Volksseele") zu rücken. Obwohl besagte VolksvertreterInnen vermeiden, die Begriffe "Blut und Boden" zu benutzen, knüpfen sie mental daran an, - gleichwohl sind sie ExponentInnen eines bürgerlich demokratischen Staats.

Weshalb dieser, an sich überflüssig erscheinende Hinweis? Oft genug wird nicht mehr zwischen dem Benutzen menschlicher Verhaltensmuster zur Macht-erhaltung, wie sie jedem Staatssystem eigen sind,- und Faschismus in seiner speziellen Form staatlicher Herrschaft, differenziert. Festzustellen, daß sich der deutsche Faschismus bestimmter massenpsychologischer Mechanismen (z.B. Forcierung des Volksbegriffs/Identität) bediente, erlaubt noch nicht den Schluß, daß der bürgerliche Staat, der das gleiche tut, deshalb auch faschistisch wäre. Vielmehr, und das ist eben das Entscheidende, bedienen sich beide (wie der Stalinismus im übrigen auch) u.U. der gleichen Mittel. Der modische Fehler, jede Form von z.B. Nationalismus (Pardon, natürlich nicht den der sogenannten Befreiungsbewegungen) per se als Faschismus zu deklarieren, und hinter diesem automatisch wieder das Kapital als treibende Kraft zu sehen, führt nur allzu leicht zur Verkennung gegenwärtiger gesellschaftlicher Machterhaltung. So gesehen bedeutet die Anwendung analog-faschistoider massenpsychologischer Mittel durch den bürgerlichen Staat nicht automatisch die Abkehr vom einem Staatssystem, das die Menschen eher »flächig« durchdringt, als klassisch zentralistisch-pyramidal beherrscht

(siehe Teil I, SF-44). Repression und Knast, Polizei und Justiz sind nach wie vor lediglich flankierende Instrumentarien, - wenn die Ebenen der Autoregulation und der freiwilligen Unterwerfung nicht ausreichen, oder zu versagen drohen. Nicht zuletzt, um offene Repression vermeiden zu können, werden die Ebenen der Autoregulation im Bedarfsfall durch die besagten massenpsychologischen Mittel angestossen.

AktivistInnen, die, wie "das Kaninchen auf die Schlange starrend", sich lediglich auf die mörderischen Extreme einer gesellschaftlichen Tendenz konzentrieren, greifen zu kurz/vorbei, wenn sie glauben, in der praktischen Auseinandersetzung mit Neonazis (und der meist theoretischen mit dem Kapitalismus) das Wesentliche zu bekämpfen. Die Fehleinschätzung, das Kapital hätte momentan verstärktes Interesse an der Restaurierung eines neuen Faschismus, unterschätzt nicht nur die Potenz und Stabilität »flächiger« Herrschaftsformen, unter deren demokratischem Deckmantel sich hervorragend Profite sichern lassen, sondern sie verstellt, im Sinne der selektiven Wahrnehmung, den Blick auf die Strukturen und Alltagsverhältnisse, die mit ihren subtilen Mechanismen die Menschen zu jenen Verhaltensweisen "zwingen", die über rein ökonomische Ebenen nicht zu erklären sind. Die momentan forcierten Zugriffe auf mentale Ebenen der Angst und der Sicherheit *(Sicherheit statt Angst)*, stehen beispielhaft für eine klassische Methode der Machterhaltung. Natürlich ökonomisch verwertbar, aber vom Mechanismus nicht ökonomisch ableitbar, sind sie unabhängig von der Wirtschaftsform/ Situation quasi universell einsetzbar.

III.

Freilich halte ich jene Gewalthaber für beklagenswert, die die große Masse des Volks zum Feind haben und sich daher gewaltsamer Mittel bedienen müssen, um sich am Ruder zu halten.Denn wer nur wenige zum Feind hat, kann sich leicht und ohne viel Aufhebens sichern; wer aber die große Masse zum Feind hat, ist nie sicher, und je mehr Grausamkeiten er begeht, desto schwächer wird sein Regiment. Das beste Mittel, das es für einen Machthaber gibt, ist daher zu versuchen, sich das Volk zum Freund zu machen.

Niccolo Machiavelli

Wer in der Deutschen/West-Europäischen Gesellschaft nach Ansätzen einer emanzipativen Strategie sucht, wird scheitern, solange sich die Suche ausschließlich an den Ebenen des Nichtfunktionierens der Wohlstandsgesellschaft orientiert. Die Sogwirkung des Mainstreams der Konsumgesellschaft der BRD besteht ungebrochen fort, und es gibt für Millionen Menschen kaum einen schlimmeren Gedanken, als nicht mehr dazu zu gehören.

"Es scheint, daß für den Durchschnittsmenschen nichts schwerer zu ertragen ist als das Gefühl, keiner größeren Gruppe zuzugehören. Ein Deutscher kann noch so sehr ein Gegner der Grundsätze des Nazismus sein, wenn er zu wählen hat, ob er lieber allein stehen oder sich Deutschland zugehörig fühlen will, wird er sich meist für letzteres entscheiden". (Erich Fromm 1941)

Foto: Dogma S.



Natürlich weist eine Staatlichkeit, deren Menschenfeindlichkeit sich der Wahrnehmung weitgehend entzieht,weil sie sich den Menschen nicht entgegenstellt, sondern durch sie hindurch wirkt,- Grenzen und Bruchlinien auf, an denen "revolutionäre Politik" im allgemeinen auch ansetzt. Asylpolitik, Rassismus, verschärfte Ausbeutung und Obdachlosigkeit sind jedoch nur die Demarkationslinie einer Integration und eines gesellschaftlichen Konsens, der selbst auf die, die schon ausgegrenzt sind, eine ungeheuere Atraktivität ausübt. Die Staatlichkeit, die über die Einbeziehung in Kategorien fiktiver ("deutsches Volk") oder realer Natur, Menschen integrativ beherrscht, muß, über das Moment der Abgrenzungen, andere (Menschen) zwangsläufig ausschließen. Die Integrierten erfahren durch diesen Prozess sowohl ein Gefühl der Sicherheit und Aufwertung ("Wir"), als auch das der Distanz zu den Anderen ("Die"). So findet ein jeder Mensch seinen Platz.

Die oben genannten Demarkationslinien eines Integrationssystems, das den Menschen physisch und mental Sicherheit zu geben

scheint, werden, so sie einmal wahrnehmbar sind, für die meisten Menschen nicht zu Eckpfeilern einer neuen emanzipativen Perspektive, sondern vielmehr zum Angstmoment des möglichen "Ausschlusses". Die Wahrnehmung der Nichtintegration ist gleichzeitig die Drohung mit der Unsicherheit. Lebenslange Einbindung ins Machtsystem führt so bei Verunsicherung meist zu Überanpassung und selten zur Revolte. Ausnahme können Bedrohlichkeiten sein, die so elementar erscheinen (eigene physische Gefährdung), daß staatliche Garantenstellung überfordert erscheint, oder sogar im Widerspruch dazu steht. Aber auch bei diesen seltenen Beispielen breiteren Aufbegehrens (Nukleare Bedrohung,AKW's) zeigt sich sehr schnell, daß es der Mehrzahl der Beteiligten eben nicht darum geht, die Fragwürdigkeit der Garantenstellung zu problematisieren, sondern alles dafür zu tun, daß diese wieder hergestellt wird.

Es genügt in diesem Sinne nicht, immer neue "Knackpunkte" und "Highligts" politischer Radikalität zu suchen, solange nicht auch die Alltagserfahrungen von Ein- und Unterordnung, die Mechanismen von Anpassung und Angst vor Abweichung begriffen und angegangen werden.

Zwar können Impulse vom Rand des sozialen Mainstreams, und von den Brüchen ausgehen, die Stabilisierung der Gesellschaft erfolgt jedoch aus ihrer Mitte.

Ein eklatantes, aktuelles Beispiel für Alltags-Gehorsam und die erstaunliche Duldung gegenüber einer gesetzten Order ist das Anfang des Jahres durchgeführte Experiment an der Uni in Münster: Die StudentInnen wurden eines mittags durch an den Mensatüren angebrachte Schilder aufgefordert, nach Deutschen und AusländerInnen getrennt den Speisesaal zu betreten. Damit, so ein verteilter Handzettel, ein "Arbeitskreis deutscher Studenten" feststellen könne, wie sehr die wachsende Zahl der Ausländer den Steuerzahler belaste und damit die Studien und Eßplätze der deutschen Studenten gefährde".Schon die ersten StudentInnen lasen" kichernd bis gleichgültig" (Experimentleiter Kordes) die Handzettel und gingen nach Deutschen sortiert durch die Türen. Ein deutsch-koreanisches Pärchen erschien und trennte sich. Ein afrikanischer Student schlich sich von der falschen zur richtigen Tür. Kam eine größere Gruppe, brauchte Kordes nur zu rufen: "Deutsche links, Ausländer rechts" und schon folgte die Herde. 800 passierten, die Ausweise präsentierend, "grinsend, murmelnd, gleichgültig, beflissen - aber aufbegehren tat kaum einer". Nur zwei Frauen und ein Mann empörten sich "Eine zerriß den Handzettel" .(nach M.A.Z. 12.2.94)

Die StudentInnen leisteten Folge, freiwillig,ohne Befehlsstruktur und harten Kommandoton, automatisch.

Zwei weitere Versuche, die aufzeigen, wie sehr Einzelne unter Gruppenzwang und autoritärer Dynamik manipulierbar werden, sind die von S.E. Asch und die, "berühmt" gewordenen, von Stanley Milgram.

Bei Aschs Experiment, das "dazu dienen sollte, einige Wirkungen des Gruppendrucks auf die Urteilskraft des einzelnen aufzudecken, wurden die einzelnen Versuchspersonen gebeten, die Länge einer gegebenen Linie mit einer von drei ungleichen Linien zu vergleichen. Die Versuchsperson saß in einem Zimmer zusammen mit einer Gruppe anderer Personen, die alle dieselben Linien verglichen und identifizierten. Die anderen Personen waren Mitarbeiter des Versuchsleiters. Bei der Aufgabe, die verschiedenen Linien miteinander zu vergleichen, fand sich die Versuchsperson plötzlich in der Situation, daß ihrem Urteil von allen anderen Mitgliedern der Gruppe widersprochen wurde. Im Durchschnitt wurden 32 %, also fast ein Drittel der Entscheidungen der Versuchsperson, unkorrekt. In diesen Fällen verleugneten die einzelnen die deutlichen Aussagen ihrer Sinne, um sich ihren Nachbarn anzupassen". (n. B.Moore "Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand " Suhrkamp Verlag)

Spannend wird das Experiment in seiner Fortführung, als zwei Versuchspersonen gleichzeitig getestet wurden und sich die Beurteilungsfehler auf 10,4 % veringerten, sowie in einem anderen Fall, in dem die Versuchsperson von einem Mitarbeiter die richtige Antwort hörte, bevor sie selbst sprechen konnte - während die anderen falsche Antworten gaben, hier verringerte sich die Quote auf 5,5 %.

Offensichtlich genügte, zumindest in dieser experimentellen Situation, die Intervention einer einzelnen anderen Person, um den "Druck" der Gruppe zu kompensieren.

Auch bei Stanley Milgrams Experiment, dessen Ziel es war, herauszufinden, ab wann Testpersonen den Gehorsam verweigern, wenn die gegebenen Befehle zunehmend grausamer werden, zeigt sich ein hoffnungsfroher Aspekt unter dem sonst erschütternden Ergebnis: Die meisten getesteten Menschen verabreichten in der fingierten Atmosphäre eines "Versuchslabors" unter der Anweisung eines "wissenschaftlichen Versuchsleiters mit weißem Kittel" einer anderen Person (scheinbar) quälende Elekroschocks und malträtierten auch ein sich krümmendes, schreiendes "Opfer" unter dem Druck der Autorität weiter, bis zu einer "tödlichen" Schwelle. Jedoch rebellierten die meisten Versuchspersonen (schneller) gegen die Autorität des "Versuchsleiters", wenn ihnen ein anderer (im Experiment: ein zur Seite gestellter "Lehrer") den Rücken stärkte, und sich weigerte, den Befehlen Gehorsam zu leisten. Die gesellschaftliche Unterstützung stellte sich als das wirksamste Mittel heraus, die Regeln zu durchbrechen (Stanley Milgram, das Milgram - Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Reinbeck 1974)

Die erwähnten Beispiele unterwürfigen Verhaltens und die Möglichkeit, Regelkreise auch durchbrechen zu können, bieten für sich allein genommen natürlich keine Handlungsperspektive, aber sie fordern dazu auf, sich weiter mit dem "Regelwerk", nicht nur dem der "subtilen" Unterdrückung, der

Einbeziehung in Machtsysteme und der Okkupation, sondern eben auch der Möglichkeit der Abgrenzung, des Unterlaufens und des Widerstands, auseinanderzusetzen.

Die Frage nach "DER" Strategie, mit der die filigranen, flexiblen Mechanismen der Herrschaftssicherung durchbrochen werden könnten, ist so nicht zu beantworten. Die Faktoren, die zum Entstehen emanzipativer Prozesse nötig sind, setzen sich aus vielfältigen, kommunizierenden Komponenten zusammen , deren psychologische, soziale und ökonomische Variablen nicht mit einer starren "Rezeptur" kalkulierbar gemacht werden können. Es geht insofern bei der vorabbeschriebenen Problematik auch weniger um die "Vorbereitung der Weltrevolution", als vielmehr darum, mehr Sensibilität in der Beurteilung und Anwendung von Denk- und Handlungsabläufen entwickeln zu können, die "strategisch" allerdings insofern bedeutungsvoll sind, als sie nicht nur (situativ) dazu beitragen, den subtil-repressiven Konsens zu durchbrechen, sondern vor allem auch (perspektivisch) die Grundlage dafür sind, emanzipative Prozesse "dauerhaft" zu machen. Gemeint ist die Schwierigkeit, nicht bei der Vielzahl der "Revolte gegen Etwas" steckenzubleiben, sondern aus diesem Ansatz heraus einen Umgang miteinander zu entwikkeln, der uns von dem, gegen das wir revoltieren, erkennbar unterscheidet. So kann dies am praktischen Beispiel des "Antifaschistischen Kampfs" weder bedeuten, den bürgerlichen Rechtsstaat als Ideal gegen die Neonazis zu verteidigen, noch mit plumper Machohaftigkeit männerbündisch, gelegentlich kaum noch in Stil und Auftreten von von den Gegnern unterscheidbar, zu agieren. Wohlgemerkt, es geht nicht um Militanz im Sinne von "Ja oder Nein", sondern darum, wie sie gelebt wird, und als was sie verstanden wird. Bleibt sie auf der Ebene eines gewalttätigen Reagierens stehen, und droht sie sich "militärisch" autoritär zu verselbständigen, oder sind Zweifel, Kritik und Ängste erlaubt? Gestehen wir uns zu, außerhalb des



Foto: Fargotof/AFZ

reflexhaften, "schnellen und notwendigen" Reagierens auf die offenen, menschenverachtenden Ebenen des Systems ,uns auch mit Muße und Lust den subtilen Ebenen von Herrschaft entgegenzustellen? Sind wir in der Lage, Instrumente der Skepsis, der Irritation und der Aufklärung gegen stupides Verhalten zu setzen? Wohl noch nicht genug: wie entstünde sonst der Eindruck, vor allem nach Kritik an abgelaufenen Aktionen, daß auf dieses Anliegen mit der gleichen Angst und deshalb aggressiv reagiert wird, wie es in Alltagssituationen geschieht , wenn "Gewohntes" hinterfragt wird.

Die offenen Bruchlinien eines sonst subtilen Herrschaftssystems, sei es sichtbarer Rassismus, Folter oder Elend, könnten weiter Ausgangspunkt von Widerstand bleiben, solange noch ein Minimum an "Rezeptoren" für Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit besteht,und solange die TrägerInnen eventueller rudimentärer Reste bürgerlicher Moral und Ethik die vorhandenen "Qualitäten moderner Zivilisation" zu realisieren in der Lage sind. Das an der "Wahrnehmung von Ungerechtigkeit", im Sinne einer Minimierung der "Rezeptoren" gearbeitet wird (möchte ich hier unterstellen, aber nicht weiter ausführen), als auch, daß bürgerliche Moral kein unbedingter Garant für Empörung ist, müßte eigentlich nicht besonders erwähnt werden. Wenn jedoch, und darum geht es ja wohl auch, unser "ureigener" Protest (wir halten uns ja für sensibler) Anknüpfungspunkte bei "der breiten Masse" finden soll, dann sind wir eben mit einer Empörung konfrontiert, deren moralische Grundlage meist (noch) darin besteht zu sagen, daß AusländerInnen zwar vernutzt, aber eben nicht verbrannt werden sollten.

Gesetzt also der Fall , daß es auch weiterhin, wenn auch natürlich völlig unzureichend, Momente der Wahrnehmung von Horror gibt, ist damit noch nicht viel gewonnen. Erst wenn es gelingt, diese in die Form eines Protests zu überführen, der die Ebene von Kerzentragender-Eintagesbetroffenheit deutlich überschreitet, wird es (vielleicht) interessant. Die riesige Schwelle, die zwischen Realisation von - und Aktion gegen Unrecht liegt, ist nur zu überwinden, wenn wir z.B. unsere Ängste und auch die der anderen nicht als lächerlich abtun, und uns auch über das Bedürfnis nach, z.B. Sicherheit, nicht durch Negation hinwegsetzen.

Die Kunst besteht darin, "Unmut" und Protest zu Mut und Widerstand zu wandeln, indem Handlungsebenen angeboten werden, die die Menschen nicht nur in ihrer "revolutionären Objekthaftigkeit" willkommen heißen, sondern mit der selben Widersprüchlichkeit anzunehmen bereit sind, die auch uns eigen ist. Allzu bekanntes Auftreten, das eher von Arroganz und von zur Schau gestelltem "Wir durchblicken alles..." geprägt ist, trägt kaum dazu bei, politischen Protest anziehend zu machen. Das so oft malträtierte Wort vom solidarischen Verhältnis anderen gegenüber sollte auch Mangel an Mut kompensieren, diesen aufbauen und diesen nicht immer schon voraussetzend zur Bedingung für Solidarität erheben. Nur Erfahrungsebenen , die , einmal beschritten, Selbstvertrauen stärken und nicht unter der Überforderung (der lieben Genossen) zusammenbrechen, sind dazu geeignet, eine solide Basis für etwaige weitere und noch mehr Mut erfordernde Waghalsigkeiten zu bieten.

Das Erlernen eigener Stärke, das erfolgreiche Überschreiten eigener

Grenzen und der schrittweise Ausbau der eigenen Souveränität, sind Wesenselemente eines emanzipativen Prozesses, in dessen Verlauf "Selbstsicherheit", als antagonistisches Prinzip, der Sicherheit staatlicher Einbindung entgegengestellt werden kann. Solidarität heißt in diesem Sinne die Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit fördern, der Individualität Raum geben,anstatt sie einzuengen.

Die Gefahr ist groß, auf der Grundlage "der Angst vor Freiheit" von einer Abhängigkeit in die nächste zu flüchten - immer dann, wenn der "Unmut über" groß genug ist, aber der" Mut zu "einer eigenständigen Entwicklung fehlt, besteht die Neigung, sich in neue, Sicherheit verheißende Strukturen zu begeben. Ein Verfahren, welches, ideologisch untermauert, den oder die Einzelne noch in der Phase der "Verunsicherung" über die alten Strukturen, schon in die neuen, politisch "revolutionär- notwendigen" preßt, setzt die Stringenz der Unselbständigkeit fort. Bei autoritär-kommunistischen Organisationen findet sich das forcierte Ausnutzen des Angstmoments im Sinne der Parteidisziplin. Aber auch bei unseren oder uns nahestehenden Gruppen, finden sich immer wieder Faktoren einer das Individuum einschränkenden Einbindung in die Gruppenstruktur, die bezeichnenderweise oft weniger strukturellen, als informellen Charakter hat. Allerdings kann zugunsten libertärer Struktur gesagt werden, daß eine etwaige Disziplinierung einzelner nicht willkürlich, wie bei der gewollt hierarchischen erfolgt und zumindest theoretisch leichter hinterfragbar bleibt.(oder?)

Die Frage,wie gewonnene Erfahrungen des Widerstands aus "Highligt"-situationen in die des Alltags und die Regelkreise des sozialen Konsens übertragen werden können, mißt sich weniger an der erfahrenen Härte der Auseinandersetzungen in den "Extremsituationen", sondern eher daran, wie und ob sich trotz der Härte in diesen Momenten Beziehungsstrukturen ergeben, die genügend Sensibilität aufweisen, um auch in Alltagssituationen den täglichen Horror zum Gegenstand der Auseinandersetzung machen zu können. Die düsteren Erfahrungen im Widerstand gegen die Startbahn-18 West am Frankfurter Flughafen zeigen wie wenig übrig bleibt, wenn es der "Gegenseite gelingt, durch die Macht des Faktischen (die Vollendung des Baus), Fehler der AktivistInnen und später durch die Schüsse und die toten Polizisten, Oberwasser zu gewinnen. Eine Bewegung, die zu ihren Hochzeiten 100.000e mobilisieren konnte und fast die Landesregierung zum Rücktritt zwang, schaffte es trotzdem nicht, sich über die Aktivität gegen die Flughafenerweiterung hinaus im Bewußtsein der meisten Menschen zu verankern und Alltagsrelevanz zu erzielen.

Die schnelle Antwort , dann müsse eben doch der alltägliche Bereich, sozusagen von Anfang an, politisiert werden, sprich: kollektive Produktions- und Lebensformen werden zum zentralen Punkt bestimmt - hört sich gut an. Bei genauerer, und vor allem längerer Betrachtungsweise jedoch, finden sich auch hier Prozesse der Adaptierung an die Erfordernisse z.B. kapitalistischer Professionalität, die zwar verständlich sind, aber oft bis zum völligen Aufgeben der ursprünglichen, idealistischen Inhalte gehen. Oder es tritt der gefürchtete Zustand innerer Zersetzung ein, Selbstzerfleischung als Energie fressender Prozeß, an dessen Ende oft der Stärkste gewinnt und die materiellen Reste des Kollektivs erbt. Um nicht völlig schwarz (ha!) zu malen, natürlich gibt es auch positive Beispiele lebendiger Kollektive, aber gerade bei diesen zeigt sich, worum es in dieser Auseinandersetzung geht: unabhängig vom Inhalt der Aktivitäten (natürlich sind diese nicht völlig beliebig) - ist die Art und Weise der Umsetzung entscheidend. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel. Dreh- und Angelpunkt ist immer wieder die Frage: werden emanzipative Prozesse ermöglicht oder eher abgewürgt. Ist das letztere festzustellen, kann getrost auch auf die berühmten Inhalte verzichtet werden.

Wenn, wie schon oben festgestellt, Selbstsicherheit und Selbstvertrauen und die Erweiterung eigener Souveränität im Zentrum der Bemühungen stehen sollte, heißt dies nicht Individualität contra Kollektivität zu setzen, sondern davon auszugehen, daß ein Kollektiv, so es nicht autoritär den/die Einzelne unterdrückt, eben aus einzelnen Individuen bestehen sollte. Kollektive Lebensorganisierung, sei es Wohnen oder Produktion, ist für Libertäre immer an das Bemühen um Souveränität des einzelnen Menschen geknüpft.

IV.

"Ich würde sagen, daß der Staat eine Kodifizierung vielfältiger Machtbeziehungen ist, die sein Funktionieren ermöglichen, und daß die Revolution ein anderer Typ der Kodifizierung dieser Beziehungen ist. Dies impliziert, daß es soviele verschiedene Arten von Revolution gibt, ungefähr soviele nämlich, wie es mögliche Kodifizierungen der Machtbeziehungen gibt und daß im übrigen ohne weiteres Revolutionen vorstellbar sind, die die Machtbeziehungen, auf deren Grundlage der Staat funktionieren konnte, im Wesentlichen unangetastet lassen."

(Michel Foucault, Dispositive der Macht, Wahrheit und Macht, Merve-Verlag, Nr.78)

Herrschaft von Menschen über Menschen, sei sie pyramidal-zentralistisch oder eher »flächig« strukturiert, bedarf der Macht. Wie beschrieben, haben wir es bei der "modernen Form staatlicher Herrschaft" mit einem System von Machtzirkulation zu tun, die sich der Wahrnehmung eher entzieht, indem sie Konfrontation meidet und nicht auf,- sondern durch die Menschen hindurchwirkt. Auch "durch uns" wirkt ein Staatssystem, das den gesamten sozialen Körper mit einem Funktionsgeflecht der Macht zu durchziehen sucht, das die Menschen integrativ okkupiert, Identifizierungsebenen schafft und den gesellschaftlichen Mainstream als Autoregulativ nutzt, und sich so Zugang geschaffen hat zu den Prägungsebenen von Werten und Glücksgefühlen. Ein solches System besticht, indem es den Menschen vom

Objekt- zum Subjekt der Machtfunktion erhebt, ihn durchaus von der "alten" Einbindung in die streng hierarchische Sozialstruktur des "Oben und Unten" entbindet, und perfiderweise - die aus dem Verlust der Einbindung erwachsene Isolation auch noch als "Individualität" verkauft. Eine Isolation des/der Einzelnen, die nur deshalb nicht als solche empfunden wird, weil sie, genau wie Leere und Ohnmacht, nicht zur Oberfläche des Bewußtseins dringen können, solange die "individuelle" Einbindung in den Mainstream Sicherheit und Wertigkeit (z.B. als KonsumentIn/ProduzentIn) gibt.

Im Beschriebenen verhalten sich Macht und Herrschaft gleichsinnig und bedingen einander, der Mensch wird zum Bestandteil der Machtzirkulation, die ihn prägt, deren Träger er wird, und die er weitergibt.

POWER:
Kraft; Vermögen; Fähigkeit; Macht; Gewalt; Vollmacht; Potenz; Masse; in-an der Macht, im Amt
(Langenscheidts Englisch)



Foto: Moritz Milch/AFZ

Wenn es aber darum geht, nicht nur die Inhalte, sondern vor allem auch die Art und Weise unseres gesellschaftlichen Agierens an der Qualität der emanzipativen Potenz zu messen, kommen wir notwendigerweise zu dem Problem, Macht und Herrschaft nicht nur als synergistische Momente zu betrachten, sondern nach den gegenläufigen Momenten zu spüren, jenen Punkten, an denen staatliche Macht endet und eigene Stärke beginnt.

An diesem Punkt spätestens beginnen, sofern die anarchistisch-moralischen Instanzen noch funktionieren, alle cerebralen Alarmglocken zu klingeln: Beginnt hier die Liebäugelei mit der Macht, die gemäß allen anarchistischen Theorien abzulehnen ist, wenn der Blick nicht gerade an Max Stirners :"Was du zu sein die Macht hast, dazu hast du das Recht" hängenbleibt ?

Trotz der immer wieder postulierten Maxime - daß jede Befreiungsstrategie, die Macht einsetzt, um Macht zu überwinden, dazu verurteilt ist, neue Machtbeziehungen an die Stelle der alten zu setzen, - kommen wir als Libertäre mit der alleinigen (theoretischen) Ablehnung von Herrschaft und Macht nicht sehr viel weiter. Es ist das alte Dilemma der anarchistischen Idee, daß Macht im Zusammenhang mit Herrschaft negativ besetzt und zu recht abgelehnt wird, daß aber sehr wohl Macht nötig erscheint, um gerade emanzipative Prozesse einzuleiten, abzusichern und voranzutreiben. Jedes Kräfteverhältnis, nicht nur das der Herrschaft, sondern auch das Bestreben, sich von ihr zu befreien, impliziert zwangsläufig eine Machtbeziehung. Der "Dualismus der Macht" ist als Problem mit der doppelten Verneinung - *"Keine Macht -Für Niemand"* nicht aus der Welt zu schaffen, auch wenn sie auf das Richtige abzielt.

Etwas klarer wird das Dilemma, zwischen Macht und Herrschaft unterscheiden zu müssen, wenn wir über Ohnmacht sprechen, die ja wohl niemand als besonders erstrebenswert erscheint. Macht läßt sich in diesem Zusammenhang als "Fähigkeit etwas zu tun", oder auch mit der Entwicklung eigener Stärke, positiv definieren. Das Entstehen einer souveränen Persönlichkeit, mit der Fähigkeit zur individuellen Entscheidung, ist untrennbar mit dem Begriff der Stärke/Macht verknüpft. Es ist Selbstbetrug, zu glauben, wir könnten uns außerhalb des generell wirkenden Janus-Charakters der Macht stellen, sollten nicht Ohnmacht, Duldung und Passivität zu Tugenden erhoben werden. Wenn es also in diesem Zusammenhang um "die Qualität der emanzipativen Potenz" geht, ist ein Umgang mit "Macht" gemeint, der die Entwicklung eigener Stärke und von Selbstvertrauen fördert, ohne das Ziel zu verfolgen, über andere herrschen zu wollen. Die Aufgabe einer lebendigen Anarchistischen Bewegung / Philosophie liegt darin, den u.U. gefährlich nahen Übergangspunkt vom "Einen zum Andern" immer neu kritisch bestimmen zu müssen. (Es gibt nicht viele "müssen" im Text, aber dieses eine muß sein). Natürlich erfordert die gerade in einem "flexiblen" Staatssystem vorhanden Intention, gegenläufige Kräfte zu integrieren, ja gegebenenfalls an der Staatsmacht zu beteiligen, ein ethisch-anarchistisches Rückgrat, welches gegen derartige Ansinnen möglichst resistent macht. Die anarchistische Geschichte ist eine schier endlose Aneinanderreihung von Versuch und Irrtum, mit dem Dilemma der Macht zurechtzukommen, gerne eine "Mächtige Bewegung" sein zu wollen, aber dies gleichzeitig als Paradoxon zu empfinden. Es geht also nicht darum, einem unvorsichtigeren Umgang mit der Macht das Wort zu reden, im Gegenteil: im Wissen um die Gefährlichkeit der Macht und die ihr immanente Möglichkeit, Herrschaft auszuüben, liegt die ständige Verpflichtung zur Genauigkeit. Die Pontius Pilatus-Haltung einer sich angeblich jeder Macht enthaltenden reinen, libertären Struktur ist verlogen und leistet in ihrer Simplifizierung der Ungenauigkeit vorschub.

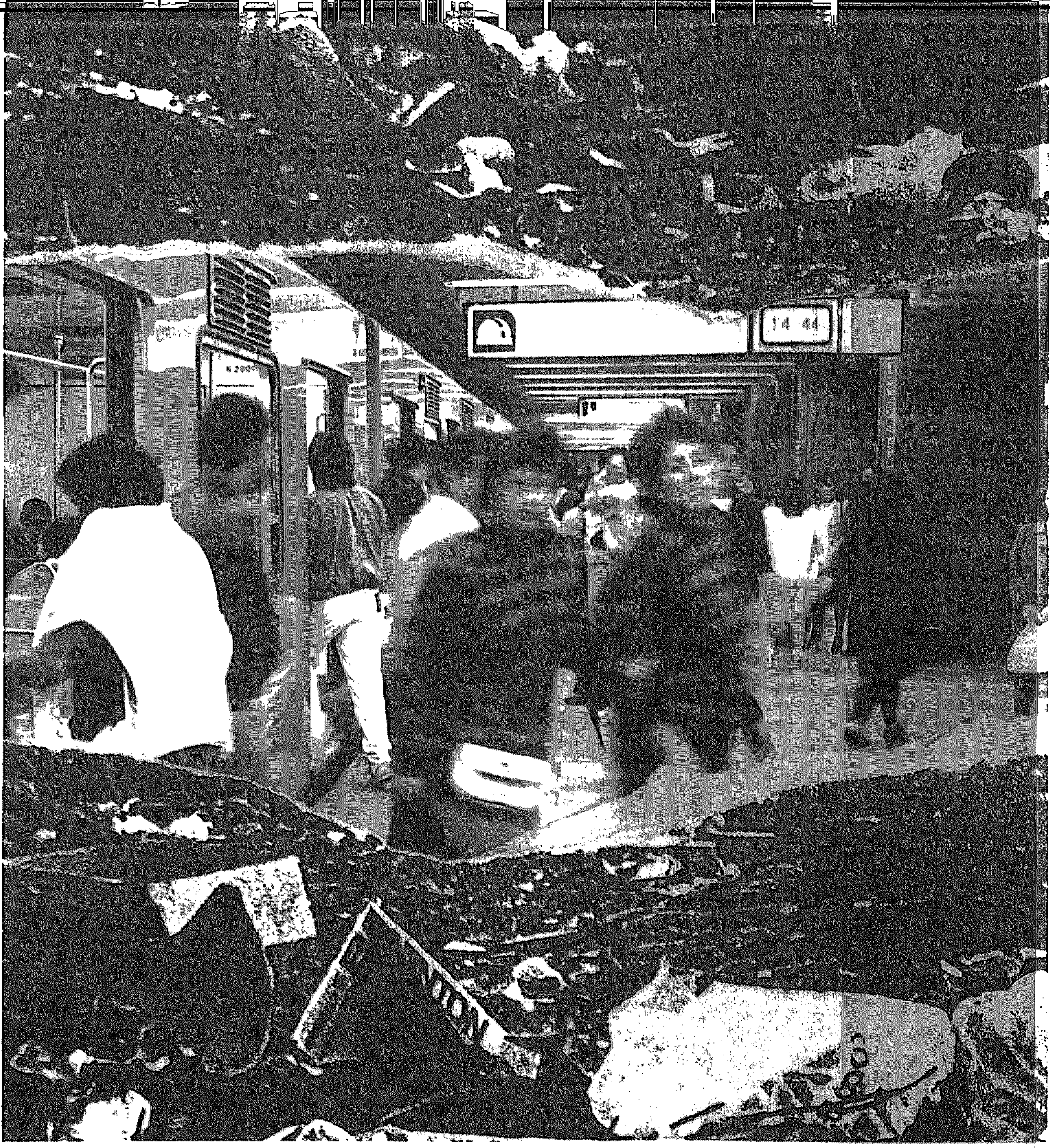


Foto: Herby Sachs /transparent

Die Ideologieproduktion zur Bevölkerungspolitik treibt munter Blüten. Die Auseinandersetzung mit der Konferenz in Kairo - sei sie zustimmend oder ablehnend - bewegt sich meistens auf der Ebene dieser Ideologien. Viel zu kurz kommt dagegen die Auseinandersetzung mit der Praxis von Bevölkerungskontrolle heute: Wie sieht diese Praxis unter der Bedingung von De-Industrialisierung und Zwangsabkoppelung ganzer Regionen von der Weltwirtschaft einerseits, und der verstärkten Unterwerfung anderer Regionen unter die Marktgesetze andererseits aus? Welche Menschen der jeweiligen Regionen sind besonders betroffen? Wie wird selektiert? (Vgl. hierzu auch die Debatte in der *Ila* z.B. über rassistische Bevölkerungskontrolle in Brasilien.)

Um uns mit dem Verhältnis zwischen bevölkerungspolitischer Ideologie und den tatsächlichen Praxen der Bevölkerungskontrolle auseinanderzusetzen, möchten wir uns zunächst mit den Ideologie-Konzepten auseinandersetzen, wie sie in der Öffentlichkeit massiv propagiert werden. Hierbei werden wir einen Schwerpunkt auf das Konzept der "nachhaltigen Entwicklung" setzen, das in engem Zusammenhang mit der Legitimierung von Bevölkerungskontrolle steht:

Berechtigte Ängste im Zusammenhang mit Umweltkatastrophen werden mobilisiert und umgewandelt in die

"Bevölkerungspolitik" und "Sustainable Development"



Angst vor einer angeblichen Bedrohung durch "Menschenlawinen" armer Menschen aus dem Süden. Das hat entlastende Funktion: In den Metropolen braucht man/frau sich weder für Naturzerstörung noch für Armut verantwortlich zu fühlen, denn die Armen sind schließlich an ihrer Armut selber schuld, wenn sie sich "unkontrolliert" vermehren, und zudem bedrohen sie zunehmend die "Umwelt".

In einer der nächsten Ausgaben werden wir uns mit der Realität von Bevölkerungskontrolle auseinandersetzen. Hier liegt der Schwerpunkt auf dem Konzept des "Empowerments": Welche Funktion hat es besonders im Zusammenhang mit "einer neuen Bewertung der Armen ... als Wirtschaftssubjekte" (Bernhard Imhalsy in der *taz* vom 4. August 1994)? Was bedeutet es konkret

Wie mit Hilfe von Angst vor Naturzerstörung rassistische und sexistische Bevölkerungskontrolle legitimiert wird.

von Michaela Schuh und Helga Eblinghaus

für die Betroffenen, wenn in die "Ressource Mensch" und ganz besonders in Frauen investiert werden soll?

Zum Zusammenhang von Überbevölkerung, Naturzerstörung und Armut: ein neuer Diskurs?

"Die nächste Internationale Konferenz zur Weltbevölkerungsentwicklung, die 1994 in Kairo stattfindet, trägt nicht die Bezeichnung "Weltbevölkerungskonferenz" sondern sie wird unter dem programmatischen Signum "Internatio-nale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung" durchgeführt. Diese Bezeichnung spiegelt die zunehmende Erkenntnis wider, daß ein Zusammenwirken aller Politikbereiche im Rahmen einer integrierten "Weltinnenpolitik" erforderlich ist, um die komplexen Probleme zu lösen. Zur "Weltinnenpolitik"... gehören neben der Bevölkerungspolitik und der Entwicklungshilfe auch die Weltwirtschaftspolitik und die Weltumweltpolitik...".

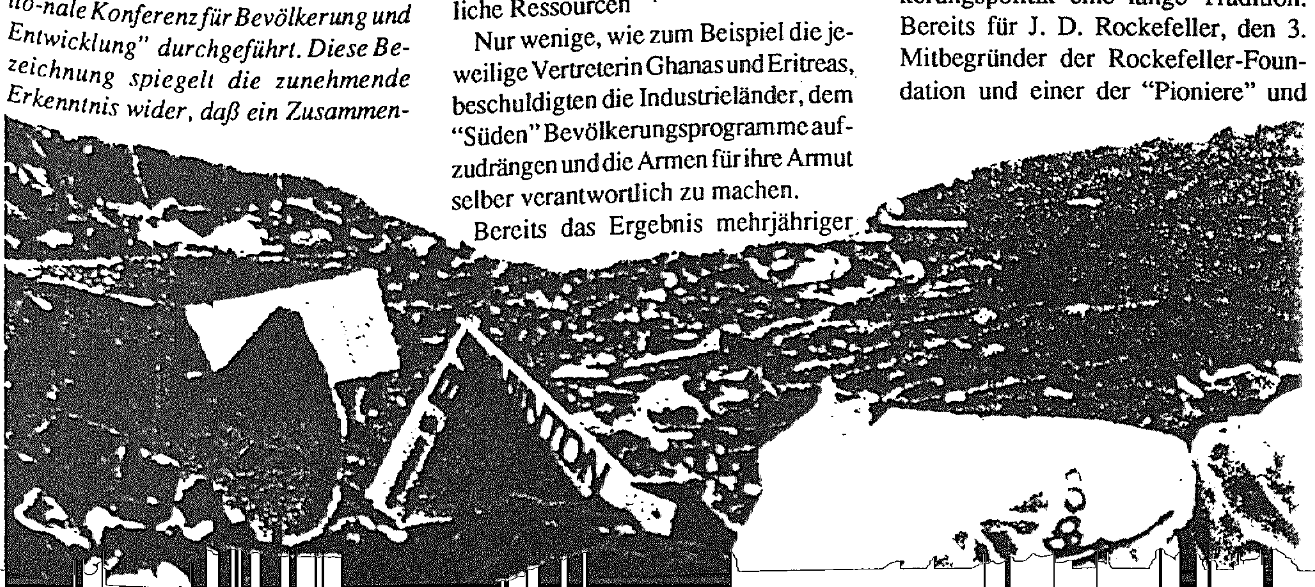
(Herwig Birg [Bevölkerungswissenschaftler], 1992. In: Weltbevölkerung und Entwicklung, S. 16. Hervorh. H.B.)

Wenn auch der Begriff der "Entwicklung" in den Titel der Weltbevölkerungskonferenz '94 in Kairo aufgenommen wurde, wurde während der Konferenz tatsächlich so wenig wie nie zuvor über Entwicklung geredet. Keine Debatten mehr über ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen, ausbeuterische Handelsbeziehungen und keine Angriffe auf die Verarmungspolitik der Industrieländer. "Still und heimlich" fand am Rande der Konferenz die "Umdefinition von Entwicklung" statt, so die Einschätzung von Christa Wichterich. Die Chefin der UNFPA, Nafis Sadik, brachte "das neue 'Paradigma' von Entwicklung auf die Formel: 'Alles ist Entwicklung, was dem Einzelnen mehr Wahlfreiheit gibt'. In dieser Neudefinition meint Entwicklung nur noch die Entfaltung der Fähigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen durch 'Investitionen in menschliche Ressourcen'"[1]

Nur wenige, wie zum Beispiel die jeweilige Vertreterin Ghanas und Eritreas, beschuldigten die Industrieländer, dem "Süden" Bevölkerungsprogramme aufzudrängen und die Armen für ihre Armut selber verantwortlich zu machen.

Bereits das Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen zum Abschlußdokument von Kairo hatte ahnen lassen, daß Entwicklung de facto kein Thema der Konferenz sein würde. Gelang doch zum Thema "Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungszuwachs, Wirtschaftswachstum und Entwicklung" gerade mal folgende Absichtserklärung: "The international community should promote a supportive economic environment to achieve economic progress and reduce poverty".[2] Überhaupt - über Armut solle man am "passenden Ort" diskutieren, nämlich im kommenden Jahr auf der UNCTAD; schließlich wird für diese Konferenz eine "Konvention gegen Armut" vorbereitet.

Die Tatsache, daß in der Publikationsflut im Vorfeld dieser Konferenz der Begriff der "Entwicklung" sehr häufig fiel, steht dazu nur scheinbar im Widerspruch, denn die als neu propagierten Erkenntnisse über Zusammenhänge von Armut, Bevölkerungsentwicklung und Naturzerstörung wurden nicht im Sinne einer kritischen Analyse der Weltwirtschaftsbeziehungen und der ungebrochenen Dominanz der Metropolen verwandt, sondern dienten der Legitimierung von rassistischer Schuldzuweisung. Die "systemische Sichtweise" hat im übrigen innerhalb der Bevölkerungspolitik eine lange Tradition. Bereits für J. D. Rockefeller, den 3. Mitbegründer der Rockefeller-Foundation und einer der "Pioniere" und





gegen Armut" vorbereitet.

Die Tatsache, daß in der Publikationsflut im Vorfeld dieser Konferenz der Begriff der "Entwicklung" sehr häufig fiel, steht dazu nur scheinbar im Widerspruch, denn die als neu propagierten Erkenntnisse über Zusammenhänge von Armut, Bevölkerungsentwicklung und Naturzerstörung wurden nicht im Sinne einer kritischen Analyse der Weltwirtschaftsbeziehungen und der ungebrochenen Dominanz der Metropolen verwandt, sondern dienten der Legitimierung von rassistischer Schuldzuweisung. Die "systemische Sichtweise" hat im übrigen innerhalb der Bevölkerungspolitik eine lange Tradition. Bereits für J. D. Rockefeller dem 3. Mitbegründer der Rockefeller-Foundation und einer der "Pioniere" und frühen Agitatoren gegen "Überbevölkerung" - "ging es bei der 'Bevölkerungsfrage' nicht nur um die Manipulation der Geburtenzahlen und weiblicher Fruchtbarkeit, sondern darum, die Zahl der Menschen, ihre Konsum- und Lebensgewohnheiten und die materiellen Ressourcen der Erde so umfassend wie möglich zu planen ... . Schon in den 40er Jahren gehörte 'Humanökologie' zu den gängigen Schlagworten der Rockefeller-Foundation und Artensterben, Versteppung und Wassermangel ebenso selbstverständlich zu deren Forschungsfeldern wie die wissenschaftliche Vorarbeit für die Anti-Baby-Pille."[3]

Neu ist jedoch, daß diese Debatte die Kritik an der imperialistischen Dominanz der Industriestaaten vollkommen überlagert und daß die geschwächte "Dritte Welt" dem nichts mehr entgegensetzt. Auch (reformistische) Kritiker in den Industriestaaten analysieren nicht (mehr) grundsätzlich die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, sondern verlangen deren kosmetische Korrektur in den Industriestaaten - und natürlich Bevölkerungskontrolle in der

frühen Agitatoren gegen "Überbevölkerung" - "ging es bei der 'Bevölkerungsfrage' nicht nur um die Manipulation der Geburtenzahlen und weiblicher Fruchtbarkeit, sondern darum, die Zahl der Menschen, ihre Konsum-

und Lebensgewohnheiten und die materiellen Ressourcen der Erde so umfassend wie möglich zu planen ... . Schon in den 40er Jahren gehörte 'Humanökologie' zu den gängigen Schlagworten der Rockefeller-Foundation und Artensterben, Versteppung und Wassermangel ebenso selbstverständlich zu deren Forschungsfeldern wie die wissenschaftliche Vorarbeit für die Anti-Baby-Pille."[3]

Neu ist jedoch, daß diese Debatte die Kritik an der imperialistischen Dominanz der Industriestaaten vollkommen überlagert und daß die geschwächte "Dritte Welt" dem nichts mehr entgegensetzt. Auch (reformistische) Kritiker in den Industriestaaten analysieren nicht (mehr) grundsätzlich die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, sondern verlangen deren kosmetische Korrektur in den Industriestaaten - und natürlich Bevölkerungskontrolle in der "Dritten Welt". Beispielhaft hierfür ist der "ökologische Marshallplan" von Joschka Fischer, Franz Alt und Lutz Wicke: Die westliche Wirtschaft wird umschmeichelt und hofiert, ("ökologisches Wirtschaften mit geringerem Energie- und Ressourcenverbrauch ist nicht nur für die Umwelt gut, sondern auch für die Wirtschaft."), in den "Dritte-Welt"-Ländern dagegen soll die "Bevölkerungsexplosion ... vermindert oder - besser - beseitigt werden".[4]

Die gute Absicht der Autoren - die sich bezeichnenderweise als die Sieger einer nicht näher benannten Schlacht verstehen - wird auch hier durch die Berufung auf "nachhaltiges Wirtschaften" ("Sustainable Development") suggeriert.

"Sustainable Development" - ein umweltverträgliches und sozial gerechtes Wirtschaftswachstumskonzept?

In der Publikationsflut im Vorfeld der Konferenz in Kairo wurde die vermeintliche Bedrohung durch die "Zeitbombe Mensch" stets im Zusammenhang mit der wachsenden Armut in der "Dritten Welt" und mit der dadurch zunehmenden Naturzerstörung diskutiert. Armut bewirke immer Bevölkerungswachstum (wegen der hohen Kindersterblichkeit, fehlender sozialer Absicherung usw.) und der "Bevölkerungsdruck" führe dazu, daß ökologisch sensible Gebiete zerstört werden: Landlose Arme überweiden ungeeignete Böden, siedeln an Steilhängen und ungeschützten Küsten und brandschatzen den Regenwald. Umgekehrt erzeuge das Bevölkerungswachstum wiederum Armut: wo ein Wohlstandszuwachs zu verzeichnen ist, wird er von der Zunahme der Bevölkerung wieder "aufgefressen".

Das Bild der Bedrohung, das von sämtlichen Tageszeitungen, Ökomagazinen, im Fernsehen und im Rundfunk vor der Kairoer Konferenz massiv propagiert wurde, hat mehrere Dimensionen. Es enthält nach wie vor die Befürchtung, daß eine große Anzahl von armen Menschen politisch nicht mehr zu kontrollieren ist (präventive Aufstandsbekämpfung). Weiter sei zu befürchten, daß eine gerechte Verteilung des Wohlstandes - so sie denn ernsthaft erwogen werden sollte - an der Kurzsichtigkeit und Unvernunft der Armen selber scheitert, die stattdessen neidisch auf den Wohlstand der "Ersten Welt" schielen und drohen, in die Zentren des Wohlstandes zu migrieren. Vor allem aber wird die Verantwortung des Nordens nicht nur bezüglich des Wohlstandsgefälles zwischen dem Norden und dem Süden geleugnet, sondern es findet eine ebensolche Entlastung bezüglich Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung statt. Dadurch kann ein Wirtschafts- und Wohlstandsmodell gerettet werden, welches die Vorherrschaft des Nordens über den Süden aufgebaut bzw. befestigt hat.

Das Zauberwort für eine "neue" Wirtschaftsweise heißt "Sustainable Development" oder "Nachhaltige Entwicklung". Es findet sich kaum ein Artikel oder ein Buch, das sich mit Sustainable Development befaßt und es versäumt darauf hinzuweisen, daß die wahre Bedrohung der Umwelt von den armen Menschen in der "Dritten Welt" ausgeht. Wer die in Frage kommenden Texte nur ein wenig gegen den



Strich liest, wird schnell feststellen, daß es grundlegende Unterschiede in der Art und Weise gibt, in der über die "Schuld des Nordens" (Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung) und über die "Schuld des Südens" ("Bevölkerungsexplosion") geredet wird. Abgesehen davon, daß es unglaublich zynisch ist, Abfall auf der einen Seite gegen Menschen auf der anderen Seite aufzurechnen, wird ersteres z.B häufig in der Vergangenheitsform beschrieben, so als handele es sich um eine Problem, das bereits so gut wie überwunden sei. Auch werden häufig abstrakte Begriffe verwandt wie "der Saure Regen", "Produktionszahlen", "Technologien", "Lebensstandard". Zum Beispiel heißt es im Brundtland-Bericht: "In Europa führt der Saure Regen zum Waldsterben sowie des Absterbens des Lebens in Gewässern und zerstört das künstlerische und architektonische Erbe ganzer Nationen"[5]

Die "Bevölkerungsexplosion" dagegen wird häufig als die Gefahr der Gegenwart und vor allem der Zukunft beschrieben. Hier handelt es sich oft um ganz konkrete Menschen "die Armen" oder "die Subsistenzbauern", denen die Schuld an der drohenden ökologischen Katastrophe angelastet wird: "Die meisten Opfer solcher Katastrophen sind die Verarmten in den armen Ländern, wobei Subsistenzbauern Dürren und Überschwemmungen auf ihrem Land erzeugen, indem sie Grenzgebiete roden, und wo die Armen sich selbst verletzlicher für solche Katastrophen machen, indem sie an Steilhängen und ungeschützten Küsten leben - dem einzigen Grund und Boden, der für ihre Baracken zur Verfügung steht."[6] Und weiter: "... Armut selber verschmutzt die Umwelt und schafft auf eine andere Weise Umweltbelastung. Jene, die arm und hungrig sind, werden oft ihre unmittelbare Umwelt zerstören, um zu überleben: sie werden Grenzländer übermäßig nutzen; und in wachsender Zahl werden sie in die verstopften Städte strömen. Der kumulative Effekt dieser Veränderungen ist so weitreichend, daß Armut selber zu einer wahren Geißel der Menschheit geworden ist."[7] Und Klaus M. Leisinger schreibt: "Menschen, die in ihrem täglichen Überlebenskampf auf die Ausbeutung knapper Ressourcen angewiesen sind, können sich ökologisches Langzeitdenken nicht leisten. (...) Wenn das Land völlig ruiniert ist, sind sie gezwungen, auf andere Böden in Nachbarregionen auszuweichen - Böden, die entweder zur Regeneration brach liegen oder von anderen Stämmen oder Familienclans bearbeitet werden. So werden Auseinandersetzungen ausgelöst, unter denen nicht zuletzt die fragilen Böden leiden."[8]

Stereotyp werden diese Aussagen mit Bildern von schwarzen Menschen, meist in großer Anzahl, unterlegt - anstatt z.B. Bilder von Einkaufspassagen oder Staus in den Metropolen zu benutzen. Das *Greenpeace-Magazin* zum Beispiel unterlegt in seiner Ausgabe mit dem Schwerpunkt "Zuviel: Was bremst die Menschheit"[9] seine Artikel mit der Abbildung eines Kindes, das auf dem Stumpf eines gefällten Urwaldbaumes hockt und fragt im Bilduntertitel: *"Kinder oder Regenwald?"*

So bekommt die Vernichtung des Regenwaldes ein Gesicht: es ist arm, schwarz und sieht immer sehr elend und bedürftig aus. Gleichzeitig aber wird in den Industrieländern immer noch darüber gestritten, ob z.B. die hohe Ozonbelastung tatsächlich kausal durch den immensen PKW- und LKW-Verkehr verursacht wird, und ob Ozon nicht vielleicht sogar gesund sei.

Besonders deutlich wird der Unterschied aber, wenn man sich die daraus folgenden Handlungsvorschläge ansieht, so widersprüchlich sich diese auch darstellen. Gerade ihre Widersprüchlichkeit und Vagheit ermöglichen, daß die Konzepte im Sinne der Herrschaftssicherung des Nordens über den Süden instrumentalisiert und benutzt werden können.

Widersprüchlich sind die Konzepte zum einen in sich selbst, zum anderen untereinander. Praktisch läßt sich keine durchgängige Linie feststellen, was denn nun eigentlich mit "sustainable development" gemeint sein soll. Die Handlungsvorschläge reichen von dezidierten Rechenbeispielen, wieviel Wirtschaftswachstum wo erreicht werden muß, um die Zerstörung der Umwelt "beherrschbar" zu machen (der Brundtland-Bericht empfiehlt 5% für den Norden und 3% für die ärmeren Länder[10]) über die rein technologische "Effizienzrevolution" im Ressourcenbereich (und welcher Unternehmer würde sich nicht über Einsparvorschläge freuen?) über Öko-Steuern und vage Forderungen nach einem anderen Wachstumsmodell und Konsumbeschränkungen. Die Armen Länder dagegen brauchen "unsere" saubere Technologie und "unsere" Experten für Beratung im Umweltmanagement.

Armut soll nicht selten dadurch begegnet werden, daß die Armen ihre Fähigkeiten als KleinunternehmerInnen entdecken: Als BesitzerInnen einer Kuh, als Lastentransporteure mit dem Fahrrad oder in ähnlichen marginalisierten Tätigkeiten. Die Doppeldeutigkeit solcher Empfehlungen zeigt sich in Sätzen wie: "Die Erfassung dieser Tätigkeiten geht einher mit einer neuen Bewertung der Armen: Die 'Hilfeempfänger' werden 'Wirtschaftssubjekte', die in gewisser Weise die wichtigsten Bedingungen eines Unternehmers (!?) erfüllen: im schärfsten wirtschaftlichen Wettbewerb nehmen sie oft große Risiken auf sich und sind mit ihren lächerlich geringen Hilfsmitteln - oft ist es nur ihre eigene Körperenergie - extrem produktiv. (...) Vom Selbstversorger wird der Bauer zum Wanderarbeiter, Tagelöhner und oft zum Industriearbeiter. Diese Tendenz mindert den Druck auf die knappste Ressource, landwirtschaftliches Land, und erlaubt es den verbleibenden Bauern, effizienter zu produzieren"[11] Anstelle von Entwicklungspolitik sollen Marktanreize geschaffen werden "für eine Armee von armen Kleinbauern, denen das Wasser so sehr bis zum Hals steht, dafl sie einfach gezwungen sind, solche Angebote anzunehmen."[12]

Gleichzeitig sollen den armen Ländern ganze Regionen abgekauft werden, so daß sie für die Einwohner nicht mehr nutzbar sind, auch nicht für die Subsistenzproduktion: "Debt-for-Nature-Swaps" bedeutet, daß sich die verschuldeten Länder gegen Erlaß der Schuldentitel "bereiterklären", ein bestimmtes Gebiet zu einem Naturpark zu erklären. So schreibt Ernst U. von Weizsäcker in ungebrochener neokolonialistischer Tradition: *"Die Banken wären zufrieden, denn sie könnten wenigstens ein bißchen Geld für die weitgehend wertlosen Schuldentitel kassieren (...). Das Entwicklungsland wird einen Teil der Schulden und Zinsbelastung los, und der Naturschützer hat das gute Gefühl, mit seinem Geld ein Areal von einer Größe für den Naturschutz freigekauft zu haben, die er mit normalem Grunderwerb niemals erreichen könnte"*.[13]



Vorrangig wird jedoch im Zusammenhang mit den Ländern des Südens immer wieder die Notwendigkeit von Bevölkerungspolitik beschworen und ebenso hartnäckig wird auf die zwingende Notwenigkeit weiteren Wirtschaftswachstums im Norden verwiesen, angereichert durch Pseudokritik: "Der westliche Lebensstil wird sich nicht über den ganzen Globus ausbreiten lassen, wenn der Menschheit eine ökologische Katastrophe erspart bleiben soll. Die Frage ist, ob sich der reiche Norden seinen Lebensstil noch lange wird leisten können. Andererseits: Ist das Funktionieren seines Systems nicht geradezu die Voraussetzung dafür, daß er den Zurückgebliebenen [!] helfen kann?[14]

Durchgängig lassen sich aber alle Handlungsvorschläge zusammenfassen als verbesserte Kontroll- und Steuerungsinstrumente: Ökologie und Gerechtigkeit sind machbar, planbar und beHERRschbar. "Es sind vielmehr lediglich technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkraften menschlicher Einflußnahme gezogen sind. Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen aber sind beherrschbar und können auf einen Stand gebracht werden, der eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht."[15] Alternative und/oder traditionelle Wirtschaftsmodelle werden nicht diskutiert bzw. diffamiert.

Nicht aufgegriffen wird auch die Frage, welchen Sinn denn Ressourceneinsparungen durch verbesserte Technologien im Produktionsbereich bei gleichzeitigem unendlichem Wirtschaftswachstum haben sollen? Schon gar nicht wird danach gefragt, ob denn Wirtschaftswachstum tatsächlich Armut beseitigt, oder ob nicht die historischen Erfahrungen belegen, daß Wohlstand durch Wirtschaftswachstum immer nur auf Kosten von bestimmten Menschen (und/oder auf Kosten von außermenschlicher Natur!) geschaffen werden kann? Die Argumentationskette des Brundtland-Berichtes lautet so: Da die Armen die größte Gefahr für die Umwelt sind, muß die Armut durch eine Grundbedürfnisbefriedigungs-Strategie beseitigt werden. Dafür sei - entgegen allen historischen Erfahrungen - Wirtschaftswachstum zwingend nötig. Denn bei gleichbleibender Verteilungsstruktur (!) müsse die gesamte Menge an Wohlstand solange erhöht werden, bis auch zu den Ärmsten soviel durchsickert, daß sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen können. Da aber ja in der "Einen Welt" durch die Weltwirtschaftsstrukturen irgendwie alles zusammenhängt, kann das Wirtschaftswachstum in den armen Ländern nur durch Wirtschaftswachstum in den reichen Ländern realisiert werden. Also: Durch ein Wirtschaftswachstum von 5% soll den - nach wie vor abhängigen Ländern - ein Wachstum von 3% angeblich ermöglicht werden. Dieses Beispiel macht klar, daß die bestehenden politischen Verhältnisse - Armutsgefälle im Inland wie im internationalen Vergleich - nicht angetastet werden sollen.

Das klingt ganz nach altem Wein in neuen Schläuchen, sprich nach der jahrzehntelang gepredigten Ideologie der "nachholenden Entwicklung", wenn diese den armen Ländern nicht neuerdings kaltschnäuzig und zynisch als Anspruchsdenken vorgeworfen würde: "Ignoranz und Nicht-Reaktion werden insbesondere bei den Armen dieser Erde - nicht nur in den Entwicklungsländern - durch die Illusion begünstigt, sie seien lediglich Nachzügler, könnten letztlich aber den Lebensstandard der reichen Minderheit ebenfalls erreichen. Für sie ist der oligarchische Charakter des Lebensstandards ihrer 'Vorbilder' nicht erkennbar... ."[16]

Ebenfalls nicht thematisiert wird die Frage, wie durch die Marktkräfte - etwa durch das Kontroll- und Steuerungsinstrument der Ökosteuern - die Bedürfnisse der Armen berücksichtigt werden sollen: solange nach wie vor Politik durch Preisbildungsmechanismen ersetzt werden soll, fallen die Bedürfnisse derjenigen heraus, die ihren Interessen nicht durch die entsprechenden Geldsummen Ausdruck verleihen können.

Dieses auf den ersten Blick krude Gemenge von guten Absichten und widersprüchlichen Handlungsvorschlägen birgt besondere Brisanz durch die gegenwärtige Entwicklung der Weltmarktlage. Die Länder des Südens wurden durch neokoloniale Strukturen zur Lieferung preiswerter Rohstoffe gezwungen. Bestimmte Rohstoffe werden jedoch tendenziell zunehmend durch



synthetische Produkte ersetzt. In diesem Zusammenhang spielt die Bio- und die Gentechnologie eine wichtige Rolle: Zucker z.B. wird durch synthetische Süßstoffe ersetzt. Die Ausbeutung der Rohstoffe war vergleichsweise arbeitsintesiv. Dadurch daß sie überflüssig wird, werden auch die bisher benötigten Arbeitskräfte überflüssig. Der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern der "Dritten Welt" verschärft sich und Ausbeutung durch den Weltmarkt wird zum Privileg. Weitere Konkurrenz entsteht durch den Zusammenbruch der östlichen Länder, die zunehmend bei der Vergabe von "Wirtschaftsförderungen", etwa durch die Europäische Union und die Weltbank bevorzugt werden. Norbert Arntz und Franz J. Hinkelhammer schreiben hierzu: "Aus einer Welt, in der man Rohstoffe ausbeutet durch Ausbeutung der vorhandenen Arbeitskraft, wird eine Welt mit einer überflüssig gemachten Bevölkerung. (...) Je mehr Menschen überflüssig sind, um so mehr verliert das klassische Ausbeutungskonzept an Bedeutung. (...) Ein 'Ausgebeuteter' zu sein, gilt in einer solchen Welt sogar als Privileg."[17]

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Betonung der Notwendigkeit von Bevölkerungspolitik in der "Dritten Welt" eine andere Bedeutung: Nicht die Armut soll beseitigt werden sondern - ganz in der Tradition der frühen Bevölkerungspolitikkonzepte - die Armen selber.

Die Ergebnisse der Konferenz in Kairo: Was bleibt übrig vom Pathos einer "Weltinnenpolitik"?

Der Verlauf der Konferenz in Kairo bestätigt diesen Verdacht. Die unterschiedlichen Glaubensrichtungen "Entwicklung ist die beste Verhütung" versus "Verhütung ist die beste Bevölkerungspolitik" - 1984 noch kontrovers diskutiert - ist zugunsten der letzteren entschieden: Verbindlich wurde festgelegt, daß bis zum Jahr 2000 17 Milliarden Dollar für "die Zukunft des Menschen" ausgegeben werden sollen. Ein Drittel davon zahlen die Industrieländer aus ihren dadurch noch weiter reduzierten Entwicklungshilfefonds, den Rest die Länder der "Dritten Welt". 27% der Summe ist für "reproduktive Gesundheit" eingeplant, der Rest für die Bereitstellung von Verhütungsmitteln.. Für Frauenbildungsprogramme, deren Wichtigkeit während der Konferenz und im Abschlußdokument immer wieder betont wird, ist kein Pfennig eingeplant. Dem Vatikan und der von ihm aufgeworfenen Abtreibungsfrage wurde eine solche Dominanz eingeräumt, daß über andere Themen so gut wie nicht debattiert werden konnte. Die Festschreibung des Rechtes auf Familiennachzug für MigrantInnen in die Aufnahmeländer wurde von der EU blockiert. Die Festung Europa bleibt dicht. Erst recht blieb keine Zeit für die Diskussion der Kritik einiger Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und Frauenverbände zur Verarmungspolitik von IWF und Weltbank sowie zur Feminisierung der "globalen Verantwortung". Viele NGO's, die sich auf das gigantische Konferenzspektakel eingelassen hatten, zeigten sich dementsprechend enttäuscht. Ihre offensive Einbindung in die offizielle UN-Politik, die von vielen als Chance gewertet wurde, die Bevölkerungspolitik zu feminisieren, ging einher mit einer völligen Entpolitisierung der Debatte.

So verheerend die Auswirkungen von Entwicklungspolitik auch sind, ihre Streichung und Ersetzung durch Bevölkerungspolitik bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Dominanz des Nordens läßt kaum Besseres vermuten:

"... es gibt auch Länder und Phasen, wo wir keinerlei wirtschaftliche Entwicklung haben. Das darf uns dann nicht dazu verleiten, nicht dennoch mit aller Kraft zu versuchen, die Bevölkerung zu stabilisieren. Früher hieß es: 'Entwicklung ist das beste Verhütungsmittel.' Das ist ein schöner Aphorismus. Aber wir sehen, daß in vielen Ländern die Bevölkerung viel schneller wächst als die Wirtschaft. Da muß doch jeder, der rechnen kann, anerkennen, daß wir etwas tun müssen und nicht nur zuschauen dürfen."[18]

Wozu dann diese unglaublich aufwendige Show in Kairo? Wozu das Gerede von "Empowerment" und den "reproduktiven Rechten" der Frauen? Wozu die Einbindung von NGO's bereits im Vorfeld der Konferenz? Auch hierzu weiß Herr Wirth die Antwort: "Ja, Kairo ist ungeheuer wichtig. Die Konferenz ist ein Katalysator. Alle Welt richtet ihr Interesse auf die Gefahren eines ungezügelten Bevölkerungswachstums, konzentriert ihr Geld auf dieses Problem - und begreift, wie wir zu Lösungen kommen können."[19]

Anmerkungen

1 Christa Wichterich. In: FR vom 13.9.1994
2 "Die Internationale Gemeinschaft sollte eine tragfähige ökonomische Umwelt fördern um ökonomischen Fortschritt zu erzielen und Armut zu reduzieren." Zit. nach J. Krause. In: UNFPA-Informationsdienst Nr. 18, S. 3
3 Susanne Heim / Ulrike Schaz. In: Finrage (Hrsg.): Bevölkerungsexplosion. Marketing einer Ideologie. Hamburg 1993. S. 3, Einleitung
4 Franz Alt, Joschka Fischer u.a. in ihrem Aufruf für einen "Ökologischen Marshallplan".
5 Volker Hauff (Hrsg.): Unsere Gemeinsame Zukunft: Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987. S. 3
6 ebd., S.35
7 ebd. S.32 (Hervorhebung von den Autorinnen)
8 Klaus M. Leisinger: Hoffnung als Prinzip. Bevölkerungswachstum: Einblicke und Ausblicke. Basel, Boston, Berlin 1993
9 Greenpeace, Magazin für Umwelt und Politik 2/94
10 Volker Hauff, a.a.O., S. 54
11 Bernhard Imhalsy: Kleinbauern schöpfen Hoffnung. In: taz 04.08.1994
12 ebd. Dieses Zitat ist ebenfalls ein deutliches Beispiel dafür, wie widersprüchlich solche Konzepte in sich sind und wie chauvinistisch und bigott die Marktideologie daherkommt.
13 v. Weizsäcker, Ernst Ulrich: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. Darmstadt 1989. S.125
14 Sommer, Theo: Stehplatz für Milliarden? In: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? Zeit-Punkte Nr. 4 / 1994; Sonderdruck der Wochenzeitung DIE ZEIT, S. 5
15 Volker Hauff, a.a.O., S. XIV f
16 Harborth, H.-J: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung: eine Einführung in das Konzept des "sustainable development". Berlin 1991. S.102f
17 Norbert Arntz und Franz J. Hinkelhammer: Die Bevölkerung der Dritten Welt ist heute überflüssig geworden. In: FR, 02.09.1994
18 Interview mit Timothy Wirth, stellvertretender US-Auflenminister für Globale Fragen. In: Weltbevölkerung. Wird der Mensch zur Plage? Zeit-Punkte Nr. 4/ 1994; Sonderdruck der Wochenzeitung DIE ZEIT. S.46f. Hervorhebung von den Autorinnen.
19 ebd., S. 47

"Land dem zu geben, der es bebaut"

(Emiliano Zapata)

Die Landlosenbewegung in Chiapas

Fast ein Jahr nach dem Neujahrstag 1994, als einige hundert schlecht bewaffnete Indígenas in einem kühnen Handstreich mehrere Ortschaften in der mexikanischen Provinz Chiapas besetzten, hat sich weder die politische noch die soziale Situation der Landbevölkerung verbessert.

Landbesetzungen sind an der Tagesordnung und ganze Regionen befinden sich außerhalb staatlicher Kontrolle. Zwar droht der Gouverneur von Chiapas seit Wochen mit Räumungen durch Polizei und Militär, aber zu blutigen Auseinandersetzungen ist es bisher nur selten gekommen. Einige Ländereien wurden unterdessen freiwillig geräumt, doch eine Lösung des Landkonfliktes zeichnet sich nicht ab.

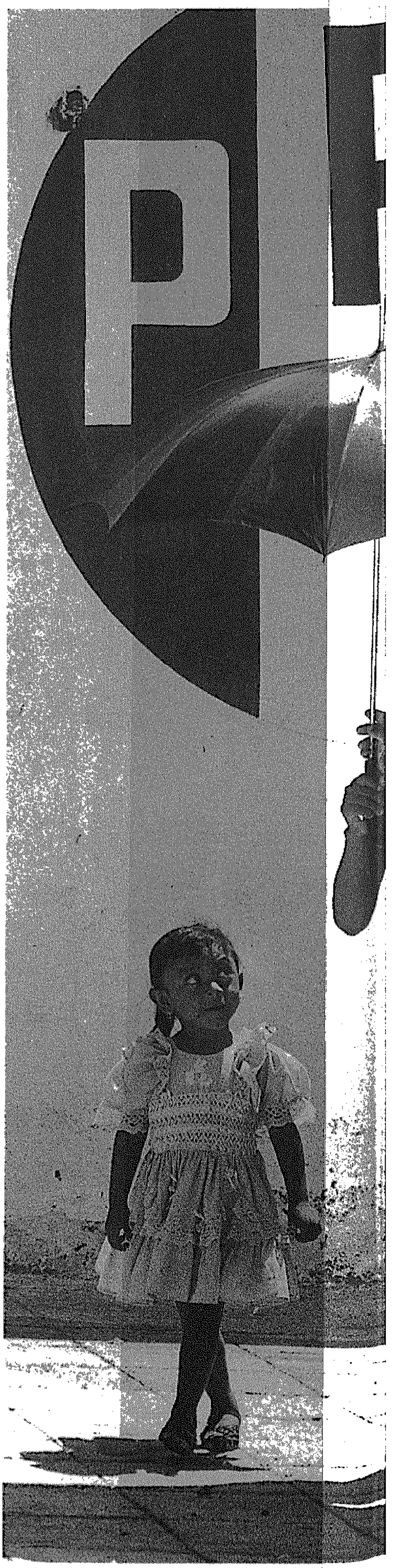
Die seit mehr als 65 Jahren in Mexiko herrschende Partei der institutionalisierten Revolution (PRI) hat im August 1994 erneut die Wahlen in Chiapas und ganz Mexiko gewonnen, wenn auch internationale WahlbeobachterInnen zum wiederholten Male, massiven Wahlbetrug und Stimmenkauf bestätigen mußten.

So hat denn auch die Regierung von Salinas de Gortari mit hastig beschlossenen Entwicklungsprogrammen und einer Handvoll politischer Zugeständnisse für den armen Bundesstaat Chiapas den seit Januar eskalierenden Konflikt um Land und Würde beschwichtigen wollen. Doch weder die Zapatistas (EZLN), noch ihre Basis, lassen sich auf diese Weise kaufen. Die Gründe für die soziale Verzweiflung der indianischen Bevölkerung und landlosen Campesinos von Chiapas sind offensichtlich einzusehen. In den meisten Indígenagemeinden gibt es weder Trinkwasser noch Strom, keine ausreichende Gesundheitsversorgung, keine Ausbildungsmöglichkeiten und das wichtigste: kein bebaubares Land.

Das soziale Elend in Chiapas hat sich in den letzten 30 Jahren durch die hemmungslose Ausbreitung der Vieh-, Land-, und Holzwirtschaft verschärft. Massenhafte Vertreibung von Grund und Boden waren und sind die Folge. Wenige einflußreiche Familien und die Oligarchie der Landbesitzer, haben ihre Ländereien stets ausgeweitet und die Zäune der Rinderzüchter werden immer länger. Ganze Clans dominieren den Kaffeeanbau, die Holzwirtschaft und die Viehzucht. Diese namhaften Familien leben nicht nur in Chiapas - der Bundesstaat gehört ihnen. Die vielen landlosen ArbeiterInnen auf ihren Fincas werden noch heute wie Leibeigene behandelt. Oft werden sie in Naturalien bezahlt, schulden ihren Herren sogar Hemd und Hose. Diese sogenannten "mozos" sind zum Herumziehen mit ihren Familien gezwungen. Für das Recht, sich auf Flächen, die ihnen nicht gehören niederlassen und Mais anzubauen, müssen sie eine bestimmte Anzahl von Tagen umsonst arbeiten, wann und wo immer es dem Landbesitzer gefällt.

Das Zentrum des Aufstands, die kaum besiedelte Selva Lacondona, ist für viele arme und landlose Campesinos Zufluchtsort und neue Hoffnung auf Land. Staatseigene Flächen und bewaldete Gebiete wurden an sie und indianische Gemeinden verteilt. Tausende chiapanekische Indígenas, darunter Choles, Tzotziles und Tzeltales, sind in den Urwald gezogen, haben sich dort niedergelassen und pflanzen Mais und Bohnen, um ihr Überleben zu sichern. Aber auch in der Selva geraten sie mit privaten Viehzüchtern aneinander, deren Weiden ständig wachsen und die sich auf das kultivierte Land ausbreiten. Viele Familien werden so noch tiefer in die Selva getrieben und geraten dort abermals in Konflikt, diesmal mit der Modernisierung in Chiapas.

Die Ausbeutung der Erdölvorkommen, der Bau von Wasserkraftwerken und die Entwicklung von Tourismusgebieten bedeutet häufig die endgültige Trennung der Campesinos von ihren angestammten Produktionsweisen und Gebieten. Tausende von Indígena-und Campesinofamilien sind obdachlos geworden oder müssen jederzeit mit Vertreibung rechnen. Mit der Siedlungspolitik der Regierung seit den siebziger Jahren hat sich der Landkonflikt noch





verschärft. Sie hat ausschließlich die Interessen der Grundbesitzer berücksichtigt und nichts an der chiapanekischen Agrarstruktur geändert.
"Vor acht Jahren", erzählt Subcommandante Marcos, "brannten die Großgrundbesitzer eine ganze Siedlung nahe San Miguel auf dem Weg nach Monte Libano vollständig nieder. Es handelte sich um Land der Indianer, das die Grundbesitzer sich angeeignet hatten. Die IndianerInnen hatten es wieder zurückerobert und ihre bescheidenen Strohäuschen darauf errichtet. Maskierte Viehzüchter drangen eines Nachts ein und legten überall Feuer, nahmen einige Männer gefesselt mit und übergaben sie der Polizei. Sie wurden wie illegale Landbesetzer behandelt und in den Knast gesteckt."

Überall in Chiapas hausen tausende von Landlosen in Bretter-und Plastikverschlägen am Straßenrand. Die meisten von ihnen haben einfach ein unbewirtschaftetes Stück Land besetzt und hoffen darauf, daß ihnen der Boden übertragen wird. Aber auch auf Ranchos und Fincas von fünfzig bis weit über tausend Hektar haben sich viele niedergelassen. Familien schließen sich zu Gemeinschaften zusammen, um den Boden mit ihren Grundnahrungsmitteln, anstatt wie bisher z. B. lediglich mit Viehfutter zu bebauen. Die Versuche der Besitzer, die Bauern zum Aufgeben zu zwingen, indem sie ihre improvisierten Hütten mit Hilfe von Pistoleros und Todesschwadronen niederreißen, scheitern inzwischen häufig an dem gut organisierten Widerstand der LandbesetzerInnen. Denn zu stark ist die landlose Indígena-und Campesinobewegung geworden. Täglich wird neues Land besetzt. Viele dieser zur Zeit fast 400 Landbesetzungen im Südosten Mexikos werden seit Beginn des Aufstands, von CEOIC organisiert, einem Zusammenschluß von mehr als 280 Indígena - und Campesinoorganisationen in Chiapas. Sie fordern gerechte Landverteilung und im Sinne des legendären mexikanischen Bauernführers Zapata, das "Land dem zu geben, der es bebaut."

Dorothea Schütze und Herbert Sachs

Interview mit CEOIC

Tuxtla, 18. Juni 1994

von Dorothea Schütze und Herby Sachs

Franzisco Jímenez (Pancho) könntest Du zuerst erklären, wie sich CEOIC geründet hat und wieso?

CEOIC gründete sich zu Beginn des Krieges in Chiapas, bald nach dem Aufstand der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN. Alle unterschiedlichen Campesino-Organisationen kamen in regionalen Treffen zusammen, um gemeinsam ein Forum zu bilden, das als Vermittlungsinstanz zwischen der Regierung und der EZLN fungieren sollte. Zu diesem Zeitpunkt war schon klar, daß die Regierung ein ganz bestimmtes Ziel verfolgte und uns als politisches Gegengewicht zu den Zapatistas benutzen wollte. Aber wir haben das nicht zugelassen, denn wir sind uns über unsere Rolle in diesem Konflikt im Klaren und sehen ganz eindeutige Übereinstimmung mit den Forderungen der EZLN. Selbst die offiziellen regierungsnahen Campesino-Organisationen sind dieser Meinung. Wir alle kämpfen für Frieden, aber für einen Frieden mit Würde, Gerechtigkeit und Entwicklung für alle.

Obwohl wir nicht mit den Methoden der EZLN übereinstimmen, wissen wir, daß sie unsere Brüder und Schwestern sind, daß sie keine andere Wahl hatten und sich für diesen Weg entscheiden mußten. Ihre Forderungen sind die gleichen, für die wir schon seit vielen Jahren kämpfen.

Könntest Du etwas genauer die konkreten Forderungen beschreiben, die CEOIC aufstellt?

Die Forderungen von CEOIC liegen im politischeen, sozialen und kulturellen Bereich. Da gibt es zum Beispiel das Problem der Indianervölker, die unter ständiger Diskriminierung leiden. Ihre Kultur, ihre Sprachen, ihre Traditionen und ureigenen Regierungsformen werden nicht respektiert. Stattdessen wird den 56 verschiedenen Ethnien Mexikos

die spanische Sprache aufgezwungen, und sie müssen sich Gesetzen unterordnen, die nie ihre Zustimmung bekommen haben.

Ein Problem, das sehr eng mit dem der Indianervölker verknüpft ist, ist der Landkonflikt. Nach der Revolution von 1910 wurde eine sehr gute Verfassung ausgearbeitet, zumindest die Worte auf dem Papier hören sich sehr gut an. Dort steht geschrieben, daß alle Völker und Gemeinden Recht auf Land haben. Für die Campesinos und Indígenas sind das aber nur leere Worte. Unserer Meinung nach ist die Revolution von 1910 nie in Chiapas angekommen.

Unsere Indianergemeinden werden vertrieben und müssen in die unfruchtbarsten Gegenden fliehen, ins Hochland von Chiapas, in die Berge. Die besten Böden reißen die Großgrundbesitzer, die Kaziken und Viehzüchter an sich. Es hat deswegen schon häufig Widerstand unter den Campesinos gegeben. Eine der größten Campesino-Bewegungen begann in den 60er Jahren. Damals wurde der Kampf um Land wieder aufgenommen. Allein 1979 während der Amtszeit von L¢pez Portillo gab es über 2.000 Landbesetzungen in Mexico.

Seit dem 1. Januar hat die Campesino-Bewegung erneut an Stärke gewonnen. Zur Zeit gibt es 342 Landbesetzungen allein in Chiapas. Die Regierung behauptet, wir seien Invasoren und Landräuber. Wir sagen aber, daß wir uns nur die Ländereien zurückholen, die aus historischer Sicht die Besitztümer unserer Vorfahren sind.

Am 14.April diesen Jahres schloß CEOIC ein Abkommen mit der Regierung von Chiapas, in dem sich die Campesino-Organisationen verpflichten, zwei Monate lang keine Ländereien mehr zu besetzen. Und wozu dieses Abkommen? Weil die Regierung behauptete, wir wären gegen den Frieden und wollten das Land unregierbar machen. Um zu beweisen, daß wir sehr wohl Frieden wollen, gaben wir ihnen zwei Monate Zeit, uns Lösungen für den Landkonflikt anzubieten. Das Landproblem hat sich in letzter Zeit durch die Änderung des Agrargesetzes noch verschärft. Laut Salinas gibt es keine Ländereien mehr, die unter den Campesinos verteilt werden könnten. Per Gesetz ist für uns kein Land mehr vorgesehen.

Nach Ablauf der Zweimonats-Frist, also am 14.Juni, waren von den 342 Landbesetzungen erst 40 Fälle analysiert und nur ein Fall gelöst worden, bei dem es um 60 Hektar Land ging. Daran sieht man, wie wenig die Regierung unsere Forderungen ernst nimmt. Und genau deswegen haben wir zu Demonstrationen und der Platzbesetzung vor dem Regierungspalast in Tuxtla aufgerufen.

Das Problem ist, daß in Mexico absoluter Respekt vor dem Privatbesitz herrscht, in einem Land, in dem wenige viel und viele nichts besitzen. Die einzige Reaktion auf unsere Forderungen ist, daß die Regierung versuchen will, den Großgrundbesitzern und Viehzüchtern Land abzukaufen. Wir meinen, daß das keine Lösung ist, zumal die meisten nie freiwillig verkaufen würden. Es gibt viele Ländereien, die beschlagnahmt werden könnten, weil die gesetzlichen Begrenzungen von Landbesitz überschritten sind. Es gibt Familien, die bis zu 10.000 Hektar besitzen, offiziell in Einzelteile zerstückelt und eingetragen auf den Namen des Sohnes, seiner Frau, des Vaters, des Onkels, des Neffen,usw.

Das Agrargesetz besagt, daß privater Landbesitz zugunsten von öffentlichen und sozialen Interessen aufgeteilt werden kann. Wir glauben, daß dies ein Ausweg sein könnte, zumindest in den Fällen, in denen Landbesitzer nicht verkaufen wollen. Wir trugen diesen Vorschlag der Regierung vor, doch sie sagte nein. Das heißt, daß wir nach zwei Monaten Wartezeit keinen Schritt weitergekommen sind. Zusätzlich zu den 342 aktuellen Streitfällen gibt es viele Campesinos, die schon seit 40, 50 oder 60 Jahren darauf warten, daß ihre Landprobleme gelöst werden. Daher erscheint uns als einzige Möglichkeit, mit den Landbesetzungen fortzufahren.

CEOIC stellt noch eine Reihe anderer Forderungen auf. So denken wir zum Beispiel, daß die Bundesregierung sich gegenüber Chiapas hoch verschuldet hat. Chiapas ist der Bundesstaat, der 60% der nationalen Energieversorgung bestreitet. Trotzdem haben ungefähr 60% der EinwohnerInnen von Chiapas kein elektrisches Licht.

Außerdem fordern wir, daß für Chiapas ein Modell zur wirtschaftlichen Entwicklung erarbeitet wird. Das neoliberale Wirtschaftssystem entspricht nicht unseren Interessen. Wir schlagen ein Modell vor, bei dem es um die Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität geht. Die Regierung behauptet, das niedrige Produktionsniveau in Chiapas läge daran, daß wir Campesinos faul wären und nicht genug arbeiten. In Wirklichkeit liegt es daran, daß uns die Politiker Möglichkeiten zum effektiven Anbau bewußt vorenthalten.

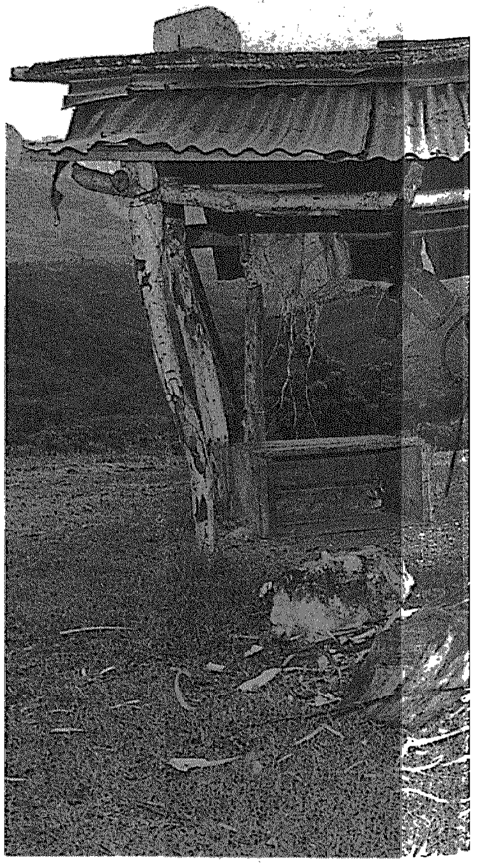


Foto: Herby Sachs /transparent

Allerdings geht es bei den Forderungen von CEOIC nicht nur um unsere unmittelbaren Notwendigkeiten. Wir haben auch ein politisches Programm erarbeitet. Ein wichtiger Punkt ist der Kampf für einen neuen Artikel 27 der Verfassung, bei dem es um die Landverteilung geht. Nach unseren Vorstellungen muß der Gedanke des Zapatismus wieder aufgenommen werden, wonach dem das Land gehört, der es bearbeitet. Außerdem muß der Schutz des Gemeinschaftsbesitzes festgeschrieben werden, eines Gemeinschaftsbesitzes, der in der Tradition des Zapatismus steht. Wir sind gegen die Privatisierung unseres Landes, die mit der geänderten Fassung des Artikel 27 vorangetrieben wird. Unser Land wird jetzt denen verkauft, die am meisten dafür bieten, und zwar dem aus- und inländischen Kapital. Die geänderte Fassung des Artikel 27 wurde letztes Jahr von Salinas in diesem Sinne vorgeschlagen und von einem Kongress ver-



durch, bei denen es um finanzielle Hilfsleistungen geht. Aber mit weitergehenden Forderungen nach der Finanzierung von uns vorgeschlagener Entwicklungsprojekte oder Dienstleistungen haben wir keine Chance. Ganz aussichtslos sind unsere politischen Vorschläge, die sich zum Beispiel auf eine Neuerung des Artikel 27 beziehen. Die Regierung würde sich nur auf Forderungen einlassen, die sich im gesetzlich geregelten Rahmen bewegen, auf Forderungen, die keine Auswirkungen auf die neoliberale Politik und das Freihandelsabkommen haben.

Welche Pläne habt ihr für die Zukunft?

Wir werden unseren Kampf fortführen. Es kann sein, daß wir zu einem gegebenen Zeitpunkt die Platzbesetzung beenden müssen. Das heißt aber nicht, daß wir bereits unsere politischen Forderungen vergessen würden. Wir werden dann in unsere Gemeinden zurückkehren und uns weiter organisieren, nicht nur in Chiapas, sondern im ganzen Land.

Und in welcher Weise?

Wir als CEOIC konzentrieren uns auf den sozialen Kampf, organisieren Demonstrationen, Platz- und Gebäudebesetzungen, Straßensperren, Hungerstreiks und eine ganze Reihe anderer Aktionen. Wir glauben, daß wir die letzten Möglichkeiten nutzen müssen, eine politische Lösung für den Konflikt in Chiapas zu erreichen. Bisher sehen wir allerdings von Regierungsseite keine Bereitschaft dazu. Sie versucht, den Konflikt mit Geld zu lösen, versucht, die Würde unserer Brüder und Schwestern zu kaufen, unsere Würde als Campesinos und Indígenas. Aber der Frieden läßt sich nicht mit Geld erkaufen. Hier geht es um einen grundlegenden Konflikt, der mit der politischen und sozialen Situation zu tun hat, in der wir leben. Es geht um Fragen wie Gerechtigkeit und Demokratie. Wir meinen nicht die Demokratie im Verhältnis Partei-Politik-Regierung, nicht die Demokratie, die sich auf die Durchführung von Wahlen beschränkt. Wir glauben, daß Demokratie einen viel weiteren Sinn umfaßt, bei dem es um das tägliche Leben in unseren Gemeinden geht. Solange die Regierung sich weigert, unsere Lebenssituation tiefgreifend

abschiedet, der nicht den Willen des Volkes repräsentiert. Dieses Gesetz muß von Grund auf erneuert werden.

Wir schlagen ein Gesetz vor, in dem das Land nicht als Ware sondern als Gemeischaftsbesitz aller Indígenas und Campesinos betrachtet wird, ein Gesetz, daß verbietet, Land zu verkaufen, zu übertragen oder zu überschreiben. Wir wehren uns gegen jeden Versuch der Privatisierung, der von diesem neoliberalen Wirtschaftssystem vorangetrieben wird.

Was denkst Du in diesem Zusammenhang über das Freihandelsabkommen NAFTA?

Wir sind davon überzeugt, daß das Freihandelsabkommen nicht den Interessen des mexikanischen Volkes entspricht und fordern von der Regierung, sich aus diesem Vertrag zurückzuziehen. Wir wurden nie gefragt, ob wir für die Unterzeichnung dieses Vertrages sind.

Unabhängig von unseren Forderungen gibt es ein Vielzahl von Gruppierungen im Land, die sich auch für grundlegende Veränderungen in der mexikanischen Politik einsetzen. Schon bevor die EZLN in ihren Komuniqués zu einer "Convencion Nacional Democratica" (Konventionsversammlung) aufrief, waren CEOIC und viele andere Organisationen überzeugt, daß wir mit dieser Regierung nichts erreichen können. Seit einiger Zeit schlagen wir eine verfassungsgebende Versammlung vor, die praktisch die gleichen Ziele verfolgt wie die von der EZLN einberufene Konvention, nämlich die Formulierung neuer Gesetze, einer neuen Verfassung, die sich an den tatsächlichen Bedingungen der Menschen Mexikos orientiert. Wir sind uns darüber im Klaren, daß es dabei nicht nur um unsere Forderungen als Campesinos gehen kann, sondern daß genauso die Arbeiter, die Studenten, die Lehrer, die Hausfrauen, daß die gesamte Bevölkerung daran beteiligt sein muß, denn die Probleme Mexicos gehen uns alle an.

Wie entwickeln sich die Verhandlungen mit der Regierung in letzter Zeit?

Sechs Monate nach Gründung von CEOIC kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Regierung kein Interesse hat, auf unsere Forderungen einzugehen.

Seit Beginn der Platzbesetzung vor einer Woche gibt es mehr Druck auf die Regierung. Wie reagiert sie seither?

Bis jetzt hat die Regierung uns minimalste Zugeständnisse gemacht, tröpfenweise ringt sie sich zu Versprechen

zu verändern, wird es keinen Frieden geben.

Bis zu den Wahlen am 21.August bleibt nicht mehr viel Zeit, auf ein ernsthaftes Angebot der Regierung zu warten, das uns die Möglichkeit für eine politische Lösung des Konfliktes geben könnte. Leider haben unsere jüngsten Erfahrungen gezeigt, daß der Regierung der politische Wille fehlt. Dies zeigt sich auch darin, daß die Bundesregierung den Konflikt völlig der Regierung von Chiapas überläßt. Das Problem soll auf Chiapas oder sogar nur eine Region des Bundesstaates reduziert werden. Dabei geht es hier um einen Konflikt, der große Auswirkungen auf das ganze Land hatte und weiterhin haben wird. Wir glauben, daß die Regierung unter Salinas Zeit gewinnen will, um später eine militärische Lösung zu rechtfertigen.

Könntest Du die Situation der politischen Gefangenen und die Forderungen von CEOIC in diesem Zusammenhang beschreiben?

In Chiapas ist es üblich, daß die Regierung sich Straftaten für all diejenigen ausdenkt, die um Land kämpfen. Sie erfinden für jeden einzelnen irgendein Delikt und werfen ihn ins Gefängnis. Sie kaufen sich falsche Zeugen und versuchen so, Verhaftungen und Gerichtsverfahren zu rechtfertigen. Es soll verschleiert werden, daß es sich beim Landkonflikt um ein politisches Problem handelt, es wird einfach zu einem juristischen Problem gemacht. Der einzige Ausweg, der den politischen Gefangenen bleibt, ist der Hungerstreik, um ihre Haftentlassung zu erzwingen.

Zur Zeit gibt es 14 hungerstreikende Gefangene in Comitán. Anfänglich waren es 38, einer nach dem anderen wurde einzeln freigelassen. Die verbliebenen 14 Hungerstreikenden haben schon 34 Tage lang nichts gegessen. Einige von ihnen speien Blut und schweben bereits in Lebensgefahr. Abgesehen von ihrer körperlichen Schwäche leiden sie unter der unmenschlichen Behandlung im Gefängnis. Wir können beweisen, daß fast alle Gefangenen gefoltert worden sind, z.B. mit Chile in der Nase, Elektroschocks, Verbrennungen und

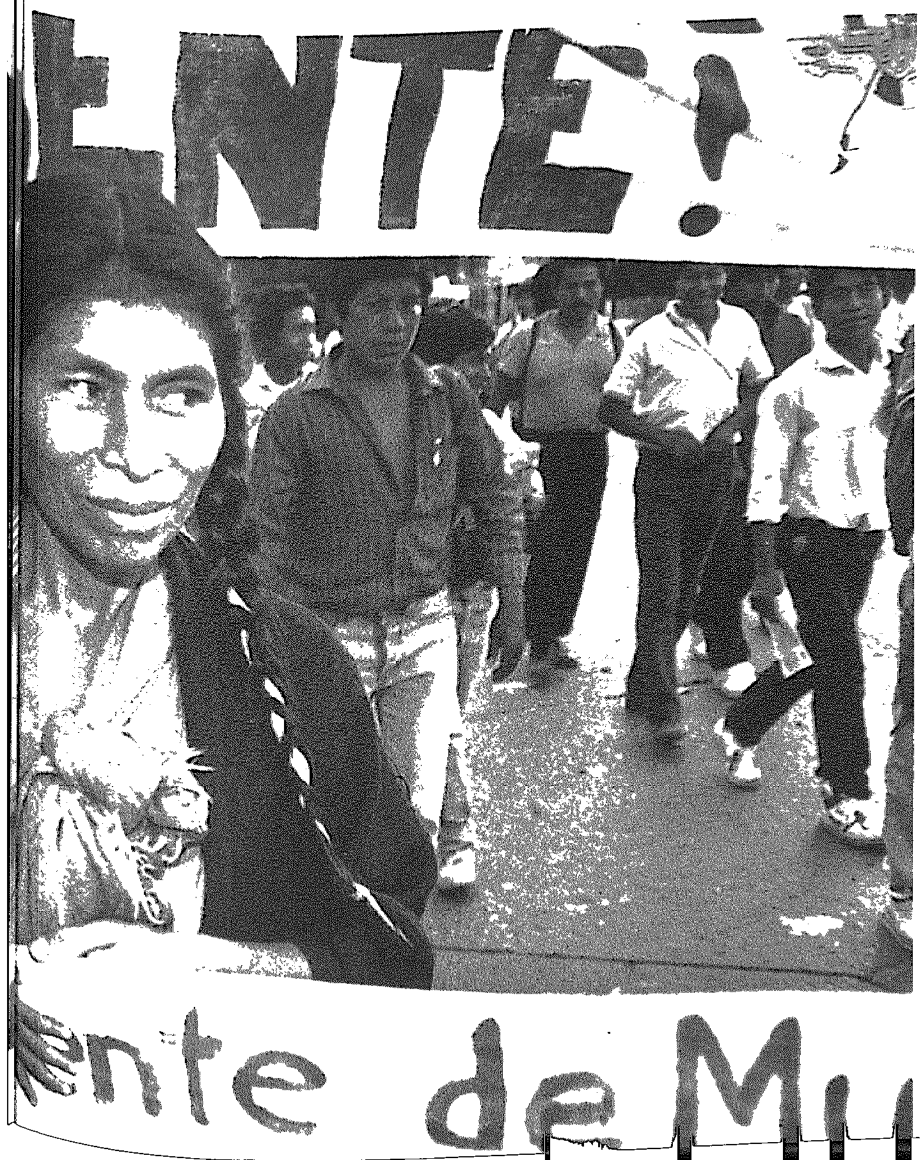


vielem mehr. Sie wurden so gezwungen, ihre Schuld zu gestehen, was blieb ihnen anderes übrig. Obwohl sie im Prozeß ihre Geständnisse widerriefen, wurden sie vom Richter zu 17, 18 und 19 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gestern verhandelten wir mit einigen Regierungsvertretern, die ihren politischen Willen bekundeten, sich mit dem Problem zu beschäftigen. Natürlich forderten wir die Freilassung der Gefangenen. Aber sie lehnten ab, es handle sich schließlich nicht um ein politisches sondern ein juristisches Problem und sie könnten sich nicht über die Gesetze hinwegsetzen.

Tatsächlich könnte der Gouverneur von Chiapas die Gefangenen begnadigen, diese Möglichkeit ist im Gesetz vorgesehen. Aber sie zu begnadigen würde bedeuten zuzugeben, daß es sich hier um ein politisches Problem handelt. Deshalb lehnt er es ab. Die Regierung behauptet, es gäbe in Mexico keine politischen Gefangenen, deshalb müssen andere Straftaten erfunden werden. Allein das, was wir hier tun, diese Platzbesetzung, ist in den Augen der Regierung bereits eine schwere Straftat. Es gibt viele, die wegen Straßensperren im Gefängnis sitzen. Für uns ist diese Form des Widerstandes aber sehr wichtig, um die Regierung unter Druck zu setzen. Für diese "Störung der Verkehrswege", wie sie es nennen, sind schon einige zu 10 bis 12 Jahren Haft verurteilt worden. Die Regierung muß indes ihr Gesicht wahren und darf nach außen nicht als repressiv gelten.

Diese Regierungsvertreter sind absolut kalt und gleichgültig. Sie ziehen es vor, die Campesinos sterben zu lassen, um nicht von ihrer politischen Linie abrücken zu müssen. Der derzeitige Gouverneur López Moreno ist etwas toleranter, aber unter Patroncinio González de Garrido gab es unzählige politische Gefangene. Wenn es etwas gab, das in der Amtszeit von Patroncinio gebaut wurde, dann waren es Gefängnisse. Gefängnisse ließ er bauen, aber keine Häuser für uns Campesinos. Er bezeichnete sich als großen Umweltschützer, und unter seiner Regierung durfte kein Campesino einen Baum anfassen. Für den Besitz eines einzigen Stück Holzes oder einer Motorsäge konnte man schon mit 5 bis 8 Jahren Gefängnis rechnen. Währenddessen holzten sie selbst ganze Wälder ab. Dabei geht es den Campesinos darum, ihr tagtägliches Überleben zu sichern. Sie müssen mit dem Holz ihre Hütten bauen und brauchen ein Stück gerodetes Land, um Mais und Bohnen anzubauen.



Der Anteil der Landbevölkerung in Chiapas liegt bei etwa 80%, der der Indígenas bei etwa 50%. Wir sprechen also von 400 bis 500.000 Familien, die auf dem Land leben. Das Wohnraumproblem ist entsprechend groß. Um dieses Problem zu lösen, wurden in diesem Jahr an 10.000 Familien jeweils 500 Pesos (ca. 150,- DM) Regierungsgelder vergeben. Sie sollten sich damit Häuser bauen. Aber mit 500 Pesos können die Familien überhaupt nichts anfangen. Aber so sehen die angeblichen Problemlösungen der Regierung aus.

Ähnlich ist es mit dem Hühner-Projekt, das zur wirtschaftlichen Entwicklung von Campesino-Familien geeignet sein soll. Sie sprechen von Hühnerfarmen und geben einzelnen Familien 10 Hühner. Sie reden von Schweinefarmen und verteilen einzelne Schweine. Diese Tiere vergeben sie nicht etwa gleichmäßig an alle, sondern in einer Gemeinde, in der vielleicht 200 Familien leben, erhalten 5 Familien diese "staatliche Zuwendung". Mit dieser Art von Projekten wollen sie uns also entwickeln, dabei wird damit kein einziges Problem gelöst. Genauso könnten sie Murmeln an uns verteilen, uns auffordern, den ganzen Tag mit den Murmeln zu spielen und dann behaupten, sie hätten uns damit die Entwicklung gebracht.

Der Regierung geht es vor allem darum, gegenüber der internationalen Öffentlichkeit vorzugeben, sie könnte die Konflikte im Land mit Geld lösen. Wäre die Regierung klug, würde sie sich ernsthaft mit den dringendsten sozialen Forderungen der Campesinos und Indígenas beschäftigen. Sie behauptet zwar, sich für den Frieden im Land einzusetzen, die Realität zeigt uns aber, daß sie geradewegs auf eine militärische Lösung des Konfliktes zusteuert.

Vorabdruck aus dem Buch »Basta ya – Der Aufstand in Chiapas«. Dieser Titel wird derzeit vorbereitet und erscheint im Dezember im *Verlag Libertäre Assoziation, Lindenallee 72, 20259 Hamburg*

von Boris Scharlowski

und Andreas Ries

eines neuen I

Unter dem Eindruck der veränderten Weltlage und der Konsequenzen für alternative Gesellschaftsentwürfe ist innerhalb der deutschen Linken neuerdings wieder eine Diskussion um Chancen und Grenzen internationalistischer Arbeit entstanden. Der Schwarze Faden möchte mit folgendem Beitrag eine Reihe beginnen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Vertreter des Südens danach zu befragen, wie sie sich eine Kooperation zwischen den beiden Hemisphären vorstellen können.

Andreas Ries und Boris Scharlowski führten zum Auftakt in diesem Rahmen Ende Juli ein ausführliches Gespräch mit A. Marx. Er ist Mitglied der Peoples Union of Civil Liberation und der Redaktion der Vierteljahreszeitschrift Nirapirihai. Diese Zeitschrift erscheint in der indischen Stadt Tamilnadu. A. Marx befand sich auf Einladung tamilischer Organisationen in Europa. Neben Vorträgen in verschiedenen europäischen Städten interessierte er sich vor allem für gegenkulturelle linke Strukturen bei uns. Unser Gespräch berichtet nicht nur über die Situation der Kastenlosen in Indien, sondern reflektiert auch einige Möglichkeiten internationalistischer Kooperation.

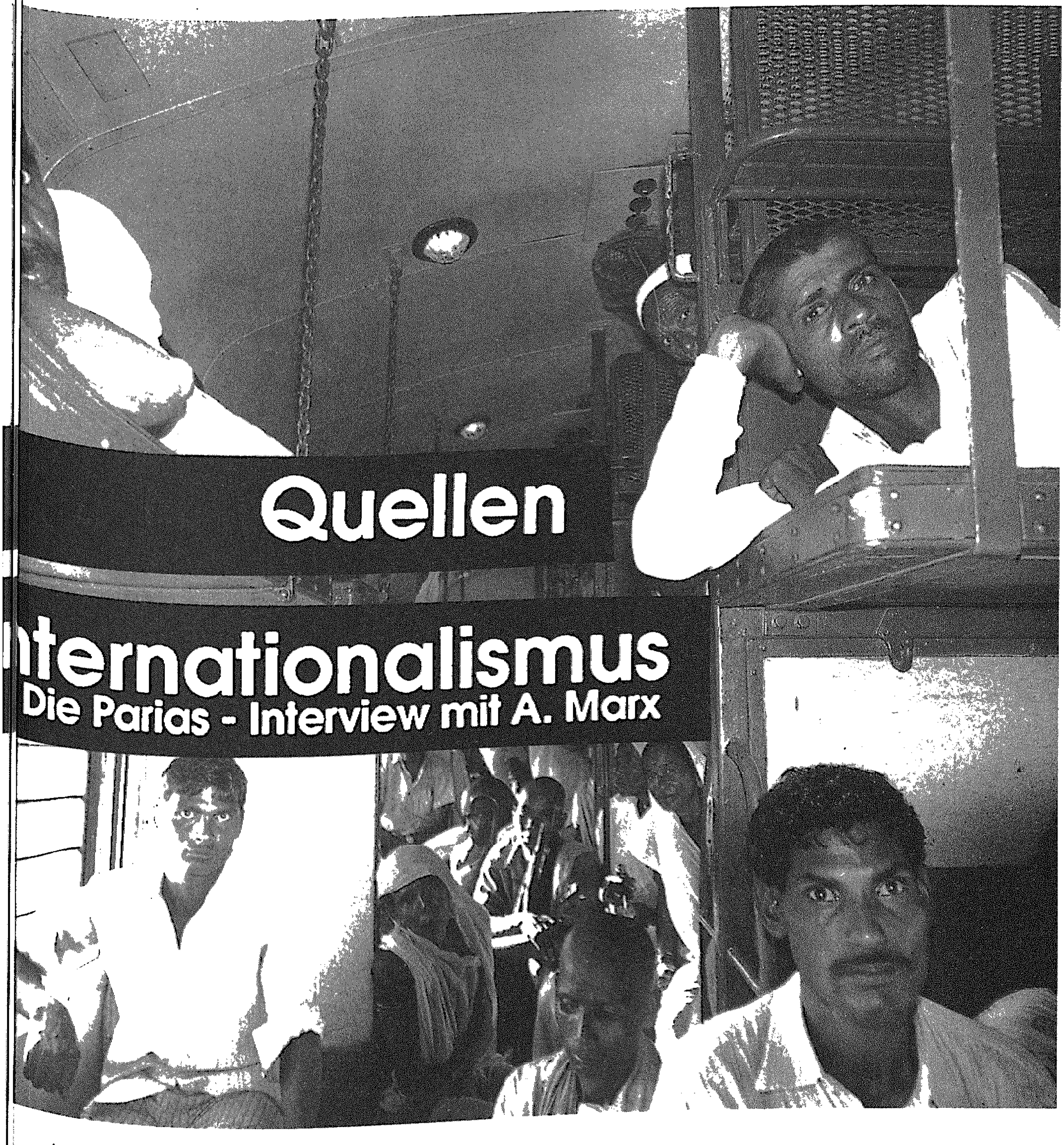
SF: Zuerst möchten wir Dich bitten, einige Worte zu Deiner Person zu sagen.

A.Marx: Ich bin Tamile und komme aus Tamilnadu, der südlichen Region Indiens. Ich heiße Marx. Mein Vater war Gründer der Kommunistischen Partei Indiens und so komme ich zu meinem Namen. Ich bin Lehrer und arbeite in Gruppen der Bürgerrechtsbewegung mit. Die Kastenunterdrückung ist in Indien sehr stark. In Fällen der Kastenunterdrückung analysieren wir diese und machen sie öffentlich. An manchen Orten organisieren wir auch die Unterdrückten und geben Rechtshilfe. Unser politischer Schwerpunkt liegt in diesem Bereich. Vierteljährlich geben wir eine Zeitschrift heraus, sie heißt Nirapirihai. Hierbei versuchen wir, aus den subjektiven Erfahrungen, die objektive Realität der indischen Gesellschaft herauszuschälen. Dazu benützen wir z.B. die Methoden des Poststrukturalismus und der kontextuellen Analyse. Mit diesem Instrument versuchen wir, sowohl die Politik wie auch die tamilische Gesellschaft zu kritisieren. Die Themen unserer Zeitschrift umfassen die Bereiche der Ökonomie, der Gesellschaft und der Politik. Wir sind keine große Bewegung, eher eine kleine, und wir unterscheiden uns vom tamilischen intellektuellen Diskurs. Weiter-hin versuchen wir, kommunistische Gruppen aufzubauen. Wir sind nicht wie die indische KP der Meinung, daß es sich bei der Sowjetunion um einen Sozialimperialismus gehandelt hatte. Aber das heißt noch lange nicht, daß wir die Sowjetunion für ein sozialistisches Land halten. Es war zu keiner Zeit ein sozialistisches Land. Die Probleme in der Sowjetunion und in Osteuropa haben nicht mit Chrustchow oder Stalin begonnen, wie manche behaupten. Sie versuchen die makropolitische Macht zu erringen, das gesamte Eigentum zu nationalisieren und als Avantgarde des Proletariats die Gesellschaft zu revolutionieren. Aber die Erfahrungen der siebziger Jahre haben gezeigt, daß auf diese Art und Weise kein revolutionärer Wandel der Gesellschaft möglich ist. Für einen solchen revolutionären Wandel müssen gewisse Bedingungen vorhanden sein. So muß eine Machtanalyse bei der Mikroebene anfangen, wie zum Beispiel bei der Familie. Die Zivilgesellschaft muß verändert werden. So glauben wir wie Gandhi, daß nicht nur die politische und witschaftliche Macht ausschlaggebend ist.

SF: Wie stark ist die Verankerung der Kastengesellschaft im heutigen Indien und wie organisiert ihr die Unberührbaren? Ist es lediglich eine Art von Rechtsberatung oder habt ihr einen umfassenderen Ansatz?

A. Marx: Die Kaste der Unberührbaren ist nach der Verfassung abgeschafft. Dort ist zum Beispiel eine Vorzugsbehandlung verankert, die vor allem im Bildungsbereich, in dem 20% der Plätze den Unberührbaren vorbehalten sind, zum Tragen kommt. Die Situation ist im Arbeitsbereich ähnlich. Aber dies hat nicht zur Abschaffung des Kastensystems geführt. Die Unberührbaren können nach wie vor nicht in die Führungsetagen gelangen und dürfen kein Fahrrad fahren, dürfen noch nicht einmal Schuhe tragen.

Wenn Studenten ein politisches Bewußtsein entwickeln, weigern sie sich in den ihnen vorbehaltenen Berufen zu



Quellen

Internationalismus

Die Parias - Interview mit A. Marx

Alle Fotos: Max Pam

arbeiten. Und in diesen Fällen werden sie sozial unterdrückt. In einigen Fällen sind sie bei lebendigem Leib verbrannt worden. 1968 wurden allein in einer Stadt 42 Menschen bei lebendigen Leib verbrannt. Sogar noch heute ist die Heirat streng nach den Kastenordnung geregelt. Wenn ein Unberührbarer eine Frau aus einer höheren Kaste heiratet, erleiden beide gesellschaftliche Repressalien.

Heutzutage ist das Kastensystem dreigeteilt. Die ganze politische und wirtschaftliche Führung des Landes liegt in den Händen der Angehörigen der höchsten Kaste. Sie bestimmt seit 2000 Jahren die Politik des Landes und macht etwa 3% der Bevölkerung aus. Die nächste Ebene ist die Mittelklasse und die letzten zwei Drittel der Gesellschaft gehören der Kaste der Unberührbaren an.

Bevor ich zu der Frage komme, wie die Unberührbaren organisiert sind, noch einige Bemerkungen über ihre Vertretung in den nationalen Parteien. Die Nationale Bewegung, Gandhis Partei, wie auch die Kommunistische Partei haben in ihre Gewerkschaften und Organisationen Parias integriert. Aber bei all diesen Organisationen war die Führung nicht in den Händen von Parias, sondern in den Händen von Angehörigen höherer Kasten. Die Unterdrückten begannen sich selbst zu organisieren. Bei den Hundertjahrfeiern kam die Talid Union - wir bezeichnen die Unberührbaren mit politischen Bewußtsein als Talids - zu dem Schluß,

daß sie den oberen Klassen nicht gestatten dürfen, die Talids zu organisieren, sondern sie vielmehr sich selbst organisieren müssen. Ein weiterer Beschluß war, daß sie, die nichts zu verlieren haben, eine Führungsfunktion innehaben, um die Veränderungen voranzubringen. Mit diesem Verständnis haben sie sich in verschiedenen Grppen organisiert. Diese Gruppen unterscheiden sich von den vorangegangenen, die von den Angehörigen der oberen Kasten organisiert wurden.

Die Politik der Talids ist, eine Koalition zwischen der Mittelklasse und den Unberührbaren herbeizuführen. So wird eine Allianz zwischen den beiden Klassen entwickelt. Im Norden Indiens, haben sich zwei dieser Parteien zu einer Koalition zusammengeschlossen und mittlerweile auch die Macht errungen.

SF: Wir möchten mehr über Eure Strategie, Eure politische Ausrichtung erfahren. Du hast von der mikro- und makrosozialen Ebene gesprochen. Normalerweise agieren soziale Bewegungen auf der mikrosozialen Ebene. Agiert Ihr auch auf der makrosozialen Ebene in Form von Lobbyarbeit oder lehnt Ihr die parlamentarische Ebene völlig ab und vertraut auf die Stärke der Bewegung?

A. Marx: Ich sprach schon von der naxalistischen Bewegung. Sie spaltete sich von der KP Indiens ab und organisierte sich in bewaffneten Gruppen. Die Bewegung war der Ansicht, daß man nur die Unterdrückten organisieren und mit ihnen die Macht ergreifen müßte. Und so ist sie auch aus den Parlamenten hinausgegangen und hat sich als außerparlamentarische Opposition organisiert. Sie blieb aber eine typische bolschewistische Partei, weil sie wie die anderen Arbeiterparteien auch der Ansicht war, daß - sobald sie die makropolitische Macht ergriffen hätte - auch alle Möglichkeiten für eine Revolutionierung der Gesellschaft vorhanden wären. Sie hat sich niemals um die mikrosoziale Ebene gekümmert und hatte wie alle bolschewistischen Parteien sehr religiöse Moralvorstellungen. Heute richten wir unser Augenmerk auf die mikrosoziale und mikropolitische Ebene, wie zum Beispiel die Abschaffung der traditionellen Familienstrukturen oder auf das Schulsystem, in dem eine Revolutionierung des Schüler-Lehrer- Verhältnisses eintreten muß, oder auf die Veränderung der Geschlechterverhältnisse u.s.w..

Indien ist eine sehr traditionelle Gesellschaft, in der selbst die Privilegierten nicht soviel demokratische Rechte haben, wie die Bürger westeuropäischer Gesellschaften. Die Rechte der Frauen sind weitaus geringer und sehr eng an die traditionellen Beziehungen geknüpft. In einer solchen Gesellschaft ist es sehr schwer über die Abschaffung der Familienstrukturen oder der vorherrschenden Moralvorstellungen etc. zu sprechen. Wenn du die Forderung erhebst, daß Homosexuelle nicht ausgegrenzt werden sollen, daß mit ihnen zusammengearbeitet werden soll, wird keine der gesellschaftlichen Gruppen dies wohlwollend aufnehmen. Ganz im Gegenteil wird diese Forderung durch die Presse verdammt, zählt doch die Homosexualität - anders als in Europa - als schwere Sünde. In Indien wird ein homosexuelles Zusammenleben nicht toleriert, das ist ganz und gar unmöglich. Wir versuchen hier mit Texten Widerspruch zu den gängigen Moralvorstellungen zu erzeugen. In der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift haben wir ein Interview mit drei lesbischen Frauen, die in den USA zu 14 und 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, veröffentlicht. Wir sprachen dabei sehr ausführlich über das amerikanische Gefängnissystem. Selbst bei diesem Interview gab es große Widersprüche. Selbst Intellektuelle kritisierten, daß wir ein Interview mit Lesben veröffentlichten. Wir sagten, daß dies ein politisches Interview über das westliche Gefängnissystem und über die Aktionen der Marginalisierten sei.



Selbst das half nicht.

SF: In Europa haben die sozialen Bewegungen 1968 einen großen Aufschwung genommen, die maßgeblich von libertären und anarchistischen Gedanken geprägt waren. Wir würden gerne wissen, ob dies in Indien ebenso war. Gab oder gibt es in Indien einen solchen Einfluß?

A. Marx: Ich habe in Berlin eine Frau kennengelernt, die für 12 Jahre ins Gefängnis mußte, weil sie an RAF-Aktionen beteiligt war. Sie lebt heute mit vierzehn anderen Menschen zu-

sammen, es ist eine kleine autonome Gruppe. Ich fragte sie nach ihren Erfahrungen. Ein großer Unterschied liegt in dem Aufschwung der 68er Bewegung hier und in dem Erstarken der naxalistischen Bewegung in Indien. Hier war das Erstarken sehr eng mit dem Einfluß libertären/anarchistische Denkens verbunden, aber in Indien wurde der Anarchismus von keiner kommunistischen Gruppe begriffen oder gar aufgenommen. Die naxalistische Fraktion, die sich von den parlamentarischen Gruppen abspaltete, bezog sich auf Mao und hat ihn sogar zu ihrem Führer erklärt. Und wie ich schon erwähnte, unterschieden sie sich nicht in vielen Aspekten von den Mainstream-Parteien. Sie haben niemals ihre Politik mit einer Gegenkultur verbunden. Aber hier in Europa habe ich festgestellt, daß diese beiden Aspekte verbunden sind. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Wir fangen gerade an, eine Diskussion über Gegenkultur zu initieren.

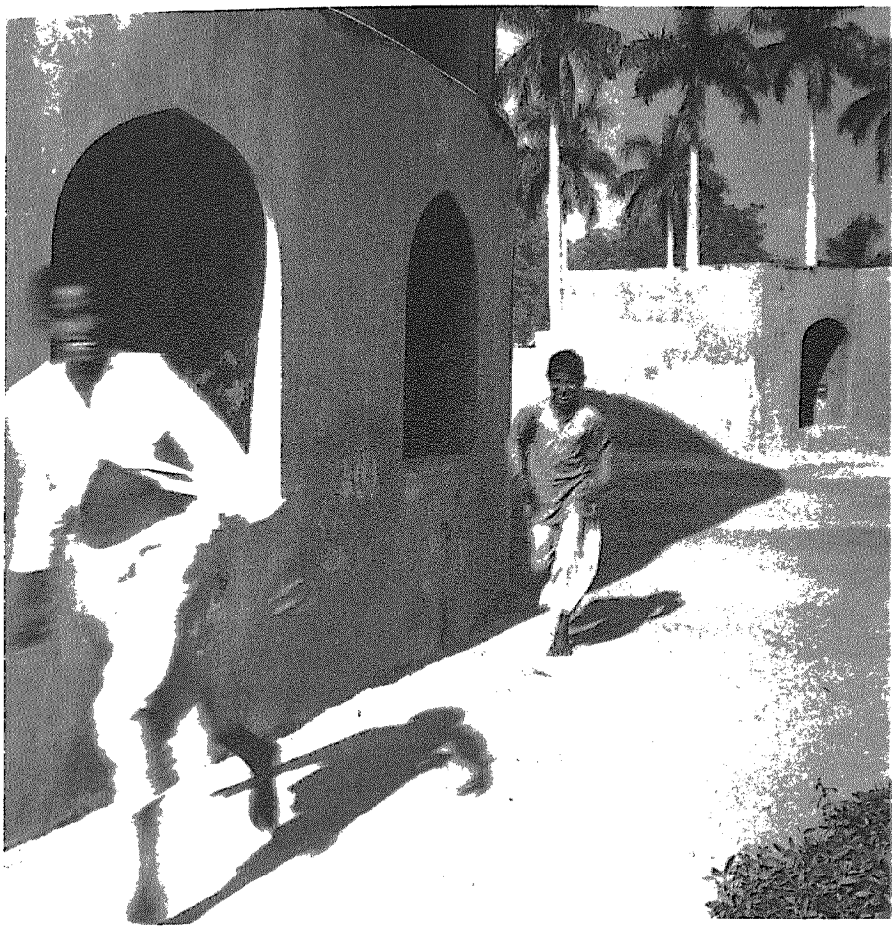
SF: Wir möchten gerne über Deine Europareise sprechen, über Deine Erfahrungen, die Du hier gemacht hast, immer in Beziehung mit den Erfahrungen, die Du in Indien machst. Was sind Deine Erfahrungen mit der europäischen Gegenkultur und wo liegen die Differenzen?

A. Marx: Ich war nur vier Wochen hier und habe natürlich nur Fragmente mitbekommen. Die führenden Industrienationen versuchen ihre Dienstleistungszentren, wie z.B. den Hightech-Sektor in den Industrieländern zu konzentrieren und den produktiven Teil in die Dritte Welt zu verlagern. Dies verursacht in den Industriezentren u.a. Arbeitslosigkeit. Dabei sehe ich eine Tendenz der Globalisierung, die den Markt, die Ökonomie und die Politik, aber auch die Armut umfaßt. In solch einer Situation sollte meiner Meinung nach auch der Widerstand globalisiert werden. Damit meine ich nicht eine Weltrevolution à la Trotzki, dazu ist sein Konzept völlig unbrauchbar. Es sollte ein weltweites Verständnis und eine Kooperation unter den Widerstandsbewegungen vorhanden sein. Ihr wißt zum Beispiel nicht, was in Indien passiert, welche Bewegungen aktiv sind, was für Themen diskutiert werden. Ein Minimum an Verständnis, an Informationen und Ideenaustausch zwischen den Bewegungen sollte vorhanden sein.

SF: Wir möchten das gerne etwas konkreter wissen. Welche Art von Austausch, welche Art von Kooperation stellst Du Dir vor?

A. Marx: Ich meine nicht eine straffe zentrale Organisation. Das würde wieder zu zentralistischen Formen führen. Ich meine, daß es keine strikt organisierte Kooperation geben sollte. Es sollte eine Kooperation von Widerstandsbewegungen sein; die Betonung liegt auf Bewegungen. Verschiedene Bewegungen in verschiedenen Ländern. Und es gibt auch keine einheitliche Organisation für diese Bewegungen. Eine solche zentrale Organisation ist auch nicht notwendig. Es sollte eine enge Verbindung im Austausch von Ideen sein. Für die Forcierung eines solchen Prozesses sind gute Informationsstrukturen untereinander notwendig. So haben wir als erstes die Aufgabe, unseren Austausch zu organisieren.

SF: Wir denken, ein Problem hier in Deutschland ist, daß auf der einen Seite eine starke Solidaritätsbewegung existiert, aber daß sie all zu oft auch paternalistisch ist. D.h. daß es oft ausschließlich um die Frage der Gewährung von Hilfe geht, sie also auf eine Wiederholung des 1. und 3. Welt-Musters hinausläuft. So besteht die Schwierigkeit darin, welcher Internationalismus für uns und für Euch gangbar ist? Wie ist ein Internationalismus der sozialen Bewegungen umzusetzen; wie eine Kooperation zwischen den sozialen Bewegungen in Indien und in Deutschland vorstellbar? In welchen verschiedenen Kulturen leben wir, was ist die Differenz und wo liegen die Gemeinsamkeiten?



A. Marx: Wir sind gegenüber organisatorischen Strukturen sehr kritisch eingestellt. Dabei sind wir uns über die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Situation bewußt. Aber das über die Alternativen keine Klarheit herrscht, ist natürlich. Die Alternative muß aus der Praxis entstehen und nicht aus einem theoretischen Entwurf. Die paternalistische Haltung, die ihr angesprochen habt, resultiert aus der grundlegenden Haltung der Industriezentren, die versuchen, in jeder Beziehung ihre Vorteile herauszuziehen. Wenn es eine Kooperation gibt, dann wird es eine egalitäre

sein, eine Beziehung unter Gleichgestellten. In unserem Verständnis von Kooperation hat eine paternalistische Haltung keinen Platz. Und wenn wir eine Organisation aufbauen, darf diese keine einheitliche Organisation sein. Sie darf keine Führer haben, die Teilnehmer müssen gleichberechtigt sein und die Menschen aus der Dritten Welt müssen stärker repräsentiert sein. Wir sollten in solch einer Organisation die unterschiedlichen Meinungen akzeptieren. Wir brauchen keine einheitlichen Lösungen und Ideen in allen Fragen. Es können durchaus unterschiedliche Vorstellungen zu speziellen Fragen vorliegen und trotzdem wäre eine punktuelle Zusammenarbeit möglich. Dies sollten Kriterien der Zusammenarbeit sein. So sollten auch bei Zeitschriftenprojekten, die Stimmen aus der Dritten Welt mehr Beachtung erfahren.

SF: Eine andere Frage zu diesem Aspekt zielt auf das Problem der Kontinuität der sozialen Bewegung ab. Wir sind in den sozialen Bewegungen aktiv. Oftmals sind soziale Bewegungen Ein-Punkt-Bewegungen - sei dies die Anti-Nuklearbewegung oder eine Bürgerinitiative zur Verkehrsberuhigung. Nachdem das jeweilige Ziel erreicht ist, hören diese Bewegungen auf zu existieren. Wie können wir eine politischere und kontinuierlichere Bewegung, die die Gesellschaft als Ganzes und nicht nur punktuell infragestellt, erreichen?

A. Marx: Wir wollen nicht die politische Macht erringen. So arbeiten wir in all diesen Aspekten gegen den Staat. Dafür benötigen wir ein politisches Bewußtsein über die entstehende neue Weltordnung. Auf der theoretischen Ebene können wir uns mit dieser neuen Weltordnung auseinandersetzen und die sozialen Bewegungen daraus legitimieren. Das ist die kontinuierliche Arbeit. Wir behaupten, daß die mikrosozialen Strukturen angegangen und verändert werden müssen. Dies kann als kontinuierliche Arbeit gemacht werden. Die speziellen Probleme drängen sich auf, und sie müssen auch beachtet werden. Dafür können wir Gruppen organisieren und auch mit anderen Gruppen zusammenarbeiten, die viele unserer Ansichten nicht teilen, wie zum Beispiel die grüne Partei in Flüchtlingsfragen mit Euch zusammenarbeiten kann. Hierbei kann eine punktuelle Koalition vereinbart werden und sobald das Ziel erreicht ist, kann sie auch wieder aufgelöst werden. Aber aus der gegenkulturellen Sicht ist es ein kontinuierlicher Prozeß. Unser vordringlichstes Ziel ist eine kulturelle Revolution. Auf der kulturellen Ebene können Leute, die mehr oder weniger dieselben Vorstellungen haben wie wir, kontinuierlich zusammenarbeiten.

SF: In Deutschland machten wir die Erfahrung, daß wir 68 eine große soziale Bewegungen hatten, aber sie schaffte es nicht, die Gesellschaft als Ganzes zu verändern, im sozialen Bereich veränderte sie sehr viel, aber die politischen Strukturen hat sie nicht verändert. Eine Behauptung lautet, daß die Repression heute weitaus größer ist als vor zwanzig Jahren. Wir meinen, daß die sozialen Kämpfe mit den politischen verknüpft werden müssen, d.h. die Fragen, was sind andere Formen von Organisation von Gesellschaft, oder welche makropolitischen Institutionen stehen der Umsetzung der Ziele entgegen, in den sozialen Auseinandersetzungen thematisiert werden müssen, um solchen Prozessen wie der deutschen Wiedervereinigung etwas entgegensetzen zu können. Hier waren die sozialen Bewegungen beider Länder nicht in der Lage, der quasi imperialistischen Vereinahmung der Ex DDR etwas entgegenzustellen. Wie kann also eine Bewegung aussehen, die auf der sozialen wie auch auf der politischen Ebene agiert?

A. Marx: Wir sollten uns übereins im Klaren sein. Wenn wir die fünftausendjährige Erfahrung des organisierten Lebens der Menschheit auf dieser Welt Revue passieren lassen, kommen wir notwendigerweise zu dem Schluß, daß die ökonomische, kulturelle und politische Unterdrückung des größten Teils der Menschheit nicht durch eine Machtergreifung beendet werden kann. Wir müssen von unten anfangen. Das wird kein einfaches Unterfangen. Die Gesellschaft hat diese repressive Organisationsform akzeptiert. Die Machtergreifung mag eine naheliegende Möglichkeit sein, Veränderungen zu erreichen, aber Veränderungen, wie wir sie uns vorstellen, sind radikalere, tiefgreifendere, die eines langen Prozesses bedürfen. Daher können wir keine unmittelbar bevorstehenden Erfolge vorraussetzen. Wir sind vielleicht eine Minderheit. Die Institutionen des Mainstreams bekämpfen uns, marginalisieren unsere Ideen. Die uns umgebende politische Situation ist, daß mehr und mehr Menschen marginalisiert werden und mit unseren Ideen etwas anfangen werden. Vor dem Zerfall der osteuropäischen Länder konnten wir in Tamilnadu nicht über anarchistische Ideen sprechen. Heute ist es möglich.

Die sozialen Bewegung der vergangenen zweihundert Jahre können in drei Kategorien gefaßt werden. In der Dritten Welt waren es die nationalen Befreiungsbewegungen, die sich vom Imperialismus befreien wollten, in Europa und in Nordamerika war es die Arbeiterbewegung, die nach mehr Freiheit verlangte, und Ursache für die größere soziale Sicherheit und Bürgerrechte war. In Osteuropa, in China und in Cuba haben die proletarischen Parteien die Revolution durchsetzen können und die Staatsmacht übernommen. Nach 1948 sind alle diese drei antagonistischen Bewegungen an die Macht gekommen, aber in den folgenden zwanzig Jahren wurden sie repressiver als ihre Vorgänger, weil sie - sobald sie Teil des Staates wurden - statischer werden mußten und somit auch repressiver wurden. Auf diese Weise traten die grüne Bewegung, der Feminismus, die Homosexuellenbewegung, die Häuserkampfbewegung,etc. in den Vordergrund. Diese haben die Situation für die Modernisierer der Gesellschaft wesentlich verbessert, nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in den Industriezentren. Ich glaube, daß in näherer Zukunft immer mehr Leute von den traditionellen Lebensvorstellungen Abschied nehmen, und daß die modernisierenden Bewegungen sich durchsetzen werden. Aber diese Bewegung sollte sich darüber im Klaren sein, daß es nicht ihr Ziel sein kann, die Staatsgewalt zu erlangen. Sie müssen mehr auf der kulturellen Ebene arbeiten, die mikrosozialen Institutionen zerstören. Auf dieser mikrosozialen Ebene sollte eine Zusammenarbeit der Bewegungen stattfinden, um sich der Staatsgewalt entgegenzustellen und den Einfluß des Staates zu reduzieren. Das ist möglich. Zum Beispiel war vor ein paar Jahren der mächtigste und technokratischste Staat der Welt, die USA, nicht in der Lage die Riots in Los Angeles zu verhindern. Das ist in der heutigen Situation auch erst einmal ausreichend.



1). Einleitung

Die Anfang der 80er Jahre eingeleitete "konservative Wende" zeigt heute ihre politischen und strukturellen Auswirkungen. Nicht nur die Verschärfung der innenpolitischen "Sicherheitslage" (= "Großer Lauschangriff", paramilitärischer Ausbau der Polizei und weiterer staatlicher Überwachungs- und Kontrollgesetze) oder der massive Sozialabbau (von Diskussionen wie der über die Zwangsarbeit von Sozial- und ArbeitslosenhilfeempfängerInnen begleitet) haben das Gesicht der BRD-Gesellschaft verändert. Eigentlich sollte die verKOHLte Republik so etwas wie ein großes miefiges, gut-deutsches Wohnzimmer werden. Nur, daß dort die Biedermänner und -frauen nicht mit denen rechnen wollten, die mit dem Feuer spielten, die ihre behaglichen Wohlstandsinseln anzündeten.

Der neue Nationalismus machte es nicht nur "sicherer" und sozial kälter, junge Nazis eiferten ihren faschistischen Vorbildern nach, mordeten und brandschatzten in der "gut-deutschen" Wohnstube, die die Konservativen basteln wollten. Das gab im Ausland ein furchtbar negatives Image, das Bild des "neuen" Deutschland als Hort der (Wirtschafts-)Liberalität schien gefährdet. Ebenso schlimm erschien dem politischen Establishment die Abwanderung ihrer rechten Ränder zu faschistischen Parteien und Wählergemeinschaften wie den REPs, der DVU usw. Sie initiierten mit diversen JournalistInnen Betroffenheits- und Klagerituale, Werbekampagnen gegen die "Gewalt der Extremisten von rechts und links" oder setzten ihr Wahlvolk eindrucksvoll als "Open-Air Kerzenhalter" in Szene. Dies beeindruckte die nationalistische Welle, die durch die Annektion der ehemaligen DDR noch weiteren Aufschwung bekam, wenig. Der neue nationalistische Konsens des "Deutschland den Deutschen", weil "wir sind ein Volk", reicht von Rechtsaußen quer durch alle Parteien bis hin zur SPD für die Rechtfertigung politischen Handelns. Den einen, um das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen, als "Ausländer" bezeichnete Menschen in Gefängnisse, Folter, Krieg usw. abzuschieben, den anderen für ihre rassistische Hetze und ihre Mord- und Brandanschläge.

Die unsägliche Diskussion um die Änderung des Art.16GG brachte neben ihren mörderischen Folgen in Mölln, Solingen, Berlin etc., neben dem Aufschwung verschiedener faschistischer Parteien, Gruppen und Ideologien, auch die Behauptung deutscher Politiker mit sich, daß Deutschland eine Jahrhunderte alte Kultur und Identität besitze. (E. Stoiber, CSU; nach: L.Hoffmann 1990, S.11; E.Röper, CDU, in: FR 16.6.1993) In den markigen Worten des Ex-SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der 1990 behauptete, es wachse zusammen, was zusammengehöre, schwingt das unerschütterliche Bekenntnis zum deutschen Nationalstaat mit.

Bei o.g.. Politikern klingt es an, als ob der Nationalstaat die letzte und höchste Konsequenz sozio-politischer Ordnungen wäre, eine quasi natürliche, statische und ewig währende. Ein deutscher Nationalstaat wäre demzufolge nicht das Ergebnis historischer Prozesse, sowie politischer und ökonomischer Entscheidungen. Gerade bei der "Deutschen Frage" wird deutlich, wie sich geschichtliche und aktuelle Fragen mischen, wie die Geschichte die Gegenwart legitimieren soll. (...)

Die Nation und ihre Ideologie scheint auch in linken Gruppen Hochkonjunktur zu haben und ist als EIN mögliches politisches Ordnungskonzept von Gesellschaft nicht hinterfragbar. Es erscheint quasi als natürliche, unveränderbare Größe, als hätte es Deutschland, die Nation, schon immer gegeben. Als politisch handelnde und historisch informierte und denkende Menschen melden wir Zweifel an den Befreiungsgehalten dieses Konzeptes an, und wir haben ein Menge Fragen, die wir im folgenden diskutieren wollen: Was steckt hinter den Begriffen 'Volk/ Völker' und 'Nationalismus/Nationalgefühl', auf die auch linke Gruppen, seien sie anarchistisch, autonom oder anti-imperialistisch orientiert, immer wieder positiv Bezug nehmen? Was sind die angenommenen 'gemeinsamen Traditionen', die 'gemeinsame Kultur und Sprache'? (...) Wie konnte es dazu kommen, und welche Rolle spielte die Ideologie des Nationalismus dabei? Und kann, darf, soll es einen positiven linken Bezug auf die Nation, eine Art "linksnationale Befreiungsideologie" geben? Oder widersprechen sich nicht vielmehr die politischen Konzepte von Nation und sozialer Revolution ?

"Ein Mann ohne Nation ist wie ein Mann ohne Schatten", zur Ideologie des Nationalen

In der Ideologie der Nationalisten gibt es vorgeblich objektive Kriterien zur Bestimmung dessen, was Nation ist bzw. wie diese entstand. Zunächst sollen Gruppen von Menschen zusammengelebt haben, die eine gemeinsame Sprache und Kultur entwickelten. Werden sich die Menschen dessen bewußt und entwickeln sie ein über Generationen andauerndes Zusammengehörigkeitsgefühl, das zudem in ihrer "kollektiven" Erinnerung verbleibt, wird diese Gruppe zum VOLK. Ergreift diese Volk gewordene Gruppe mittels ihrer Führer und am besten qualifizierten Männer die Macht oder wird von diesen ein Staat gegründet, wird das Volk zur NATION. (vgl. exemplarisch: M.H. Boehm 1932; kritisch: P.Alter 1985, B.Anderson 1988, A.F.Reiterer 1988).

Am Anfang steht hier die KULTUR, ein Begriff der in den Zirkeln der Neuen Rechten (NR) extrem nationalistisch gewendet und seit Mitte der 70er Jahre ideologisch besetzt wurde. *Alain de Benoist*, ein französischer Theoretiker der NR, wirft der "Linken" vor, sie sei rassistisch, da sie die verschiedenen Kulturen, die Identität der Völker (!) einebnen und zerstören wolle (vgl. Wolfgang Haug 1991, S.15). Die CSU bläst in dasselbe Horn: "Linke nährt Ausländerhaß" (FR 19.2.92). Die NR wendet Vorwürfe auf die "Linke" zurück, die diese dem Kolonialismus und Imperialismus gemacht hat. Begriffe wie Nation, Volk, Rasse oder Kultur spielen in der Diskussion der NR eine sehr wesentliche Rolle.

"Gemeinsame Traditionen" - Sprache, Kultur, Geschichte

Vorherrschendes Thema der NR ist die Unaufhebbarkeit kultureller Differenzen. So wurde in verschiedenen französischen Zeitungen (*"Mots"*, *"Espaces '89"* und *"L'identite francaise"*) behauptet, daß es für eine Kultur schädlich sei, Grenzen zu verwischen. Lebensweisen und Traditionen seien unvereinbar. (E. Balibar 1991, S.28) G.Frey (DVU) begründet seine rassistische Parole "Ausländer raus!" "ethno-pluralistisch" mit dem Neben-

einander der Kulturen (W.Haug 1991, S.16) E.Stoiber versucht sich als Geschichtsumschreiber: Durch das Gerede von der "multikulturellen Gesellschaft" werde "... die Axt an die Wurzeln unserer in Jahrhunderten entwickelten nationalen und kulturellen Identität ..." (zit. n. L. Hoffmann 1990, S.11) gelegt. Der Herr verzapft nicht etwa unbewußt Blödsinn, sondern lügt aus politischem Interesse, ein Berufslügner also.

Was also ist eine Nation, die Kultur, und wie entwickelten sie sich und ihr Verhältnis zueinander?

"Ein Mann ohne Nation ist wie ein Mann ohne Schatten". (E. Gellner 1991, S.15) gab ein gewisser Adalbert de Chamisso (um 1800) von sich. Daraus entstand die landläufige Meinung, ein Mensch brauche eine Nationalität, wie er eine Nase und zwei Ohren haben muß, sie wurde zum inneren Merkmal des Menschseins. Die Nation wurde zur universellen, alle anderen überragenden sowie einzig möglichen und denkbaren gesellschaftlichen Organisationsform. Ihr wurde ein Charakter, ein Bewußtsein und Identität angedichtet, um sie zum Subjekt werden zu lassen: "Jede Nation hat ihre historischen Traditionen, und diese spielen in ihrem Bewußtsein eine wichtige Rolle". (W. Sulzbach 1959, S.1) Das Nationalbewußtsein sei eine Folge der geschichtlichen Überlieferung, dessen Ursachen J.S.Mill im Besitz einer Nationalgeschichte und einer konsequenten Gemeinschaftserinnerung sah. (ebd.) Nicht die Geschichte, zum Subjekt geworden mittels "welthistorischer Volkgeister" (Hegel) in Gestalt "großer Männer" wie Napoleon, Bismarck und weiß der Kuckuck wer, schufen die Nationen, sondern Nationalisten begannen im 19.Jahrhundert Geschichte umzuschreiben und ausschließlich auf die Nation zu beziehen. Die "freien Germanen" werden noch heute in den Schulen als "unsere Vorfahren" - ein Begriff, der nur eine biologische Tatsache und sonst rein gar nichts bedeuten kann - verkauft, ebenso die Römischen Kaiser des Mittelalters, die sich nicht als deutsche verstanden. Das Römische Kaiserreich deckte sich selbst geographisch nicht mit dem heutigen Deutschland. Wir haben mit den Menschen, die vor 1800 in dem geographischen Gebiet lebten, das heute mit Deutschland bezeichnet wird, genauso viel oder wenig gemeinsam wie mit den Menschen im bolivianischen Hochland oder der sibirischen Tundra. Träfen wir auf eineN von ihnen, könnten wir uns weder sprachlich noch gedanklich verständigen, aber dazu später mehr. Der Begriff "Gemeinschaftserinnerung" ist genauso abstrus und falsch. Menschen können sich nicht an das erinnern, was frühere Generationen erlebt haben, "Erinnern" meint etwas völlig anderes. Der Begriff wird von Historikern und Medien, vgl. die ARD-Reihe "Wir Deutschen", mißbraucht. Er bedeutet Aneignung und Umdeutung historischer Ereignisse und Prozesse im nationalistischen Sinne, *"... und das deutsche Volk betrachtet den Vorgang als zu seiner Geschichte gehörig, weil die Deutschen der Gegenwart so erzogen worden sind, daß sie sich mit den Deutschen der Vergangenheit verbunden fühlen."* (ebd., S.52)

Die "Deutschen der Vergangenheit" sind eine moderne Erfindung und nicht geschichtliche Tatsache. Duhamel, ein Bretone, stellte fest, *"... daß die Geschichte, die in den französischen Schulen gelehrt wird, eine gefälschte Geschichte der Einheit Frankreichs ist."* (ebd., S.53) Das Gleiche läßt sich für die BRD feststellen. **Geschichte, Traditionen und Kultur sind keine Fragen von Fortpflanzung, sie sind nichts Organisches, Wachsendes oder Naturhaftes, sondern von Menschen gemachte Erziehung, vermittelte Werte, Verhaltensnormen und Weltanschauungen.**

Eine gemeinsame Sprache und Kultur seien die Voraussetzungen und "objektiven" Kriterien zur Bestimmung einer Nation.

Die nationalistischen Pioniere forderten zu Beginn des 19.Jahrhunderts, daß jede Gruppe von Menschen mit der gleichen Sprache einen eigenen Staat haben müsse. 300 "deutsche" Staaten wären dann noch zu wenig, so viele verschiedene Sprachen und Dialekte wurden damals noch gesprochen. Das Hochdeutsche war eine reine Schriftsprache, ein "protestantischer Dialekt" (J.Grimm), der seit dem 16.Jahrhundert in den kaiserlichen und fürstlichen Schreibstuben von Beamten geschrieben wurde. Die Niederlande weigerten sich ab 1648, der Entwicklung zu folgen und kreierten aus politischen Gründen, um sich abzugrenzen, eine eigene Amtssprache, das Holländische. Demgegenüber behauptete Ernst Moritz Arndt Anfang des 19.Jahrhunderts: "Das deutsche Vaterland" reiche so weit, "... wie die deutsche Zunge klingt, daß holländisch tatsächlich Deutsch sei und deswegen eigentlich zu "Deutschland gehöre." (ebd., S.90) Hier wird sichtbar, daß die Nationalisierung der Sprache sich direkt aus Herrschaftsansprüchen ableitete. Nicht die gemeinsame Sprache schafft die Nation, sondern die nach Herrschaft strebenden Monarchien machten bestimmte Dialekte zu Amtssprachen: Das Herzogtum zwischen Oise und Seine begann seine Herrschaft über die Gebiete auszudehnen, die wir heute als Frankreich kennen, Paris wurde Residenzstadt. Dort wurde das "francien" gesprochen, das zunächst die (Schrift-)Sprache der Beamten war, damit das herrschaftliche Verwaltungs- und Unterdrückungsnetz funktionierte. Seit der französischen Revolution wurden alle anderen Sprachen in Frankreich verdrängt, das "francien" zur "Sprache der Revolution" erhoben. Spanisch ist ursprünglich ein kastillischer Dialekt, italienisch ist ein Dialekt der Toskana, russisch der Dialekt der moskauer Region, japanisch der der tokyoter Region, englisch der der londoner Region (seitdem London Residenzstadt wurde).

"Unsere Sprachen sind keineswegs (...) ausschließlich organisch erwachsen. Sie sind zum Teil das Ergebnis obrigkeitsstaatlicher Entschließungen und der Wertmaßstäbe der gebildeten Stände. Der sprachliche Nationalismus nimmt davon keine Kenntnis und besteht mit großem politischen Erfolg darauf, daß die Gruppierung der Menschen nach Sprachen ihre "natürliche" Gruppierung "ist und daß jede menschliche Gruppe ihren eigene Staat haben sollte." (ebd., S.88-90) Sprache ist keine unabhängige, objektive Variable. Nationalisten schufen erst (Kunst-)Sprachen, um der Sprache eine ideelle Funktion zuzuweisen. Hochdeutsch begann erst, sich mit der Nationalisierung des Schulsystems und der Einführung der Schulpflicht durchzusetzen (H.O. Ziegler 1931, S.5-7). Bestimmte Regionen sind aber immer noch resistent und die Menschen sprechen im Alltag ihre lokalen Dialekte, z.B. die verschiedenen platt- oder niederdeutschen, die rheinischen Dialekte, Schwäbisch usw.

Volk und Nation

In der geschichtlichen Abfolge stehen eine gemeinsame Sprache und Kultur am Anfang der Entwicklung zum "geeinten Volk", das dann erwacht, wie der Frühling, um dann zur Nation zu werden. Solch romantische Vorstellungen entwickelten Nationalisten im 19.Jahrhundert. Da es eine gemeinsame Sprache, Kultur und Identität der "Deutschen" in diesem Jahrhundert noch nicht gab, konnte objektiv auch kein "deutsches Volk erwachen". Der Begriff "Volk" ist also ein ideologischer, keiner, der etwas wirklich existierendes beschreibt. Völkische Theoretiker (wie z.B. M.H. Boehm 1932) erklären den Begriff mythenbeladen aus der Natur, der Baum wurde das Symbol der völkischen Theorie: Tief in der heimatlichen Erde verwurzelt, strecke er die Krone dem Kosmos entgegen.

Das "Volk" bilde eine organische Einheit, wie ein Ameisenhaufen. Hierarchisch aufgebaut, dem Herrscher untergeordnet, hat jede ihren und jeder seinen Platz und Aufgabe. Das "Volk" war demnach immer da, auch wenn die Menschen sich dessen nicht bewußt waren, es sei nicht gemacht und veränderbar, es sei zeitlos. Deine Geburt bestimmt damit dein Leben und dein Schicksal durch deine "Volkszugehörigkeit". Hieraus wurde das "typische Deutsche" entwickelt und in den Köpfen und Gefühlen der Menschen in diesem Jahrhundert durchgesetzt. Dies sind die Sekundärtugenden wie Ordnung, Disziplin, Fleiß, Sauberkeit und Gehorsam, die die bestialischen Nazi-KZ's und ihren mörderischen Krieg erst möglich machten. Zu Beginn des 19.Jahrhunderts beklagten "National- und Volkstheoretiker", wie E.M. Arndt, daß sie kein "deutsches Volk" vorfanden. Im 18. Jahrhundert konnte (fast) niemand angetroffen werden, der /die sich als "DeutscheR" bezeichnete. Diese sind eine Erfindung nationalistischer und völkischer Politiker und Intellektueller des 19.Jahrhunderts. Letztere sahen sich aufgefordert, den Namen "Deutsch" zu einem großen Gefühl(!) zu machen. "Richtig deutsch-sein" hieß dann auch, *Arbeit als "Dienst an der Gemeinschaft" zu verstehen und nicht im klassen*kämpferischen Sinne als Unterdrükkung, Raub und Ausbeutung. "Der Einzelne ist nichts, das Volk ist alles, immer und ewig" begannen Politiker, Pfaffen, Militärs und Pädagogen um die Jahrhundertwende zu predigen. Im geschichtlichen Zusammenhang bekam der Begriff "Volk" eine eindeutig militärische Aufgabe mit religiösem Charakter. Das "deutsche Volk" entstand durch das Bekenntnis und den Glauben daran, durch das Gefühl zusammenzugehören, den Feind erkannt zu haben, dessen Leben brutal und rücksichtslos ausgelöscht werden durfte. Es entstand der Mythos vom "Volk", das wie ein Mann hinter dem Kaiser steht und freudig und opferbereit in die Kriege (1870/71 und 1914-18) zog, um sich und andere zu massakrieren. So vorbereitet, zogen Männer begeistert auf die Schlachtfelder von Verdun, usw., im Glauben für "ihr Volk" zu kämpfen, zu morden und zu sterben. Dieses "deutsche Denken" ersetzte geschichtliches und eigenes Denken durch den Mythos von der "organischen Einheit aller deutschen StaatsbürgerInnen", die zum "deutschen Volk" gemacht wurden. Dies war nicht mehr hinterfragbar, anzweifelbar, da irrational auf einem WIR-Gefühl basierend. Wer nicht dazu gehörte, wurde für vogelfrei erklärt und zum Abschuß freigegeben, durfte im Krieg oder den Nazi-KZ's ermordet werden.



Sind wir nun schon wieder so weit, daß in Deutschland Imbißbuden brennen...?"

Foto: Fargotof/AFZ

Die Nationalisierung der Kultur

Heute identifizieren sich die Menschen in den westlichen Industriestaaten häufig bereitwillig und glühend mit ihrer Nation und bekennen sich zu ihr. **Der Nationalismus bringt erst die Nation hervor, nicht umgekehrt. Er erfindet und modifiziert Kultur(en), obwohl er vorgibt sie zu bewahren oder wiederzubeleben.** "Die kulturellen Fetzen und Flicken, derer sich der Nationalismus bedient, sind häufig willkürliche historische Erfindungen." (E. Gellner 1991, S.87) Die Gesellschaften können beginnen, sich selbst zum Gegenstand quasi religiöser Verehrung zu machen. "In Nürnberg verehrte sich Nazi-Deutschland nicht etwa selbst in der Maske Gottes oder auch nur Wotans, offen betete es sich selbst an." (ebd., S.88) *Diese gesellschaftliche Selbstverehrung findet auch heute noch als öffentlich bekannte kollektive Selbstanbetung* statt, deren Zeremonien uns allen bekannt sind: Der Nationalfeiertag (3.10.), Ansprachen der politischen "Größen" im nationalen TV, das Hissen der Nationalflagge, die Fußballnationalmannschaft, die Wahlen und ihr Abfeiern im TV u.v.a.m. Der Nationalismus zerstörte lokale Kulturen und behauptet, Vertreter einer "Volkskultur" zu sein, die sich selber erst aus Teilen vergangener Kulturen schaffte, z.B. in der Übernahme von bestimmten Liedern, Tendenzen, Eßgewohnheiten usw. Es entstand eine anonyme, unpersönliche "...Gesellschaft aus austauschbaren atomisierten Individuen, die vor allem anderen durch eine solche gemeinsame Kultur zusammengehalten wird..." (ebd., S.89f.), die nationale Kultur, zum Mythos verklärt. Der Nationalismus ist die Ideologie, die vergessen machen läßt "... daß im Staat immer auch Herrschaft ausgeübt wird, und damit diese Ausübung von Herrschaft ins Grenzenlose wachsen lassen. Völkischer Nationalismus war und ist ein Herrschaftsinstrument." (L. Hoffmann 1991, S.12)

Heute wird die "nationale Kultur " insbesondere über Schulen und Medien immer wieder hergestellt. Schule vermittelt nicht nur Sprache, sie vermittelt Kultur, verstanden als "die Art und Weise, in der die Menschen ihr (Zusammen-)Leben gestalten und ausschmücken" (laut Lexikon). Oder anders: Kultur ist Ausdruck unserer Gedanken und Gefühle, unseres Verhaltens und miteinander Kommunizierens. Im nationalen Staat soll diese Kultur total sein und für alle gelten. Kultur sei kein Beiwerk, kein Schmuck usw. mehr, sie *"... ist heute das notwendige gemeinsame Medium, das Lebensblut oder vielleicht besser die minimale gemeinsame Atmosphäre, innerhalb derer allein die Mitglieder der Gesellschaft atmen und überleben und produzieren können."* (E. Gellner 1991, S.61) E.Gellner beschreibt weiterhin die allgemeinen und zentralen Kennzeichen einer industriellen Kultur:

- universelle Schriftkunde und ein hohes Niveau rechnerischer, technischer und allgemeiner Grundausbildung (großes Allgemeinwissen)
- horizontale Mobilität, d.h. die Fähigkeit, Berufe schnell wechseln zu können und sich nicht zu früh zu spezialisieren
- mit anderen Menschen kontextfrei kommunizieren zu können, da sie sich oft untereinander nicht kennen

Die Medien sind mitverantwortlich für die politische Kultur, da sie mit ihren Bildern und Texten auch Weltbilder transportieren. Medien hofieren junge Nazis, halten ihnen Mikros unter die Nase, werten sie auf. "Neue Mythen sollen das Bewußtsein der Menschen bestimmen, die "Asylantenschwemme" und das "Ausländerproblem" werden kreiert, nicht das viel realere Faschistenproblem." (W.Haug 1991, S.18)

Die Begriffe *Nation* und *Kultur* wachsen in der "nationalen Kultur" zusammen, die alle anderen Kulturen in einem abgegrenzten Gebiet zerstört, aufsaugt, funktionalisiert oder übersteigert. In der Diskussion der NR spielt dieser Begriff eine zentrale Rolle, er löst den alten biologisch/genetisch bestimmten Rassismusbegriff ab. Kulturelle Einheiten seien mit nationalen identisch, behaupten sie, die gemeinsame Kultur stifte geradezu erst die Nation. Die Menschen seien in ihrem Verhalten, Denken, Kommunizieren usw. durch ihre kulturellen Grenzen vorbestimmt und umschlossen. Die verschiedenen Kulturen (oder Nationen) besäßen eine natürliche Distanz. Eine Vermischung, eine Beseitigung "kultureller Distanzen" entspräche dem geistigen Tod der Menschheit und würde unter Umständen sogar ihr biologisches Überleben gefährden (E. Balibar 1991, S.29) Diese Gedanken transportieren ein völlig statisches, ein zementiertes und ungeschichtliches Bild vom Menschen, von sozialen Gruppen und der Organisation ihres Zusammenlebens. Es gab nie isolierte menschliche Gemeinschaften, in denen sich eine eigenständige Kultur entwickeln konnte und es wird sie auch hoffentlich nie geben. Gerade der Austausch und die Vielfalt sind die entscheidenden Kennzeichen menschlicher Entwicklung. Es gibt nach Meinung der NR nicht nur verschiedene Kulturen, es gibt wertvollere und nicht so wertvolle, überlegene und unterlegene.

Französische Theoretiker hierarchisieren die Kulturen beispielsweise nach ihrer Nähe zur "Grand Nation", d.h. daß sich manche Kulturen besser, andere schlechter oder gar nicht an die weiße französische, institutionell etablierte Kultur anpassen können. Frankreich habe als "Land der Menschenrechte" einen universellen Erziehungsauftrag und sei daher der Maßstab aller Dinge (ebd., S.32) Politiker a la Dregger oder Geissler stehen dem in nichts nach, wenn sie behaupten, Türken könnten nicht in die Gesellschaft integriert werden, wohl aber sogenannte Wolga-"Deutsche", deren Vorfahren - wieder ein biologischer Begriff! - vor über 300 Jahren aus einem Territorium auswanderten, das nicht Deutschland war, weil es Deutschland nicht gab, weder als politische Tatsache noch im Bewußtsein der damals lebenden Menschen. Also können diese Leute auch keine "Deutsche Kultur" bewahrt oder sonst etwas damit gemacht haben. Die herrschenden Klassen definieren und konstruieren erst die Kultur eines Staates.

Den "nationalen Massen" wurde mittels der Medien ihre Lebens- und Denkweise für legitim erklärt. Die kulturelle Assimilation ist die Voraussetzung, sich in die Gesellschaft integrieren zu dürfen. Dies betrifft Schwarze in den USA und in Großbritannien, die dann "weiß gewaschen" sind, AraberInnen und NordafrikanerInnen in Frankreich oder OsteuropäerInnen in der BRD. Dieses Integrationsmodell wird von der NR als fortschrittlich verkauft, obwohl es auf die völlige Zerstörung der mitgebrachten Kultur, Denk- und Lebensgewohnheiten hinausläuft (ebd., S.33) (...)

Die Realisierung des nationalstaatlichen Prinzips zeigt zwei Grundbedingungen als historische Prozesse:

Erstens die Entstehung eines geschlossenen Territoriums als Herrschaftsgebiet mit einer Zentralgewalt, d.i. die Realisierung zentraler politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher, apersonaler Herrschaft. Durch seine Entwicklung legte der absolutistische preußische Staat seit dem 17.Jahrhundert die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Gründung eines deutschen Staates, die 1871 erstmalig erfolgte. Erst seitdem sind die ersten beiden Kriterien erfüllt, die die Frage beantworten, seit wann von einem deutschen Staat gesprochen werden kann. Die Behauptung, die Gründung eines deutschen Staates sei quasi die natürliche Entwicklung einer nationalistischen Politisierung eines Volkes, ist pure Ideologie, oder vielmehr eine Lüge, um die historischen Prozesse zu verdrehen, die zeitgeschichtliche Realität zu legitimieren und konkurrierende sozio-politische Ordnungsvorstellungen auszuschalten.

Zweitens die Entwicklung einer nationalen Identität, eines Nationalbewußtseins, als alleiniges Vergesellschaftungsprinzip, das den Nationalstaat legitimiert und seinen inneren Zusammenhalt festigt. Eine deutsche Nation konnte sich erst über die Herstellung einer kollektiven Identität als Deutsche/r in der ersten Hälfte des 20.Jahrhunderts durchsetzen. Dies geschah überwiegend im Kontext des 1. und 2.Weltkrieges. Diese kollektive Identität wurde durch Erziehung vermittelt, wurde zum normativen Wert im Kaiserreich und im Nationalsozialismus. Endgültig setzte er sich mit den Versprechungen und dem Terror des NS-Staates durch, wurde die fiktive Volksgemeinschaft zur nationalen Realität. Eine neue, säkularisierte Quasi-Religion hatte sich zum vorherrschenden Vergesellschaftungsprinzip durchgesetzt. Hier wird deutlich, daß die soziale Organisationsform des Nationalstaates nur *eine* denkbare Möglichkeit war und ist, sowie, als Ausdruck eines bestimmten politisch-ökonomischen Herrschaftssystems, eine politische Konstruktion sozio-historischer Realitäten ist. (vgl. grundlegend zu dieser Begrifflichkeit: P.Berger/T.Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Stuttgart 1969)

Die Nation ist nicht eine gesellschaftlich verwirklichte Möglichkeit, weil "Völker" begannen, sich als Nation zu sehen, sondern weil Männer aus Politik, (Geschichts-)Wissenschaft, Wirtschaft und Militär die Kultur, Geschichte etc. auf die Nation bezogen. Die Geschichte und Kultur der Menschen, die in einem bestimmten Gebiet lebten, wurde nationalisiert, d.h. umgeschrieben, entstellt, verdichtet oder zerstört. Die Nation ist erst seit der französischen Revolution ein Begriff, und zwar ein politischer. Er wurde zum Symbol und Mythos, der Massen mobilisiert und Grenzen zieht. Das erste deutsche Reich verdankt seine Existenz Kanonen und Gewehrläufen. H.Baumgarten, ein Historiker, Politiker und Schriftsteller des 19.Jahrhunderts, schrieb dem Krieg (1870/71) die zentrale Rolle bei der Entstehung der deutschen Nation zu: *'Das Volk wira durch den Donner der Schlachten geweckt (...), damit die Menschen nicht ihren eigenen Interessen nachgehen.'* Der Nationalismus, die Begeisterung für die Nation, entstand erst mit dem Krieg. Die nationalistische Stimmung verschwand allerdings zum Leidwesen ihrer Befürworter in den 1870er Jahren u.a. aufgrund sozialer Kämpfe wieder. Erst zu Beginn dieses Jahrhunderts begannen sich die Menschen, die im deutschen Reich lebten, auch mit ihrer Nationalität zu identifizieren, sich als Deutsche zu fühlen. Ein Krieg mit Millionen von Toten (1914-18) und die deutsche Sozialdemokratie, die ab 1918 eine neue zentrale nationale Herrschaft und staatliche Souveränität begründete, verhalf dem zur Durchsetzung. Die bürgerlichen Revolutionen und die Industrialisierungen schafften nicht die individuelle Freiheit, sondern stattdessen die Nation als politischen Faktor, als politisches Subjekt und "nationalen Kollektivismus". (H.O. Ziegler 1931, S.5-7)

Begriffe wie Nation, Volk oder Kultur werden in "Deutschland" von rechten Politikern aller Couleur verwendet, um den Leuten den Kopf zu verdrehen, Gedanken zu verbiegen, neue Mythen und Legenden zu schaffen bzw. alte wiederzubeleben, um Gefühle wie fremde Länder zu besetzen. Sie sind keine Gedankenspielerei. In vielen Ländern der "Dritten Welt" spiegeln sie historische, politische und soziale Entwicklungen und Wirklichkeiten wieder. Verschiedene soziale und politische Gruppen in der "Dritten Welt" versuch(t)en, europäische Entwicklungsgeschichte zu kopieren und fordern eigene Staaten oder bauen auf eine "nationale Befreiung". Sei es in Vietnam, Nord-Korea, Angola, Mozambique, Cuba, Nicaragua usw. Dort wurden aus anti-kolonialistischen Befreiungsbewegungen neue Staatsapparate, neue bürokratische Machtzentren, die Herrschaft ausüben, politische und soziale Opposition unterdrücken, die die ArbeiterInnen ausbeuten und entmündigen, die sexistische und rassistische Ideologien verwirklichen, die foltern, morden und vertreiben. Wirkliche Befreiungstendenzen von kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Herrschaftsverhältnissen, hin zu einem selbstbestimmmten Leben in selbstverwalteten Gesellschaften oder sozialen Gemeinschaften hat es bisher nicht gegeben.

Literaturliste

Alter, Peter, Nationalismus, Frankfurt a.M. 1985

Anderson, Benedict, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Frankfurt a.M./New York 1988

Balibar, Etienne, Gibt es einen "Neo-Rassismus"?, S.28, in: Etienne Balibar/ Immanuel Wallerstein, Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg 1991

Berger,P./Luckmann,T., Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Stuttgart 1969

Boehm, Max H., Das eigenständige Volk, Göttingen 1932

Fischer, Fritz, Der Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961

Gellner, Ernest, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991

Haug, Wolfgang, "Progrome beginnen im Kopf", in: SF 4/91, S.14-18

Hoffmann, Lutz, Volksgeist oder Menschenwürde. Über das Unzeitgemäße des deutschen Nationalstaatsdenkens, in: IZA 3/90, S.11-14

Reiterer, Albert F., Die unvermeidbare Nation, Frankfurt a.M./New York 1988

Röper Erich, Nicht einmal die deutsche Sprache war ein Muß im Kaiserreich, in: FR 16.6.93, S.12

Sulzbach, Walter, Imperialismus und Nationalbewußtsein, Frankfurt a.M. 1959

Ziegler, Heinz O., Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Tübingen 1931

(Abaleta = frz. v. à bas l'état = Nieder mit dem Staat).*

Kontakt: FAU OG Bielefeld c/o Umweltzentrum, A.-Bebel Str.16-18, 33602 Bielefeld



DIE PERESTROIKA IST VORBEI

Über die Hegemonie nationalistischer Entwicklungen in Rußland

von Markus Mathyl

Mit diesem Artikel soll die im *Schwarzen Faden* Nr. 50 begonnene Berichterstattung über russischen Nationalismus fortgesetzt werden. Gleichzeitig komplettiert der Artikel aber auch die *Direkte Aktion*-SPEZIAL-Nummer, indem die gesellschaftliche Dominanz nationalistischer Entwicklungen und ihre Hintergründe auch außerhalb der nationalpatriotischen Opposition in ihrer gesamten Breite beschrieben wird. Nur auf diese Weise wird die Gefahr, die eine sich immer weiter nach "rechts" entwickelnde postsowjetische Gesellschaft nach innen und außen darstellt, ausreichend nachvollziehbar.

Aufgrund der Hegemonie nationalistisch-konservativer Diskurse und Aktivitäten, die sich beinahe in allen Gesellschaftsbereichen finden lassen, ist es schwer, einen Gesamtüberblick zu behalten. Am Anfang will ich kurz darlegen, worin sich meine Einschätzung der national-patriotischen Opposition von der Einschätzung Vadim Damiers (siehe Interview in SF-50) unterscheidet.

1. Ich sehe weniger Zersplittertheit als Zusammenarbeit und Annäherung zwischen den Gruppen der National-patriotischen Opposition. Die Vereinigte Opposition und das Bündnis *"Einverständnis im Namen Rußlands"*, die kurz nach der Amnestie im März dieses Jahres gegründet wurden, stellen gemeinsame Projekte der sogenannten "unversöhnlichen" Opposition mit den Vertretern der ehemaligen Parlamentsfraktion (Ruzkoi, Sorkin) dar, an denen auch faschistische Gruppen direkt und indirekt beteiligt sind[1]. Außerdem lassen sich ideologische Annäherungen zwischen sogenannten nationalistischen und staatskommunistischen Gruppen sowohl in der Befürwortung eines nationalen korporativen Sozialismus, als auch in dem Ziel der Wiedererrichtung der großrussischen/sowjetischen Staatlichkeit beobachten. Durch diese links-rechts Annäherungen erscheint die Trennung in staatskommunistische und nationalistische Gruppen, zumindest was die größten sogenannten staatskommunistischen Gruppen (KPRF und RKRP) betrifft, künstlich. Die KPRF, mit 600.000 Mitgliedern größte Partei Rußlands, die Doppelmitgliedschaften auch in faschistischen Organisationen toleriert und von diesen bereits als Beschützerin der "weißen Rasse" anerkannt wird, ist meiner Meinung nach in erster Linie eine national-konservative Partei. Die RKRP (100.000 Mitglieder), die vom national-revolutionären Zusammenschluß der *"Revolutionären Opposition"* ein Bündnisangebot bekommen hat, ist wohl auch eher national-bolschewistisch/nationalrevolutionär als im klassischen Sinne staatskommunistisch.
2. Eine provokative Jelzin-gesteuerte Tätigkeit der Russischen Nationalen Einheit Barkaschows läßt sich natürlich nicht zu 100% ausschließen. Da

Foto: Moritz Milch/AFZ

sich aber bislang noch niemand im weiten Spektrum der national-patriotischen Opposition in diesem Sinne gegen die RNE ausgesprochen hat, sondern im Gegenteil eigentlich alle die notwendige Einheit aller nationalen Kräfte betonen, müßte dann folgerichtig die gesamte national-patriotische Opposition der Jelzin-Gesteuertheit verdächtigt werden. Am ehesten ist wohl davon auszugehen, daß es in hohen Positionen politischer, gesellschaftlicher und militärischer Institutionen ultranationalistisch gesinnte Kräfte gibt, die die Existenz der RNE und anderer Organisationen in bestimmten politischen Situationen für wichtig halten und sie deswegen unterstützen, indem sie z.B. eine gerichtliche Verfolgung verhindern.

3. Ich stimme damit überein, daß Schirinowskijs LDPR keine faschistische Partei ist und daß die Überbewertung der Figur Schirinowskijs durch die westliche Presse eher zu einem Vergessen wichtiger anderer ultranationalistischer Gruppen und Zusammenschlüsse insbesondere wirklicher faschistischer Gruppen führt. Auf der anderen Seite darf aber nicht vergessen werden, daß es trotz der antisemitisch begründeten[2] vordergründigen Ablehnung Schirinowskijs durch die Mehrheit der national-patriotischen Gruppierungen gerade zwei prominente Vertreter jetziger faschistischer Parteien - Limonow (National-Bolschewistische Partei) und Scharikow (National-Radikale Partei) waren, die für die Popularität des LDPR-Leaders besonders unter der Jugend gesorgt haben. Diese Kontakte scheinen zumindestens nicht vollständig abgerissen zu sein. Schirinowskij half mit, das Festival "Russischer Durchbruch" im Dezember zu finanzieren, als sich schon viele " alte Freunde" von ihm distanziert hatten. Gleichzeitig bemüht er sich aber auch, den Kontakt zu der restlichen national-patriotischen Opposition nicht zu verlieren. So war er bei der Amnestie derer, die er noch beim Oktoberputsch "im Stich gelassen hatte" im März dieses Jahres anwesend und sprach sogar auf einem Abend zu Ehren der Amnestierten. Beobachter der LDPR waren auch auf dem Kongreß der Vereinigten Opposition *"Rußlands Grenzen von Kaliningrad bis zu den Kurilen"* anwesend. Nach einem in der Moskowskij Novosti, Anfang September, veröffentlichten Artikel stellt ein junger Ex(?)-KGB Agent, Alexej Wedenkin, die Verbindungsfigur zwischen der LDPR und der faschistischen RNE dar. Er ist diesem Artikel zufolge sowohl Stellvertreter Barkaschows als auch Berater des stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma Wengerowskij (LDPR). Wedenkin sammelte auf einer Rundreise durch die halbe Welt als Generalvertreter der LDPR nicht nur Geld von verschiedenen Rechtsextremen, sondern bekam in Argentinien auch den "Ehrentitel" *"Brigadeführer der SS"* verliehen. Daß dieser Bericht bislang nicht für einen dicken Skandal gesorgt hat, gleichzeitig aber auch nicht dementiert wurde, spricht für sich.

4. Es ist leider so, daß es sich bei der im SF beschriebenen antifaschistischen Aktion um eine absolute Einzelaktion im Sinne eines geplanten Angriffs auf Faschisten gehandelt hat. Diese stehen täglich mit einer Vielzahl ihrer Zeitungen mitten im Zentrum Moskaus und es passiert nichts. Meiner Meinung nach haben es die antipatriotischen/antinationalen linken Gruppen durch ihre viel zu stark in den Vordergrund gehobene Anti-Jelzin-Option verpaßt, eine deutliche antifaschistische Trennungslinie zu ziehen und verloren so im Sog der im Verhältnis übermächtigen nationalistischen und sowjetimperialistischen Gruppierungen ein ausreichend sichtbares politisches Profil, das rechtzeitig für die Bildung einer antifaschistischen linken Basis hätte sorgen können.

5. Ich halte den Gebrauch des Wortes linksradikal im Kontext der postsowjetischen Gesellschaft für dringend klärungsbedürftig. Sind selbst in westlichen, insbesondere deutschen, politischen Zusammenhängen die Kriterien für dieses Prädikat ungeklärt, so steht es doch unumstritten für eine antifaschistische Position, die ein kritisches Verhältnis zur eigenen militaristischen/faschistischen Geschichte mit einschließt. Was sich derzeit aber in Rußland alles unter dem Begriff linksradikal versammelt, strebt nicht nur in großen Teilen zur Koalition mit Faschisten,

sondern auch zur Versöhnung mit der eigenen Geschichte. Stalin, Kim Il Sung und Mao zu Linksradikalen erklärt, machen dies möglich. So klingt dann russischer "Linksradikalismus" anno 1994 aus dem Mund eines Ex(?)-Anarchisten:

"Es ist nicht wichtig, wer in Kronstadt auf wen schoß, nicht wichtig, wer wem mit einem Eispickel den Kopf einschlug. Das sind alte Streitigkeiten, die heute keine Bedeutung mehr haben. Das Kriterium jeder beliebigen Tat ist: Dient sie der Sache der Weltrevolution oder dient sie ihr nicht. Wenn nicht, dann gilt: Bist Du nicht mit uns, dann bist Du gegen uns - und Feinde vernichten wir erbarmungslos. Wir sind bereit, von allen großen Praktikern der Revolution, von Bakunin bis Pol-Pot, zu lernen. Wir veranstalten keine Diskussionen, wir schießen in die widerwärtige Schnauze des Imperialismus und stellen nicht die Frage: "Warum?" Für uns ist klar, die Welt soll nicht so bleiben wie sie ist. Wir wissen, daß die bezahlten Menschenfreunde als Antwort auf unsere Geradlinigkeit die abgedroschene Platte über die Repressionen abspielen. Bei der scheinbaren Harmlosigkeit dieses Nonsens ist sie gefährlich. Mit ihr begann der Weg, der die Sowjetunion an den Abgrund führte. Und deswegen sollten wir hart erklären: Wir sind für Repressionen! Jegliche revolutionäre Organisation, die an die Macht gelangt oder die sich auf dem Weg zu ihr befindet, sollte sich selbst von potentiellen Verrätern, politisch entarteten Elementen und Karrieristen säubern. Als Revolutionären ist uns die chinesische Variante der Säuberungen am sympatischsten... Aber wir lassen auch den Einsatz eines speziellen Strafapparates für die Säuberungen der Partei zu (das sowjetische Modell der 30er Jahre). Wir bemühen uns, nichts von den wertvollen Erfahrungen der vergangenen Generationen zu vergessen."[3]



Die Perestroika ist vorbei!

Jenes weltgeschichtliche Ereignis, in dessen Verlauf sich einer der sich gegenüberstehenden Machtblöcke auflöste und der Kalte Krieg sowie die Möglichkeit eines heißen Kriegs beendet bzw. verringert schien, ist vorbei. Neben dem politischen und geopolitischen Vakuum hinterließ die Perestroika nach siebzigjähriger intensiver kommunistischer Propaganda auch ein riesiges ideologisches Loch. Warum gerade der Nationalismus in verschieden starker Ausprägung dieses Vakuum so erfolgreich füllt, ist eine Frage, die zwangsläufig zurück in die russische/sowjetische und wieder russische Geschichte führt, vor allem in die jüngere, sprich Perestroikazeit. Diese wurde vor allem aus dem Westen heftig beklatscht, proportional dazu aber wenig verstanden. Ich will der Auffassung folgen, daß die Perestroika in allererster Linie eine aus der Krise des staatssozialistischen Akkumulationsmodells geborene Notwendigkeit für diejenigen darstellte, die gezwungen waren, ihre Modernisierung der Produktion verfügbar zu machen. Die raschen Reformen führten aber eher zu einem Zusammenbruch der postsowjetischen Produktion, da sich die neue/alte Elite der Untouchables in gewohnt totalitärer, d.h. nicht zu kontrollierender Art und Weise hauptsächlich an Ausverkäufen und Vermittleroperationen bereichert hat und die Reformen auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung ausgetragen wurden. Nach offiziellen Angaben lebt derzeit rund ein Drittel der Bevölkerung unter dem Existenzminimum, ein weiteres Drittel lebt dicht an der Grenze zur Armut. In einem atemberaubenden Tempo hat die Mehrheit große Teile ihres ehemaligen Lebensniveaus verloren. Alle Vergleiche mit sogenannten Dritte Weltländern treffen nicht das Wesen der russischen Armut.

Absolut gesehen leben die Menschen in der sogenannten Dritten Welt wirklich wesentlich ärmer, dies aber in der überwiegenden Mehrheit im Vergleich zu Rußland schon über eine sehr viel längere Zeit. Gleichzeitig wurde Moskau in der Studie eines Schweizer Instituts als dritt-teuerste Stadt der Welt, der teuersten außerhalb Japans, ermittelt. Die neuen/alten Reichen zeigen ihren Reichtum in einer mit Dekadenz nicht mehr adäquat zu beschreibenden Art und Weise, und es scheint, als verwandle sich der antrainierte Gehorsam gegenüber dem Vorgesetzten in eine selbsterniedrigende Achtung vor dem Reicheren, was wie überall mit einer Verachtung der in der sozialen Hierarchie niedriger Stehenden einhergeht (Arme, Frauen, Kinder, Flüchtlinge). Die, die an der Macht sind, nennen sich Demokraten. Für die Mehrheit der Bevölkerung stehen sie und ihre Politik für den Verlust ihres ehemaligen Lebensniveaus, ihrer physischen (es gibt auch viele russische Flüchtlinge aus den ehemaligen Sowjet-Republiken), sozialen und auch wertemäßig psychischen Sicherheit und damit verbunden für die von ihnen benutzten Begriffe wie Demokratie, Liberalismus und überhaupt pro-westliche Orientierung. Im Rückgriff auf die russisch/sowjetische Tradition werden den PerestroikaverliererInnen – nicht nur – von den Ideologen der (hauptsächlich patriotischen) Opposition Werte wie: Heimat, Patriotismus, Slawophilie, antiwestliche Orientierung sowie die "Ordnung einer starken Hand" angeboten. Dies geht einher mit der allgegenwärtigen Beschwörung eines "russischen Weges". Was diesen "russischen Weg" ausmacht, das beschreiben am Besten die hier ungeschlagen populärsten Dichterworte: *"Mit dem Verstand ist Rußland nicht zu begreifen."*

Die Popularität esoterisch-mystischer Publikationen läßt das Urteil des "Leselandes Rußland" in einem etwas anderen Licht erscheinen. Überall auf den Büchertischen Moskaus sind solche Romane und Zeitschriften neben Pornographie und "Business für Jedermann"-Büchern zu finden. Diese allgemein antirationale Stimmung ist Teil des antimodernistischen Protestes der Modernisierungs-verliererInnen und ein ausgezeichneter Nährboden für den nationalistischen Glauben an das Besser- und Berufensein, sowie insbesondere für den Antisemitismus, als einer Furcht vor denjenigen, die *"irgendwie alle Fäden ziehen und das eigene unverstandene Schicksal bestimmen."* Der Druck des sich neu Orientierenmüssens und des irgendwie Zurechtkommens und Überlebens läßt wenig Raum für reflexives Denken, verlangt aber gleichzeitig nach Erklärungen, um das eigene bedrohte und entfremdete Schicksal besser ertragen zu können. In dieser Situation fungiert der vom nichtreflexiven Denken lebende Antisemitismus als alleserklärende Alltagsreligion.[4]

Die Grenzen verschwimmen

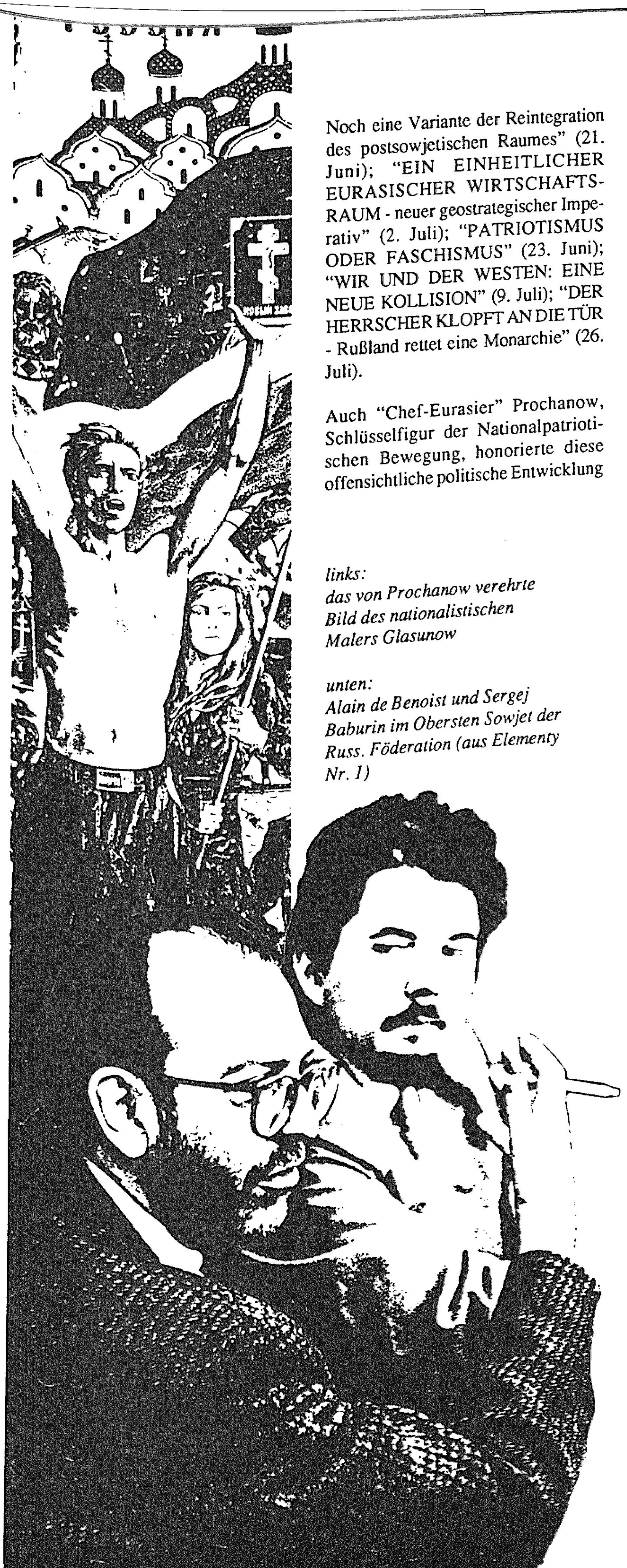
In Zeitungen der unterschiedlichsten politischen Richtungen fällt in letzter Zeit besonders häufig die Wortverbindung "postsowjetischer Raum" oder der Imperativ "Neuordnung des postsowjetischen Raumes". Die Zeitungen sind in dem Maße gefüllt von Geopolitik, wie sie über die brennenden sozialen Probleme schweigen. Das, was der sich als "eurasische Elite"[5] bezeichnende Kreis um die Gesellschaft "Arktogeja", mit guten Kontakten zu den Führern der europäischen Neuen Rechten schon vor zwei Jahren zu propagieren begann, wird jetzt auch verstärkt von demokratischen Politikern und Journalisten thematisiert: die Neuordnung des "Postsowjetischen Raumes" als Eurasisches Imperium. Einige Überschriften (zumeistens Headlines oder größere Artikel) aus der als demokratisch geltenden "Nesawissimaja Gaseta":

"DER STRATEGISCHE KURS DER WIEDERERRICHTUNG RUßLANDS" (27. Mai), "WEDER UDSSR NOCH GUS" (8. Juni); "AFRIKA INTERESSIERT RUßLAND NACH WIE VOR" (13. Juni); "RUSSISCHER NEO-GAULLISMUS - ein neues Paradigma der russischen Außenpolitik" (13. Juni); RUßLAND GEFÄLLT DER JETZIGE STATUS KASPIENS NICHT" (15. Juni); "VON DER DESINTEGRATION ZUR VEREINIGUNG" (6. Juni); "DIE AUßENPOLITIK-RUßLANDS - Nahes Ausland, fernes Ausland und nationale Interessen" (15. Juni); "MEINE HEIMAT - DIE RUSSISCHE SPRACHE -

Noch eine Variante der Reintegration des postsowjetischen Raumes" (21. Juni); "EIN EINHEITLICHER EURASISCHER WIRTSCHAFTS-RAUM - neuer geostrategischer Imperativ" (2. Juli); "PATRIOTISMUS ODER FASCHISMUS" (23. Juni); "WIR UND DER WESTEN: EINE NEUE KOLLISION" (9. Juli); "DER HERRSCHER KLOPFT AN DIE TÜR - Rußland rettet eine Monarchie" (26. Juli).

Auch "Chef-Eurasier" Prochanow, Schlüsselfigur der Nationalpatriotischen Bewegung, honorierte diese offensichtliche politische Entwicklung im demokratischen Lager: *"Die Zeitung "Den" (das heutige "Sawtra") beeinflußt das Bewußtsein, mag sein nicht großer, aber dafür elitärer hauptstädtischer Gruppierungen. Wir tragen einen sehr seriösen Koeffizienten in die postsowjetische Ideologie. Z.B. erinnere ich mich, mit welchem Erstaunen und mit welcher Empörung unseren Materialien, die wir zur Aufklärung über den Eurasismus veröffentlichten, begegnet wurde. Jetzt wird die eurasische Konzeption fast alltäglich benutzt, mit ihr operieren sogar unsere Gegner, weil der Aufbau eines neuen Superstaates ohne eurasische Philosophie, ohne eurasische Problematik, unmöglich ist. Das ist unser Verdienst."*[6]

Wenn vielleicht schon jetzt Zweifel an der Unterscheidbarkeit von Regierung und National-Patrioten entstanden sind, dann nur deswegen, weil nicht allein die Opposition ein Abonnement auf Nationalismus, Chauvinismus etc. besitzt.



links:
das von Prochanow verehrte Bild des nationalistischen Malers Glasunow

unten:
Alain de Benoist und Sergej Baburin im Obersten Sowjet der Russ. Föderation (aus Elementy Nr. 1)

Kriege an der Peripherie des Imperiums

Die russische Regierung ist in verschiedene Kriege in denen von ihr zum "nahen Ausland" deklarieten Gebieten der ehemaligen Sowjetrepubliken verwickelt, die heute größtenteils eigene Nationalstaaten bilden. In Tadschikistan läuft ein Krieg weitestgehend ignoriert von der Weltöffentlichkeit, der mit aktiver Beteiligung des russischen Militärs und unter Einsatz modernster russischer Waffen bereits zwischen 100.000 und 150.000 Menschen das Leben gekostet hat. Hier schützt das russische Militär, das mit den Clans der ehemaligen Kommunisten verbündet ist, mit offensichtlicher westlicher Absprache die Grenzen des Imperiums gegen die "Gefahr des islamischen Fundamentalismus". Fernsehberichte aus Tadschikistan zeigen, wie russische Soldaten mit russischer Flagge im Unterstand die tadschikisch-afghanische Grenze vor den "heimtückischen" tadschikischen Mujahidin im offiziell unabhängigen Tadschikistan schützen. In Abchasien sind jetzt, nachdem russische Truppen in rein russischem Interesse an dem Krieg zwischen Abchasien und Georgien beteiligt waren, wiederum Russische Truppen, dies-

mal als Friedensstifter, eingesetzt. Daß das russische Parlament diese Mission mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt hat, stört sowieso niemanden mehr im autokratischen Rußland des Demokraten Jelzins. Der neuste und einer der gefährlichsten Konflikte, in dem Rußland seine Hände so klar im Spiel hat, daß selbst die Zeitungen hier angefangen haben, darüber zu schreiben, spielt sich z.Zt. in Tschetschenien ab. Abgesehen davon, daß das Land, das sich schon vor drei Jahren von Rußland unabhängig erklärt hat, faktisch rundherum durch russisches Militär abgeriegelt ist, will sich die russische Regierung nicht direkt die Finger schmutzig machen, um den abtrünnigen einstigen General der Roten Armee und heutigen Staatschef Dudajew zu stürzen. Sie setzt auf die "Gesunden Kräfte" Tschetscheniens und finanziert den Bürgerkrieg mit Geld und Waffen. Natürlich regt sich gegen diese offensichtliche Einmischung Rußlands, an der auch Ex-Parlamentssprecher Chasbulatow (mit guten Kontakten zur national-patriotischen Oppositon) beteiligt ist, keinerlei Protest in Rußland selber, denn, wie es Juri Buida in der Nesawissimaja Gaseta[7] erfrischend ehrlich ausdrückte, hat die rassistische Berichterstattung der Medien über Tschetschenien ein neues Feindbild einer "niederen Rasse" geschaffen, das das "des Juden" abgelöst hat[8]. Vielleicht wirkt aber auch der Geschichtsunterricht des früheren sowjetischen Lehrplans[9] nach, in dem es unter der Überschrift "Angliederung (!) des Nordkaukasus an Rußland" gleich am Anfang heißt: *"Rußland hatte alte Verbindungen zu den Völkern des Nordkaukasus."* Ganz am Ende des Lehrbuchabschnittes steht sogar :*"Die Eingliederung der Völker Nordkaukasiens in den Bestand Rußlands hatte für diese eine positive Bedeutung. Die Annäherung der Bergvölker an das russische Volk half ihre Kultur und Wirtschaft zu entwickeln."* Da liegt es doch nahe, die alten Verbindungen wiederherzustellen und die "rückständigen Bergvölker" auf dem Weg in ihr eigenes Glück zu unterstützen[10].

Die Anerkennung der Weltmachtrolle Rußlands, die Clinton in seinem bezeichnenden Vergleich der Einflußsphären beider Länder zum Ausdruck brachte (Panama und Grenada als amerikanische Entsprechung des russischen »nahen Auslands«), wird auch vom amerikanischen Botschafter in Moskau in einem Interview in Moskowskij Nowosti Nr.30 1994 bestätigt: *"Je stärker die (gegenseitigen) nationalen Interessen berücksichtigt werden, desto einfacher ist die Partnerschaft."* Im Grunde genommen hat alleine die Instrumentalisierung von Großmachtpolitik und Nationalismus sowie eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Reformen die Jelzin Regierung an der Macht bleiben lassen. Jelzin versuchte der Opposition auch innenpolitisch alle Trümpfe aus der Hand zu nehmen. Dies führte in einer großangekündigten Offensive gegen das organisierte Verbrechen zu einer offiziellen Legitimierung der Polizeiwillkür, die sich nach wie vor sichtbar in aller erster Linie gegen Menschen aus den ehemaligen südlichen Sowjetrepubliken richtet.

Trotz der offensichtlichen "Rechts"-Entwicklung der Regierung ist der politisch aktive Teil der Bevölkerung nachwievor tief in "Demokraten" und Opposition gespalten. Die absolute Mehrheit der Bevölkerung ist eher passiv, zeigte aber in den Wahlen und auch in meinen Alltagserlebnissen eine hohe Affinität zu nationalistischen, großrussischen und abstrakt antiwestlichen Positionen. In der Spaltung des politisch aktiven Teils ist die Opposition, die sich hauptsächlich nationalistisch-patriotisch definiert und in der es Übergänge zwischen rechter und linker Ideologie in Form eines nationalen Sozialismus, Nationalbolschewismus bis hin zu Nationalsozialismus gibt, zumindest in ihren theoretischen Bezügen, z.T. aber auch in ihren Aktivitäten (es gibt mindestens drei bewaffnete protofaschistische und faschistische Kampfverbände) der eindeutig nationalistisch-extremistischere Teil. Was sowohl neobolschewistische/stalinistische als auch zaristisch/russophile bis hin zu faschistischen Gruppen eint, ist ein "Antisemitismus des 21.Jahrhunderts", der in weltverschwörerischer Manier "alles Schlechte" auf die Tätigkeit dunkler antirussischer Mächte ("Zionistische Weltverschwörung") zurückführt und einen Ausweg aus der gesellschaftlichen Krise in einem dem "russischen Wesen" entsprechenden "genuin russischen Weg" sucht. Dieser Weg ist imperial(istisch), autoritär-zentralistisch und sieht "den russischen Menschen" nur in einer autoritär, zwangskollektivistisch verfaßten Gesellschaft aufgehoben.



"Es gibt auf der Welt keinen höheren Stand als den Arbeitenden Menschen"

Foto: Markus Mathyl

Intellektuelle Retter Rußlands

Die heutige Rolle der russischen Intellektuellen ähnelt vordergründig der Situation im 19.Jahrhundert, als sich die Intelligenz scharf in Pro-Westler und Slawophile (isolationistisch orientierte) teilte. Vordergründig meint, daß heutzutage weit mehr sich selbst als Demokraten bezeichnende Intellektuelle in Wirklichkeit konservative und nationalistische Positionen vertreten. Hier eine Kostprobe der "Radikaldemokratin" Valerija Nowodworskaja:

"Wieviel Raketen das demokratische Amerika auf den nichtdemokratischen Irak abfeuert, beunruhigt mich absolut nicht. Meiner Meinung nach, je mehr, desto besser. Genauso versetzen mich die Unannehmlichkeiten, die in Hiroshima und Nagasaki passiert sind, nicht in Schrecken. Schauen Sie, was für ein Bonbon dafür aus Japan geworden ist.

Die G7 tagt in Tokyo und es gibt ein liberales Parlament.... Warum erklären die Indianer in Amerika nicht ihre Souveränität? Offensichtlich haben seinerzeit die weißen Siedler gut mit ihnen gearbeitet. Aber wir haben dies mit unseren "heute wilden Tungussen" nicht zu Ende gebracht."[11]

Im Kampf um die Macht scheint die Wahl des politischen Etiketts sowieso eher von der politischen Konjunktur als von Überzeugungen geprägt zu sein. Dies wird besonders bei Politikern wie Ruzkoi und Schirinowskij deutlich, die im Verlaufe ihrer politischen Karriere mehrmals das politische Lager wechselten. Nichtsdestotrotz gibt es aber auch unter den Intellektuellen Überzeugungstäter. Viele national-patriotische "Kulturschaffende" wirken durch ihre Arbeiten weit über die explizit politischen Kreise der Opposition hinaus und genießen z.T. große Popularität. Ihnen stehen Verlage, große Ausstellungshallen und andere Veranstaltungsorte ohne Einschränkung zur Verfügung. Einer dieser Stars ist Eduard Limonow. Für ihn trifft die Bezeichnung Faschist wirklich zu. Er ist nicht nur Mitunterzeichner des Aufrufs der "Revolutionären Opposition" (Abgedruckt in der DA-Sondernummer) sondern dem Stil nach auch ihr Verfasser. Limonow, in den 70er Jahren des Landes verwiesen, machte sich mit seinem sozialkritischen Roman *"Das bin ich Edi-tschka"* einen Namen. Dort beschreibt er seine prekäre Situation als russischer Emigrant im reichen Amerika. Eine Reihe anderer Bücher, ebenfalls aus der Verliererperspektive geschrieben, avancierten zu Kultbüchern innerhalb der russischen Hippie- und Punkszene. Während Limonow nicht versteckt, sondern in aller Öffentlichkeit als National-Revolutionär auf faschistischen Versammlungen auftritt, schreibt er auch weiterhin Bücher. Eines seiner letzten Bücher, *"Limonow gegen Schirinowskij"* soll gleich mehrere Rekorde gebrochen haben. Es wurde in absolut kürzester Zeit in einer Auflage von 200.000 Exemplaren gedruckt und ist in fast allen Buchläden Moskaus zu finden. Die Hälfte der Auflage war schon nach einigen Wochen verkauft. Die Hauptthese des Buches: "Der feige Halbjude Schirinowskij könne nicht Führer der russischen Patrioten sein", zielt darauf, das Wählerpotential Schirinowskijs auf die Seite der "echten" patriotischen Revolutionäre zu ziehen. Limonow, auf den Antisemitismus seiner patriotischen Landsleute vertrauend, versucht in jeder noch so absurd erscheinenden Situation an Schirinowskijs "wahre" ("zionistische") Mission zu erinnern und benutzt antisemitsche Metaphern wie die folgende:

"Wer die heroischen Gedichte der Meetings und Demonstrationen nicht fühlt, wen die Volks-Prozessionen, Flaggen, Schreie, Reden, Zusammenstöße, Kämpfe und das in den Kämpfen vergossene Blut nicht bewegen, der ist einfach kein biologisch vollwertiger Mensch. In solch einem Menschen fehlen Leidenschaft, Begeisterung, Pfeffer und Salz, er ist leblos, ein Stück Seife, aber kein Mensch."

"Radikaldemokratische" Journalisten sehen in Limonow aber nach wie vor den talentierten Schriftsteller und nicht den faschistischen Aktivisten, obwohl beide in seinen letzten Büchern deutlich verschmolzen sind. Im Rußland des Jahres 1994 braucht sich Limonow nicht einmal mehr selbst zu verteidigen: *"Sie sind kein Antisemit. D.h. ich weiß sie sind keiner, aber..."* leitet eine "Frage" ein, auf die Limonow im Prinzip nicht einmal mehr zu antworten braucht. Das Interview, das in der "demokratischen" Wochenzeitschrift "Stoliza" (Auflage 100.000) veröffentlicht wurde, bietet noch weitere Höhepunkte: Auf die Frage, wie er sich im Krieg in Jugoslawien gefühlt hat, antwortet Limonow am Schluß: *"Krieg - das ist Freiheit. Dort sind die Menschen unheimlich frei."* Auf diese Antwort fällt dem Interviewer nichts anderes ein als die Frage "Schiessen Sie gut?"

Wie Mann sich im Krieg frei fühlen kann, demonstriert der auch in Deutschland gelaufene Dokumentarfilm "Serbien Epics ". Er zeigt den Faschisten Limonow, wie er von sicherer Distanz aus mit einem Maschinengewehr auf das belagerte Sarajewo schießt und den bosnischen Serbenführer Karadcics dafür lobt, wie er der Neuen Weltordnung entgegensteht.

Einem anderen nationalistischen "Kulturschaffenden" war dieses Jahr ebenfalls Erfolg beschieden. Die Ausstellung des Malers Ilja Glasunow, die über einen Monat am Manegeplatz in einem der größten und prestigeträchtigsten Ausstellungssäle der Stadt zu sehen war, ließ die Leute Schlange stehen wie einst vor dem Leninmausoleum. Sogar Jelzin und Moskaus Bürgermeister Luzkow statteten der Ausstellung offizielle Besuche ab. Jelzins Reaktionen auf die extrem agressivnationalistischen Bilder waren durchweg positiv, was Sawtra Chefredakteur Prochanow veranlaßte, Glasunow für seine stimulierenden Bilder eine Lobhymne zu verfassen. Als Werbung für diese staatlich gesponserte Ausstellung hingen in ganz Moskau 1,5 mal 0,8 Meter große Plakate des berüchtigten "Witjas"-Bildes (Siehe DA-Sondernummer), auf dem ein junger "slawischer Arier" mit Bibel und Kalaschnikow den heiligen prawoslawischen Krieg für ein neues Groß-Rußland verkündet. Die Werke Glasunows spiegeln das gesamte Repertoire russischer Xenophobie wieder. Angefangen vom "vertierten Tataren" (Im Hintergrund sind aufgespießte slawische Köpfe zu sehen) über die "jüdisch dominierte" Oktoberrevolution bis zur Kreuzigung Jesu Christi, in der "die Schuldigen" überdeutlich zu erkennen sind. Dazwischen immer wieder gute blonde blauäugige Slawen, logischerweise in der Opferrolle, denn Ilja Glasunows Lieblingsthema ist, wie das vieler anderer russischer Intellektueller,[12] ein angeblicher Genozid am russischen Volk. Obwohl auch viele RussInnen Opfer des Stalinschen und Nachstalinschen Terrors wurden, verdeckt diese Formulierung den Charakter der russischen Dominanz sowohl im zaristischen Rußland als auch in der Sowjetunion und legt eine nichtrussische Schuld an diesem "Genozid" sehr nahe.

Auch unter den Unterzeichnern der Erklärung des Bündnisses "Eintracht im Namen Rußlands" (Siehe DA-Sondernummer) sind neben einstigen hochrangigen Politikern und nationalen Unternehmern auch bekannte Künstler, wie z.B. der Kinoregisseur Goworuchin zu finden. Dieser beendete im August dieses Jahres mit dem Film *"Die große kriminelle Revolution"* seine nationalistische Filmtrilogie (die beiden anderen Filme heißen *"So darf man nicht leben"* und *"Rußland das wir verloren"*). Der Film lief ebenfalls an besonderem Ort, täglich zwei Mal über eine Woche lang. Sein Hauptthema, das "Ausbluten" bzw. "Aussaugen"

Rußlands, das auf Grund der miserablen wirtschaftlichen Lage vor scheinbar realem Hintergrund abläuft, wird filmisch in eine Bedrohung Rußlands durch andere Völker, insbesondere durch eine "Gelbe Gefahr", umgesetzt. So tönt die Stimme des Sprechers gleich zu Anfang des Filmes dramatisch: *"In China werden im Jahr 2000 vorraussichtlich über zwei Milliarden Menschen wohnen."* - Pause - *"Sie haben nur einen Ausweg: Norden."* Auffällig ist die Plumpheit filmischer Mittel: Permanent sind neue aufblühende Städte und Gewerbegebiete hinter den Grenzen Rußlands zu sehen. Umgekehrt werden dafür leer nach Rußland zurückfahrende LKW's gezeigt, die zuvor schwer mit Buntmetallen beladen nach China oder woandershin gefahren sind. Später wird dann ein fein gekleideter chinesischer Händler beim Versuch, seinen russischen Lastenträger übers Ohr zu hauen, gezeigt. Der plötzliche Kameraschwenk auf den russischen Panzer nebenan ist unmißverständlich. Der BesucherIn des Filmes wird Angst gemacht, Angst vor Chinesen, Angst vor der MAFIA, und wenn mensch auch nur die Hälfte von dem glaubt, was in dem Film gezeigt wird, dann sind wir reif für den "Starken Mann", der Ordnung, Ruhe und Sicherheit verspricht.

Russische Gegenkultur auf dem Weg nach rechts

Auch in der russischen gegenkulturellen Szene herrscht Verwirrung. Sie ist ein ebenso erfolgreiches wie trauriges Feld nationalistischer Aktivitäten. Für eine Veranstaltungsreihe mit dem Namen "Russischer Durchbruch"[13] gelang es die ehemals populärste Rock/Punkgruppe zu gewinnen, die früher antiautoritäre, antisowjetische und antimilitaristische Texte sang und deren Mitglieder selbst unter sowjetstaatlichen Repressionen litten. Auf dieser Konzertreihe treten Mitglieder der bereits benannten "Eurasischen Elite" auf und propagieren den Jugendlichen, die hauptsächlich wegen der bekannten Gruppe die Veranstaltung besuchen, einen "Nonkonformismus", der nicht nur "Tradition und Avangarde", sondern auch die "Links- und Rechtsextreme" vereinen soll. Mittlerweile unterschreibt der Sänger der besagten Band (Graschdanskaja Oborona) sogar schon gemeinsame Erklärungen mit dem Faschisten Barkaschow (Siehe DA Sondernummer: "Erklärung der Revolutionären Opposition") wobei er sich selber als ultralinken Kommunisten und sowjetischen Nationalisten bezeichnet und bedauert, zur Auflösung der Sowjetunion beigetragen zu haben. Die z.T. sehr populären national-patriotischen Rockbands, die offensiv einen "Russischen Rock" (angeblich der beste der Welt) propagieren, stehen bei weitem mehr in der Mitte der Gesellschaft, als vergleichbare Versuche eines "Nazirock" in Deutschland. Dafür spricht auch die Tatsache, daß es bislang keine nennenswerten Distanzierungen bzw. offensiven Reaktionen von anderen Gruppen der Punk- und Hardcore Szene auf diese Tendenzen gab.

Wer ist hier eigentlich kein Patriot?

Die Reaktionen der sogenannten demokratischen Linken wie z.B der *Partei der Arbeit* und anderer Gruppierungen auf den sich immer weiter ausbreitenden Nationalismus sind kläglich. Genausowenig wie die "linksradikalen" Gruppen entgegnen sie den z.T. auf hohem theoretischem Niveau operierenden Vordenkern der National-Patrioten nicht mit einer Entlarvung ihrer Konstrukte und deren Implikationen, sondern greifen diese konservativen Diskurse z.T. sogar populistisch auf. So scheint der vom Anarchosyndikalisten zum Labouristen mutierte Andrej Isajew (Mitbegründer der KAS) ebenfalls in die Reihen der Retter Rußlands übergewechselt zu sein. Nachdem er und seine Organisationen: KAS, KASKOR und Solidarnosc genügend Technik und finanzielle Unterstützung von westlichen anarchistischen und linken Organisationen abgezogen haben, veröffentlicht er in seiner Eigenschaft als Chefredakteur der gewerkschaftsnahen Zeitung Solidarnosc doppelseitig Propaganda gegen das Abtreibungsrecht. Alleine die Bilder lassen vermuten, daß Patriot Isajew in der russischen orthodoxen Kirche oder dem Vatikan einen neuen Sponsor gefunden hat. Isajew erweist sich auf der Höhe seiner Zeit, denn die konservative russische Revolution, die in besonderem Maße auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird, will den Russinnen jetzt, nachdem ihnen bereits Heim und Familie als wahre Emanzipation verkauft wurden, auch noch einen Gebärzwang auferlegen. Einen wertvollen Beitrag zum Vertrautmachen der ArbeiterInnen mit "aufgeklärten patriotischen Positionen" leistete die Solidarnosc-Redaktion, indem sie unserem "alten Bekannten", dem Kinoregisseur Goworuchin eine Doppelseite einer ihrer diesjährigen Ausgaben für ein Interview zur Verfügung stellte. Weniger patriotisch, dafür aber auch wenig einfallsreich, kam dieses Jahr der auch im Westen geschätzte Links-Labourist Boris Kargalitzkij daher. Sein Rezept: In einer "zweiten Schocktherapie" das Eigentum der "Neuen Russen" zu renationalisieren, sprich zu verstaatlichen, das soll nicht nur als Allheilmittel die russische Wirtschaft wieder "flott machen", sondern auch gegen die negativen Auswirkungen der monopolistischen Privatisierung tauglich sein[14]. Diese naiv idealistische Betrachtungsweise des Staates, noch dazu im historischen Kontext Rußlands, übersieht das monopolistische Wesen sowohl des Staates selbst, als auch der Nomenklatura-Klans, die mit seiner Hilfe über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und das Schicksal der Menschen in geradezu feudalistischer Weise bestimmten. Warum das in Zukunft in Rußland anders sein soll, kann wahrscheinlich auch Kargalitzkij nicht erklären. Durch die Bedeutungslosigkeit der demokratisch sozialistischen Gruppen strebt Kargalitzkij, der sicherlich kein Patriot ist, objektiv aber geradezu zu einer Koalition mit den großen patriotisch-kommunistischen Parteien (KPRF, RKRP), deren Führung sich von solch einer "Schock-Verstaatlichung" einen ruhigen Platz im neuen eurasischen Superstaat erhofft.

Kapitalismus der "freien" Konkurrenz

Die bereits am Anfang erwähnte Spezifik kapitalistischer Entwicklungen in Rußland trägt in sich selbst stark totalitäre Züge und fördert auf mehreren Ebenen eine Faschisierung der Gesellschaft. Instabilität und Schwäche der russischen Ökonomie wecken bei führenden Finanz-und Wirtschaftskreisen ein verstärktes Interesse an einer inneren "Stabilisierung"; z.B. nach dem chilenischen Modell Pinochets, indem auch faschistische Gruppen wie die RNE



Hunderte warten wie früher vor dem Lenin-Mausoleum auf Einlaß in die Glasunow-Ausstellung

ihren Platz hätten. Doch schon jetzt bietet die Art, wie sich Kapitalismus derzeit in Rußland manifestiert (durch z.B. extrem hohe Zahlen von Überfällen, Schutzgelderpressungen und bezahlten Morden), faschistischen Gruppen als Wach- und Schutzpersonal sowohl eine finanzielle Basis als auch eine offizielle Struktur. In fast jedem noch so kleinem Geschäft der Moskauer Innenstadt sitzt heute ein uniformierter Wächter. So formierte sich bspw. die faschistische Legion Werwolf, die zwei eigene Aussteiger umbrachte und angeblich Anschläge auf verschiedene Politiker und auf Vorführungsstätten des Films "Schindlers Liste" plante, unter dem Dach einer solchen Wachgesellschaft.

Die Aufdeckung dieser Gruppe war den meisten Zeitungen nur eine Randnotiz wert. Noch befremdender wirkt das offizielle Statement der russischen Sicherheitsbehörden, in dem behauptet wird, daß diese das erste Mal mit einer so gut organisierten faschistischen Struktur konfrontiert gewesen wäre. Dies legt nahe, daß Gruppen wie die RNE, deren Existenz spätestens seit Oktober 1993 auch der russischen Polizei bekannt sein sollte und die mittlerweile ihre Zeitungen sogar umsonst verteilt, nicht als faschistische Gruppe, sondern als "gute Patrioten" angesehen werden.

Insgesamt wird deutlich: Auch wenn es vielleicht zu keiner massenhaften Unterstützung für ein neues "ultrarechtes" Regime auf der Straße kommen wird, so ist doch die Gesellschaft viel zu schwach, einer solchen möglichen Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Die Gleichgültigkeit gegenüber den "Pogromen in den Köpfen", die sich in Form von national-chauvinistischer und faschistischer Propaganda täglich in hunderttausender Auflagen über das Land ergießen, ist zu großen Teilen eine Folge der Nichtaufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit. Sie lastet wie ein Alpdruck auf der russischen Gesellschaft und begünstigt eine Gleichgültigkeit auch gegenüber anderen Schrecken. Die Perestoika ist vorbei.

Anmerkungen

(1) Auf dem letzten Kongreß der Vereinigten Opposition, "Russische Grenzen von Kaliningrad bis zu den Kurilen", der im September dieses Jahres stattfand, war unter den z.T. sehr prominenten Haupt-Unterzeichnern (u.a. Ruzkoi) des gemeinsamen Protokolls auch ein Mitglied der faschistischen National-Republikanischen Partei.

(2) Obwohl Schirinowskij selber nicht mit antisemitischen Äußerungen geizt, dient seine jüdische Herkunft nationalistischen Konkurrenten als willkommener Anlaß, ihn eines Führers der russischen Patrioten für unwürdig zu erklären.

(3) Aus Bumbarasch Nr.5 1994, einer Zeitung der ehemaligen kommunistischen Einheits-Jugendorganisation Komsomol, die neu formiert von KPRF und RKRP finanziert wird.

(4) Siehe hierzu Detlev Claussen, Vom Judenhaß zum Antisemitismus (Vor allem das Einführungsessay), Sammlung Luchterhand 1987

(5) Eurasimus: Theorie russischer Exilphilosophen der 20er Jahre dieses Jahrhunderts, auf deren Grundlage russische faschistische und neu-rechte Gruppen die Natürlichkeit bzw. Zwangsläufigkeit der Bildung eines Eurasischen Reiches/Blockes behaupten. Die nach außen geschlossene Gesellschaft "Arktogeja", die sich selbst als eurasische Elite versteht, ist Herausgeberin des neurechten Theorieblattes "Elementy".

(6) Interview mit Prochanow in "Inform 600 Sekunden" Nr.4 1994

(7) Juri Buida, "Von September bis Oktober", Nesawissimaja Gaseta 1. 10. 1994

(8) Tatsächlich scheint die offene Feindseligkeit gegenüber den KaukasierInnen (vg l. SF-49) derzeit den Grad des Antisemitismus in Rußland noch zu übertreffen. Durch die Ähnlichkeit der Konstruktion antisemitischer und antikaukasischer Feindbilder, "Reiche, mächtige Geldscheffler", ist ein Umschlagen der antikaukasischen Stimmung in eine noch stärkere antisemitische jederzeit möglich.

(9) "Geschichte der UdSSR", Lehrbuch für die 8. Klasse, 4. Auflage 1986

(10) Die Eroberung des Nordkaukasus durch Rußland im 19. Jahrhundert vollzog sich wesentlich gewaltsamer, als es im entsprechenden Lehrbuchabschnitt dargestellt wurde. Alleine der Muridenaufstand, der sich sowohl gegen die russische Fremdherrschaft als auch gegen jene Teilfürsten, die mit den Russen paktierten, richtete, vollzog sich insgesamt über einen Zeitraum von dreißig Jahren. Infolge der Unterwerfung der nordkaukasischen Völker wurden viele Menschen und z.T. ganze Völker vertrieben oder deportiert.

(11) Valerija Nowodworskaja, "Wir geben unsere Rechte nicht nach links ab", Nowyj Wsgljad Nr. 23

12) Auch Solschenizin, der in Rußland über eine große Autorität verfügt, spricht im Fernsehen schon offen über einen solchen "Genozid".

(13) Die Kassette der Radiosendung "Russischer Durchbruch" stellt ausführlich Musik und Hintergründe der Entwicklung der Gruppe *Graschdanskaja Oborona* dar und zeigt die Versuche führender national-patriotischer Ideologen, die russische Gegenkultur zu vereinnahmen. Die Kassette, Manuskript der Sendung und DA-Sondernummer sind zusammen inclusive Porto für 10 DM beim *Libertären Zentrum Hamburg: Lagerstraße 27, 20357 Hamburg* zu bestellen.

(14) Boris Kargalitzky, "Der zweite Schock", Nesawissimaja Gaseta 30. 6. 1994

Foto: Markus Mathyl

" Internationalismus und Befreiungsnationalismus"

Eine Auseinandersetzung über die Positionen von Ward Churchill (American Indian Movement)

In diesem Text (der von der SF-Redaktion aus Platzgründen um einige Passagen gekürzt werden mußte) haben wir Ausschnitte aus mehreren Diskussionsprozessen zusammengefaßt, die wir in den vergangenen zwei Jahren geführt ha-ben, und in denen es um eine (Neu-)Bestimmung unseres Verhältnisses als kommunistische Militante, die in der westeuropäischen Metropole leben, zum Internationalismus und zu sozialen Kämpfen in anderen Teilen der Welt, zu Theorien der "triple oppression" und zu anarchistischen Positionen ging. Unmittelbarer Anlaß für uns, den Text in dieser Form zu veröffentlichen, war eine längere Beschäftigung mit dem, Anfang 1993 bei *Agipa-Press* erschienen, von Ward Churchill herausgegebenen Buch *"Das indigene Amerika und die marxistische Tradition"*, in dem Essays sowohl von Native Americans als auch von Leuten, die sich selbst als MarxistInnen bezeichnen, veröffentlicht wurden.

Eine Auseinandersetzung mit den in diesem Buch veröffentlichten Positionen stößt auf die grundsätzliche Schwierigkeit, daß das amerikanische Original schon 1984 publiziert wurde, und wir wissen aus unserer eigenen persönlichen Geschichte, daß zehn Jahre eine lange Zeit sind und sich im Lauf der Jahre manche Ansichten ändern können.

Anhand des Vorworts zur deutschen Übersetzung, das Ward Churchill im Januar 1992 schrieb, und durch ein Interview mit ihm, das in der Zeitung "ak" (Nr.364) am 9. März 1994 erschien, konnten wir allerdings feststellen, daß seine Argumentation nach wie vor unverändert ist.

Wir haben uns daher im folgenden ausschließlich mit seinen Positionen beschäftigt. Alle Zitate, die nicht ausdrücklich anders bezeichnet sind, beziehen sich auf seine Texte im Buch (mit Angabe der Seitenzahl), oder aber auf das "AK"-Interview.

Wards Kritik am Marxismus

In "Der Weg zu einer Debatte" (S.42) berichtet Ward Churchill von einer Diskussion, etwa 1973, mit Karl Hess, dessen Ansichten, nachzulesen bspw. in seinem 1980 auf deutsch erschienen Buch "Nachbarschaftshilfe", denen von Murray Bookchin nahestehen.

In dieser Diskussion erhob Churchill gegen Hess den Vorwurf, dessen Forderung, die bundesstaatlichen Strukturen der USA gehörten aufgelöst, würde die Native Americans einer Enteignung und Vertreibung durch ihre weißen Nachbarn schutzlos ausliefern.

Daß Ward Churchill diese Polemik gegen Karl Hess als Aufhänger einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem (besser: gegen den) Marxismus benutzt, mag auf den ersten Blick seltsamer anmuten, als es tatsächlich ist, denn schon in dieser Episode wird deutlich, was sich zehn Jahre später in seinen Essays und 1994 im "ak"-Interview fortsetzt: Alle, die seinen Standpunkt als "indianischer Traditionalist" nicht bedingungslos akzeptieren und unterstützen, werden von Ward Churchill pauschal des "Rassismus" und "Eurozentrismus" verdächtigt.

"Euro" ist für ihn nämlich eine "geistige Verfassung, eine Weltsicht" (S.269), wodurch z.B. auch SchwarzafrikanerInnen problemlos "eurozentristisch" sein können (S.14).

Genau diesen Vorwurf erhebt er auch explizit gegen den Marxismus, indem er die marxistische Vorstellung der Menschheitsentwicklung als ein "Konstrukt" sieht, das "in sich rassistisch ist und eine völlig falsche Sicht der natürlichen Ordnung darstellt" (S.145). (...)

Wir halten allerdings den dialektischen Materialismus (wie übrigens ebenso, wenn auch auf einer anderen Ebene, den wissenschaftlichen Anarchismus eines Kropotkin, was aber ein anderes Thema ist) für eine brauchbare Methode zum Verständnis von Naturgesetzen wie auch von gesellschaftlichen Entwicklungen, und gerade das Verstehen und die Anerkennung der Gesetzmäßigkeiten in der Natur gibt den Menschen ein Instrumentarium in die Hand, das ihnen die Fähigkeit zur Selbstbestimmung gibt und sie nicht einer sogenannten "natürlichen Ordnung", die in Bezug auf menschliche Gesellschaften immer nur und ausschließlich menschlichen Ursprungs ist, gefangenhält.

Richtig an Churchills Kritik ist allerdings, daß die Kenntnis der Naturgesetze zu dem Irrtum verleiteten kann, diese beeinflussen oder ändern zu wollen, und das mit den entsprechenden Konsequenzen.

Ward Churchill macht seinen Vorwurf des "Eurozentrismus" konkret an zwei Punkten fest:

Zum einen erhebt er den Vorwurf gegen den Marxismus, dessen Positionen bewegten sich "in einem Schema des unaufhaltsamen Fortschreitens der zeitlichen Realität, das ausschließlich durch eine zunehmende Akkumulation der materiellen Produktivkräfte definiert ist" (S.91).

Abgesehen davon, daß die Ausschließlichkeit dieser Definition nicht stimmt, ist es nach unserer Ansicht a.) falsch und b.) unhistorisch, die Bedeutung der Entwicklung der Produktivkräfte in der Form zu leugnen, in der Churchill das in allen seinen Texten tut.

Falsch ist es deshalb, weil es unbestreitbar in der Menschheitsgeschichte Zeiten gab, in der keine Arbeitsteilung in großem Stil, keine gesellschaftlichen Klassen und kein Staat existierte und daß deren Entstehen ohne Entwicklung der materiellen Produktivkräfte undenkbar ist.

Unhistorisch, weil er in seinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen willkürlich eine bestimmte zeitliche Periode, nämlich die der Stammesgesellschaften mit entwickeltem Ackerbau für absolut erklärt, ohne deren Entstehung zu berücksichtigen, vor allem aber ohne anzunehmen, was als ziemlich sicher gelten kann, nämlich daß sich diese Gesellschaften in irgendeiner Form weiterentwickelt hätten.

Es ist überflüssig, über eine "natürliche" Entwicklung oder eine "Entwicklung an sich" zu diskutieren, für uns wichtig ist allein die Entwicklung, die tatsächlich stattgefunden hat.

Die gegenwärtige globale Situation ist unbestritten so, daß der Imperialismus sich alle Regionen auf diesem Planeten unterworfen hat, damit sämtliche Gesellschaften umgeformt hat und zwangsläufig auch ihre zukünftige Entwicklung bestimmt. (...)

Wards Begriff der Nation

Ward Churchill erklärt, die Native Americans würden den Marxismus, insbesondere die leninistische Version brüsk ablehnen. (S.142).

Diese ausdrückliche Betonung auf den Leninismus ist insofern etwas überraschend, da eine der Grundlage des "Leninismus" die Behauptung und Unterstützung eines "Selbstbestimmungsrechts der Nationen" ist.

Anton Pannekoek bzw. die "Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands" hat in seinen/ihren "Thesen über den Bolschewismus" (August 1934) zu Recht darauf hingewiesen, daß in Politik und Propaganda der "nationalen Selbstbestimmung" der Klassenbegriff aufgegeben wurde und diese, international gesehen, durch die Verbindung proletarischer und bürgerlicher Interessen auf eine Nachahmung des russischen Revolutionskonzepts im Weltmaßstab hinausläuft.(...)

Obwohl Lenin gegen jene MarxistInnen, die sich nicht auf eine bedingungslose Anerkennung des "nationalen Selbstbestimmungsrechts" festlegen wollten, in einer Form polemisierte, die der von Ward Churchill nicht unähnlich ist (Originalton Lenin: "Eine Karikatur auf Marxisten"), so muß doch fairerweise gesagt werden, daß Lenin in dieser Frage insoweit Marxist war, daß auch für ihn die "Nation" eine Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft war, also erst mit ihr entsteht und natürlich mit ihr auch wieder verschwinden wird.

Für Ward Churchill dagegen ist eine Nation "ein Volk mit einem definierten oder definierbaren Territorium, einer gemeinsamen Sprache und Kultur, die es ihm erlaubt, sich zu regieren, und eine eigenständige Ökonomie. Offensichtlich gab es schon vor mehr als dreihundert Jahren Völker in Europa, die diese Kriterien erfüllten. Sie waren Nationen, aber sie waren nicht notwendigerweise staatlich verfaßt." (Interview).

An dieser Aussage wird erneut der unhistorische Ansatz seiner Argumentation deutlich. Ohne Zweifel gab es Zusammenschlüsse von Menschen, die er als "Völker" definiert (daß er sie als "Nationen" bezeichnet, heißt nicht, daß sie Nationen im marxistischen Sinn waren), diese existierten in dieser Form aber nicht "schon immer". Sie sind irgendwie entstanden, haben sich weiterentwickelt, und: "alles, was entsteht, ist dem Vergehen unterworfen".

Diese Entwicklungen betreffen einmal das, was für Churchill die äußeren Definitionen/Merkmale/Abgrenzungen der "Völker" sind, und zwar sowohl die Territorien, deren Grenzen sich durch Wanderungsbewegungen und/oder Kriege mit entsprechenden Eroberungen im geschichtlichen Verlauf ständig veränderten, wie auch die Sprachen.

Vor allem aber entwickelte sich die Struktur der jeweiligen Gesellschaften, auch die der Native Americans, so daß sich schon bis zum Beginn der Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents dort Gesellschaftsformen herausgebildet hatten, die sich z.T. erheblich voneinander unterschieden.

Die egalitäre Gesellschaft der Inuit kennt nicht einmal eine Bezeichnung für "Stamm" oder "Volk", Inuit bedeutet ganz einfach *Mensch*, Eskimo werden sie nur von anderen genannt. Die Stämme der Prärieindianer waren Wildbeutergesellschaften, im Osten Nordamerikas existierten Stämme und Völker, die vom Ackerbau lebten, die Cheyenne bspw. hatten sich von einer agrarischen Gesellschaft hin zu Jägern entwickelt, ebenso wie einige Stämme im Amazonasgebiet. Manche Stämme, z.B. die Nakoaktok, kannten die Sklaverei, während Azteken, Maya und Inkas Klassengesellschaften herausgebildet hatten. (Bei diesen Angaben beziehen wir uns auf das Buch *"Völker ohne Regierung"* von Harold Barclay, Libertad-Verlag)

Die "völlig natürlichen Komponenten" (S.17), in denen sich nach Churchills Ansicht die menschliche Gesellschaft neu strukturieren soll, gibt es von daher nicht. Die Strukturen einer jeden Gesellschaft wurden von Menschen geschaffen, und das heißt, sie sind historisch bedingt und ändern sich entsprechend.

Der nationale Befreiungskampf...

Nach dem bisher Gesagten kann es nicht mehr überraschen, daß die in dem Buch *"Das indigene Amerika und die marxistische Tradition"* beschriebene Debatte ziemlich fruchtlos blieb und zu keinem Ergebnis kam, denn das, was Ward Churchill und die indianischen TraditionalistInnen anstreben, ist etwas völlig anderes als die befreite, egalitäre, kommunistische Gesellschaft, die wir, auch und vor allem auf der Grundlage einer marxistischen Theorie und Praxis anstreben. Den TraditionalistInnen dagegen geht es erstmal um nichts anderes als um die Durchsetzung eines "Rechts auf nationale Selbstbestimmung", um die Forderung nach einem garantierten Territorium mit entweder einer weitestgehenden Selbstverwaltung/Autonomie oder um einen eigenen Staat.

Auf dem Hintergrund, daß die indigenen Völker sowohl in den USA wie auch in Lateinamerika rassistischer Unterdrückung ausgesetzt sind, und daß im Augenblick global wenig Aussichten auf entscheidende soziale Veränderungen bestehen, gibt es sicherlich Gründe für derartige Forderungen. Wir kritisieren auch nicht, daß sich die TraditionalistInnen dabei auf Rechte berufen, die ihnen die bürgerlichen Staaten zugestehen, seien es völkerrechtliche Normen, in denen die kollektiven Rechte von Minderheiten auf physisches, kulturelles und materielles Überleben und ein Recht auf Selbstbestimmung innerhalb der existierenden staatlichen Strukturen festgelegt sind, sei es die Tatsache, daß die Reservate souveräne Territorien sind, *"die den Indianern durch international bindende Verträge zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und den verschiedenen Indianerstämmen für immer garantiert sind."* (S.272)

Wir kritisieren allerdings die pauschale Behauptung, daß *"die Nationale Frage der primäre Widerspruch in allen Kämpfen um die Veränderung von Machtverhältnissen"* (Interview) ist.

Der Kampf gegen den Rassismus und für eine globale soziale Revolution, für uns nur zwei Seiten derselben Sache, hat viele Facetten, die sich nicht auf die Alternative "Assimilation oder Separatismus" reduzieren lassen. Eine befreite Gesellschaft, die, um wirklich das Attribut "frei" zu verdienen, die gesamte Menschheit umfassen muß, wird eine weitestgehende Synthese des kulturellen Erbes dieses Planeten darstellen, dabei aber zweifellos auch regionale Unterschiede akzeptieren und integrieren.

Wir können uns zwar durchaus Situationen vorstellen, in denen "nationale Befreiungskämpfe", in Ermangelung

konkreter Alternativen, notwendig sind, etwa als Reaktionen auf einen drohenden Genozid bzw. Ethnozid (was letzteres ist, müßte dann differenziert und genau diskutiert werden), wir denken aber, im Gegensatz zu Lenin und allen, die sich auf ihn berufen, nicht, daß das ein "Recht" ist, was wir prinzipiell verteidigen oder sogar unterstützen müßten.

Die Frage stellt sich aber nicht nur auf der theoretischen Ebene, sondern ganz praktisch. Separatistische Kämpfe zur Errichtung eigener Staaten, und das betrifft nicht nur die indigene Bevölkerung, sondern z.B. auch die Bewegung für eine "Republic of New Africa" im Black Belt, würden vermutlich eine Quantität und Qualität der Auseinandersetzung mit dem militärischen Apparat der USA erfordern, daß sich die russische Revolution samt Bürgerkrieg daneben wie ein Geländespiel ausnehmen würde. Wenn aber für dieses (historisch gesehen: begrenzte) Ziel schon derartige Anstrengungen und Opfer notwendig sind, können wir eigentlich gleich aufs Ganze gehen. (...)

Ward Churchill hat aber nicht nur einfach eine grundsätzlich andere Sicht der Dinge, er vertritt in dieser Sichtweise Positionen, die wir für ganz einfach gefährlich halten, insbesondere deswegen, weil innerhalb der verschiedenen Strömungen der (weißen) Metropolenlinken den *"nationalen Befreiungskämpfen"* zum größten Teil recht unkritisch bis ausdrücklich begrüßend gegenübergestanden wird. Das gilt vor allem für diejenigen, die sich in irgendeiner Form dem "Marxismus-Leninismus" verbunden fühlen, es gibt aber durchaus auch einige AnarchistInnen, die z.B. den Kampf der PKK im türkischen Teil Kurdistans bedingungslos unterstützen. Das Verhältnis der Metropolenlinken zu diesen Kämpfen ist in fast allen Fällen derartig undifferenziert, daß nicht auszuschließen ist, daß einige dieser Positionen Churchills von dieser Linken übernommen werden. (Diese Gefahr wird noch verstärkt durch die in der Auseinandersetzung mit dem Ansatz der "triple oppression" entstandene Tendenz, alles, was authentisch von Unterdrückten geäußert wird, zunächst einmal zu übernehmen, ohne es zu hinterfragen. Es würde allerdings an dieser Stelle zu weit führen, würden wir uns näher mit der Adaption der "triple oppression" durch die deutsche Linke beschäftigen, das müßte mal separat gemacht werden.)

Gegen eine "bio-regionale" Definition

Die Komponenten, in denen die Gesellschaft laut Ward Churchill neu strukturiert werden soll, und von denen wir oben ja schon festgestellt haben, daß sie keineswegs "völlig natürlich" sind, sollen nicht nur "überschaubar" sein, was ja nicht schlecht wäre, darüber hinaus aber auch "bio-regional definiert" (S.17) Eine solche Definition bedeutet zum einen den "direkten Zusammenhang der indigenen Kulturen mit den verschiedenen geographischen Gebieten und Bedingungen" (S.44), zum anderen aber "Sprache, Spiritualität, Verwandtschaftsstruktur", kurz eine ethnische Identität, als "zentrales gesellschaftliches Verhältnis" (S.84).

Um diese Definition zu untermauern, geht Churchill sogar so weit zu behaupten: *"Die amerikanische Urbevölkerung ist nicht in diese Hemisphäre eingewandert"* (S.148), die Einwanderungsthese sei von Jefferson erfunden worden, um seine Gewissensbisse wegen des Völkermords an den Native Americans zu verdrängen.

Es ist zur Beurteilung des "bio-regionalen" Ansatzes nicht relevant, daß Churchill mit dieser Behauptung Unrecht hat. Sowohl aufgrund genetischer Untersuchungen wie auch anhand von Fossilienfunden kann als gesichert gelten, daß sich die Menschheit vor etwa 4,5 Milliarden Jahren in Ostafrika aus einer Population von maximal 10.000 Individuen entwickelt hat. Strittig ist, ob sich die Entwicklung der verschiedenen Menschentypen ausschließlich in Afrika vollzog, von wo aus sie sich dann ausbreiteten ("Auswanderungstheorie"), oder ob bereits frühe Menschenformen Afrika verliessen und die Entwicklung bis hin zu den heutigen Menschen in mehreren verschiedenen Gebieten stattfand ("Multiregionaltheorie"), wobei es nach unserer Meinung für beide Hypothesen gewichtige Argumente gibt. Sicher ist aber, daß die ersten Menschen nicht in Amerika lebten, folglich müssen ihre Nachkommen zu irgendeinem Zeitpunkt dort eingewandert sein (sowohl die Auswanderungs- als auch die Multiregionaltheoretiker gehen im allgemeinen übereinstimmend davon aus, daß der amerikanische Kontinent erst durch Angehörige der Gattung homo sapiens betreten wurde). Es kann aber natürlich auch sein, daß Churchill diese Argumentation ablehnt, weil er generell die Evolution der Arten verneint und stattdessen, die indigenen "Ursprungsmythen" als "Fakten" (S.148) betrachtend, von einem übernatürlichen Schöpfungsakt ausgeht.

Es würde, wie schon gesagt, für uns keinen Unterschied machen, wenn Ward Churchill doch Recht hätte, denn egal, wie die indigenen Völker nach Amerika gekommen sind, es steht außer Frage, daß sich ihre Gesellschaftsformen entwickelten und mit ihnen auch ihre Sprachen und religiösen Vorstellungen.

Für Ward Churchill ist diese Argumentationslinie aber insofern wichtig, als daß für ihn nur diejenigen einen "wirklichen Anspruch" (S.149) auf ein Stück Boden haben, die auf ihm verwurzelt, also in einem sehr strengen und archaischen Sinn "Ureinwohner" sind. Eine solche Position, nach der ein bestimmtes Stück Land per se und für immer einer bestimmten Ethnie gehört, ist von unserem Standpunkt aus völlig inakzeptabel.

Wer, wie wir das tun, die bürgerliche Gesellschaftsordnung und damit zwangsläufig auch die Organisierung der Menschen im (national)staatlichen Rahmen überwinden will und das nicht in eine ferne Zukunft vertagt, sondern aus dieser Perspektive z.B. heraus hier und heute bereits die Berechtigung der Forderung nach "Offenen Grenzen für alle!" vertritt, muß dann natürlich auch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

Was die Situation generell in den imperialistischen Metropolen, in Westeuropa wie auch in den USA, betrifft, werden sich durch Immigration und demographische Entwicklung zwangslaufig alle "kulturellen Identitäten" durch Beeinflussung, Auseinandersetzung, Konfrontation verändern. Das gilt für alle, für die weiße Bevölkerungsmehrheit (die in den USA wohl nicht mehr lange eine sein werden), für die ethnischen Minderheiten (die in den USA in absehbarer Zeit die Bevölkerungsmehrheit stellen werden) und auch für die MigrantInnen. Wer das nicht akzeptieren will, der/die muß konsequenterweise Ghettobildung und Rück-

wanderung befürworten.

Umgekehrt gilt aber auch, daß sich infolge von Migration und demographischer Entwicklung auch die "kulturelle Identität" an der Peripherie bzw. in den Gebieten, die von traditionell lebenden ethnischen Gruppen bewohnt werden, verändern wird. Wer das verhindern will, muß, wie Ward Churchill das in der Diskussion mit Karl Hess getan hat, entsprechende Repressionsorgane (Staatsapparat, Grenzpolizei usw.) und deren Einsatz für notwendig halten. Dabei ist die Immigration in diese Gebiete vermutlich gar nicht mal so sehr das Problem wie die Emigration von dort in die Metropolen. Bspw. wird es von kurdischen wie auch von einigen türkischen Organisationen als eine Gefahr angesehen, wenn Menschen ihre "angestammte Heimat" verlassen (müssen) und dadurch langfristig von ihren kulturellen Wurzeln getrennt werden.

Neben diesen prinzipiellen Einwänden gegen diese Begründung einer "kulturellen Identität" haben wir ein weiteres Problem, das mehr die praktische Ebene der Umsetzung betrifft.

Es ist in unseren Augen ziemlich schwierig, die Forderung nach einem "Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk" klar und eindeutig gegen den Satz "Kurdistan den KurdInnen", d.h. gegen die Nähe zu faschistischen oder ethnopluralistischen Positionen wie "Deutschland den Deutschen", abzugrenzen. In linksbürgerlichen Kreisen wird in diesem Fall gerne zu einer Argumentation mit der Quantität gegriffen ("Der Anteil von MigrantInnen an der Bevölkerung in Deutschland ist so gering, daß er keinesfalls als Bedrohung aufgefaßt werden kann"), sie ist aber kein Ausweg, da sie sich auf eine Ebene einläßt, die inhaltlich von den Faschisten bestimmt wird.

Weiter spricht gegen den "bio-regionalen" Ansatz, daß die indianischen Gesellschaften, die vor der Kolonialisierung in Amerika bestanden, wie alle traditionallen Gesellschaften, mehr oder weniger stark auf Verwandtschaftsverhältnissen und genetischer Abstammung beruhen. (Rudimentäre Formen davon haben sich teilweise bis in die imperialistischen Gesellschaften erhalten, siehe z.B. das deutsche Staatsbürgerrecht)

Eine Gesellschaft, die auf biologischen Voraussetzungen wie der Blutsverwandtschaft beruht, muß sowohl ihre Verfaßtheit wie auch die "Identität" ihrer Mitglieder als unveränderlich ansehen. Sie kann deshalb niemals eine freie Assoziation freier Menschen, d.h. eine befreite Gesellschaft sein.

Entsprechend muß in einer Gesellschaft, die sich selbst in dieser Form auffaßt, auch jedes In-Frage-Stellen dieser Identität auf einer persönlichen Ebene als eine existentielle Bedrohung angesehen werden, die möglichst unterbunden werden muß. (...)

Wards "bioregionale Konfliktanalysen"

Im höchsten Grade brisant wird es nun in dem Moment, wenn Ward Churchill seinen "bio-regionalen" Ansatz, außer auf indigene Völker und insbesondere die Native Americans, auch auf andere Regionen der Welt und auf Volksgruppen, die beim besten Willen nicht als "indigen" angesehen werden können, anwendet. (In "Das (Wieder-)Erstehen der "Vierten Welt", S.13ff. bietet er uns diesbezüglich ein Panorama, das vom Zerfall der ehemaligen UdSSR über die Befreiungskämpfe in Kurdistan und Palästinas bis hin zu den "kulturell homogenen schottisch-irischen Bewohnern der Appalachen" und den Sezessionsbestrebungen der FrankokanadiEr in Quebec geht, – die letzten beiden sind eindeutig Nachfahren der europäischen Kolonialisten.)

Wir wollen hier nur auf eines dieser Beispiele näher eingehen.

Ward Churchill berichtet uns, daß "ein Prozeß der Rückbesinnung auf nationale Rechte in dem künstlich geschaffenen Staatsgebilde "Jugoslawien" in Gang gesetzt wurde, in dem die Nationalitätenfrage seit der Auflösung des Osmanischen Reiches ein ungelöstes Problem war." (S.13f.) Könnte dieser Satz noch als schönfärberische Beschreibung dessen, was im ehemaligen Jugoslawien abläuft, durchgehen, so wird er im "ak"-Interview doch recht deutlich: *"Eine gewisse Form von Ethnonationalismus ist die mögliche Lösung für das Balkan-Dilemma."*

In beiden Texten verliert er kein Wort über die Vertreibungen, Vergewaltigungen und sonstigen völkisch-rassistischen Exzesse im Bürgerkrieg dort, was einigermaßen merkwürdig ist für jemanden, der ansonsten oft und gerne gegen alles, was er für eurozentristisch hält, den Vorwurf im Munde führt, zum Völkermord beizutragen und/oder ihn zu vollenden. Irgendwo ist es aber auch wieder konsequent, denn da nach dem "bio-regionalen" Ansatz Volk und Land eine untrennbare Einheit bilden, muß nach dieser Logik dort, wo eine eindeutige Landbasis nicht auszumachen ist, und das ist auf dem Balkan nicht erst "seit der Auflösung des Osmanischen Reiches" an vielen Stellen der Fall, eine solche dann eben ggfs. mit Vertreibung und Genozid hergestellt werden. Auf dem Hintergrund, daß alle imperialistischen Staaten, wenn auch unterschiedlich stark, die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien mitzuverantworten haben und davon nicht unerheblich profitieren, daß einige von ihnen sich gelegentlich mit ihren Truppen an den Kampfhandlungen beteiligen, während aus anderen, faschistische Söldner zum Einsatz kommen, kann aus der von Churchill propagierten "möglichen Lösung" tendenziell recht schnell eine "Endlösung" werden.

In diesem Zusammenhang ist dann auch von zwei Völkern zu reden, die zweifellos eine "kulturelle Identität", aber keine "Landbasis" haben, einmal die Sinti und Roma, zum anderen die Jüdinnen und Juden. Erstere kommen konsequenterweise in Churchills Weltbild nicht vor, vermutlich, weil sie für ihn "einfach nirgendwo hinein" passen, letztere allerdings schon, einmal als "zionistische Siedler, die den größten Teil der einheimischen Bevölkerung aus ihrer traditionellen (sic!) Heimat vertrieben haben", aber auch und vor allem als Ursprung der "jüdisch-christlichen Tradition" (Interview), die schon im Buch Genesis der Bibel mit der Trennung des Menschen von der natürlichen Ordnung eine "besonders perverse Sichtweise" (Interview) eingenommen hat, und in dieser Tradition stehen nach seiner Definition alle "eurozentristischen" Anschauungen einschließlich des Marxismus.

Nicht nur bei Ward Churchill führt der Kampf gegen den "Eurozentrismus" zu einem antisemitischen Rückgriff, ähnliche Muster finden sich z.B. auch bei Louis Farrakhan und der "Nation of Islam" (interessanterweise erwähnt Churchill nirgendwo den Islam, der aus den gleichen Wurzeln kommt wie das Christentum und einen durchaus vergleichbaren universalistischen An-

spruch hatte, ganz im Gegensatz zum Judentum), und auch die Idee, den Marxismus mit dem Attribut "jüdisch" zu versehen, hatten vor ihm schon andere.

Gefährlich wird es bei ihm dadurch, daß er die deutsche Linke auffordert, diese "jüdisch-christliche Tradition" durch einen Rückgriff auf und eine Wiederbelebung von Traditionen, die in Europa vor der Christianisierung anzutreffen waren, in seiner Sicht also "indigen" sind, zu überwinden: *"Was immer die Nazis mit bestimmten Elementen eurer Tradition negativ gemacht haben, das beseitigt noch nicht das positive Potential eurer Tradition. Es ist eure Tradition. Sie gehört nicht den Nazis, es sei denn, ihr überlaßt sie ihnen. Es ist eure Aufgabe, diese Tradition zurückzufordern und positiv einzusetzen. Was immer man auch über die Nazis sagen kann, es ist nicht zu leugnen, daß sie eine unglaubliche Resonanz in eurem Volk gehabt haben, wenn sie die Themen der indigenen teutonischen Vergangenheit eingesetzt haben. ... Diese neue Verbindung mit der Vergangenheit, von der ich gesprochen habe, ist ein unglaublich kraftvolles Werkzeug für die soziale, politische und kulturelle Organisierung. Wenn die Linke in Deutschland dies weiterhin aus allen möglichen abstrakten und emotionalen Gründen ablehnt, dann wird die Linke in Deutschland weiterhin isoliert bleiben. ... Ihr müßt diese tiefverwurzelte Abneigung gegen euch selbst überwinden und eine Vorstellung von "Deutsch-Sein" entwickeln, die kohärent, positiv und progressiv ist."* (Interview)

Das werden wir mit Sicherheit nicht tun!

Für uns bedeutet "Internationalismus" das Zusammenwirken verschiedener sozialer und/oder politischer Kämpfe, die sich in einem globalen Kontext definieren bzw. in einem solchen definierbar sind, und die als gemeinsames Ziel den Aufbau einer anderen, befreiten Gesellschaft anstreben.

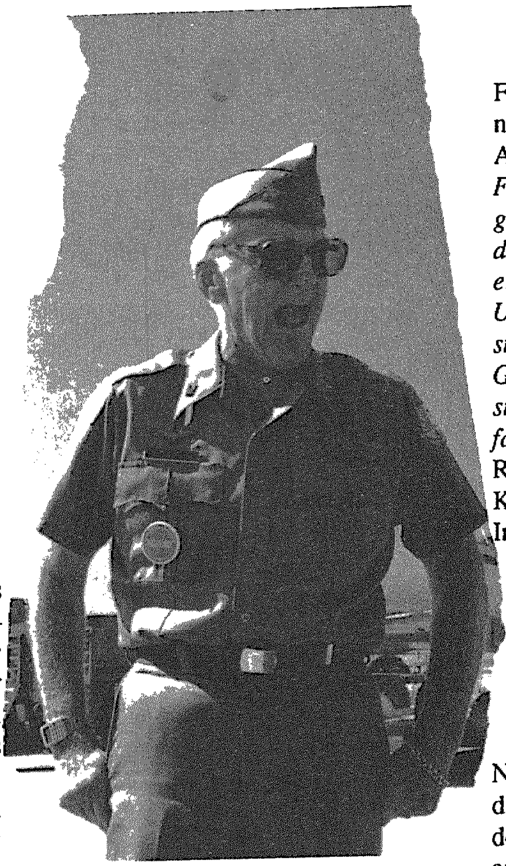
Gemeinsames Ziel heißt nicht in allen Punkten und schon gar nicht unbedingt: eine gemeinsame Strategie. Unterschiedliche regionale Bedingungen, verschiedene gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse machen es zwingend erforderlich, daß für dieses Ziel an vielen verschiedenen Fronten im antirassistischen, antipatriarchalen und Klassenkampf gekämpft wird. (...)

Ward Churchill und mit ihm die indianischen TraditionalistInnen (jedenfalls soweit sie durch ihn und die anderen AutorInnen in *"Das indigene Amerika und die indianische Tradition"* repräsentiert werden) haben sich mit seiner Forderung an die Metropolenlinke, eine soziale, politische und kulturelle (Neu-)Organisierung auf einer völkischen Basis zu versuchen, dafür aber ganz einfach selbst disqualifiziert.

War Resisters' International

Ein internationales Netzwerk radikaler PazifistInnen und gewaltfreier Bewegungen

von Andreas Speck



Vom 10. - 17. Dezember 1994 wird das 21. Triennial der War Resisters' International (WRI), die mit *"Internationale der KriegsdienstgegnerInnen"* nur unvollständig ins deutsche übersetzt ist, in Sao Leopoldo im Süden Brasiliens stattfinden. Zentraler Begriff des Triennials wird die *"Kette der Gewalt"* sein, eine Kette, die die alltägliche Erfahrung mit den Strukturen verbindet, die letztendlich zu Krieg und Zerstörung führen.

In diesem Artikel wird anläßlich der Dreijahreskonferenz die WRI als eine transnationale Organisation vorgestellt und kritisch betrachtet. Auch wenn die WRI keine anarchistische Organisation ist, so finden sich in ihr starke anarchistische Einflüsse und interessante Ansätze für die Mitarbeit von AnarchistInnen. Eine der deutschen Sektionen der WRI ist die gewaltfrei-anarchistische Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)[1].

WRI - Internationale der Gewaltfreiheit

Die WRI wurde 1921 in Bilthoven/Niederlande unter dem Namen *"Paco"*, dem Esperanto-Wort für Frieden, gegründet. Die Gründungskonferenz verabschiedete folgende Erklärung, die bis heute die Grundsatzerklärung der WRI ist:

"Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen."

Zu dieser Grundsatzerklärung wurde eine Erläuterung verabschiedet, die nicht nur jeden Angriffs- und Verteidigungskrieg eindeutig ablehnt, sondern auch die revolutionäre Gewalt *"zur Verteidigung und Befreiung des bedrückten Proletariats."*

Die WRI war zu ihrer Gründungszeit ein Zusammenschluß pazifistischer AnarchistInnen und radikaler bürgerlicher PazifistInnen. Die Arbeit der WRI war und ist aus dem sich daraus ergebenden Spannungsverhältnis zwischen realpolitischen Kategorien, z.B. der juristischen Absicherung der Kriegsdienstverweigerung, und einem Politikverständnis, welches sich an gesellschaftlichen Alternativen und direkten Widerstandsaktionen orientiert, geprägt.

Aus den Erfahrungen des 1. Weltkrieges heraus wurde der *"bürgerliche Vorkriegspazifismus"* mit seinen Apellen an Staaten und Regierungen abgelehnt. Stattdessen wurde ein *"aktiver Pazifismus"* propagiert, der sowohl die Verantwortung des/der Einzelnen betonte, als auch die Notwendigkeit grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen.

Das Erstarken des Faschismus in Europa in den 30er Jahren führte zu einer ersten Krise der WRI. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus führte dazu, daß sich einige internationale Persönlichkeiten aus der WRI zurückzogen, ohne jedoch ihre Kritik in der WRI vorzubringen.

In der Auseinandersetzung mit dem Faschismus wurde der damals dominierende marxistisch-leninistische Antifaschismus abgelehnt. *"(...) unser Feind ist die Vorstellung (im Grunde genommen eine faschistische Strategie), daß die Freiheit durch Unterdrückung erreicht werden kann, selbst durch Unterdrückung der Faschisten (...) Wir sind dann nicht mehr frei; wir sind die Gefangenen, die Sklaven der faschistischen Mentalität und vor allem der faschistischen Tätigkeit,"* so in einer Rede des WRI-Vertreters auf einem Kongreß gegen Krieg, Faschismus und Imperialismus 1936.

WRI nach dem 2. Weltkrieg: Eine Freiheitsbewegung

Nach dem 2. Weltkrieg bemühte sich die WRI vor allem darum, innerhalb der sozialen Kämpfe eine Orientierung auf der Grundlage der Gewaltfreiheit zu formulieren. Gegen die Blockkonfrontation wurde ein *"Dritter Weg"* formuliert, der eine Alternative zu den verhärteten Systemen darstellen sollte.

Ein deutliches Zeichen für die Entwicklung der WRI von einer schwerpunktmäßig antimilitaristischen Organisation hin zu einer *"Freiheitsbewegung"* war die Diskussion um eine *"gewaltfreie Revolution"* Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre. In einer Erklärung des Internationalen Rates der WRI von 1968 heißt es: *"Die WRI ist in erster Linie eine Freiheitsbewegung. Wir arbeiten für das Recht der Menschen auf Freiheit: die Freiheit, ohne Hunger, Krieg und Seuchen zu leben; die Freiheit, ohne wirtschaftliche, gesellschaftliche, rassistische und kulturelle Ausbeutung zu leben; die Freiheit des Individuums, sich zu entfalten und seine Anlagen als schöpferische Wesen voll zu entwickeln; die Freiheit, soziale Fähigkeiten zu entwickeln, Fähigkeiten, die so oft durch autoritäre Strukturen entstellt und in ihrer Entwicklung gehemmt worden sind und die Freiheit, die Menschen befähigt, in Gemeinschaft zu leben und sich über Egoismus zu erheben."* Diese Erklärung ist als Auseinandersetzung mit dem Vietnamkrieg und der weitverbreiteten Unterstützung für den bewaffneten Kampf des Viet-

cong entstanden. Weiter heißt es darin: *"Diesem Glauben an die Freiheit entstammt unsere Opposition gegen den Krieg und Systeme, die ausbeuten und korumpieren, nämlich Kolonialismus und totalitäre Formen des Kommunismus. Die Konsequenzen dieser Überzeugung betreffen jeden Bereich menschlichen Lebens. (...) Wir arbeiten für nichts weniger als eine umfassende, gewaltlose Revolution."*

Nach der Erklärung von 1968 wurde ab der 13.Dreijahreskonferenz 1969 die Diskussion intensiviert. Hierzu wurden innerhalb der WRI zwei unterschiedliche Texte vorgelegt, die zwei verschiedene Herangehensweisen repräsentieren: 1972 wurde von George Lakey als Ergebnis der Diskussion der Text *"Manifest für eine Gewaltfreie Revolution"* der 14.Dreijahreskonferenz der WRI vorgelegt. Nach ausführlichen Diskussionen wurde von Michael Randle 1975 ein weiterer Entwurf *"Der Befreiung entgegen"* veröffentlicht. Während Lakeys Entwurf auf ethischen Kategorien beruht und den amerikanischen QuäkerInnen nahesteht, kann Randles Text als libertär-sozialistisch bezeichnet werden[2].



1975 wurde die Diskussion innerhalb der WRI zunächst beendet, ohne eine Entscheidung zwischen den beiden Texten zu treffen. Beide Texte wurden als nützliche Beiträge für eine *"Strategie für eine Gewaltfreie Revolution"* betrachtet. Die persönliche Befreiung und der Aufbau unterstützender Gemeinschaften seien in jedem Prozeß der sozialen und ökonomischen Befreiung von äußerster Wichtigkeit, könnten diese aber nicht ersetzen. Nicht aus moralischen Gründen, weil Krieg "schlecht" sei, wolle man am Prinzip der Gewaltfreiheit festhalten, sondern aus der Einsicht in die politische Notwendigkeit, da die Mittel nicht vom Ziel getrennt werden könnten.

Auch wenn die WRI seit ihrer Gründung stark von den Friedensbewegungen Westeuropas und der USA geprägt ist, so bemüht sie sich seit einigen Jahren nicht nur um eine inhaltliche Erweiterung, sondern auch um eine breitere Basis in den Ländern des Trikont. Die Zusammenarbeit mit gewaltfreien Basisbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika soll zunehmend verstärkt werden.

Nicht zufällig war Indien das erste Trikont-Land, in dem es eine WRI-Sektion gab. 1960 tagte mit der 10.WRI-Dreijahreskonferenz zum ersten Mal eine solche in einem Land des Trikont - in Indien. 25 Jahre hat es gedauert, bis 1985/86 wieder eine Dreijahreskonferenz in einem Trikont-Land abgehalten wurde - erneut in Indien.

Ende 1992 hat die WRI unter dem Titel *Women Overcoming Violence* - Frauen überwinden Gewalt - eine internationale Frauenkonferenz in Bangkok/Thailand veranstaltet. Auf dieser Konferenz, an der 170 Frauen aus 63 Ländern teilgenommen haben, ging es um Gewalt gegen Frauen, Militarismus und Sexismus, Sextourismus, etc... und gewaltfreie Gegenwehr von Frauen gegen Männergewalt.

Diese Konferenz führte dazu, daß die Kontakte der WRI zu Frauenbewegungen aus dem Trikont gestärkt wurden und einige Organisationen sind der WRI als Sektionen oder assoziierte Organisationen beigetreten.

Auch die diesjährige Dreijahreskonferenz in Brasilien dient dazu, Kontakte mit Bewegungen in den Ländern des Trikont zu knüpfen und auszubauen. Hierbei geht es jedoch nicht um eine auf das zentrale Büro in London konzentrierte Vernetzung, sondern um die Entwicklung und Förderung der Zusammenarbeit vor allem zwischen den verschiedenen Bewegungen des Trikont.

WRI & Staatsverständnis - Die aktuelle UNO-Diskussion

Schon seit der Gründung ist die WRI in ihrem Staatsverständnis gespalten, was sich jetzt wieder in der Debatte um die Einschätzung der UNO und des Status der WRI als Nichtregierungsorganisation (NGO) bei der UNO zeigt.

In der WRI ist man sich einig in der Verurteilung von Militärinterventionen oder jeder Art des bewaffneten "Peacemaking", sei es nun im Namen der UNO oder nicht. Die UNO-Einsätze in Kambodscha, Somalia und auch in Ex-Jugoslawien wurden und werden einhellig verurteilt - und das gilt im Falle Ex-Jugoslawiens trotz der häufigen Aufrufe zu einem militärischen Ein-



greifen auch aus Kreisen der jugoslawischen Friedensbewegung[3]. In einer Antwort der WRI darauf heißt es: "*Viele von uns kommen aus Ländern, deren Armeen in verbrecherischen Kriegen kämpften oder Kriegsverbrechen begingen, deren Industrien vom Handel mit dem Tod profitierten und deren Regierungen sich nur um Menschenrechte sorgen, wenn sie sich für andere Interessen eignen. (...) So können wir auch jetzt nicht, selbst im Falle von Bosnien-Herzegowina, die Regierungen zu einer militärischen Operation auffordern, die die Entwicklung einer effektiven Politik gegen die Massive Verletzung der Menschenrechte und gegen das Unrecht im ehemaligen Jugoslawien versäumten (auch in einigen anderen Ländern in anderen Kontinenten). Die Regierungen der Welt und die Vereinten Nationen haben wiederholt gezeigt, daß ihnen jede prinzipielle Verpflichtung für die Menschen in Bosnien-Herzegowina und denjenigen, die geflohen sind, fehlt.(...)*

Als ein internationales Netzwerk von PazifistInnen ist es Aufgabe der WRI für die Argumentation für gewaltfreie Aktionen und Entmilitarisierung zu arbeiten. Selbst dann, wenn wir anerkennen, daß es einen bedeutsamen Fall für eine Verteidigung mit militärischen Mitteln, wie in Bosnien-Herzegowina, gibt, besteht unsere Arbeit darin, gewaltfreie Möglichkeiten, die nicht existieren oder bislang nicht probiert worden sind, zu entwickeln. (...) Wir haben innerhalb unserer Grenzen tätig zu sein und wie bitten diejenigen von Euch, die auf eine militärische Intervention drängen, zu respektieren, daß wir Euch an diesem Punkt nicht folgen können." (WRI, Juli 1994)

Doch diese klare Position zu jeder Art militärischer Intervention führt nicht zu einer kritischen Beurteilung der UNO an sich. Vor allem in den "klassischen" Interventionsländern USA, Großbritannien und Frankreich ist auch innerhalb der Friedensbewegungen die Position anzutreffen, daß eine starke UNO die Interventionsgelüste der eigenen Staaten bremsen könnte. Es ist zu bezweifeln, daß dem - vor allem nach Auflösung der Blockkonfrontation durch die Selbstauflösung des Ostblock - wirklich so ist. In der BRD wurde die UNO eher dazu benutzt, vorhandene Widerstände gegen eine Aufgabenerweiterung für die Bundeswehr aufzubrechen und zu beseitigen.

Vor diesem unterschiedlichen Erfahrungshorizont sind jedoch Positionen zu bewerten, die innerhalb bzw. unter Vorherrschaft der UNO Instrumente zu einem gewaltfreien Eingreifen entwickeln wollen. Diese Vorschläge verkennen jedoch den Charakter der UNO als einem Staatenbündnis, daß von den westlichen Industrienationen beherrscht wird. Gewaltfreie Interventionen, die gegen die Interessen dieser Staaten verstoßen, sind von der UNO nicht zu erwarten - von gewaltfreien Interventionen gegen UN-Militäreinsätze ganz zu schweigen.

Die UNO-Diskussion ist innerhalb der WRI noch lange nicht abgeschlossen, ja noch nicht einmal richtig in Gang gekommen. Das Thema wird seit einigen Jahren immer wieder umgangen, obwohl es vor dem Hintergrund der verstärkten militärischen Aktivitäten unter dem Deckmantel der UNO immer dringender wird.

Auch hier könnte ein sinnvolles Betätigungsfeld für AnarchistInnen innerhalb der WRI liegen.

Aktivitäten der WRI-AG der FöGA zum Triennial

Die WRI-AG der FöGA hat sich vorgenommen, den Gedanken der Vernetzung aufzugreifen und vor allem die Süd-Süd-Vernetzung zu fördern. Zu diesem Zweck wollen wir die Teilnahmekosten für Saswati Roy aus Kalkutta/ Indien aufbringen: Saswati ist Mitarbeiterin der indischen WRI-Sektion Swadhina, die ihren Sitz in Kalkutta hat. Swadhina kritisiert die zunehmende Kapitalisierung und Industrialisierung Indiens, die bei den benachteiligten Bevölkerungsschichten die Armut nur noch verstärkt und vor allem Frauen zu Opfern von Gewalt macht. Swadhina arbeitet für eine Bewußtseinsbildung über die Ursachen von Armut, organisiert Kampagnen zu konkreten Problemen und ermutigt vor allem Frauen, sich in kleinen Gruppen selbst zu organisieren.

Spenden (steuerlich absetzbar) sind gerne gesehen (Spendenkonto siehe unten).

Anmerkungen

[1] Für die WRI gilt nicht das Prinzip, daß aus jedem Staat nur eine Organisation Mitglied werden kann, sondern jede Organisation, die die WRI-Grundsatzerklärung akzeptiert, kann Mitglied werden. Das gilt auch für internationale Organisationen. Deutsche WRI-Sektionen sind neben der FöGA u.a.: die DFG-VK, die IdK Berlin/Münster, die DFG-IdK in Hamburg. Daneben gibt es mehrere assoziierte Organisationen und Publikationen.

[2] Die beiden Text sind auf deutsch veröffentlicht in: Lakey/Randle: Gewaltfreie Revoultion

[3] so läßt sich auch wieder ein "Offener Brief" von VertreterInnen jugoslawischer Friedensgruppen "an die Friedensbewegungen" vom April 1994 interpretieren, abgedruckt z.B. in Das zerbrochene Gewehr Nr. 30, September 1994

Informationen:

War Resisters' International, 5 Caledonian Road, London N1 9DX, England, Tel.: 0044 171 278-4040, Fax: 0044 171 278-0444

WRI-AG der FöGA, Andreas Speck, Brahmweg 178, 26135 Oldenburg, Tel.: 0441/203864

Spendenkonto: Fördergemeinschaft Friedensarbeit und Gewaltlosigkeit e.V., Konto 71 258, Stadtsparkasse Kassel, (BLZ: 520 501 51), Stichwort: "WRI-Konferenz"

Literatur:

Beyer, Wolfram: Die War Resisters' International. Die gewaltfreie Fraktion im revolutionären Antimilitarismus. In: Graswurzelrevolution Nr. 117/118, Sonderheft "Sozialgeschichte des Antimilitarismus"

Beyer, Wolfram (Hrsg.): Widerstand gegen den Krieg. Beiträge zur Geschichte der War Resisters' International. Kassel 1989

War Resisters' International: Faltblatt zum Triennial in Brasilien

Das zerbrochene Gewehr Nr. 29, Juni 1994, Nr. 30, September 1994 (Hrsg.: WRI)

Lakey, George & Michael Randle: Gewaltfreie Revolution. Beiträge für eine herrschaftslose Gesellschaft. Berlin, 1988

Viver é Resistir

Die Kette der Gewalt aufbrechen
21. Dreijahreskonferenz der War Resisters' International im Dezember 1994 in Sao Leopoldo/Brasilien

Mit der Konferenz in Brasilien findet in diesem Jahr zum ersten Mal ein solches WRI-Treffen in einem lateinamerikanischen Land statt. Dies scheint interessant und vielversprechend, denn in Lateinamerika gibt es starke gewaltfreie Bewegungen, die über eine breite Verankerung in der Bevölkerung verfügen, und die auf langjährige Erfahrungen im Kampf gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit zurückblicken können.

Gerade in den lateinamerikanischen Ländern wird deutlich, wie sehr sich ungerechte Strukturen in alltäglichen Gewalterfahrungen auswirken. Gewalt im Alltag wird häufig am schärfsten im Süden erfahren, aber folgt man/frau den Gliedern dieser "Kette der Gewalt", kann ihr Ursprung oft im reichen Norden gefunden werden.

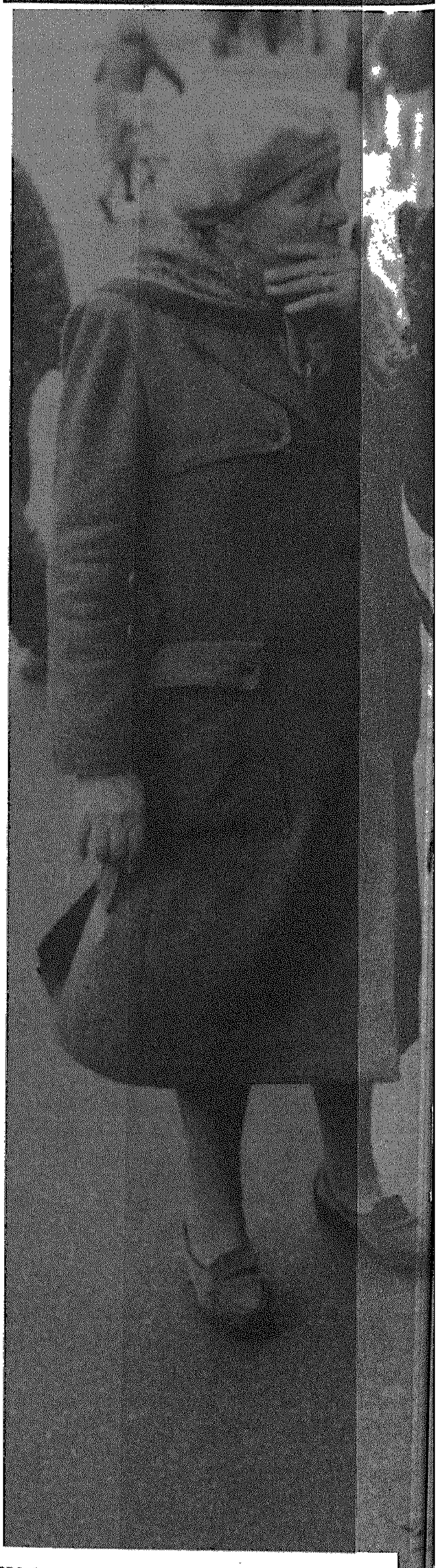
Daher wird es unter dem Motto "Die Kette der Gewalt aufbrechen" auf der diesjährigen Dreijahreskonferenz darum gehen, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen von Gewalt zu erkennen, zu analysieren und Ansatzpunkte für Strategien und für eine gewaltfreie Veränderung hin zu mehr Gerechtigkeit zu entwickeln.

Die Diskussionen auf der Dreijahreskonferenz drehen sich um gewaltfreie Ansätze an jedem Glied der "Kette der Gewalt". Themen der Konferenz sind z.B.:

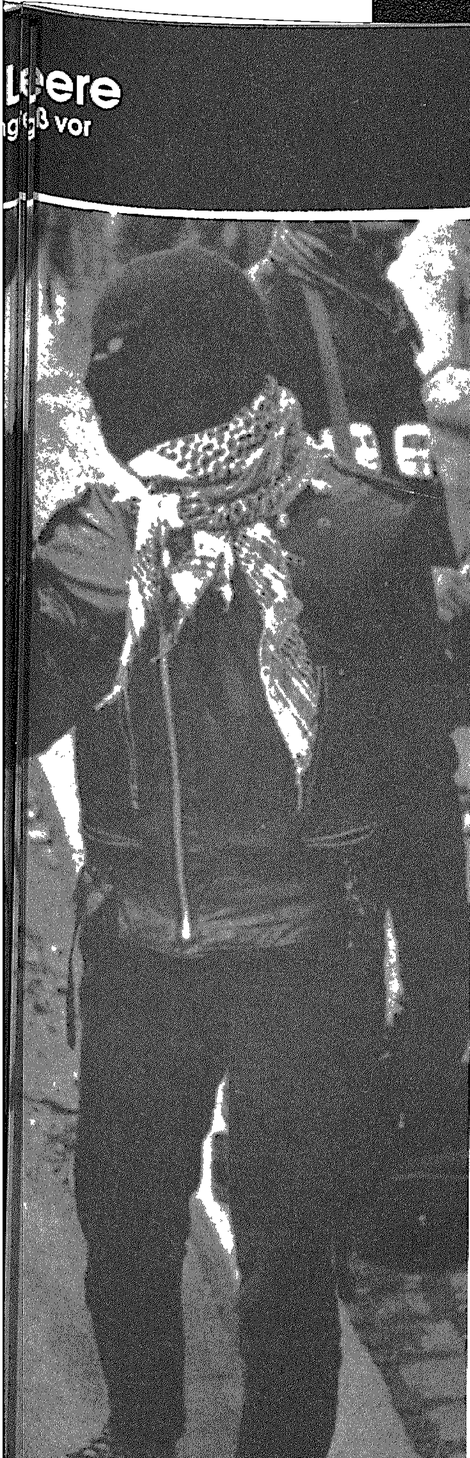
- Frauen gegen Militarismus und Gewalt;
- Interkultureller Austausch zum gewaltfreien Training;
- Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung;
- Übergang zur Demokratie;
- Rassismus, Nationalismus, ethnische Konflikte und indigene Völker;
- Alltagsgewalt: Soziale und städtische Un-Sicherheit;
- Alternativen zu Waffen: direkte gewaltfreie Interventionen und Soziale Verteidigung;
- Militarisierung und Umwelt;
- Strategien für eine gerechte Wirtschaft
- Die Vereinten Nationen - können sie mehr sein als ein Club der Sieger?

Die Reinheit der

Autonome bereiten einen Ko



Während "die Anarchisten" Ostern 1993 in Frankfurt bereits *"Wege zur Anarchie"* diskutierten, wollen sich Ostern 1995 in Berlin "die Autonomen" mit dem "Weg ins 21.Jahrhundert" begnügen. Unter dem Motto "Autonome



auf dem Weg ins 21. Jahrhundert" wird in Berlin gegenwärtig ein Kongress vorbereitet, der wohl auch tatsächlich stattfinden wird. Das erste bundesweite Treffen fand bereits im Mai in Halle statt, ein weiteres im August in Kassel folgte. Über beide Treffen wurden Verlaufs-Protokolle angefertigt, die jeweils mehrere Seiten füllten, Ergebnisprotokolle wären dazu nicht in der Lage gewesen.

Die originelle Idee, zunächst *"die Erfahrungen und Analysen der autonomen Bewegung der letzten Jahre"* zu diskutieren, um dann über *"mögliche neue Wege und Kampfformen"* zu reden, stieß auf die Kritik einiger als Gruppe "SPUK" aufgetauchter Berliner Jung-Autonomer, die befürchteten, der Kongress werde auf diese Weise zu einem Absingen Alt-Autonomer Helden-Epen und sie selbst dort dann fehl am Platze und bestenfalls noch "Mobilisierungsmasse". Dem zu entgehen fordern sie nachdrücklich eigene Räume und Infrastruktur für den Nachwuchs der Bewegung, haben aber in Kassel versprochen, den Begriff "Jugend-Etage" noch mal zu überdenken, schließlich dient der Begriff "Jugend" in herrschaftlicher Sprache normalerweise dazu, das Anliegen der sogenannten solchen zu verniedlichen.

Kritik aus dem Osten war in Halle noch etwas vage, aber deutlich vernehmbar. Zu wenig praktisch alles, im Osten habe mensch angesichts von an der Tagesordnung stehenden Angriffen auf linke Projekte und Zentren sowie rassistischen Pogromen anderes zu tun, als am Geschichtsunterricht Westlicher Alt- oder Jungautonomer teilzunehmen. In Kassel wurde es präziser, eine Positionierung zur DDR und zur linken Opposition dort verlangt, eine Arbeitsgruppe mit dem Titel "Über die Arroganz und geistige Okkupation der Westautonomen gegenüber den Ost-Autonomen" sowie eine über die "Geschichte der DDR-Opposition"angekündigt.

In Halle waren von den rund 50 TeilnehmerInnen 7 Frauen, in Kassel sah das wenig besser aus. Die Forderung einiger Männer, vor diesem Hintergrund eigene "Männerstrukturen", von "Männercafé" bis "Männerschlafräume" sowie ein "Alkoholverbot für Männer" auf dem Kongreß zu schaffen, war Dank des Protestes nicht nur der Frauen schnell vom Tisch. Stattdessen einigte mensch sich darauf, nun "gemeinsam" daran zu arbeiten, das der Kongreß als ein gemeinsamer stattfinden kann, aber außer der Beteuerung ist in diese Richtung bislang nichts mehr passiert.

Der Versuch beider bundesweiter Treffen, sich auf eine Struktur für den Ablauf des Kongresses zu einigen, blieb jeweils im Ansatz stecken. Fest steht bisher allein, daß die Arbeitsgruppen erst am zweiten Tag beginnen und der erste Tag den Gruppen zur Vorstellung ihrer politischen Arbeit dienen soll. Allen Beteiligten war das eigene Anliegen, sei es noch so vage, wichtig genug besonderen Schutz dafür einzufordern, was die Diskussion ungemein lähmte und in sich endlos reproduzierende Kreise trieb.

Die in Halle getroffene Feststellung, der wichtigste Teil des Kongresses finde in seiner Vorbereitung statt, hilft da auch nicht weiter.

Trotzdem fanden beide Treffen in angenehmer Atmosphäre statt. Das Bedürfnis nach einer überregionalen Diskussion scheint vorhanden zu sein. Der Kongress und seine Vor- wie Nachbereitung böten die Möglichkeit zu einer Diskussion, die die Widersprüche offen läßt und sie nicht der Reinheit der Lehre opfert, unabhängig von dogmatischen Kaderstrukturen.

Wie zu hören ist gibt es unterdes allen Ortens zumindest schon mal Kontaktadressen, in einigen Städten auch Vorbereitungsgruppen (in Frankfurt gestaltet sich der Versuch eine solche zu gründen gegenwärtig schwierig). Es bleibt die Hoffnung, das die Diskussion dort und in den berliner Vorbereitungsgruppen produktiver verläuft und das nächste Treffen Ende November in Hamburg etwas mehr Klarheit bringt.

Wenden wir also unseren Blick auf das kommende Ereignis, Ostern 1995 in Berlin, ein neues Jahrtausend im Visier. Wir werden uns dort nicht auf den einen Weg einigen, aber den Traum von der großen Einheit und Schlagkraft "Der Bewegung" können wir getrost den Stalinisten von der AABO überlassen, den von der Reinheit der Lehre den dogmatischen frankfurter Anarchisten. Wir werden ein großes Spektakel veranstalten, und ein solches gilt es vorzubereiten. Was dabei dann hängenbleibt, wird sich zeigen.

K.A.T.E.R. / Ffm

Kontakt:
Kongreßvorbereitung
c/o Mehringhof
Gneisenaustrasse 2a
10961 Berlin

TERMINE

Einführung in die Rassismus-Kritik. Vom **9.12.-11.12.1994 in Hannover.** Welche Funktion hatte und hat Rassismus, in welcher From tritt er heute auf, welche Auswirkungen hat er?

Kontakt: *Junge Linke, Borriesstr.28, 30519 Hannover, Tel. 0511-8387177 (montags zw.18-20 Uhr)*

Setzt die Wirtschaft auf Anarchie? - Veranstaltung des Libertären Forum Frankfurts im Dezentral am 25.11.1994 (19,30 Uhr). Lean Management, Abbau von Hierarchienebenen, Dezentralisierung von Entscheidungen, verstärkter Einsatz teilautonomer Gruppen als Ausweg aus der Wirtschaftskrise?, Baut Herrschaftsabbau Gewinne auf?

Kontakt: *Dezentral, Wittelsbacherallee 45, 60316 Frankfurt*

Bevölkerungspolitik - was ist das? Wer sind die Mütter unwerten Lebens? Vortrag von Conny Schlehbusch am 3.12.1994 im Jugendhof Vlotho.

Kontakt: s.o.

Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel plant Gegenaktivitäten vom 9.-10.12.94 in Essen. Der 9.12. soll vielfältige Straßenaktionen sehen, ab 18 Uhr folgt eine Auftaktveranstaltung, ab 20.30 Uhr Kabarett in der Zeche Carl. Am Samstag findet von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr eine bundesweite Gegendemonstration statt. Am Abend gibt eine Podiumsdiskussion und eine Party. Am Sonntag geht es um "Alternativen für en Europa der Menschen" (von 10.00 Uhr bis 14.00, danach Abschlußplenum).

Kontakt: *Essener Bündnis, c/o Zeche Carl - Kultur- und Kommunikations- und Jugendzentrum, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen, Tel. 0201-8344410. Fax 0201-350158*

Eine ganze Veranstaltungsserie zum **»Projekt Utopie«** wird **in Münster** stattfinden: wir greifen einige der Interessantesten heraus:

Am **3./4.12.94** sprechen Rolf Cantzen zu "Chancen anarchistischer Utopien" und Christian Sigrist zu "Soziale oder ökologische Ernerung?"

Am **4./5.2.95** meint p.m.: bolo-bolo - alles aussteigen! und die Hamburger Utopie-AG (Jan Stehn et al.) entwickelt eine "Struktur für die Freiheit".

Am **18./19. 2.95** hält Veronika Bennholdt-Thomsen eine Plädoyer für das Ende der Männerwirtschaft und in derselben (sic!) Veranstaltung überlegt Horst Stowasser, wie eine Utopie ohne Zwangsbeglückung auszusehen hätte.

Programm und Kontakt: *Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr.57, 48151 Münster*

Im August 1989 starb **Jean Barrué**, eine der bedeutendsten Gestalten der anarcho-syndikalistischen Bewegung in Frankreich. Zwei seiner Freunde planen Dokumente von und über ihn (Artikel, Briefe, Zeugnisse und Erinnerungen) in französischer und deutscher Sprache zu sammeln, um sie zu veröffentlichen. Wer das Projekt unterstützen möchte, wird gebeten, geeignete Materialien an das CIRA zu schicken.

Kontakt: *Marianne Enckell, c/o CIRA (Centre International de Recherches sur l'Anarchisme), av. de Beaumont 24, CH-1012 Lausanne*

Zur neuen Wirklichkeit der "größeren" BRD:

Die **Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.** teilt mit, daß eine der SS-Aufseherinnen, Margot Kunz, die besonders häufig Gefangene schlug, die 1946 von einem sowjetischen Militärgericht verurteilt wurde und 1954 entlassen wurde, jetzt »Wiedergutmachung« erfuhr. Sie bekam aufgrund des Häftlingsentschädigungsgesetzes eine Summe von 64.000.-DM ausbezahlt.

Nähere Auskünfte: *Lagergemeinschaft Ravensbrück, c/o Gertrud Müller, Werenwagstr.2, 70469 Stuttgart*

Alte Hefte (Doubletten) der *Graswurzelrevolution* verkauft das **Archiv Aktiv**. Das Archiv wertet Dokumente der gewaltfreien Bewegung aus. Darunter Material zur WRI, zur FÖGA oder zur englischen Peace Pledge Union. Neben den aktuellen Aktivitäten (z.B. Carl Kabat Haus in Mutlangen, Gewaltfreie Aktionsgruppen) gibt es auch historische Dokumente zur Friedensbewegung, zu Frauen in der Friedensbewegung, zur Kriegsdienst- und Totalverweigerung, zum Antikriegsmuseum in Berlin, zur Bewegung im Larzac u.v.m.

Kontakt: *Archiv Aktiv, Sternschanze 1, 20357 Hamburg, Tel. 040-4302046*

Nach-Ermittlungen heißt ein Film über den Einsatz zweier verdeckter Ermittler in Tübingen. Vom März 1991 bis Juni 1992 spionierten zwei Beamte des baden-württembergischen LKA die Linke Szene in Tübingen aus. "Ralf Hausmann" und "Joachim Armbruster" wie sie sich nannten, agierten mit falscher Biografie und Legende in verschiedenen Gruppen in Tübingen und Reutlingen. Der Einsatz war auf mehrere Jahre angelegt, wurde jedoch abgebrochen, nachdem eine Frau aus dem ausspionierten Personenkreis von "Joachim Armbruster" schwanger war. Von der Bespitzelung waren das Palästina-Libanon Komitee, die Prozeßkostengruppe "Profan", das Infocafe, die Initiative zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen und der Nicaragua-Arbeitskreis der Evangelischen StudentInnengemeinde (ESG) unmittelbar betroffen. Das Video zeigt das Vorgehen der verdeckt arbeitenden Polizisten auf, beschreibt die Reaktion und Konsequenzen für die betroffenen Personen und Gruppen, dokumentiert die politische und juristische Auseinandersetzung nach der Enttarnung und thematisiert den Einsatz von Geheimpolizei in der Bundesrepublik im Allgemeinen.

Der Film ist kein Aufruf zur diffusen Panikmache und zur Abschottung in der öffentlichen politischen Arbeit, er fordert vielmehr den ernsthaften Umgang mit dem Thema Spitzel und Geheimpolizei.

Nach-Ermittlungen kann gegen 50.-DM ausgeliehen werden von der:

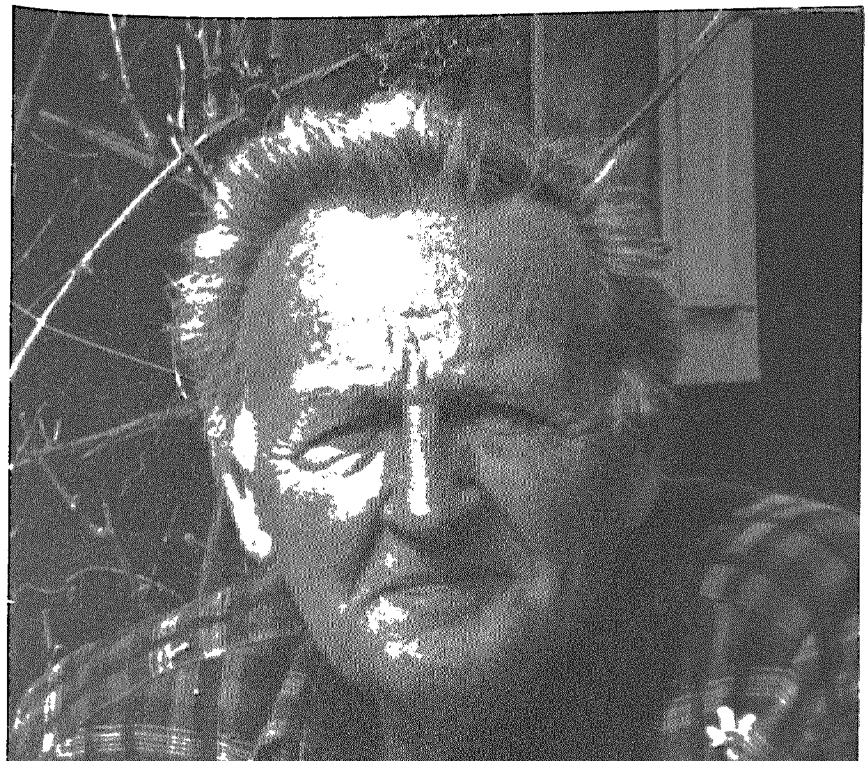
Medien-und Verlagswerkstatt Querblick, Gottlieb-Daimler-Str.3, 78467 Konstanz, Tel. 07531-65002, Fax 07531-68798

KURZES

"Außen abgekühlt, doch voller Glut im Inneren"

Karl Brauner (1914 - 1994)

von Dieter Nelles



Karl Brauner, Anfang der 90er Jahre

"Was mich und meine Zeit damals angeht, so ist mir dort etwas vermittelt worden, das mich für mein ganzes weiteres Leben prägte. Durch die Jahre vor '36 war ich gewissermaßen, zum Unterschied aller, die erst 1936 oder später kamen, in die Ereignisse hineingewachsen. Den Putsch erlebte ich nicht als 'Ausländer'. Meine Genossen waren Spanier. Ihr Anliegen war meines und ihr Kampf war meiner, ihre Siege, ihre Niederlagen erlitt ich wie sie und ihre Begeisterung für die Sache der sozialen Revolution teilte ich mit ihnen. Ja, wir hatten jene Tage herbeigesehnt, wir hatten uns vorbereitet und gesiegt. Wir haben die Betriebe in Gang gesetzt, die Verwaltung übernommen und dabei die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite gehabt. Als wir dann in den Krieg ziehen mußten, taten wir es mit der gleichen Selbstverständlichkeit und mit gleichem Elan. Unsere Motivation war klar und wurzelte im Bewußtsein, etwas 'Historisches' in Gang gebracht zu haben. Dies zu erleben war für mich das erstrebenswerteste, begeisterndste überhaupt. Und dieses Gefühl, das mich damals beseelte, dieser ganze Komplex freudiger Erschütterungen, voller Siegesgewißheit hat sich bis heute erhalten. Außen abgekühlt, doch voller Glut im Inneren." [1]

Diese Zeilen schrieb Karl Brauner, der am 20.Juli diesen Jahres in Leipzig starb. Er war vermutlich der letzte deutsche

Zeitzeuge, der den Beginn des Spanischen Bürgerkriegs auf den Barrikaden in Barcelona erlebte. Spanien war für Karl Brauner nicht in erster Linie ein Emigrationsland, sondern eher die Erfüllung einer langgehegten "Sehnsucht in die Ferne". Diese Sehnsucht war erst einmal ganz unpolitischer Natur und angeregt von den Erzählungen des Vaters seines "Kumpels" Fuchs, der zur See gefahren war und von dessen Geschichten die beiden Jungen nicht genug hören konnten. Den Ausschlag für Karl Brauners 'Emigration' gaben schließlich die sogenannten "Chinesen" in seinem Betrieb. So wurden die hochqualifizierten Facharbeiter der graphischen Industrie in Leipzig genannt, die für viel Geld in Shanghai gearbeitet hatten und mit diesen Erfahrungen im Betrieb auftrumpften.

Karl Brauner machte eine vierjährige Lehre als Lithograph. Ein Beruf, der künstlerische Begabung und viel Geduld erforderte. Beides Eigenschaften, die er besaß. Im Gegensatz zu den meisten seiner Altersgenossen war er während der Weltwirtschaftskrise nicht arbeitslos. Weil er für einen "Führungsposten" in seinem Betrieb vorgesehen war, besuchte er Kurse bei der staatlichen Kunstakademie für graphische und schöne Künste in Leipzig.

Durch seine Freundin Irma Götze, die er 1932 kennenlernte, kam Karl Brauner in die Kreise der illegalen FAUD in Leipzig, deren Zentrum die Familie Götze war. Das 'Familienoberhaupt' Anna Götze war eine außergewöhnliche Frau. Ihre drei Kinder, Ferdinand (Nante), Waldemar und Irma hatte sie vor dem Ersten Weltkrieg 'unehelich' geboren. Dennoch schaffte sie es, allen drei Kindern eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Was dem 19jährigen Karl Brauner aber am meisten imponierte und nach seinen Erzählungen für damalige Verhältnisse vollkommen ungewöhnlich war, war, daß Anna Götze mit ihm und seiner Freundin Irma offen über Sexualität redete. So war es selbstverständlich, daß er bei seiner Freundin übernachten konnte.

Anna Götze wurde im Ersten Weltkrieg Mitglied des Spartakusbunds und schloß sich dann der FAUD an. Im Widerstand gegen die Nazis hatte sie eine herausragende Rolle. Ihr ältester Sohn Ferdinand war Anfang der 20er Jahre einer der Aktivisten in der anarchistischen Jugend in Leipzig und später einer der führenden Funktionäre der FAUD in Sachsen. Im Dezember 1933 übernahm er die Leitung der illegalen Geschäftskommission (GK) der FAUD.[2] Seine Schwester Irma war Mitglied der anarchistischen Jugend. Der Bruder Waldemar war Mitglied der KPD, was zu heftigen Auseinandersetzungen mit seinem Bruder führte, aber beide nicht daran hinderte, in der illegalen Arbeit miteinander zu kooperieren.

Gewerkschaftsjugend des Druckgewerbes und der Freien Jugend nach der 'Machtergreifung' in loser Form zusammengeschlosssen. Sie trafen sich zu sonntäglichen Wanderungen und zu politischen Diskussionen; meist im Hause der Familie Götze.

Weil er nach der Zerschlagung der Leipziger KPD-O mit seiner Verhaftung rechnete, reiste Karl Brauner im Oktober 1934 legal nach Barcelona. In seiner Begleitung war die zehnjährige Annemarie Götze, die Tochter von Ferdinand und Elli Götze. Letztere lebte schon einige Zeit in Barcelona. In Barcelona erwarb Karl Brauner zunächst einmal ein Fahrrad und reiste ein halbes Jahr durch Spanien, um Land und Sprache kennenzulernen. Seinen



von links (zweite Reihe): Ferdinand, Annemarie und Irma Götze, Karl Brauner im Hintergrund mit offenem Mund; sitzend zweite von links: Anna Götze

Karl Brauner half bei der Herstellung der illegalen FAUD-Zeitung 'Soziale Revolution', die er auf fotographischem Wege verkleinerte. Dieselbe Tätigkeit übte er für die Kommunistische Partei Deutschands (KPD-O) aus, deren Mitglied er nach der Machtergreifung wurde. Zusammen mit seiner Freundin Irma war er in der sogenannten 'Leipziger Meute'. In dieser illegalen Jugendgruppe hatten sich ehemalige Mitglieder der

Lebensunterhalt erwarb er durch selbst gemalte Postkarten. Durch Vermittlung des deutschen Anarchosyndikalisten Helmut Rüdiger, der schon seit 1932 in Barcelona lebte, erhielt er eine Arbeit in einem Druckereibetrieb. Dank seiner guten Ausbildung konnte er dort eine Offsetabteilung mit Reprobetrieb einrichteten. Sein Chef war ein ehemaliger Anarchist, der zusammen mit Rüdiger die Herausgabe eines anarchistischen Lexikons

plante. Gegenüber Rüdiger schilderte Karl Brauner seinen Chef als einen "sehr guten Mann", der sich "ernsthaft" um ihn sorge und ihm "völlige Freiheit" lasse.[3]

Anfang 1935 lebten circa 20 deutsche Anarchosyndikalisten in Barcelona, die sich in der Gruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS) zusammengeschlossen hatten. Karl Brauner war nicht Mitglied der DAS. Da er aber mit Elli Götze und Rudolf Michaelis zusammen wohnte, fertigte er für die von der DAS herausgegebene Zeitschrift 'Die Internationale' Zeichnungen an: von Erich Mühsam und Marinus van der Lubbe und eine Zeichnung des brennenden Reichstags.

"Dieser Karl ist ein völlig ungeformter junger Mann", schrieb Rüdiger an seine Frau Dora. *"Scheinbar guter Kerl, hat etwas von einem Bären an sich. Seine Bibliothek ist die eines deutschen Jungkommunisten, von unseren Ideen hat er sicher keine Ahnung, auch noch nichts von diesem Bereich gelesen."*[4] Diese Charakterisierung Rüdigers bedarf jedoch einer Relativierung. Karl Brauners 'Lehrer' in Barcelona war das Ehepaar Ewald und Ella König, die der KPD-O angehörten und auf der Rambla eine Buchhandlung betrieben. Dort wurden nach Ladenschluß politische Diskussionen geführt. Im Jahre 1935 wurden in diesem Kreis intensiv die Bücher *'Faschismus an der Macht'* des linkssozialistischen Theoretikers Fritz Sternberg und die *'Massenpsychologie des Faschismus'* von Wilhelm Reich diskutiert. Rückblickend bezeichnete Karl Brauner diesen Diskussionszirkel als seine "Universität". "Heftig" angeregt wurde er durch die Bücher Reichs. *"Das ging so weit, daß ich glaubte, die DAS Gruppe auch noch mit Reich überzeugen zu können. Bei Helmut Rüdiger hatte die Art 'Besessenheit' meinerseits zumindest dazu geführt, ihn zu überzeugen, daß der Marxist Reich lesenswert war."*[5]

Rüdiger fand die *"Massenpsychologie"*, *"trotzdem sie in vieler Hinsicht den stärksten Widerspruch erregt, doch in vielem richtig"*[6] und verfaßte über das Buch eine Rezension in der anarchistischen Zeitschrift *'Revista Blanca'*. Im vergangenen Jahr wurde wurde diese Rezension, auf die Wilhelm Reich im Jahre 1936 antwortete, Gegenstand eines Aufsatzes von Richard Cleminson in der englischen Zeitschrift *'Anarchist Studies'*.[7] *"The reception of radical ideas on sex is placed in the context of anarchism's ability to embrace new ideas, which placed it ahead intellectually of its conterparts on the left."* Diese Interpretation entbehrt nicht einer gewissen Ironie, weil die Rezension Rüdigers erst auf Einfluß von Marxisten zustande kam.

Im Jahre 1935 kamen auch Ferdinand und Irma Götze nach Barcelona. Ihr Bruder Waldemar war in die Sowjetunion gegangen, wo er vermutlich während der Säuberungen ermordet worden ist. Anna Götze wurde 1937 verhaftet, zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt und erst im April 1945 von der Roten Armee im KZ Ravensbrück befreit.

Karl Brauner war in Barcelona aber nicht nur mit deutschen Emigranten und Gesinnungsgenossen zusammen, sondern in die spanische Bewegung integriert. Rückblickend schrieb er über die ersten Jahre in Spanien: *"Ich war jung, politisch sehr interessiert, und ausgestattet mit viel Wissen in Beruf und Technik. Außerdem besaß ich die Fähigkeit einer schnellen Anpassung, dann lag mir die spanische Mentalität, ich achtete sie, ich liebte sie, sie kam meinem Wesen entgegen. So nahm es denn kein Wunder, daß ich mich organisierte, mich engagierte und feste Freundschaften schloß. (...) Politisch war ich erst Mitglied der CNT-Gewerkschaft, dann nach und nach, erschlossen sich mir die internen Angelegenheiten. Man sah in mir den Genossen, nicht den Deutschen, den Ausländer. Kurz - ich war der ihre."*[8]

Karl Brauner war in die Aufstandsvorbereitungen der CNT miteinbezogen. In Horta, einem kleinem Ort in der Nähe Barcelonas, waren in einer Scheune Waffen und Sprengstoffe gelagert worden. Zusammen mit einem Oberschlesier, vermutlich Bernhard Pacha, der schon mehrere Jahre in Barcelona lebte, war er mitverantwortlich für die Pflege der Waffen und Sprengstoffe, die kurz vor dem Aufstand am 19.Juli 1936 an die Mitglieder der CNT ausgegeben wurden. In der Nacht zum 19.Juli, dem Beginn des Aufstands in Barcelona, war Karl Brauner beim Aufbau der Barrikaden in seinem Wohnviertel beteiligt.

Die Teilnahme am Aufstand in Barcelona war für die deutschen Antifaschisten nicht nur ein Akt der Solidarität mit ihren spanischen Genossen, sondern sie waren konfrontiert mit ihrem direkten Feind: deutschen Mitgliedern der NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO), die auf Seiten der Militärs in die Kämpfe eingriffen. Vom Deutschen Club in der Calle Lauria, der, wie sich herausstellen sollte, ein getarntes Büro der NSDAP-AO war, hielten sie mit einem Maschinengewehr die Straße unter Feuer. Eine Gruppe der DAS war am Sturm auf den 'Deutschen Club' beteiligt. Sie erbeuteten dabei das Maschinengewehr und eine Reihe anderer Waffen. Zu dieser Aktion schrieb der daran beteiligte Rudolf Michaelis:

"Ich erinnere mich noch genau des einzigen zerstörerischen Aktes. Im Versammlungsraum des Deutschen Clubs hing ein Hitlerbild. Ich ergriff es und schleuderte es zum Fenster hinaus; es zerschellte auf der Straße unter dem Beifall der Menge, die unsere Aktion verfolgt hatte. Der Inhalt der Schreibtische und Karteischränke wurde auf dem Lastwagen verstaut, der uns hierher geführt hatte. "Warum wird dieser Mist nicht verbrannt?" fragte man mich. "Weil unter diesen Dokumenten die Mitgliederkartei der Nazis enthalten ist und sich weitere Beweisstücke befinden, die über das Netz der Naziorganisation in ganz Spanien Aufschluß geben" war die lakonische Antwort. Und so war es in der Tat. Wir legten am 19.Juli 1936 eine starke Auslandsorganisation der Nazis in Spanien lahm."[9]

Die Gruppe DAS fand aber nicht nur Dokumente der NSDAP-AO, sondern bei der Hausdurchsuchung wurden von dem DAS-Mitglied Willi Winkelmann und Karl Brauner auch deutsche Blanco-Pässe in Besitz genommen, die sich später noch als äußerst nützlich erweisen sollten.

Die Gruppe DAS durchsuchte in den nächsten Tagen weitere deutsche Einrichtungen und Firmen in Barcelona. Nach dem Bericht des deutschen Generalkonsuls in Barcelona vom 24.Juli 1936 wurden folgende durchsucht: das Büro und das Stadtheim der Deutschen Arbeitsfront, die Büros der Orts- und Landesgruppe der NSDAP, der Deutschen Krankenkasse, des Deutschen Akademischen Auslandsdienstes, der Schiffahrtsgesellschaft Baquera, Kusche y Martin, die Wohnung der Braut des Landesgruppenleiters der NSDAP, die Evangelische Kirche und die deutsche Schule. Es war aber nicht so, - wie der Generalkonsul schrieb - daß unter "Führung deutscher Juden und Kommunisten ganz planlos deutsche Einrichtungen, deutsche Firmen und Häuser durchsucht, zerstört und geplündert"[10] wurden, sondern die Gruppe DAS hatte bei diesen Untersuchungen systematisch Dokumente zusammen getragen, aus denen hervorging, daß die NSDAP-AO ganz Spanien mit einem Netz von Parteizellen und Unterorganisationen wie z.B. der DAF überzogen hatte, in engster Zusammenarbeit mit spanischen Faschisten stand, politischen Druck ausübte auf die in Spanien lebenden Deutschen und Einfluß nahm auf die Politik und Wirtschaft des Landes.[11]

Von der CNT, die zu diesem Zeitpunkt faktisch die Macht in Barcelona hatte, wurde der DAS die Kontrolle über alle deutschsprachigen Ausländer in Barcelona übertragen. Dies beinhaltete die Militär-, Post- Hafen- und Eisenbahnkontrolle, sowie das Recht, Hausdurchsuchungen bei deutschsprachigen Ausländern vorzunehmen, die im Verdacht standen, mit den Nationalsozialisten zu sympathisieren. Nach Berichten des deutschen Generalkonsuls wurden bis November mindestens 60 Wohnungen von der DAS durchsucht. Gegenstände von geflüchteten Nationalsozialisten wurden von der DAS beschlagnahmt und revolutionären Komitees und den Milizen übergeben. Das Haus des deutschen Vertreters der Firma Merck wurde von der Gruppe DAS als Wohnheim beschlagnahmt.[12] Bei der Firma Merck war einer der wichtigsten NS-Funktionäre in Spanien, der Landesgruppenleiter Anton Leistert, als Prokurist eingestellt. Die von der DAS beschlagnahmten Dokumente wurden Anfang 1937 in dem sogenannten *'Schwarz-Rotbuch. Dokumente über den. Hitlerimperialismus'* veröffentlicht.[13]

Karl Brauner war an diesen Aktivitäten nicht mehr beteiligt. Schon wenige Tage nach dem Aufstand brach er am 24. Juli mit der Columna Durruti an die Aragonfront auf. Von seinem Chef, der nun als Angestellter in seiner Firma weiterarbeitete, war er mit einer Fotoausrüstung ausgestattet worden. Er war zunächst mit katalanischen Genossen zusammen und wechselte dann zur Grupo Internacional der Columna Durruti, in der vor allem Franzosen und Deutsche kämpften.

Mitte September 1936 wurde die Grupo Internacional bei den Kämpfen um die Ortschaft Sietamo eingesetzt, die nach schweren Verlusten erobert wurde.[14] Karl Brauner wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt und zu seinem Bedauern gingen dabei auch die zahlreichen Fotos verloren, die er bis dahin geschossen hatte.

Nach einem Lazarettaufenthalt entschloß er sich im November wieder an die Front zu gehen. Erneut schloß er sich der Grupo Internacional an, der zu diesem Zeitpunkt circa 100 Deutsche angehörten,und die ihr Quartier in Velilla de Ebro hatte. An der Aragonfront kam es im Winter und Frühjahr 1936/37 selten zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Franco-Truppen. Umso heftiger waren die Diskussionen um die von

der Regierung geplante Militarisierung der Milizen. Der überwiegende Teil der Grupo Internacional akzeptierte die Militarisierung, allerdings mit gewichtigen Einschränkungen: Keine Grußpflicht, Gleiche Löhnung, Presse- und Diskussionsfreiheit und die Schaffung von Soldatenräten.[15]

Zusammen mit Ernst Galanty war Karl Brauner an den Formulierungen dieser Forderungen beteiligt. Galanty, der die illegale KPDO in Leipzig geleitet hatte und den Karl Brauner dort unter seinem illegalen Namen, aber nicht persönlich, gekannt hatte, war im Oktober 1936 von Antwerpen nach Barcelona gekommen. Er war zu diesem Zeitpunkt noch Marxist, ging aber bewußt zu einer anarchistischen Einheit. *"Für einen, der aus der deutschen Arbeiterbewegung kommt"*, schrieb er in seinem ersten Bericht an die KPD-O Genossen, *"stellt die CNT-FAI die wesentlichste und interessanteste Erscheinung dar."*[16] Mit Karl Brauner verband ihn bald eine enge Freundschaft.

Im Zuge der Militarisierung wurde die Grupo Internacional umbenannt in Compagnia Internacional, die der 26. Division (der ehemaligen Columna Durruti) des spanischen Volksheers angehörte und ihr Quartier in dem Dorf Pina de Ebro hatte. Mit dieser Reorganisierung waren die Debatten in der Kompanie aber nicht zu Ende, sondern gewannen erst an Schärfe. Mit Rudolf Michaelis, dem politischen Delegierten der Compagnia Internacional, der die Soldatenräte ablehnte, hatte eine Gruppe um Galanty, Brauner und die Schweizer Paul und Clara Thalmann scharfe Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, daß sich diese im März 1939 von der Kompanie trennten.[17]

Zurück in Barcelona schlossen sich Karl Brauner und Ernst Galanty und mit ihnen das DAS-Mitglied Paul Helberg im April 1937 dem sogenannten Todesbataillon (Bataillon de la Muerte) an. Das Todesbataillon, das von dem anarchistischen Wirtschaftsminister Santillan ins Leben gerufen worden war, unterstand der katalanischen Regierung und galt als eine der best ausgebildeten anarchistischen Einheiten. Die Ausbildung fand in einem Schloß in der Nähe Barcelonas statt. Im Juni 1937 wurde das Todesbataillon bei der republikanischen Offensive an der Aragonfront eingesetzt. Das Todesbataillon erhielt den Befehl anzugreifen, obwohl den 900 Männern nur 150 Gewehre zur Verfügung standen.[18] Die Waffen sollten während des Gefechts erbeutet werden. Solche Befehle wurden von der kommunistisch dominierten Armeeführung gegeben, um die anarchistischen Einheiten zu verheizen. Wegen Befehlsverweigerung wurde ein Kommandant zum Tode verurteilt, Karl Brauner, Ernst Galanty und Paul Helberg zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

"Natürlich sind wir keine Gefängniswärter, sondern simple 'Insassen'"! schrieb Karl Brauner an seinen Freund Kurt Lehmann.

"Manches Mal erinnere ich mich jener Gespräche damals, während unseres gemeinsamen Frontlebens in Velilla oder Pina. Meine Fresse, wie kann der Schein uns täuschen und verdammt alles, was damals scheinbar fest stand, trudelte lustig mit. Ja, damals..."[19]

Die drei Gefangenen wurden in der Festung Cartena inhaftiert. Zunächst gelang Karl Brauner und Ernst Galanty und später auch Paul Helberg die Flucht. Ernst Galanty, dessen ursprünglicher Name Isi (-dor) Klappholz war, verließ mit einem von Karl Brauner präparierten Paß auf seinen neuen Namen Spanien und ging von dort nach Norwegen. Karl Brauner lebte weiter in Barcelona, wurde aber im Juli 1938 erneut verhaftet und fast bis zum Ende des Bürgerkriegs in einer Kaserne in Barcelona inhaftiert. In dieser bösen Zeit wurde er von einem ehemaligen Genossen in der Grupo Internacional, dem Bochumer Kommunisten Robert Schreiber, der inzwischen zum Hauptmann der Interbrigaden avanciert war, unterstützt.

Nach der Eroberung Barcelonas am 25.Januar 1939 durch Franco-Truppen fand sich Karl Brauner in dem eine halbe Millionen Menschen umfassenden Flüchtlingsstrom wieder, der sich in Richtung französische Grenze bewegte. Dort wurde er in dem Lager Argelès-sur- Mer interniert. Das Lager war nichts anderes als eine mit Stacheldraht umzäunte und von französischen Kolonialtruppen scharf bewachte Sandfläche am Strand. Die Verhältnisse waren lebensbedrohend, und erst nach Parlamentsdebatten am 10.März besserte sich die Lage ein wenig.

Mit dem Berliner 'Vagabunden-Dichter' und Anarchosyndikalisten Helmut Klose, der nach den Mai-Tagen in Barcelona von der kommunistischen Geheimpolizei als 'Konterrevolutionär' verhaftet worden war und bis Dezember 1938 in spanischen Gefängnissen gesessen hatte, teilte sich Brauner ein Loch im Sand, daß ihnen als Schutz vor dem kalten Wind diente. Zu ihrem Freundeskreis zählten noch Frank Hartmud Berlet und Egon Illfeld. Berlet, ein Rechtsanwalt aus Chemnitz, war Offizier im Ersten Weltkrieg und danach Mitglied der Freikorps. In den zwanziger Jahren schloß er sich jedoch der Liga für Menschenrechte an und machte sich einen Namen als Verteidiger von Antifaschisten. Ihm wurde die Zulassung als Anwalt von den Nazis entzogen und im Oktober 1933 emigrierte er nach Spanien. Wegen seiner militärischen Kenntnisse avancierte er während des Bürgerkriegs bis zum Divisionskommandanten im Range eines Oberst. Berlet, der auch in Konflikt mit den Kommunisten geraten war, kämpfte deshalb in einer spanischen Einheit und nicht bei den Interbrigaden. Egon Illfeld war ursprünglich Kommunist gewesen und saß zu Beginn des Bürgerkriegs in einem spanischen Gefängnis. Unmittelbar nach der Revolution schloß er sich der Gruppe DAS an. Nach den Mai-Tagen in Barcelona wurde auch er verhaftet und bis April 1938 inhaftiert.

Im April 1939 wurden die ausländischen Spanienkämpfer aus den Lagern Argelès und St.-Cyprien in das Lager Gurs in den Pyrenäen verlegt. Dort kam es sofort zu scharfen Konflikten zwischen der Lagerleitung, in der die Kommunisten die Mehrheit hatten, und einer großen Gruppe von Spanienkämpfern, die sich deren Diktat nicht unterwerfen wollten. Über



Im Lager Gurs: (von links): Karl Brauner, Egon Illfeld, Frank Berlet und Helmut Klose

100 von insgesamt 600 deutschen Spanienkämpfern organisierten sich separat im deutschen Lager und nannten sich nach dem Namen ihres Quartiers 9.Kompanie. Von den 121 Mitgliedern der 9.Kompanie waren 41, die meist auf Seiten der Anarchisten bzw. der linkskommunistischen POUM gekämpft hatten, dem stalinistischen Terror in Spanien zum Opfer gefallen und dort inhaftiert gewesen. Berlet, Brauner, Klose und Illfeld gehörten zum sogenanten "Redaktionskomitee", der inoffiziellen Leitung der 9.Kompanie.[20] Im Oktober 1939 wurde Karl Brauner aus dem Lager entlassen. Über sein weiteres Schicksal schrieb er seinem Freund Helmut Klose, der seit 1939 in England lebte, nach dem Kriege:

"Mein Lebensweg nach unserer Trennung gleicht dem Bilde einer Mondlandschaft. Alle Vorstellung, die wir Menschen von einer solchen haben können, verkörpern sich darin: Eiseskälte, sengende Hitze, pechschwarze Dunkelheit und blende Helle, öde Wüste, schauerliche Grüfte, Zerrisssenheit und Tod, Ekel und - trotz alledem Liebe, warme versöhnende Liebe! Noch steht mir jener sonnige Tag unseres damaligen Abschieds vor Augen, dann kam jene Katastrophe, jener Irrsinn, der die Welt aus den Angeln zu heben schien. Da begann sich der Mühlstein zu drehen.

Ich arbeitete damals in der Fotografie des Lagers. Durch diese Tätigkeit gelang es mir zuweilen, in die Stadt, nach Pau zu kommen. Bald wurde Pau meine "Schlafstelle". Es gelang mir vermittels meiner dort gewonnenen Bekannten, Arbeit zu bekommen. (...) Schon nach wenigen Tagen hättest Du mich als perfekten "Kohlenhändler" hantieren sehen können. (...) Der Umgang mit den Zivilisten half mir in wenigen Wochen über die im Lager schier unüberwindlichen Klippen der französischen Sprache hinweg und so kam es, daß sich bald recht zarte Beziehungen zu einer kleinen Guten entwickelten. Bei meiner Gründlich- und Unbefangenheit in solchen Dingen, legten wir rasch unsere wenigen Habseligkeiten zusammen und teilten redlich das wenige Gute was uns das Leben zu bieten in der Lage war. Helmut, das war Sonnenschein.

Bald gab ich das Kohlengeschäft auf und trat als Fotograph an. Hier nun fanden Anlagen in mir Befriedigung, die das Ganze noch glücklicher gestalteten. - Da kam das Unheil über die Nacht. (...) Das zweite Mal war es mir vergönnt, eine Staatsmaschine in die Brüche gehen zu beobachten. Frank Berlet war die ganze Zeit bei mir in Pau, auch er war Kohlenschlepper. Noch ehe es zum vollständigen Zusammenbruch kam, sperrte man uns in ein Lager. Ich kam nach Gurs, Frank nach Bordeaux.

Schon nach 14 Tagen aber konnte ich mit eigenen Augen sehen, wie sich die bis dahin so übermächtige Garde Mobile versuchte in ein Nichts aufzulösen. Sie fraßen aus der Hand. In jener Panikstimmung unter den Häuptlingen ebenso wie unter der Bewachung, löste sich alles in Wohlgefallen auf. Fort, weg aus Frankreich! Und nun setzte eine wilde Jagd nach der Atlantikküste

ein. Schiffe waren da, aber die meisten kamen nicht mit.

Kamen nicht mit...drei einfache Worte.

Was sich dabei abspielte, war aber bei weitem nicht so einfach. Die Deutschen kamen an der Küste entlang; Züge rollten nach dem Mittelmeer. Unter diesen Flüchtenden Frank, Irma Götze und ich zusammen, alle anderen Bekannten waren in alle Winde zerstoben, bewegten sich in die gleiche Richtung: nach dem Mittelmeer.

In Port Vendres, einem kleinen Hafen an der spanischen Grenze, setzten wir uns fest. Irma Götze traf ich im Moment vor Auflösung des Lagers Gurs durch Zufall. Wir hatten uns auseinandergelebt, ich fand keine Beziehung mehr, und wir beschlossen uns zu trennen. Das geschag nicht ohne Schmerzen. Frank blieb. Das Leben war anfangs kümmerlich. Ich bekam Arbeit bei einem Fotographen. Gute Zeiten. Bis die Polizei, erholt von dem Schrecken, die Arbeit wieder aufnahm. Damit war es mit der Ruhe vorbei.

Wir gingen nach Marseille. Nun kommt es dick. (...) Ich bekam Kontakt mit Seeleuten und der Transportarbeitergewerkschaft. Mit denen arbeite ich in der illegalen Judeneinschiffung. 1940 im Januar platzte der Laden. Ich ging hoch und hatte 'Ruhe'. Ein Jahr im Bau, ein Jahr Hunger und Verzweiflung. Die Schilderung dieses Jahres möchte ich Dir ersparen, aber ich glaube in Deiner 'Ballade vom schlimmen Schiff' hast Du ähnliches geschildert."[21]



Beispiel der Zeichnungen von Karl, diese entstand im Leipziger Gefängnis, 1942

Alle Fotos: Archiv: Karl Brauner

Durch deutsche Seeleute der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF), mit denen er sich in Spanien befreundet hatte, war Karl Brauner in Kontakt mit der französischen Transportarbeitergewerkschaft gekommen.[22] Brauner war in Gurs von dem schon erwähnten Kurt Lehmann, der sich damals in Marseille aufhielt, unterstützt worden. So erhielt er eine Anlaufadresse in Marseille. Karl Brauners 'Arbeit' bestand aus der Fälschung von Visa des uruguayischen Konsulats. Durch Denunziation kam die Polizei auf seine Spur.

"Die Zeit war um und ich lebte noch; mit 48 kg "Lebendgewicht" sollte ich die nächste Hunger-Kur durchmachen." Karl Brauner wurde in das Internierungslager Les Milles eingeliefert. Dort trifft er auf den ITF-Seemann Harry Bahlke. Die beiden flohen aus dem Lager und tauchten in Marseille unter. Bei einer christlichen italienischen Sekte fanden sie Unterschlupf. Willy Joseph, einer ihrer Genossen aus Spanien, schrieb aus New York im Juli 1941 an Edo Fimmen, den Generalsekretär der ITF, daß er von den beiden "einen verzweifelten Brief aus Marseille" erhalten habe.[23]

Durch die ITF erhielt Bahlke kurze Zeit später ein Visum für Mexico, wo er sich nach seiner Ankunft sofort darum bemühte mit Hilfe der ITF auch ein Visum für Karl Brauner zu beschaffen. Edo Fimmen, der zu diesem Zeitpunkt schwer krank in Mexico lebte, wurden von der mexikanischen Regierung fünf Visa zugesagt. Auf

der von Bahlke vorgeschlagenen Liste stand auch Karl Brauner. Aber die eingereichte Liste bei der mexikanischen Regierung enthielt nicht mehr seinen Namen. Babette Gross, die Frau von Willy Münzenberg, war mit Fimmen und dessen Frau eng befreundet. Aufgrund dieser Beziehung kam nicht Karl Brauner, sondern ein Mitglied der Münzenberggruppe auf die Liste.[24]

Vermutlich wäre dieses Visum zu spät gekommen. Karl Brauner war zwischenzeitlich wieder verhaftet und interniert worden. *"Das war zu viel. Mit 2 anderen beschlossen wir zu türmen. Es gelang. Wir passierten die Demarkationslinie. Bei Cha-lons sûr Saône ging die Sache schief. Wir waren leichtsinnig gewesen. Die Deutschen schnappten uns. Der Plan war, in Paris unterzutauchen. Paris war besetzt und die französische Polizei sabotierte die Maßnahmen der Deutschen. Für unseresgleichen bedeutete das eine Erleichterung. Der Plan war gut, die Ausführung mangelhaft.*

Also, man greift mich, erkennt mich und ab ging's nach Deutschland. Wieder einfache Worte. Mit Grauen noch gedenke ich jener Stunden bei der Gestapo in Chalons, in Leipzig begann das Theater von neuem. Auch das ging vorüber. Während der Verurteilung in Dresden tauchte Irma auf. Man hatte sie einige Monate früher in Paris gefangen und auf Grund derselben Affäre, die im Jahre 33-34 stattfand, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ich bekam 2 1/2 Jahre."

Hinsichtlich dieses Urteils hatte Karl großes 'Glück' im Unglück. Denn er wurde nur wegen Aktivitäten in der Leipziger 'Meute' und der illegalen Arbeit für die FAUD verurteilt.[25] Wenn die Gestapo nur geahnt hätte, daß er an den Aktionen gegen deutsche Einrichtungen in Barcelona beteiligt gewesen war, hätte dies sein Todesurteil bedeutet, wie im Fall des Essener Spanienkämpfers Erich Mambrey.[26]

Karl Brauner kam nach seiner Verurteilung in das Zuchthaus Waldheim. *"Hier scheint aber das 'schlimme Schiff' ein Waisenknabe gewesen zu sein"*, schrieb er an Helmut Klose. Es waren die 2 1/2 letzten Jahre des Hitlerregimes. Das sagt alles. Die Auswirkungen all *der Unruhe und Haftzeiten begannen sich an meiner physischen Konstitution auszuwirken. Eines Tages, aufgrund einer Reihenuntersuchung der 'Wehrmacht', stellte man fest, daß ich Lungen TBC hatte. Das war so ungefähr der mächtigste Schlag, den ich je erhalten habe. 3 Tage hatte ich damit zu tun. 3 Tage währender Kampf zwischen Vernunft und Verzweiflung. Dann siegte mein ungebrochener Lebenswille, und das war meine Rettung. Die Nazis hatten mit Kranken nur Last. Deshalb weg mit ihnen. Wir TBC Kranken lagen in einem für diese Zwecke geeigneten, aus dem Mittelalter stammenden, Zellenhause. 120 Mann Besatzung, jede Woche starben davon 25 bis 30. Durch Zugänge blieb diese Zahl immer auf ungefähr gleicher Höhe. Durch glückliche Umstände, vor allem durch mein Malertalent kam ich dann noch ein Jahr nach Schlesien. Dort war es erträglich. Im Januar '45 befreiten mich die vordringenden Russen. 14 Tage wären mir noch an der Verbüßung der Strafe geblieben. Ich war frei aber krank, noch nicht gebrochen!"*

Karl Brauners "Malertalent" war in allen Knästen seine Lebensversicherung. Ob in Marseille, in Leipzig oder in Waldheim, überall fertigte er aus Fotographien Vorlagen, Zeichnungen für die Wärter oder Kapos an. Dafür erhielt er zusätzliche Lebensmittel, und in Waldheim setzte sich ein Wärter dafür ein, daß er in das Zuchthaus für Lungenkranke in Glatz / Schlesien kam.

Nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes ging Karl Brauner zurück nach Leipzig. *"Hier habe ich mir nun in einem graphischen Betrieb eine Meisterstellung erarbeitet und finde so relative Befriedigung"* schrieb er an Klose. *"Von unseren gemeinsamen Freunden traf ich am 1.Mai, inmitten eines großen Menschentrubels, Paul Helberg. Paul lebt seit '45 in Leipzig und wir treffen uns zufällig. Er wußte, daß ich meine Zelte hier aufgeschlagen hatte, ich aber konnte es von ihm nicht mal ahnen. Ich weiß nicht, was ich davon denken soll."*

Paul Helberg hatte sich nach dem Kriege von seiner anarchistischen Vergangenheit distanziert. Briefe von seinen ehemaligen Genossen in Schweden beantwortete er mit der Zusendung von offiziellen Materialien der SED. Mehrere Gründe mögen dafür entscheidend gewesen sein. Ende 1944 desertierte er als Soldat in Wuppertal und wurde dort von der kommunistischen Familie des späteren Innenministers der DDR, Fritz Dickel, versteckt. Bei der *Leipziger Volkszeitung* erhielt er nach dem Kriege eine leitende Stellung. Als Anarchist hätte er im Osten Deutschlands wieder zu den 'Verlierern' gehört. Helberg war kein Einzelfall. Fast alle ehemaligen Leipziger FAUD-Mitglieder, so auch Anna und Irma Götze traten der SED bei. Ihre FAUD-Mitgliedschaft wurde ihnen später als Parteizugehörigkeit (für Sonderzahlungen zusätzlich zur Rente, Anm. SF-Red.) angerechnet. Nicht zuletzt hat die Verbundenheit und Solidarität mit den kommunistischen LeidensgenossInnen in den Zuchthäusern und KZ's eine Rolle gespielt und die Tatsache, daß viele von ihnen von der Roten Armee befreit wurden und sie aus diesem Grunde eine Dankesschuld gegenüber der Sowjetunion empfanden. Als antifaschistische Widerstandskämpfer wurden sie in der DDR im Unterschied zur BRD geehrt. Auch Rudolf Michaelis und Willi Winkelmann entschlossen sich trotz ihrer Erfahrungen in Spanien bewußt für ein Leben in der DDR. So war z.B. Michaelis der Meinung, daß in der DDR konsequenter mit dem Nationalsozialismus abgerechnet wurde.

Auch Karl Brauner war dieser Meinung. Trotz aller "Phraseologie" war er überzeugt, daß in der DDR ein Stück weit der Sozialismus verwirklicht worden sei, obwohl er dort zunächst politisch im Abseits stand und seine Erfahrungen aus Spanien ein Tabu waren. Er war weder als antifaschistischer Widerstandskämpfer aner-

kannt, noch Mitglied der SED. Erst auf Drängen der ehemaligen FAUD-Genossen Richard Thiede und Paul Helberg wurde er 1969 aktives Mitglied der SED und später der PDS.

Die Wiedervereinigung war für ihn kein Grund zur politischen Freude, obwohl er sich Anfang 1990 den lang ersehnten Wunsch erfüllen konnte, endlich noch einmal nach Spanien reisen zu können. "Spanien" war und blieb nicht nur bei Karl Brauner die große Passion seines Lebens, auch wenn sie 50 Jahre fast ausschließlich 'privat' gelebt wurde. "Außen abgekühlt, doch voller Glut im Inneren."

Anmerkungen

1 Karl Brauner an Dieter Nelles, 8. 5. 1991.

2 Zum Widerstand der FAUD vgl. zusammenfassend Wolfgang Haug: "Eine Flamme erlischt". Die Freie Arbeiter Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten), in: IWK, 25. Jg. (1989), Heft 3, S. 359 - 378.

3 Helmut Rüdiger an Dora Rüdiger, 22. 7. 1935, in: IISG, Nachlaß Rüdiger.

4 Ebenda, 12. 8. 1935.

5 Karl Brauner an Dieter Nelles, 24. 7. 1993.

6 Helmut Rüdiger an Dora Rüdiger, 22. 7. 1935

7 Richard Cleminson: First steps towards Mass Sex-Economy Therapy? Wilhelm Reich and the Spanish Revolution, Anarchist Studies, Nr.1 (1993), S. 25-37.

8 Karl Brauner an Ulrich Linse, 4. 2. 1991.

9 Rudolf Michaelis, Es geschah 1936 in Barcelona, in: Berliner Zeitung (Ost), 17.7. 1966, S.3.

10 Schreiben des Generalkonsuls vom 24.7. 1936 an das AA, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PAAA), Pol.. III. 32, Bd.2.

11 Vgl. Protokoll über die Tätigkeit der DAS-Gruppe im Monat Juli-August, IISG, Archiv Rocker, Nr.550g; Historial del Grupo DAS de Barcelona, ebenda, Archiv FAI, Film 3, Bl. 404-407.

12 Vgl. Schreiben des Generalkonsuls vom 3. 11. und 6.11. 1936 an das AA, in: PAAA, Pol.III. 51, Bd. 21.

13 Gruppe DAS (Hg.), *Schwarz-Rotbuch. Dokumente über den Hitlerimperialismus*. Barcelona 1937. Das Schwarz-Rotbuch existiert nur noch in wenigen Exemplaren. 1937 erschien auch eine spanische Ausgabe. Die geplante französische und englische Ausgaben kamen wahrscheinlich nicht mehr zustande.

14 Vgl. zu diesen Kämpfen und zur Spanischen Revolution im allgemeinen Abel Paz: Durruti. Leben und Tode des spanischen Anarchisten, Hamburg 1994

15 Vgl. Resolution der deutschen Genossen der Grupo Internacional, in: Soziale Revolution, Nr. 2., 11. 1. 1937.

16 12.Bericht aus Spanien von Ende Dezember 1936, darin die Vorschläge Galantys und Brauners bezüglich der Soldatenräte, Arbeyderrölsens Arkiv Kopenhagen, Nachlaß Korbmacher, kasten 4.

17 Zu den Auseinandersetzungen vgl. Clara und Paul Thalmann "Revolution für die Freiheit", Grafenau, S. und die Dokumente in Hans-Jürgen Degen / Helmut Ahrens (Hrsg.). "Wir sind es leid, die Ketten zu tragen..." Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg, Berlin, S. 165ff.

18 Vgl. den Brief des Milicianos Patrick Hill an die FAI, 10. 7. 1937, IISG, Archiv FAI-Exterior, Film 80.

19 Karl Brauner an Kurt Lehmann, Modern Records Centre Warwick (MRC), ITF-Papers, 159/3/C/b/24.

20 Vgl. ausführlich Dieter Nelles: Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie im Lager Gurs, in: Helga Grebing / Christl Wickert (Hg.): Das "andere Deutschland" im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich, Essen 1994, S. 56 - 85.

21 Karl Brauner an Helmut Klose, o.D. (1946/47)

22 Zu dieser bislang nicht erforschten Gruppe des deutschen Arbeiterwiderstands vgl. Hermann Knüfken: Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation gegen den Nationalsozialismus und Vorschläge zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland - zwei Dokumente 1944/45, eingeleitet von Dieter Nelles, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7. Jg., H.3, S. 64 - 87.

23 Willi Joseph an Edo Fimmen, 17. 7. 1941, MRC 159/3/C/a/121.

24 Vgl. Harry Bahlke an Hans Jahn, 7. 5. 1942, ebenda, 159/3/C/a/111.

25 Vgl. Anklageschrift und Urteil des Oberlandesgerichts Dresden, in: Bundesarchiv Dahlwitz Hoppegarten ZC 6578.

26 Vgl. Dieter Nelles: Willi Winkelmann: 'Der Rote Konsul von Barcelona'. Ein Name und dessen Konsequenzen, in: Tatort Duisburg 1933-1945, Bd II, hg. von Rudolf Tappe und Manfred Tietz, Essen 1994, S. 513 - 520.



Der Angriff der Vergangenheit auf die Gegenwart: Die Erinnerung.

Raoul Peck und seine Filme

"Erinnern: spanisch recordar, vom Lateinischen re-cordis, wieder durch das Herz leiten." (1)
Eduardo Galeano

Eine Frauenstimme, eine einfache Melodie, dazu der Refrain:
"Drei Blätter, drei Wurzeln, wegwerfen heißt vergessen, aufheben heißt sich erinnern."

Die Erinnerung zerreißt die Hitze und die Stille und das Schweigen. Am Anfang der Erinnerung steht die Musik, nicht das Bild. Die Musik kann die Gefühle und Erfahrungen einer ganzen Kindheit in sich aufnehmen:

Den Schmerz, die Angst und das Lachen. Ein Bild kann das nicht. Die Bilder entstehen hinterher, zur Musik.

Am Anfang der Erinnerungen von Sarah steht dieses Lied, damit beginnt der Film L'HOMME SUR LES QUAIS.

"Mir ist, als ob es gestern gewesen wäre, doch es ist lange her." Haiti Anfang der 6Oer Jahre. Erst jetzt setzt sich die Kamera in Bewegung. Von der Straße die Hausfassade hinauf, in den ersten, zweiten Stock. Die Fahrt hält inne vor einer roten Tür, und ein Schnitt trennt das lichtdurchflutete Außen von der dunklen Geborgenheit eines Dachbodens. Die Annäherung der Kamera-Erinnerung an das Trauma. Eindringliche Minuten lang.

Eine Frauenstimme erzählt: sie, Sarah, war damals 8 Jahre alt, "als der Boden der Großmutter noch ein richtiger Boden war". Für Sarah liegt dort kein Detail zufällig, es gibt eine Ordnung der Dinge, wie es eine Ordnung der Erinnerung gibt.

Sarah tritt auf den Balkon hinaus und das Draußen zerstört die Geborgenheit des Drinnen. Das blutverschmierte Gesicht ihres Patenonkels Gracieux Sorel. Sarah sieht ihren Vater bei den Folterern stehen, in seiner Hauptmannsuniform der haitianischen Armee. Sarah sieht, wie auch ihr Vater von den Folterern niedergeschlagen wird. Damals konnte sie nicht verstehen, die Bilder jedoch haben sich tief eingegraben. Als erwachsene Frau beginnt sie zu verstehen. Die Erinnerung wird zum Alptraum, doch Ausgangspunkt ist die Realität. "Es ist nur ein böser Traum, es ist nur ein böser Traum", aber das sind nur die tröstenden Worte der Großmutter. Wie die nächtlichen Träume den Tag bestimmen, so bestimmt die Erinnerung die Gegenwart.

Die Frauenstimme sucht nach Zusammenhängen der Ereignisse, sie sucht nach Daten und einer Reihenfolge. "Erinnerungen tauchen auf, die Chronologie kommt durcheinander." Die Erinnerung springt, hängt sich fest an Einzelheiten, verwischt sich, und so bestimmt die Struktur der Erinnerung die Struktur des Films.

Haiti - Erinnerung und Geschichte

1957 kam der Arzt Francois Duvalier mit Hilfe der Militärs an die Macht. Bis zu seinem Tod im Jahre 1971 etablierte "Papa Doc" ein totalitäres Regime, dessen Herrschaftsstrukturen die haitianische Gesellschaft bis heute durchdringen. Neben der Unterstützung der USA sicherte vor allem die paramilitärische Organisation VSN (Freiwillige der Nationalen Sicherheit), besser bekannt unter dem Namen "Tontons Macoutes", Duvaliers Position. Ähnlich der Todesschwadronen in Mittelamerika standen die "Macoutes" für willkürlichen Terror. Aber auch der Terror folgt einer Logik. Der Bevölkerung wurde mit Folterungen und Morden Angst eingebrannt, die jeden Gedanken an Widerstand schon im Keim ersticken sollte. Als "Privatarmee" Duvaliers bildeten die "Tontons Macoutes" darüberhinaus eine Gegenmacht zu den Militärs.

Sarahs Vater, Francois Jansson, ist Hauptmann der haitianischen Armee in einer kleinen Stadt. Bei der Folterung von Sorel, Sarahs Patenonkel, kommt es zwischen Jansson und Janvier, dem örtlichen Chef der "Tontons Macoutes", zur Eskalation eines schon seit langer Zeit schwelenden Machtkampfes.

Jansson und seiner Frau Gisèle gelingt es, das Land zu verlassen. Sarah und ihre beiden älteren Schwestern bleiben zurück und leben versteckt auf dem Dachboden ihrer Großmutter Desrouillère, immer in der Angst, Janvier in die Hände zu fallen. Die Großmutter trotzt Janviers Gewalt und versucht, die Kinder aus der Stadt zu bringen. Die Versuche mißlingen, die die helfen wollen, werden Opfer der "Tontons Macoutes". Janvier kann den Widerstand von Desrouillère nicht brechen, worauf er sie verhaften läßt. Die Großmutter kommt aus dem Gefängnis nicht mehr zurück.

"KULTUR DES TERRORS"

Der sichtbare Kolonialismus macht Dir nichts vor: er verbietet Dir das

Wort, er verbietet Dir das Handeln, er verbietet Dir das Leben.

Der unsichtbare Kolonialismus dagegen redet Dir ein, daß Unterwürfigkeit Dein Schicksal sei und Ohnmacht Deine Natur. Er redet Dir ein, daß man das Wort nicht egreifen kann, daß man nicht handeln, daß man nicht leben kann.(2)

Eduardo Galeano

"MIKROPHYSIK DER MACHT

Die Macht gibt es nicht. (...) Bei der Macht handelt es sich sich in Wirklichkeit um Beziehungen, um ein mehr oder weniger organisiertes, mehr oder weniger pyramidialisiertes, mehr oder weniger-koordiniertes Bündel von Beziehungen.(3) *Michel Foucault*

"Macoutes Assasins" - die Straßen sind wie ausgestorben und die frische, rote Farbe auf der weißen Hauswand klagt die Mörder an. Dort, wo die Angst das Schweigen hervorbringt, hat das Wort Macht, doch die Macht des Wortes wird mit der Macht der Gewalt gestraft. Aber manchmal gerät die Macht der Autorität ins Wanken.

Janvier hält seinen Jeep an, steigt aus dem Wagen, fährt mit dem Finger über die frische rote Farbe und hat das Blut seiner Opfer an den Händen. Dieser rote Schriftzug zerreißt die Oberflächenordnung und das Schweigen. Vor einer kleinen Bar nebenan lehnen einige Männer, andere spielen Karten. Janvier geht auf sie zu, und jeder muß seine Hände vorzeigen. In jeder Bewegung, in jedem Blick liegt das Beziehungsgeflecht der Macht. Aber dieses Beziehungsgeflecht ist brüchig und kann schon durch einen Blick, der standhält, ins Wanken geraten.

Dieser Film ist auch ein Film der Blicke. Blicke zwischen der Großmutter und Janvier, zwischen Opfer und Folterer, Angriff und Verteidigung. Und zwischen den Sätzen liegt eine Stille, die die Luft zum Atmen nimmt. Angst vor den Wörtern, wenn Wörter den Tod bedeuten können.

Der Angriff der Vergangenheit auf die Gegenwart: die Erinnerungen, die Sarah selbst nach 30 Jahren nicht schlafen lassen. Diese Erinnerungen sind nicht ein abstraktes Rekonstruktionssystem für Vergangenes, sondern konkreter Bestandteil von Handlungen und Verhaltensweisen, die ihre Gegenwart prägen. Wenn Sarah sich an die Angst erinnert, die sie damals hatte, meint sie vor allem die alltägliche Angst, die sie über die Jahre hinweg verinnerlicht hat und die ihr heutiges Leben noch immer bestimmt.

Persönliche Erinnerung und kollektive Geschichte

1960 bekam der Vater von Raoul Peck, ein Agraringenieur, das Angebot, für die UNO im damaligen Belgisch-Kongo zu arbeiten. Als die Familie Peck Haiti verließ, war Raoul 8 Jahre alt. Was Raoul Peck als Kind nicht verstand, versteht er heute umso besser. Die persönliche Erinnerung und Lebenserfahrung sind der Ausgangspunkt für seine Recherchen und das Verstehen-Wollen. Deshalb macht er heute Filme. Die Zusammenhänge zwischen seiner persönlichen Erinnerung und der kollektiven Geschichte.

Der Angriff der Vergangenheit auf die Gegenwart: die bewußte Erinnerung, die Mechanismen aufzeigt, und dazu beiträgt, das lähmende Gefühl, das diese Erinnerung auslöst, zu überwinden.

Drei lange Filme konnte Raoul Peck bisher realisieren:

HAITIAN CORNER (1987/88), LUMUMBA - LA MORT D'UN PROPHETE (1991) und L'HOMME SUR LES QUAIS (1993). Die Erinnerung ist Dreh- und Angelpunkt dieser Filme. Der Prozeß des Erinnerns, das Verhaftet-sein mit den Erlebnissen. Aber immer auch die persönliche Erinnerung des Filmemachers Raoul Peck an seine Kindheit. Diese thematisiert er ganz offen in dem dokumentarisch-essayistischen Film über den Revolutionär Patrice Lumumba, den ersten Ministerpräsidenten des unabhängigen Kongos. Peck verwendet dabei beispielsweise Super-8-Aufnahmen, die sein Vater im damals noch "Belgisch-Kongo" machte.

In HAITIAN CORNER und L'HOMME SUR LES QUAIS findet sich seine persönliche Erinnerung im Rahmen der Story, der Personen, der Atmosphäre wieder.

Eigentlich ist das nichts Neues. Viele FilmemacherInnen verarbeiten ihre eigene Vergangenheit. Die Palette reicht von Filme-machen-als-Therapie-Filme bis hin zu Nanni Morettis CARO DIARIO, wenn der Regisseur "Ich" sagt und sich selber spielt.

Außergewöhnlich an Peck ist der Rahmen, in den er seine Erinnerungen stellt. Teile der persönlichen Geschichte im Zusammenhang mit der kollektiven Geschichte. Der/die Zuschauer/in kommt an den Punkt, wo er/sie nicht mehr sagen kann: Mein Gott, was interessiert es mich, wenn die in Haiti sich gegenseitig umbringen.

HAITIAN CORNER und L'HOMME SUR LES QUAIS sind auch Filme über Haiti, aber sie gehen weit darüber hinaus. Die Story gewinnt einen exemplarischen Charakter, der sich von Ort und Zeit löst, und Haiti als Schauplatz exotischer Grausamkeiten verläßt. In L'HOMME SUR LES QUAIS werden Mechanismen aufgezeigt, die Michel Foucault als "Mikrophysik der Macht" bezeichnete. Wie konstituiert sich die Macht in ihren feinsten Verästelungen, in den Beziehungen der einzelnen Personen zueinander? Wo entsteht Macht, oben oder unten? Ist die Vorstellung von der Macht als starre Pyramide über-holt? Ist sie nicht eher ein dynamisches Etwas, das die Gesellschaft und die Individuen durchzieht und den Alltag der einzelnen Menschen bestimmt? Des Alltags der Macht nimmt sich Raoul Peck in L'HOMME SUR LES QUAIS an. Und des Widerstandes gegen die Macht im Alltag. Die Großmutter Desrouillère und Sorel. Ihr Widerstehen kratzt am Lack der Macht, auch wenn es für sie tragisch endet. Dies zeigt um-so mehr, daß die Macht sich auf unterschiedlichen Ebenen durch vielfältige Strukturen und gesellschaftliche Kräfte konstituiert. Erst durch Eingriff auf allen diesen Ebenen kann die herrschende Macht verändert werden.

Der Angriff der Gegenwart auf die Vergangenheit »HAITIAN CORNER«

"TRENNUNGEN"

Wenn die Vergangenheit der Gegenwart nichts zu sagen hat, kann die Geschichte weiterschlummern ohne zu stören, im Schrank, in dem das system seine alten Masken aufbewahrt. Das System löscht unser Gedächtnis oder es füllt das Gedächtnis mit Müll.[4]

Eduardo Galeano



"DEN PERSÖNLICHEN SCHMERZ ÜBERWINDEN"

Ich mußte mich recht intensiv mit mir auseinandersetzen, umzu verstehen, daß es da diese tiefe, persönliche Erfahrung des Einzelnen gibt, der allein ist mit seinem Schmerz, daß aber diese Wunde auch einen kollektiven Aspekt hat. Und nur durch den kollektiven Aspekt kann der Einzelne den Mut finden, dem persönlichen Schmerz ins Gesicht zu schauen, ihn zu überwinden und auch zu verstehen.[5]

Raoul Peck

Ein Thema mit Variationen - "New York ist nicht Haiti", so der Untertitel des 1988 gedrehten Films über Exil-HaitianerInnen in New York. Ein Mann begegnet in New York seinem Folterer wieder - eine flüchtige Begegnung. Die Bilder des Schmerzes und der Erniedrigung tauchen auf, führen zu einer verzweifelten Suche und verhindern das Funktionieren im alltäglichen Leben. Die Erinnerungen und dieser Schmerz übertönen die gut gemeinten Ratschläge seiner Freunde und Familie, zu vergessen und weiterzumachen. Es sind die Ratschläge all derer, die sich mit der Verdrängung und der Zukunft angefreundet haben. Die sich arrangieren, sich einrichten, sich Erklärungen und Entschuldigungen zurechtlegen. Das Thema verdichtet sich an Hand der Frage, wann die persönliche Rache die Dimension einer politischen Tat erreicht und spitzt sich am Ende in der Konfrontation von Opfer und Folterer zu. Ähnlich wie in "L'homme sur les quais" bewegen sich die Protagonisten, der "Gute" und der "Böse" in einer differenzierten Abstufung von Grautönen. Auch der Folterer wurde von dem Duvalier-Regime fallengelassen, nachdem er seine Funktion erfüllt hatte und muß als Koch in einem kleinen Restaurant in New York arbeiten. Das Duell findet in der Küche statt, aber die Pistole sinkt vor dem Todesschuß. Diese persönliche, gegenwärtige Rache wird zum Angriff auf die Vergangenheit, ist Ausdruck der Annahme der Vergangenheit und damit der erste Schritt einer Auseinandersetzung, die Bewältigung findet viel später statt.

In den USA leben mittlerweile 1,5 Millionen HaitianerInnen. Diese große Gemeinde erklärte Aristide 1990 in seinem Wahlkampf zum 10. Departement Haitis. Unter den Exil-HaitianerInnen besteht eine eng vernetzte Organisationsstruktur, die auch bei Spontanaktionen 50-100.000 Menschen mobilisieren kann. Das Terrorregime der Duvaliers beunruhigte die USA so lange nicht, wie sich die Anzahl der haitianischen Flüchtlinge für sie in überschaubarem Ausmaß hielt. Vor allem weil die USA in den 60er und 70er Jahren vom Privatkapital und der Arbeitskraft der Exil-HaitianerInnen profitierte. Heute wird das gehätschelte Kind der USA zur Belastung. Die Form der Politik ändert sich, nicht jedoch die Intention.

Und am Schluß treffen HAITAN CORNER und L'HOMME SUR LES QUAIS wieder zusammen. Opfer und Peiniger stehen sich gegenüber. Wo die Pistole in der schäbigen Küche in dem New Yorker Restaurant sinkt, drückt Gracieux Sorel am Strand von Haiti ab. Janvier muß sterben. Aber am Ende steht nicht der Tod.

Die Kamera schwenkt weg, hin zum offenen Meer. Der Strand, ein Baum, das Meer. Die Öffnung des Raumes. Nicht nur das Schlußbild erinnert an Antonioni. Die Kamera ruht sich aus und eine Frauenstimme erinnert sich. "... und obschon meine Geschichte nicht mehr nur die meine, sondern die aller geworden ist..."

"Trois feuilles, trois racines, jeter c'est oublier, remasser c'est se souvenir." Der Refrain und die einfache Melodie der Anfangssequenz gehen über in fröhliche Karibikrythmen. Die Fröhlichkeit, die den Abspann begleitet, steht in einem merkwürdigen Kontrast zu der eben erlebten Grausamkeit. Das Lachen, die Fröhlichkeit und der Tanz sind nicht gebrochen. Und es ist die Musik, die lange nach Verlassen des Kinos in mir nachklingt. Die Chronologie der Noten bleibt, während sich die Chronologie der Bilder verwischt.

Annett Busch / H.P.Metzler

Biofilmographie Raoul Peck

Raoul Peck wurde 1953 in Port-au-Prince, Haiti, geboren. Da seinem Vater eine Stelle im damaligen "Belgisch-Kongo" angeboten wurde, zog die Familie 1960 nach Kinshasa (damals Leopoldville) um. Nach langen Aufenhalten in Zaire, USA, Frankreich und Deutschland beendete Raoul Peck sein Studium an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin. Er ist zudem ausgebildeter Wirtschaftsingenieur, Journalist und Photograph.

1982	DE CUBA TRAIGO UN CANTAR, Kurzfilm
1983	LEUGT, Kurzfilm EXZERPT, Kurzfilm BURIAL, Kurzfilm
1984	LE MINISTERE DE L'INTERIEUR EST DE NOTRE COTé Kurzfilm MERRY CHRISTMAS DEUTSCHLAND, Kurzfilm
1988	HAITIAN CORNER (NEW YORK IST NICHT HAITI) Spielfilm 16mm, Blow up auf 35mm
1991	LUMUMBA, LA MORT DU PROPHETE, Dokumentarfilm, 16mm
1993	L'HOMME SUR LES QUAIS (DER MANN AUF DEM QUAI); Spielfilm

Zitate - Literaturangaben

(1&2&4) Eduardo Galeano; "Buch der Umarmungen"

(3) Michel Foucault; "Mikrophysik der Macht"

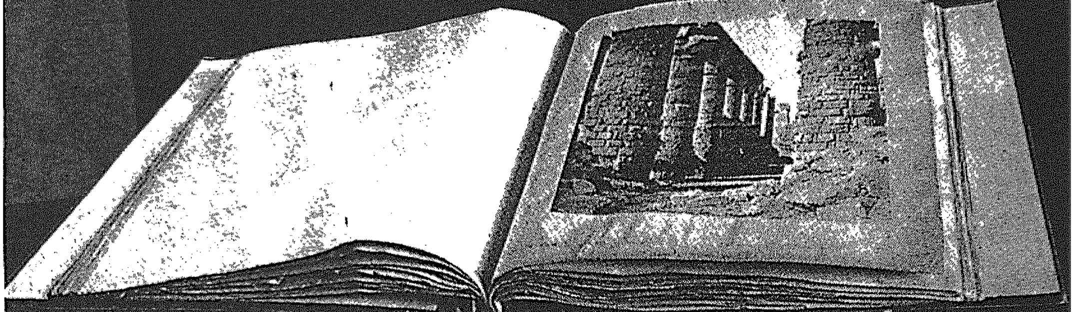
(5) Raoul Peck, Interview in Cinematograph-Schriftenreihe, Bd.4

Die Wohlfahrtsausschüsse - Politik und Kultur

Der Philosoph Walter Benjamin beschrieb vor 60 Jahren in *"Der Autor als Produzent"*, daß *"ein erheblicher Teil der sogenannten linken Literatur gar keine andere gesellschaftliche Funktion besaß, als der politischen Situation immer neue Effekte zur Unterhaltung des Publikums abzugewinnen"*. Dies geschehe durch *"die Verwandlung des politischen Kampfes aus einem Zwang zur Entscheidung in einen Gegenstand kontemplativen Behagens, aus einem Produktionsmittel in einen Konsumartikel"*. Auf diese Weise entstehen nach Benjamin *"politisch betrachtet, nicht Parteien, sondern Cliquen, literarisch betrachtet, nicht Schulen, sondern Moden"*. Mit diesen Zitaten, die der Nummer 8 der dem Spektrum der Wohlfahrtsauschüsse (WA) zuzurechnenden *"17° C - Zeitschrift für den Rest"* (S. 57) entnommen sind, ist das Dilemma der WA's treffend umschrieben: Die Zeiten werden immer düsterer, und unsere Zeitschriften und Bücher immer schöner (und teilweise auch teurer). Ein Umstand, der nicht nur für die dem WA-Spektrum zuzurechnenden Projekte *"die beute"*, *"Texte zur Kunst"*, *"SPEX"* und *"17° C"* zutrifft. Die Beschäftigung mit Populärkultur kann leicht in deren Bekräftigung umschlagen, theoretische Diskussion kann sich leicht in ein von der Gesellschaft getrenntes akademisches Universum verwandeln. Weiter bleibt die Frage, welche Wirkung und Nutzen die von den MedienarbeiterInnen der WA's entwickelten Aktionen und verfaßten Texte für die nichstudierten AktivistInnen z.B. der Antifa-Bewegung haben (können und sollen).

Über 15 Monate nach dem WA-Kongreß "Etwas besseres als die Nation" liegt nun das dazugehörige Buch vor, in dem Beiträge vom Kongreß - leider nicht alle -, Texte aus älteren WA-Diskussionen und Veranstaltungen sowie die Auseinandersetzung um die "Ost-Tournee" der WA's im Sommer 1993 nachzulesen sind. Die Tournee, die politisch und kulturell den öffentlichen Raum in den neuen Bundesländern von "links" besetzen sollte, stieß bei den Ostlinken und -antifas auf Desinteresse und scharfe Kritik.

Zurück zum Buch: Es enthält 18 Beiträge, größtenteils von verschiedenen WA-Größen, die durchaus lesenswert sind, da sie den kapitalistisch verfaßten deutschen Nationalstaat und seinen Rassismus scharf kritisieren, auf die Entwicklung der Linken und der ästhetisch-dissidenten Subkultur eingehen und die Repolitisierung letzterer nachvollziehbar machen. Sie versuchen die Entwicklung der Bundesrepublik "von oben" zu beschreiben und zu verstehen: Andreas Fanizadeh (die beute), die autonome L.u.p.u.s.-Gruppe und Alex Demirovic (Uni Frankfurt) beschreiben Deutschland drei Jahre nach der sog. Wiedervereinigung und analysieren u.a. den Unterschied von (biologistischem) Rassismus und (kulturalistischem) Neo-Rassismus. Cornelia Eichhorn untersucht die Massenpublikationen zur Abtreibungsfrage. Udo Sierck geht auf die Euthanasie-Debatte ein. Es geht aber auch um den Blick "von unten": Diedrich Diederichsen beschreibt die Veränderungen der Lebensweise (Studium, Kneipe, Intellektuelle, Boheme etc).



Rezensionen Rezensionen Rezensionen

Die WA's leisten einen beachtlichen Anteil an der Theoriebildung einer nicht mehr an '68 orientierten Linken, hauptsächlich im Rückgriff auf französische und amerikanische Theorien des Poststrukturalismus und zu "race", "class", "sex" (biologisches Geschlecht) und "gender" (soziales Geschlecht): Günter Jacob (Autor von "Agit Pop") untersucht den Zusammenhang von Ich-Identität und nationaler Identität, Mark Terkessidis (SPEX) fordert nach einigen Bemerkungen zu Medien, Geschichte und Moral eine "eminent offene Definition von Links-Sein" und Sabine Grimm begibt sich ins Dickicht der aktuellen feministischen Diskussion ("Sexismus ohne Sex").

Die WA's sind auch ein wichtiger Versuch, die teilweise unnötige Trennung zwischen kultureller und politischer Opposition aufzuheben und der verknöcherten und moralisierenden Polit-Szene etwas Power beizubiegen und den Blick für andere Ausdrucksformen zu schärfen. Wer in der traditionellen Linken hat sich denn schon genauer überlegt, wie z.B. die "Generation X" der heute 14- bis 18jährigen ihre Subjektivität er- und auslebt, und wie diese erste vollständig mit audiovisuellen Medien (PC's, MTV ...) aufgewachsene Jugendgeneration für "linke" (was immer das auch sei) und emanzipatorische Politik zu mobilisieren sein könnte? - vorausgesetzt, sie sollte dafür mobilisiert werden.

Wohlfahrtsauschüsse (Hrsg.):
Etwas Besseres als die Nation. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels; Edition ID-Archiv Berlin 1994; 184 S., 24 DM

von Bernd Hüttner

Benebelt

Rezension

In einer Komödie aus dem Jahre 1717, verfaßt von John Gay - berühmt durch seine Beggar's Opera -, heißen zwei der Personen Plotwell und Underplot: Schon damals machte sich ein guter Schriftsteller lustig über Vorschriften, die von verhinderten Schriftstellern - Feuilletonisten, Lektoren, Literaturwissenschaftlern - gemacht werden. Ein Krimi, so heißt es, müsse - ebenso wie ein Theaterstück einen Plot haben und zwar einen guten (Plotwell) und einige Underplots. Nun, der Plot in Wolfgang Schreyers Buch Nebel ist ebenso simpel wie raffiniert: Auf Seite 11 taucht der Schriftsteller Richard Nebel bei der Kriminalpolizei in Rostock auf und versucht, gewisse Dienstinterna herauszubekommen, die er für sein Buchprojekt braucht; auf S.155 erhält die Volkspolizei ein Fernschreiben: Bootsunfall mit Todesfolge. Derselbe Hauptmann in der Kripo Rostock, Christian Wendt, der dem Autor die gewünschten Auskünfte gegeben und dessen Plot für lachhaft gehalten hatte, ermittelt. Es ist kein Unfall. Es ist Mord. Und die Täter, das wird recht schnell klar, sind auch die Täter in Nebels geplantem Buch: Beamte der Stasi. Ein brisanter Fall, gemessen an den Vorschriften für Kriminalromane. Klar.

Aber die eigentliche Brisanz und Spannung erhält dies Buch, wie so oft, aus den Underplots. Es spielt von Mai bis Dezember 1989 in der DDR und schildert Anfang und Ende der friedlichen (lutheranischen) Novemberrevolution, gesehen durch die Augen des Kriminalbeamten Wendt. Natürlich SED-Mitglied. Natürlich ab und an unzufrieden mit dem Stil der Wandlitzer Gerontokraten, mit Leib und Seele Polizist, im Zweifelsfall stets loyal auf Seiten der Ordnung. Dies macht Schreyers Roman zu einem bemerkenswerten Zeitdokument. Wieder einmal ist der Krimi der hohen Literatur um Meilen voraus, was die Präzision der Schilderung des Alltags angeht und sei es der Alltag der Volkserhebung. Es seien schlechte Zeiten, klagte Brecht, in denen es Helden bedürfe, Änderungen zu erreichen. Nun, der Helden in der DDR gab es - gottlob - wenige. Die Ersetzung eines schlechten Systems durch ein anderes schlechtes ergab sich, wie es aussieht, aus der simplen Arithmetik des Die-Schnauze-Vollhabens. Erst ging's um Bananen, dann um die Wurst. Erst zehn. Die Stasi taucht auf, verhaftet, sperrt ein. Dann hundert. Die Stasi taucht auf...Dann tausend, da ist's schon schwieriger mit dem Einsperren. Dann zehntausend - wir kennen es aus APO, Hausbesetzer-, Antikernkraft-, Profriedenszeiten im Westen. Staatsschutz taucht auf, dann uniformierte Polizei mit Knüppeln, Tränengas, Hunden, Pferdestaffeln. Dann hunderttausend. Den Rest kennen wir. Die Wessis allerdings nur aus der Glotze. Aus "Wir sind *das* Volk" wurde vermögens der Zauberkraft der DM und unverantwortlicher Versprechen einer Komödienfigur des 18. Jahrhunderts namens Cabbage "Wir sind *ein* Volk". Die, gemäß Marx, nur zu verständliche Weigerung der Westkonzerne, in den "Neuen Bundesländern" zu investieren, wenn die Ware Arbeitskraft in der tschechischen Republik, in Thailand oder auf den Philippinen billiger ist, gekoppelt mit der trauten Devise, wonach Verluste sozialisiert, Gewinne privatisiert werden, verbunden mit der Abwälzung der Lasten auf den "Kleinen Mann"/West, mit dem Zerreißen des Sozialen Netzes/Ost, Massenarbeitslosigkeit, Wut, Empörung, Depressionen, Gebärstreik hervorrufend - all dies zeigt :

Sie sind doch *nicht ein* Volk. Die augenöffnende Ehrlichkeit der Schilderungen Schreyers vom Alltag Ost ist ebenso unterhaltend wie - für westliche Leser - belehrend. Die Banalität der Bösen wird simpel dargestellt, und es stellt sich heraus, daß die Stasibeamten ebensowenig Monster sind wie die Beamten der Abteilung TE(-rrorismus) des Bundeskriminalamts. Der Protagonist, der Kriminalbeamte Wendt, hat guten Grund, sie zu beneiden: Die "Besoldungsstufe. 500 Mark mehr als er... Der Wagenpark. Das eigene Telefonnetz. Das ausreichende Personal. Der längere Urlaub. Die zahlreichen Ferienheime"(S.25/26) undundund. In einem Wort, die ganze Diskussion in den westlichen Medien um "die Krake", die "informellen Mitarbeiter" etc. Reine Augenwischerei. Je mehr Staatsfeinde, desto mehr Staatsschutz, lautet die Regel In Ost wie in West.

Der Unterschied besteht lediglich darin, auf wessen Seite man steht.

Als der Spuk (drüben) vorbei war, sahen alle des Kaisers alte Kleider: Die Staatsmacht der DDR war ein potemkinsches Dorf:

Ein paar Tattergreise - "Wir lieben euch doch alle!' -, die überhaupt nicht durchblickten, geschützt durch eine gutdeutsche solide Behörde, die in den gesammelten Informationen über die Staatsbürger schier ersoff ("Das Telefon wurde dafür erfunden, die Leute abzuhören", Asturias, *Der Herr Präsident*) und es waren, wie immer "die Millionen intelligenter und anscheinend integrer Menschen" (Klappentext), die den Laden am Laufen hielten.



Rezensionen Rezensionen Rezensionen

Schreyers Buch setzt ihnen ein Denkmal. Der Scham. Die, wie Marx bemerkte "ein revolutionäres Gefühl ist".

Nun warten wir auf ein ebenso gutes und ebenso gültiges Dokument eines Westautoren, das nachvollziehbar klarmacht, warum es in Mannheim, Ludwigsburg und Frankfurt am Main noch nicht zu Montagsdemonstrationen gekommen ist...

Wolfgang Schreyer: Nebel. Kriminalroman, Verlag Das Neue Berlin 1993. 9,80 DM

Peter-Paul Zahl

Bücher-Kurzrezension

Manfred Burazerovic: Quellen zur Geschichte der anarchistischen Bewegung.

Bei dieser Veröffentlichung des Klartext-Verlags, Essen handelt es sich um eine Bestandsaufnahme der anarchistischen Broschüren im Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung in Bochum.

Die Sammlung dieser Broschüren entstand durch den Ankauf von Dubletten aus dem Amsterdamer Institut für Soziale Geschichte und stellt heute mit 1886 Exemplaren nach eigenen Angaben, die größte Sammlung anarchistischer Broschüren in einem Institut der Bundesrepublik dar. Neben anarchistischen Broschüren finden sich auch Broschüren über Anarchismus in diesem Bestand. Die Fleißarbeit Burazerovics hat leider einen großen Makel: seine Erläuterungen zu den Urhebern der Broschüren sind wenig hilfreich; entweder fallen sie entschieden zu kurz aus *(z.B. "Alfredo M. Bonanno, (?-?), italienischer Anarchist", zu diesem zeitgenössischen und äußerst umstrittenen Genossen hätte ein Telefonanruf bei einer x-beliebigen Anarchoadresse Italiens schnell mehr beigesteuert!)*, oder sie sind oft sogar verkehrt *(z.B. Robert Bek-Gran war eben nicht identisch mit Ret Marut/B. Traven)* oder es fehlen die wichtigeren Fakten, während unwichtigere genannt werden *(z.B. Milly Witkop-Rocker: "russische Anarchistin", aber kein Wort, daß sie in der jüdischen Arbeiterbewegung Londons politisch aktiv war)* und selbst allgemein bekannte Pseudonyme wie dasjenige Kurt Zubes (K.H.Z. Solneman, rückwärts gelesen "namenlos") vermochte der Herausgeber nicht aufzulösen.

Dem nächsten Studenten der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen finanziell gefördert wird, empfehlen wir in der geförderten Zeit, wenigstens mit einer/m leibhaftigen Anarchistin/en Kontakt aufzunehmen und Fragen zu stellen.

298 S., 68.-DM.

Bezug: Klartext-Verlagsgesellschaft, Dickmannstr.2-4, 45143 Essen

wh

Weitere Neuerscheinungen, die SF-LeserInnen interessieren könnten

Helmut Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit. 348 S., 34.-DM. U.a. mit einem Beitrag von Klaus Kriener über den Einfluß Carl Schmittsauf die Redaktion oder einem Beitrag von Sabine van den Bruck und Renate Schmitz zur "Emanzipation der Frau von der Frauenemanzipation"...
Bezug: *DISS-Velag, Realschulstraße 51, 47051 Duisburg*

Andreas Disselnkötter (Hg.): Wüstenstürme. Der Krieg des Nordens gegen den Süden?
128S., 14,80DM
Die Beiträge zeigen die Entwicklung von "Schnellen Eingreiftruppen" und die Art und Weise, wie diese von der Gesellschaft akzeptiert werden (sollen).
Bezug: *DISS-Verlag, s.o.*

ID-Archiv (Hg.): Bad Kleinen und die Erschiessung von Wolfgang Grams. 314S., 29,80DM. Dieses Buch macht deutlich, daß entgegen der offiziellen Version nicht von Selbstmord ausgegangen werden kann.
Bezug: *ID-Archiv, PF 360205, 10972 Berlin*

Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens. Jüdischer Widerstand und deutsche "Vergangenheitsbewältigung". 140 S., 14.-DM
Das kleine Bändchen versammelt einige Aufsätze Strobls, u.a enthält es ein Porträt von Nelly Sachs "Der Tod war mein Lehrmeister".
Bezug: *ID-Archiv, s.o.*

Hakim Bey: T.A..Z. - Die Temporäre Autonome Zone. 160 S, 20.-DM
Bey greift alles auf, Landauer, und Baudrillard, bolo-bolo und die Situationisten, Stirner und Nietzsche...
Der SF-Rezensent *Jens Petz Kastner* meint dazu: "Dieser Typ ist echt abgedreht - phantastisch!, dieses Buch ist die optimistischste Negation, die ich kenne, dieses Buch ist der Aufruf zum pazifistischen Dschihad...
Der SF-Autor *Murray Bookchin* meint dazu: "Dieser Typ ist der typische Vertreter des heutigen Lifestyle-Anarchismus, alles unverbindlich, alles gesellschaftlich völlig bedeutungslos und am Ende löst es den Anarchismus als politische Bewegung auf." Mehr dazu in einem der kommenden SF-Ausgaben!
Bezug: *ID-Archiv, s.o.*

Wehrpflicht? - Ohne uns. Reader zur Totalen Kriegsdienstverweigerung. 2. überarbeit. Auflage, enthält u.a. Adressen von Rechtsanwälten, Rechtshilfefonds etc.
Bezug: *TKDV-Initiative, c/o Detlev Beutner, Friedrich-Wilhelm-Str.46, 38100 Braunschweig*

Hartmut Rübner: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter Union Deutschlands. Eine ausführliche und hervorragend belegte Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus. Mit Photomaterial und einem Personen-, Orts- und Zeitschriftenregister, 316S., 52.-DM. Ein Kompliment auch an das Lektorat!
Bezug: *Libertad-Verlag, PF 440 349, 12003 Berlin*

Chris Hirte (Hg.): Erich Mühsam Tagebücher 1910 - 1924
Eine kleine Sensation. Erich Mühsams Tagebücher, die jahrzehntelang vom Maxim Gorki Institut in Moskau und der Akademie der Künste in Ostberlin unter Verschluß gehalten wurden, liegen jetzt, zumindest in einer Auswahl, als dtv-Taschenbuch vor. Ungeklärt bleibt, wer sieben Tagebuchhefte in Moskau beiseite schaffte. Der Grund lag wohl darin, daß sich mancher "gute Kommunist" von Mühsams Aufzeichnungen kompromittiert fühlen mußte und sich unter dem Druck der Stalin-Zeit lieber nicht in Verbindung mit Mühsam gebracht sehen wollte. Eine ausführlichere Rezension behalten wir uns vor; einstweilen wünschen wir für 400 Seiten eine vergnügliche Lektüre mit dem alles andere als lustfeindlich eingestellten Mühsam!
Bezug: *dtv-taschenbuchverlag, München*; 418S., 26,90 DM

Und wenn wir schon bei positiven Nachrichten sind: 1995 wird **Rudolf Rockers** lange vergriffenes und in der aktuellen Diskussion überfälliges Hauptwerk **»Nationalismus und Kultur«** gemeinsam von der Edition Théléme, Münster und dem Trotzdem-Verlag, Grafenau neu aufgelegt!
Vorbestellungen/Kontakt: *Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau*

ECHO

In der Schweiz erschien dieser Tage eine Doku zu alten und jüngsten Auseinandersetzungen zu dem Freigeld-Theoretiker Silvio Gesell, die u.a. mit den alten Artikeln und Leserbriefen aus dem *SF* aufwartet. (»Wie Silvio Gesell zum Faschisten gemacht wurde und Gegenstimmen«, Hrsg. André Siegenthaler, Bezug für die BRD: Markus Henning, Kantstr.23, 10623 Berlin; 15.-DM, angeblich kann mensch auch "Talent" hinschicken!)

In der *WOZ* und in der *ÖkoLinX* wurden die neusten Silvio Gesell-Debatten gestartet, der ÖkoLinX-Autor Peter Bierl benutzte dabei das Motto *»Der rechte Rand der Anarchie«*. Beide Kritiker griffen dabei auch auf den Gesell-ablehnenden SF-Artikel aus Nr.13 (1984!) zurück. Bierl vertrat seine Ansichten anschließend im Rahmen des *Anarchistischen Bildungsprogramms* in Berlin und stieß dort erwartungsgemäß mit dem Gesellianer Klaus Schmitt zusammen, der, folgt mensch den Berichten, unentschuldbar ausrastete.

Seitdem »tobt« in Berliner Anarchokreisen so etwas wie eine Gesell-Diskussion: die neuste Nummer (Nr.70) des *A-Kurier* widmet ihr gleich 7 Seiten. Der Ostberliner *telegraph*, der Klaus Schmitt ein großes Interview zur Ausbreitung seiner Anschauungen einräumte, verteidigte indirekt Schmitts Ausraster, indem die Kritik Bierls als marxistisch abqualifiziert wurde und die Konfliktebene flugs zu einer zwischen "Anarchisten und Marxisten" umgedeutet wurde. Ein seltsames Gebaren, zumal eine Kritik an Schmitts Verhalten genauso wenig vorkam wie eine kritische Auseinandersetzung mit seinen Positionen bzw. eine mit den Inhalten Gesells.

Was uns negativ auffällt, läßt sich durch dieses Beispiel verdeutlichen: in der Berichterstattung wird mit Verkürzungen und Scheingefechten operiert. Wenn Bierl von einem marxistischen Ansatz aus argumentiert, aber das richtige sagt, wo liegt das Problem? Wenn er das verkehrte sagt, weshalb wird nicht inhaltlich dagegen gehalten? Stattdessen diese Verlagerung des Konflikts, was bewirken soll, daß sich alle "guten" Anarchisten gefälligst auf die Seite der angegriffenen "Anarchisten" zu stellen hätten... Unter gehen dabei die Fragen, ob denn die Lehre Gesells wirklich anarchistisch ist, ob ihr Inhalt verteidigenswert ist, ob der Konflikt überhaupt um eine marxistische Infragestellung des Anarchismus ging oder nicht vielmehr doch um eine Sensibilisierung für Einfallstore rechter Ideologie in scheinbar unbedenklichen linken Diskursen? Es fragt sich auch, ob es empfehlenswert ist, eine Wirtschaftstheorie ohne ihr weiteres theoretisches Umfeld rezipieren zu wollen etc. – ein solcher kritischer Umgang kommt aufgrund einer vorschnellen Identifizierung mit dem "Genossen Schmitt" entschieden zu kurz, dabei hätte spätestens dessen "Otto Strasser"-Artikel in *Contraste* (Mai 1993) Zweifel an seinem Beurteilungsvermögen aufkommen lassen müssen. Es ist an dieser Stelle auch nicht zu vermeiden, darauf hinzuweisen, daß Schmitt "sein" Gesell-



Buch zusammen mit Günter Bartsch geschrieben hat. Bartsch hat seinerseits im nationalrevolutionären *Wir-selbst-Verlag* (Koblenz) ein völlig unkritisches Otto Strasser-Buch veröffentlicht, in dem vor allem Otto Strassers eigene Sicht der Dinge wiedergegeben wird und in dem deshalb, vom historischen Standpunkt aus betrachtet, bewußt oder aus dem Unvermögen, Abstand zum behandelten Gegenstand zu halten, eine falsche Sicht der Ereignisse tradiert wird.

Zu Peter Bierl wäre hingegen zu sagen, daß einige Gesellianer keineswegs in der Lage sind, die anarchistische Bewegung zu unterwandern, wie er es in seiner Stellungnahme zum *Berliner A-Kurier* und zum *telegraph* unterstellt, in der er so tut, als seien beide Blätter bereits in der Hand von Gesellianern. (Ausführlicher dazu vgl. die lesenswerte *"Antwort" der A-Kurier-Redaktion an die ÖkoLinX-Redaktion*, in Nr.70) Auch sein Hinweis, daß Schmitts Gesell-Buch im *Kramer-Verlag* zu dessen Bestsellern gehöre, ist ein Treppenwitz, der nur dazu dienen soll, die »Gefahr« möglichst groß erscheinen zu lassen. Allein es gibt da eigentlich keine wirkliche Gefahr, es gibt höchstens das Ärgernis, daß sich Anarchisten nicht mit sinnvolleren Themen und Aktionsfeldern beschäftigen. Und wenn es einen "rechten Rand der Anarchie" gibt, dann sicherlich nicht deshalb, weil Silvio Gesell ein Anarchist oder seine Freigeld-Theorie eine anarchistische Wirtschaftstheorie gewesen wäre, denn beides trifft nicht zu. Wer dies behauptet geht indirekt Klaus Schmitt und seiner Losung "Silvio Gesell - der Marx der Anarchisten" auf den Leim.

Peter Bierl sollte bei seiner Kritik an Gesell, dessen Eugenik, dessen Rassismus etc. bzw. seiner Kritik an der Tatsache, daß ein anarchistischer Verlag ein solch einseitiges, unkritisches Buch publiziert, bleiben. Übertreibungen und falsche Bezüge schaden nur der eigentlichen Aussage und legen den Verdacht nahe, daß er sich bewußt einen Popanz aufbaut, um diesen eloquent zerlegen zu können.

Weil sich Anarchisten mit Gesells Wirtschaftstheorie beschäftigten, sind sie nicht gleich "Gesellianer" bzw. "unterwandert", auch Faschisten beschäftigten sich mit Gesell, da würde eine "linke Analyse" nicht folgern, diese seien unterwandert, eher wäre eine andere Argumentation wahrscheinlich: daß die Faschisten die Gesellianer und diese die Anarchisten ... na ja, die alte Phobie.

An Silvio Gesell oder Klaus Schmitt müssen wir uns jedenfalls nicht abarbeiten. Bislang blieb ihr Einfluß marginal und für manche "vergessene" Theorien gilt: sie sollten dort bleiben, wo sie sind: im gesellschaftlichen Abseits.

Das Problem für heutige AnarchistInnen liegt eher darin begründet, daß sich seit Gustav Landauer immer wieder Anarchisten mit Gesell beschäftigten, weil dieser aus Proudhons Werken einiges übernommen hatte. Eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit dem Anarchisten Proudhon jedenfalls wäre spannender, mindestens genauso widerspruchsvoll und würde mehr Sinn machen, doch stößt sie auf die Schwierigkeit, daß dessen Texte in ihrer Mehrheit nie ins Deutsche übersetzt worden sind.

In der bereits angesprochenen Nummer 70 des *Berliner A-Kurier* schreibt – vermutlich ein alter Bekannter unter neuem Pseudonym - ein "Jakobus" scheinbar zusammenhangslos Gedankenaneinanderreihungen zum Thema Stalinismus und Nationalismus auf. Dabei springt er von einer gelesenen Information übergangslos zur anderen und irgendwann ist er bei der Broschüre von Volkmar Woelk aus dem Duisburger *DISS-Verlag* "Natur und Mythos" angekommen, in der u.a. der Einfluß des Nationalrevolutionärs Henning Eichberg auf den linken Diskurs beschrieben wird. Woelk belegt dies mit Artikeln Eichbergs, die in *Unter dem Pflaster liegt der Strand*, in *Ästhetik und Kommunikation* oder in *PädExtra* erschienen waren und er schließt dieser Reihe linker Publikationen auch den *Schwarzen Faden* an mit der Bemerkung, all diese Redaktionen haben "keinen Anstoß" an Eichberg genommen bzw. sich "nicht die Mühe gemacht" Hintergründe herauszufinden. (S.56) Eine solche Behauptung ist ganz einfach falsch, auch wenn sie in einer ansonsten gut recherchierten Broschüre auftaucht und sie wäre eigentlich nicht widerlegenswert, wenn es nicht wichtigtuerische Menschen gäbe, die nur allzu gerne verkehrte Behauptungen ungeprüft wiederkauen und falsche Assoziationen wecken (wollen?). So geschehen auch in einer Sommerausgabe des *"Antifaschistischen Infos"*.

"Jakobus" kommt dann auch zu einer Antifa-Broschüre aus der Uni Oldenburg, in der Woelk kopiert und in Sachen "Pflasterstrand" prompt falsch abgeschrieben wurde (Cohn-Bendit ist ausnahmsweise nicht der Übeltäter):

"Die in der »Neuen Rechten Plattform« niedergelegten Positionen haben bei einem guten Teil der Linken zu andauernder Konfusion beigetragen. Im Anarchoblatt "Schwarzer Faden", im "Pflasterstrand" oder in der linken Kulturzeitschrift "Ästhetik und Kommunikation" ist es "Nationalrevolutionären" (z.B. Henning Eichberg) bereits gelungen, sich als Diskussionspartner anzudienen."

Wir wollen und können hier nicht für die anderen Redaktionen sprechen. Aber für uns wollen wir wenigstens kurz darauf eingehen, auch wenn zu befürchten steht, daß Unwahrheiten, wie meistens, langlebiger sind als unsere Richtigstellung:

Unter dem Strich lesen wir also zum wiederholten Mal: *»die doofen Redakteure vom Faden und der durchtriebene Henning Eicherg, der sie benutzt hat.«* oder Schlimmeres... Aber wie war das nun wirklich?

Ende 1982 veröffentlichte der damalige Redakteur Horst Blume (ja, derselbe, der 1984 auch den Artikel "Silvio Gesell - der Marx der Anarchisten ein Faschist" geschrieben hat!) einen Artikel zu den Nationalrevolutionären. (Er hatte augenscheinlich ein Gespür dafür, welche Themen langlebige Diskussionen abgeben könnten.)

Wir halten zunächst einmal fest, daß es damals, von lokalen Protesten wie dem der Stuttgarter Studenten gegen einen Lehrbeauftragten Eichberg, keine öffentliche oder linke Diskussion über



Nationalrevolutionäre gab. Der SF-Redaktion von damals ging es darum, mehr Wissen über diese rechte politische Richtung zu verbreiten, die anfing mit linken Theorien und Bewegungen (Befreiungsnationalismus, IRA, ETA, Rätemodell, Bezug auf Bakunins Panslawismus etc.) und linkem Jargon, – bei Demos gar mit schwarzen Fahnen und schwarzen Sternen auf den Jacken, für Verwirrung zu sorgen.

Wir nehmen in Anspruch wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß die Linke Henning Eichberg überhaupt als nationalrevolutionären Theoretiker wahrgenommen hat, denn bis dahin wurden seine Beiträge ohne einen Verweis auf seinen Hintergrund in den erwähnten linken Zeitschriften abgedruckt. (In diese Liste paßt noch das damalige *Das da*, des ehemaligen KONKRET-Herausgebers Röhl.)

Auf Horst Blumes Artikel erhielten wir u.a. auch nationalrevolutionäre Zuschriften, eine davon von Henning Eichberg unter dem Titel "Nationale Identität". Wir druckten diese Zuschriften ab, weil wir an ihnen deutlich machen konnten, daß hinter dem linken Jargon und den linken Theorieversatzstücken eben doch der neue Nationalismus/ Ethnopluralismus der Neuen Rechten stand. Wir druckten Eichbergs Thesen selbstverständlich nicht unkommentiert ab, sondern stellten ihnen in einem Artikel von Wolfgang Haug zur "Personalen Identität" unsere Anschauungen entgegen. Von einer kritiklosen Unterschätzung oder gar einer theoretischen "Konfusion" kann also genausowenig die Rede sein, wie davon, daß wir keinen Anstoß genommen oder keine Hintergründe aufgezeigt hätten.

Was aus heutiger (!) Sicht allenfalls zu sagen ist, ist, daß wir damals unmöglich die ganzen Zusammenhänge wissen und aufdecken konnten, die über die nachfolgenden Jahre hinweg zu den Nationalrevolutionären herausgefunden bzw. durch deren eigene Veröffentlichungen verdeutlicht wurden.

Was fehlt noch in der ECHO-Rubrik? Über eine zum Gähnen oberflächliche Rezension anarchistischer Zeitschriften von Rembert Baumann in der dritten Ausgabe von *"Die Beute"* wollen wir gnädig schweigen, zumal es in derselben Ausgabe einen guten Artikel von Marianne Kröger zur CNT und FAI im Spanischen Bürgerkrieg gibt.

Zum Schluß aber noch etwas Witzigeres:

In der Ausgabe Nr.200 der *iz3w* wird der SF endlich entlarvt:

»Bei der Begeisterung für die Zapatistas spielt deren spezifische Ästhetik eine hervorragende Rolle. Wahrscheinlich hätte der "Schwarze Faden" nicht gleich zwei Titelbilder an die Zapatistas vergeben, wenn ihr Partisanen-Look nicht derart den gängigen revolutionsromantischen Vorstellungen entsprechen würde."

Wir könnten jetzt sagen, neeeiin, lediglich der Umstand, daß unser Redakteur im Januar in San Cristobal war, seine Kamera dabei hatte und wir deshalb diese einmalige Gelegenheit hatten, hat uns dazu verführt...

... aber wir sagen besser: die *iz3w* hat recht. Basta!

SF-Redaktion

btr. Sorel-Diskussion
Georges Sorel zum Dritten:

1. Teil: Masse und Mythos von Gregor Dill in SF 1/94
2. Teil: Verteidigungsrede für Georges Sorel von Lutz Schulenburg in SF 3/94

Zweifellos ist es vorteilhafter, eine negative Kritik zu erhalten als gar keine. Lutz Schulenburgs Entgegenung auf meinen Sorel-Artikel präsentiert sich jedoch inhaltlich derart miserabel und vom Tonfall her in so hohem Maße ungenießbar, daß sie mich in Versuchung bringt, jene Regel umzudrehen.

Anhand seines Verhältnisses zur Geschichtphilosophie, zur Religionswissenschaft und zur Massenpsychologie hatte ich beschrieben, weshalb Sorel weder Positivist noch Irrationalist war. Sorel suchte nicht nach einer Wahrheit, die er entweder rational oder irrational begründet hätte. Er forschte nach Wirkung. Die Relevanz einer philosophischen Aussage war ihm erst dann gegeben, wenn diese einen bestimmten Zweck erfüllte. Sorel war, wenn man will, halb Rationalist, halb Irrationalist. Rationalist dort, wo er sich strategisch mit der Wirkungsdimension von Mythen befaßte. Irrationalist deshalb, weil er an deren Inhalte selber gar nicht glaubte.

Sorel war kein Propagandist. Er war Theoretiker der Massenpropaganda. Massenpropaganda aber folgt immer einem hierarchischen Schema: Entpersönlichte Massenglieder stehen einem subjektiven Prinzip, einem 'Führer' oder einem Mythos, dessen Inhalte ein 'Führer' definiert, gegenüber. Daher müsste, so lautete meine Schlußfolgerung, eine Distanzierung von Sorels Mythostheorie erfolgen. Die von mir beschrieben Verbindungen Sorels zum Faschismus dienten dazu, diesen Standpunkt zu bekräftigen und nicht ihn zu begründen, was mir Schulenburg fälschlicherweise vorwirft. Sorels Werk spricht für sich allein und zeugte auch dann von einem autoritären Geist, wenn seine Hochachtung für wohlbekannte Diktatoren unerwähnt blieb. Vor dem Hintergrund seiner Philosophie erscheint Sorels Vorliebe für Mussolini und Lenin nicht "konstruiert" sondern ganz einfach logisch.

Ich habe das Gefühl, und davon komme ich nicht los, daß Schulenburg das nicht sagt, was er sagen will, und daß gerade dies ihn in Wut versetzt. Lutz Schulenburg ist ein Sorel-Jünger. Gleich im Anschluß an den ersten Eiterfluß bekennt er sich, leicht verblümt, zu den Grundsätzen seines Meisters: "Ein revolutionäres Denken ist nur dem Fortschritt der emanzipatorischen Bewegung der arbeitenden Klassen verpflichtet. (...) Es ist im Ganzen und im Detail eine Kriegserklärung. (...) Wir versöhnen nicht, wir spalten." Schulenburg unterteilt die ganze Welt in zwei Lager. Es gibt nur uns und die andern, das revolutionäre Proletariat und das reaktionäre Bürgertum.

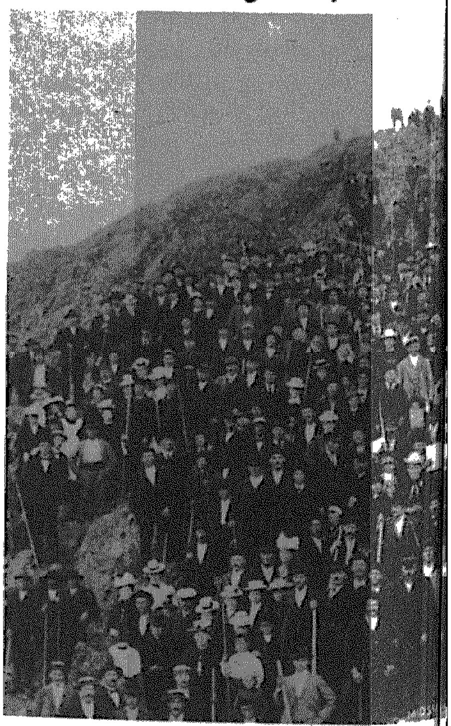
Auch Intellektuelle unterlägen dieser Polarität, welcher sich jeder Gedanke und jede Äußerung zuordnen ließe. Anstatt die durchaus abzulehnende Objektivität von Wahrheit in eine subjektivistische Auffassung überzuführen, opfert sie Schulenburg einer platten Propaganda. Jedes Gedankenprodukt steht ausschließlich entweder diesseits oder jenseits einer zu Propagandazwecken konstruierten Front. Wer differenziert und die Angelegenheiten der menschlichen Gesellschaft als etwas Komplexes darzustellen sich erlaubt, gilt als Kriegsverbrecher, Verräter und als Fürsprecher des Feindes.

Beim Versuch, die Ehre des "bedeutendsten und originellsten Denkers des Sozialismus" zu retten, begibt sich Schulenburg auf dünnes Eis und bricht ein. Sorels Nationalismus banalisiert er zu einer "zweitrangigen Randepisode" und rechtfertigt sie, auf Kropotkin hinweisend, als ob dieser ein Halbgott wäre, mit der besonderen Stimmung des Weltkrieges. Dabei übersieht er den Umstand, daß Sorels Name schon vor 1910, also bereits vier Jahre vor Kriegsausbruch, im Umfeld der Action Française auftauchte, - wohl deshalb, weil Schulenburg die Geburtstunde des Faschismus mit dem Zeitpunkt von dessen Instrumentalisierung durch die Mächtigen der zwanziger Jahre verwechselt. Außerdem markiert die Sorge um die Grande Nation den geistigen Ausgangspunkt Sorelscher Philosophie. Wer dies übersicht, hat ein Brett vor dem Kopf.

Sorels Techtelmechtel mit Mussolini streitet Schulenburg gar nicht ab. Schließlich wäre der Italiener ja damals Sozialist und damit einer 'von uns' gewesen! Erst später hätte er die Seite gewechselt und wäre zum Verräter geworden, plötzlich, von einem Tag auf den andern! Wer ist nun Schuld daran, daß Sorel ausgerechnet Mussolinis Nationalismus lobte? - Mussolini? - Der Krieg? - Das Bürgertum? - Ich?

Weil ich das zweidimensionale Weltbild Sorels und seines Jüngers nicht teile, werde ich zum Gedankenverbrecher, zum Hochverräter, zum Spion, zum Nestbeschmutzer. Denn jede Differenzierung 'spaltet' und diente dem Erzfeind. Insofern ist Schulenburg konsequent, wenn mich seine Rotfrontrhetorik zum Teufel schickt: "krude Dummheit", "intellektuelle Erbärmlichkeit", "Denkträgheit", "dünner Aufguß", "Greuelfratze", "übellaunige Erfindungen" ... Was fehlt ist der Vorwurf, ich hätte das Trinkwasser des Proletariats mit Syphilis verseucht.

Gregor Dill, Basel



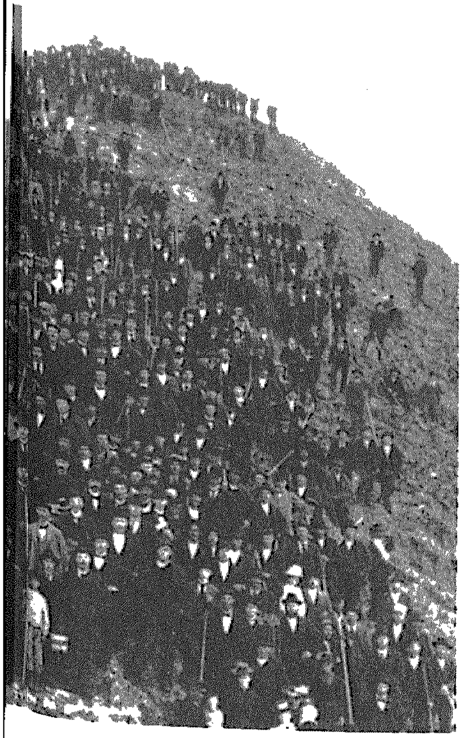
btr. Sorel

Gerne lese ich Artikel über ideengeschichtliche Hintergründe, gerne verfolge ich heftige Debatten, die mit dem heutigen Modewort "Diskurs" bezeichnet werden. Doch – wie das Thema Sorel im SF behandelt wurde, das ist gar keine Freude. Vor allem die Replik Schulenburgs auf Dill. Muß denn jede Kontroverse in der Anarcho-Szene mit persönlichen Seitenhieben und Diffamierungen beginnen, können wir nicht um die Sache ringen ohne andere Personen gleich anzugreifen? Anarchismus ist für mich die freie Meinung, alles in Frage stellen zu können und mein Lieb-

lingssatz abgewandelt von den Dadaisten lautete: um gute AnarchistInnen zu sein, müssen wir auch AntianarchistInnen sein, d.h. keine Götter/Göttinnen, keine Herren, – hießen sie Goldman, Bakunin, Proudhon oder Sorel.

Dabei sind in beiden Artikel gute Elemente vorhanden (vor allem bei Gregor Dill), könnten sich ergänzen und zu einer wirklichen Aufarbeitung von Fehlern und Mißverständnissen beitragen:

Zur Gregor Dills Artikel:
Er zitiert viel zu viel veraltete Sekundärliteratur, die Lutz Schulenburg zu recht als bürgerlich verurteilt. Diese Bücher, meist in der Phase des Kalten Krieges entstanden, versuchen die Massen als Element des Sozialismus sowie des Kommunismus zu denunzieren und



dienten nur einem Antikommunismus und der Verschleierung der Mitschuld am Nationalsozialismus durch das liberale Bürgertum. Der ideologische Vertreter dieser Anklage der Masse war der bis heute gern in Mittelschulen gelehrte Ortega y Gasset *(Der Aufstand der Massen)*. Sein Buch gilt als "Bibel der antidemokratischen Rechten" und u.a. als Antwort auf die Massenaufstände einer CNT:

"Denn der Aufstand der Massen ist dasselbe, was Rathenau den »vertikalen Einfall der Barbarei« genannt hat." (Gasset) Die ArbeiterInnenbewegung hatte das Problem nur durch die Masse etwas ändern zu können. Und hier scheint mir das Problem von Gregor zu liegen. Er definiert das Wort zu wenig (Canettis *Masse und Macht* wäre für ihn ein gutes Beispiel; dieser betrachtet die Masse in verschiedenen Formen, z.B. als Meute). In der Bedeutung als Aufmarsch und Inszenierungen von Menschenaufmärschen (Fahnen und Heldenbilder), ist Gregor Recht zu geben. In der Kritik an revolutionären Aufständen, greift er zu kurz, vor allem in seiner Kritik am spanischen libertären Sozialismus, der kaum Einflüsse von sorelschen Ideen aufweist. Auch die Vorstellung, daß Ideologien so einen nachhhaltigen Einfluß erreichen, daß mit bewußten Rezepten, z.B. durch Psychologie der Massen, Menschen gesteuert werden können, ist eine völlige Überbewertung der Möglichkeiten. Sein Artikel ist mechanistisch, somit auch die Kritik an Sorel. Nicht nur Demagogen und Führer, sondern moderne Kommunikation und Massenmedien führten zu solch neuen Möglichkeiten der Menschensteuerung, der Einzelne muß nicht mehr aktiv werden, sondern nimmt die Botschaft als Individuum in seiner eigenen Umgebung auf. Auch unterscheidet er nicht zwischen der intellektuellen Kritik der antisemitischen Dreyfussgegner und der die Machtelite ablehnenden linken Kritik z.B. eines Carl Einstein *(Die Fabrikation der Fiktionen)*. Antisemitismus ist für beide eher kein relevantes Thema, dazu später.

Leider muß ich beiden vorwerfen, daß sie von der aktuellen Diskussion, geführt vor allem in Frankreich, z.B. durch die "Société d'Etudes Soréliennes" nichts in ihre Artikel einbezogen haben, und daß beide kein Wort über unseren lieben Proudhon verlieren, ist doch vieles, was Gregor Dill Sorel vorwirft, reines Produkt eines proudhonschen Denkens.

Zu Lutz Schulenburg:
Den Mythos pflegt er gut und seine Verehrung Sorels läßt keine Kritik zu.

Sorel ist eine Person vergleichbar mit Proudhon: voller verschiedener Seiten und kaum faßbar, weil Sorel noch mehr als Proudhon eklektisch arbeitete. Sorel hat die wichtigsten Ideen, Generalstreik, Selbstverwaltung, Antiparlamentarismus usw., nicht in die ArbeiterInnenschaft getragen, sondern von den ArbeiterInnen übernommen, von teilweise unbekannten, wie Tortelier, dem ersten Propagandisten des Generalstreiks in Frankreich. Gregor behauptet nirgends, daß Sorel etwas mit libertärem Sozialismus zu tun hat, etwas was uns Lutz dauernd in seinem Artikel einreden will. Auch gegen alle belegbaren Umstände behauptet er, daß Sorel einen Einfluß auf den revolutionären französischen Syndikalismus ausgeübt habe. Delesalle, sein lebenslanger Freund, kam erst mit Sorel in Kontakt, als er alle seine Ämter in der CGT niedergelegt hatte und er wegen eines antisemitischen Artikels in den anarchistischen Zeitungen nicht mehr schreiben konnte, weil u.a. alte anarchistische Freunde wie Faure sich von ihm distanzierten (siehe Maitron, Biographie Delesalles, Hinweise auf die Rolle Sorels). Sorel ist für mich nur da von Interesse, wo eine Brücke entsteht, warum so viele AnarchistInnen zu BolschewistInnen wurden und der KP (z.B. Delesalle) beitraten, oder sogar wie "Sorels treuer Eckermann" Berth, zu Gründern des Cercles Proudhon gehörten, einem der Vorläufer des französischen Faschismus (vgl. dazu den Artikel von Navet in der Zeitschrift *Mil neuf cent* Nr. 10 der Sorel-Gesellschaft). Daß dabei dieser Männerzirkel gegen Frauen und Juden wetterte, wird in beiden Artikeln übergangen. Zwar hält sich Sorels Antisemitismus in "Grenzen", doch seine Schüler halten sich nicht mehr zurück. So fehlen die Namen seiner Schüler in keinem Werk über den französischen Rassismus und Faschismus. Da wundert es wenig, daß Berth von einer "heiligen Allianz" träumte, die Gregors Artikel in einigem bestätigt: *"Ich träume gegen die kapitalistischen Länder eine Art heilige proletarische Allianz gebildet durch Rußland, Deutschland, Frankreich und Italien und in der die germanisch-russische Verbindung die dyonische Flut wäre, die den apollinischen Geist Frankreichs und Italiens diszipliniert, stilisiert und kanalisiert, und deren juristisch künstlerischer Geist sein würde."* (Artikel von 1924, zit. in "Dictionnaire biographique Tome 19. J. Maitron") Es ist auffallend, daß Lutz nur zwei Bücher Sortels zitiert, nämlich die zwei einzigen aktuell erhältlichen deutschen Übersetzungen. So ist ihm sein eigener Vorwurf an Gregor vorzuhalten, daß er nicht direkt aus den Quellen zitiert, z.B. aus Berths *"Du »capital« aux »réflexions sur la violence« (1932)*, aus seiner marxistischen/proudhonistischen Schlußphase, die sich ganz auf Sorel abstützte: *"Oh unser lieber Lenin! (...) Du, ein-*

facher bewunderswerter Mensch, der niemals als Mensch der Arbeiter- und Bauernmenge aufgetreten bist, bescheidener Held und ergeben wie ein Heiliger des Mittelalters oder Franziskaner, an dieser heiligen Sache der Emazipation des Proletariates" (S.242)// "Lenin Genie des Proletariats" (S.254) // "Lenin besiegte Napoléon – die imperialistische Hydra ist tödlich getroffen, der schwarze und weisse Adler haben ihr die Köpfe zwerschmettert" (S.257) etc.

Sorel und Berth sind die Leichen im Keller des Marxismus (-Leninismus) und haben mit dem Anarchismus nur so viel zu tun, daß viele Libertäre von manchen verführerischen Theorien Sorels gelockt (z.B. mit der irrigen Meinung, Proudhon sei der Vater des Anarchismus) sich ins autoritäre Lager begaben. Ich will hier nicht weiter ausführen, ich habe das ganze auch etwas vereinfacht, ist es doch viel zu komplex, um auf ein paar Seiten abgehandelt werden zu können; wollte ja nur einen kurzen Leserbrief schreiben. Zum Schluß zitiere ich Max Nettlau, der faßt besser als ich zusammen, was von Sorel aus anarchistischer Sicht zu halten ist. Nettlau ist aber auch vorzuwerfen, daß er die fatale Rolle Proudhons in dieser Ideologie als "Mißbrauch Sorels" verharmlost und dabei übersieht, daß der, der mit dem Feuer spielte, Proudhon heißt.

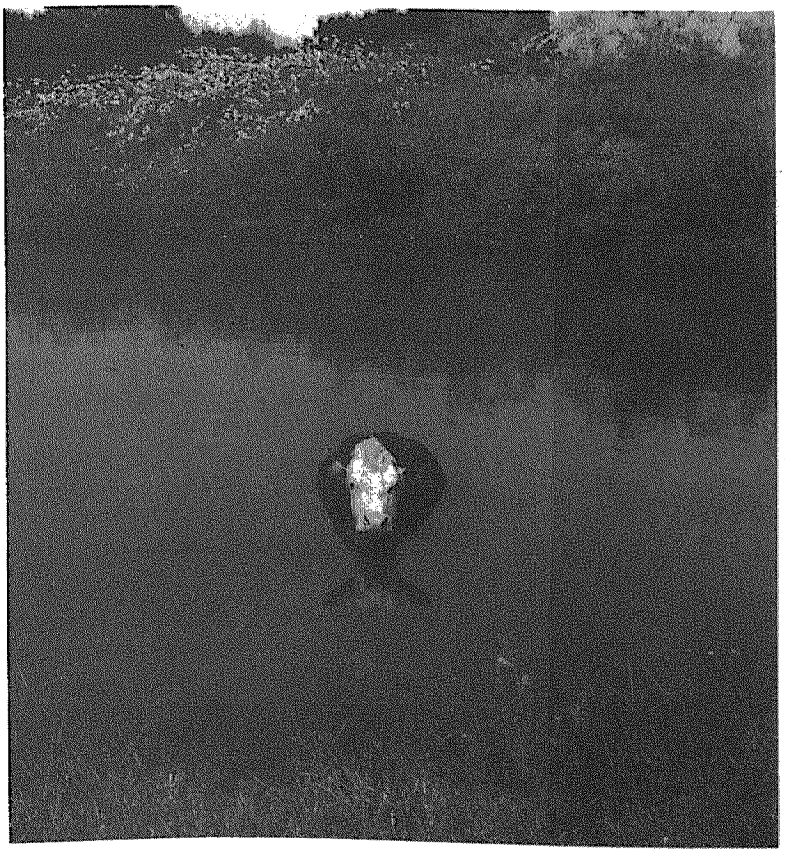
"(...) daß angesehene Männer wie Sorel sich nicht scheuen und schämen, der als gesicherte Errungenschaft geltenden sogenannten bürgerlichen, demokratischen Freiheit ins Gesicht zu schlagen und daß sie einen wahren Kult mit vorrevolutionärer, vorbürgerlicher Vergangenheit, Festen, mittelalterlichen Zuständen treiben."

(Nettlau, *Geschichte der Anarchie*, Bd.5, S.108)

Werner Portmann, Zürich

**betr.
"Orientierungslosigkeit als Abgesang der Frankfurter Schule"
Artikel von H.G.Haasis, SF-Nr.50, 3/94**

Eine Kritik der "Frankfurter Schule" im Schwarzen Faden zu lesen, das versprach erst einmal spannend zu werden. Nach der Buchkritik von H.G. Haasis erscheint mir der Abgesang alllerdings etwas verfrüht. Ich habe das neue Werk des Jürgen Habermas nicht gelesen und die erwähnten Positionen vom Verharren auf einer sogenannten Rechtsstaatlichkeit und der Abkehr von jeder Radikalität zusammen mit dem Gefühl, hier auch nichts Neues zu erfahren, werden mich wohl auch davon abhalten. Aber mir erscheint der ganze "Komplex Frankfurter Schule" doch wichtiger und relevanter, als ihn einfach mit dem Spätwerk eines ihrer "führenden Köpfe" abzuhaken. Denn die *Kritische Theorie* besteht ja auch heute nicht bloß aus Habermas.



CI-CONTRE, ZDENEK LHOTAK CI-DESSOUS, © PATSY CRAVENS.

Doch zuerst zur Rezension. Haasis behauptet, mensch könne sich die Lektüre eigentlich sparen, weil Habermas "eine geistige Anstrengung zugunsten des Lebens für theorieunwürdig erklärt." Ich denke, hier liegen gleich zwei Mißverständnisse vor: Haasis schreibt, daß es schon verräterisch sei, "wenn dann Habermas bei einem Kollegen einen Ausdruck aufspießt, den er als »theoriefremd« denunziert und damit kategorisch verbietet. Wie heißt dieses schlimme Wort) – "Lebenswelt".

Wie gesagt, das rezensierte Werk habe ich nicht gelesen, aber ich bin mir ziemlich sicher, daß der Begriff der "Lebenswelt" von Habermas selbst kommt, und zwar ausdrücklich als theoretischer! Die "Lebenswelt" wird als Begriff eingeführt als der Komplementärbegriff zum kommunikativen Handeln. *"An dieser Stelle kann ich den Begriff der Lebenswelt zunächst als Korrelat zu Verständigungsprozessen einführen. Kommunikativ handelnde Subjekte verständigen sich stets im Horizont einer Lebenswelt."* (Habermas, in: Theorie des Kommunikativen Handelns, Bd.I, Frankfurt 1981, S.107)

Was hier die Folge falschen Zitierens ist, nämlich die pauschale Ablehnung des/der Theorietreiben-den aufgrund ihrer/seiner bewußt gewählten Distanz zur Alltagswelt, führt, glaube ich, zu schnell dazu, Auseinandersetzungen abzuwürgen, manchmal sogar, bevor die überhaupt begonnen haben. Diese TheoretikerInnen auch an ihrem vermeintlichen "Privatleben" zu messen, ist sicherlich angebracht – aber auch dahin, daß das Private politisch ist, hat uns letztlich erst die feministische THEORIE gebracht –, aber Adorno erst gar nicht zu lesen, weil er Spitzendeckchen auf seinem Wohnzimmertisch liegen hatte und einen Anzug trug, führt zu gar nichts (find ich). Das hat auch mit dem "soziologisch geschulten Auge" nichts zu tun.

Interessant ist aber eine Auseinandersetzung von Seiten des Anarchismus allemal. Sowohl was die ökonomische Analyse betrifft, als auch die Kulturkritik, berufen sich doch auch Libertäre immer wieder auf neo-marxistische Ansätze, von denen Adorno/Horkheimer in dieser Beziehung sicherlich noch zu den brauchbarsten gehören.

Nur treten hier grundsätzliche Differenzen zutage, die meines Wissens nicht ausreichend diskutiert sind (für gegenteilige Hinweise wäre ich sehr dankbar), und die vielleicht mit dafür verantwortlich sind, daß "der Anarchismus" heute gesellschaftlich so bedeutungslos ist. Ich spreche jetzt nicht für die Vorstellung einer stärkenden "Einheit" in Theorie und Praxis der libertären Bewegung, ganz im Gegenteil, ich denke, daß gerade der Diskurs über so gegensätzliche Ansätze wie z.B. der von Adorno/Horkheimer und dem Murray Bookchins neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen könnte/würde.

Ob wir Natur und Gesellschaft als den historischen Gegensatz betrachten, der zur Unterdrückung jener durch dieser führt (führen muß), oder ob die Gesellschaft als Teil der Natur betrachtet wird, und jede Herrschaft aus derem Inneren entsteht (und nicht aus dem – vermeintlichen – Gegensatz zur Natur), wie die *Soziale Ökologie* Bookchins behauptet, vielleicht spielt das für das libertäre Agieren oder eben die Passivität eine nicht unbedeutende Rolle. (Das ist zugegeben nicht sonderlich konkret, aber ich wollt's loswerden...)

Doch nochmal zurück zu Habermas. Was den betrifft, so ist mir der Abgesang auch deshalb zu pauschal, weil ich eigentlich ganz froh bin, daß da jemand auf die "Postmoderne", für die Lyotard stellvertretend alle Veränderungsversuche in "blutige Sackgassen" hat führen sehen, hat antworten können.

Naja, und seine klare Stellungnahme gegen die Relativierung des Holocaust durch Ernst Nolte im sogenannten Historikerstreit halte ich auch für ziemlich wichtig und unverzichtbar.

Jens Petz Kastner, Senden

btr. Bevölkerungspolitik-Artikel von Michaela Schuh, in: SF 3/94 (Nr.51)

Während ich diesen Leserbrief schreibe, sitze ich in einem kleinen Hotel in der Mitte von Niger (Sahelzone). Hier kommen mir angesichts des Artikels von Michaela Schuh doch einige Gedanken. Unbenommen sind eine ganze Reihe guter und kritischer Ansätze zu den gängigen Klischees der BevölkerungspolitikerInnen aufgeführt. Aber was ist die Konsequenz?

Niger, wie die meisten anderen Schwellenländer auch, lebt an der Grenze dessen, was sich der wohlgenährte Mitteleuropäer noch vorstellen kann. Zwar sind hier die Gegensätze zwischen Arm und Reich nicht so kraß, wie in manchen asiatischen oder lateinamerikanischen Ländern, aber dafür sind eben fast alle sehr arm. 80 bis 90% der Bevölkerung lebt direkt oder indirekt von der Landwirtschaft. Nennenswerte Rohstoffe gibt es nicht, sieht man von den Uranvorkommen in Arlit ab, die aber kaum mehr etwas einbringen. Der Anbau von Grundnahrungsmitteln wird auf derart marginalen Flächen betrieben, daß jeder deutsche Landwirt nur verständnislos den Kopf schütteln würde. Hektarerträge für das Grundnahrungsmittel Hirse von 300 bis 400 Kilo sind die Regel. Eine nennenswerte Ausweitung der Flächen ist kaum mehr möglich. Dazu kommen vermehrt Konflikte mit den Nomaden, die ihrerseits in den gleichen Gebieten versuchen, ihre Viehherden die letzten Vegetationsbestände fressen zu lassen.

Verschärft hat sich diese Situation eindeutig durch die exponentiell ansteigende Bevölkerung. So viele Gründe es auch dafür gibt, und so sehr ich auch für die Selbstbestimmung der Menschen bin: Hier entziehen sich Völker ihre eigenen Lebensgrundlagen. Niger war einmal Exporteur für Hirse! Heute kann es seinen Bedarf nicht mehr decken. In dieser Situation darauf zu hoffen, daß sich über den Kampf für eine selbstbestimmte Gesellschaft alles selber regelt, ist fatal. Bis es dahin kommt, sind diese in jeder Beziehung benachteiligten Länder soweit zerstört, daß niemand mehr darin leben kann. Insofern bin auch ich Befürworter von kurzfristigen bevölkerungspolitischen Maßnahmen, die allerdings niemals Zwangsmaßnahmen sein dürfen – und dies auch nicht sein müssen. Eine breite Aufklärung der Bevölkerung ist die Grundlage, in allererster Linie der Frauen. Aber dazu sind diese Länder auch auf Regierungsebene vielfach nicht bereit.

Stephan Krall, z.Zt. Niger

Neue Lagerräumaktion: Alte SF-Nummern, viele mit zeitlos interessanten Beiträgen, im 8er-Paket billiger!

Wir bieten gegen Rechnung drei Pakete zu je 10.- DM (zzgl. 5,50 Päckchenporto, alle 3 Pakete zu 7.- Paketporto) an:

Paket 1 (enthält die Nummern 24-31, u.a. mit:) Künstler und Gesellschaft (Patriarchatskritik v. Stefan Schütz), Bewegung 2.Juni (v. Ralf Reinders), Patriarchatskritik (v. Rosella di Leo), Interviews mit M.Bookchin, P. Parin, M.Foucault, der CNT; IWF (v. Detlef Hartmann), Kulturkritik (v. Herby Sachs), Medienkritik (v. Jörg Auberg), Panik und Politik (von Agentur Bilwet), Leiharbeit in der BRD (v. Thomas Schupp)

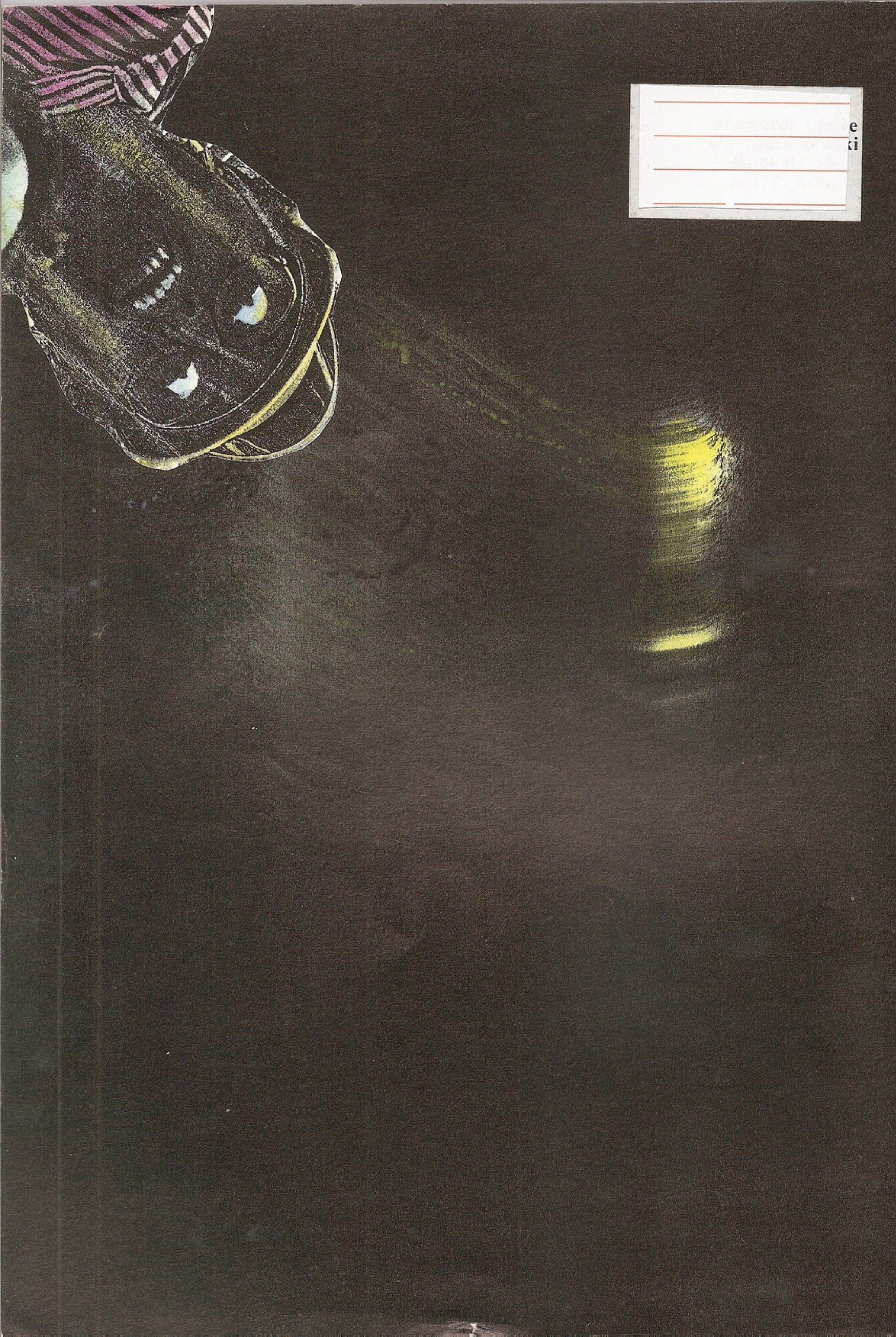
Paket 2 (enthält die Nummern 32-39, u.a. mit:) Sextourismus und Frauenhandel (v. Anita Wilmes), Nationalismusdiskussion, Subsistenz (v. Veronika Bennholdt-Thomsen), Sozialer Ökofeminismus (v. Janet Biehl), Nationalismus und Befreiung - Kurden (v. Roland Ofteringer), Gegenöffentlichkeit (v. Jörg Auberg), Doitschstunde (v. LUPUS), Krieg u. Geschwindigkeit (v. Ulrich Bröckling)

Paket 3 (enthält die Nummern 40-47, u.a. mit:) Pogrome beginnen im Kopf (v. Wolfgang Haug), Desinformation u. d. Golfkrieg (v. Noam Chomsky), Interviews m. Jutta Ditfurth, Otto F. Walter, Noam Chomsky, Libertärer Kommunalismus (v. Murray Bookchin), Kriegstreiberdiskurs (v. Klaus Schönberger), Staatlichkeit als Okkupation (v. Michael Wilk), Medienrandale (v. AFRIKA), Eurozentrismus (v. Karl Rössel), Kulturchauvinismus (v. Herby Sachs), Das Jahr 501 (v. Noam Chomsky), Ökofaschismus (v. Peter Bierl), Frauenpolitik im Kleide der Herrschaft (v.Encarnación G. Rodriguez), Libertäre Tage, ZEGG (v. Louis Lerouge), Frauen-KZ-Ravensbrück (v. Ilse Schwipper)

Register/Gebundene Jahresbände

Das SF- Register, hrsg. von Jochen Knoblauch, für die ersten 50 Nummern ist da! und es liegt gedruckt vor, es umfaßt über 70 Seiten, alle Beiträge wurden unter der jeweiligen Ausgabe aufgenommen, dazu enthält es ein Autoren-, Photographen-, Orts- und Schlagwortregister. Das ganze kostet nur 10.-DM zzgl. Porto, ein Preis, der durch die Gratisarbeit Knobis und der Berliner Drucker aus dem El Locco-Umfeld möglich wurde. Wir warten auf Eure Bestellungen.

Die gebundenen Jahresbände des SF können billiger als befürchtet angeboten werden: das Stück kann nun für 50.-DM incl. Register bezogen werden. Wer seine eigenen Nummern gebunden haben will, kann uns dies mitteilen und uns die entsprechenden Ausgaben zusenden. Bei uns sind derzeit die Jahrgänge 1989-1994 bestellbar.



Postvertriebsstück * E 9860 F * Entgelt bezahlt * Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau